



zur debatte

Sonderheft zur Ausgabe 6/2018

Historische Tage 2018

Weimarer Köpfe – Persönlichkeiten und Profile in der ersten deutschen Demokratie

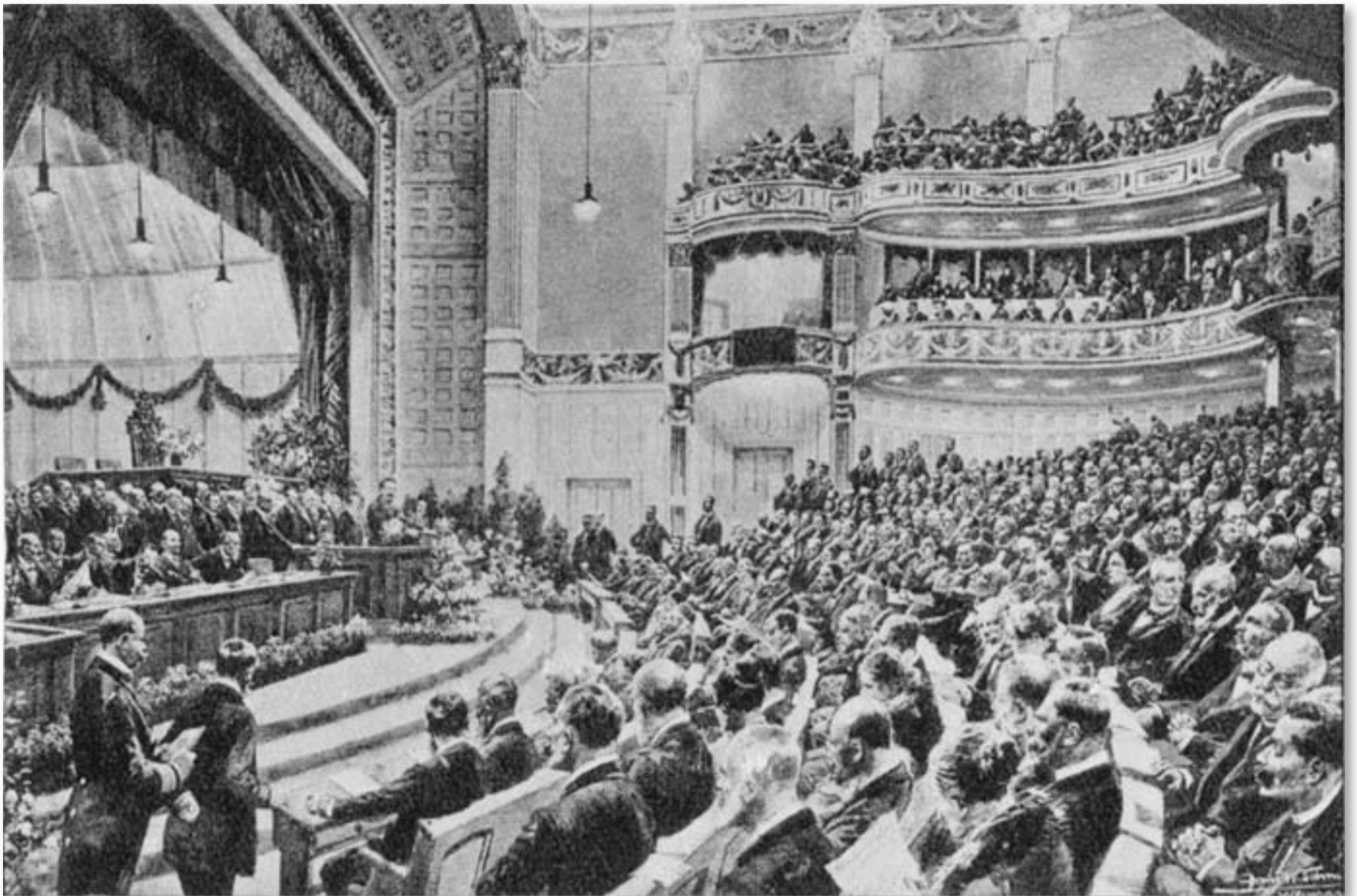


Foto: akq-images

Die Deutsche Nationalversammlung im Nationaltheater in Weimar: Am Rednerpult steht Friedrich Ebert, der von 1919

bis zu seinem Tode 1925 als erster Reichspräsident der Weimarer Republik amtierte.

Im November 1918 und damit vor fast genau 100 Jahren wurde die deutsche Republik ausgerufen – gewissermaßen die Geburtsstunde der demokratischen Ordnung, wie wir sie heute in Deutschland kennen und schätzen. Dieses Jubiläum nahm die Katholische Akademie Bayern zum Anlass, im Frühjahr im

Rahmen ihrer Historischen Tage 2018 zurückzublicken und die gesellschaftspolitischen Höhen und Tiefen der Weimarer Republik neu zu vermessen. Unter dem Titel „Weimarer Köpfe. Persönlichkeiten und Profile in der ersten deutschen Demokratie“ waren vom 14. bis zum 17. Februar ausgewählte

Experten eingeladen, um am Beispiel von Akteuren in unterschiedlichen Bereichen des öffentlichen Lebens Aufstieg und Leistungen, Belastungen und Grenzen der jungen Demokratie zu veranschaulichen.

Begegnen Sie in diesem Sonderheft zur debatte 6/2018, in dem Sie die

überarbeiteten Referate wiederfinden, auf 44 Seiten Politikern, die die junge Republik schützen wollten, ihren Gegenspielern, Literaten und Wissenschaftlern, Künstlern und Männern der Wirtschaft.

Otto Braun – Der „Rote Zar von Preußen“. Hoffnungsträger der SPD und Kämpfer für die Republik

Manfred Görtemaker

Wer erinnert sich heute noch an den „Freistaat Preußen“? Und wer war Otto Braun? Zunächst zu Preußen, für das es spätestens nach der Revolution von 1918 in der deutschen Geschichte keinen Platz mehr zu geben schien: Tatsächlich existierte es weiter und war die bei weitem größte Provinz der Weimarer Republik – flächenmäßig mit 292.000 Quadratkilometern viermal so groß wie Bayern, mit 38,1 Millionen Einwohnern sogar achteinhalbmal so groß; 62 Prozent des Reichsgebiets und 61 Prozent der Einwohner des Reiches waren damit preußisch. Nicht als selbständiger Staat, wohl aber als mächtiger Freistaat im Deutschen Reich erwies sich Preußen in dieser Zeit zudem lange als „Hort der Stabilität und Ordnung“, wie Norbert F. Pötzl zu Recht feststellt hat.

Das Verdienst kommt dabei vor allem dem Sozialdemokraten Otto Braun zu, der sich von März 1920 bis März 1933, abgesehen von zwei kurzen Phasen, als Ministerpräsident des Freistaates Preußen zum Kämpfer für die Republik entwickelte und zum Hoffnungsträger der SPD avancierte: ein Hüne von Mann, fast 1,90 Meter groß, dazu wilensstark, sachlich, nüchtern und organisatorisch begabt, wenn auch ohne die rhetorischen Fähigkeiten, die viele seiner Konkurrenten in der Weimarer Republik auszeichneten. In der agrarisch geprägten, vom ostelbischen Landjunkerum beherrschten Welt Ostpreußens hatte Braun, 1872 als Sohn eines verarmten Schuhmachermeisters in Königsberg geboren, zunächst zum linken Flügel der SPD gezählt. In der unter dem Sozialistengesetz verbotenen Partei war der gelernte Steindrucker Funktionär im örtlichen Arbeiter-Wahlverein gewesen, hatte als Redakteur sozialdemokratischer Zeitschriften gearbeitet und schließlich sogar ein eigenes Blatt – die *Königsberger Volkszeitung* – gegründet. Er gehörte dem Stadtrat von Königsberg an, wurde 1898 Vorsitzender der SPD in Ostpreußen und übernahm seit 1905 zusätzlich Funktionen auf Reichsebene: zunächst als Mitglied der Parteikontrollkommission und seit 1911 als Hauptkassierer der Partei. Damit rückte er zugleich in den Reichsvorstand der SPD auf, dem er bis 1919 angehörte.

Inzwischen war die vom Anarchosyndikalismus geprägte linkssozialistische Haltung des jungen Otto Braun längst einem pragmatischen Politikverständnis gewichen, das sich am Ende des Ersten Weltkrieges nahtlos in die nach Regierungsverantwortung strebende Mehrheits-SPD einfügte. Braun, jetzt 45 Jahre alt, war zu einer Figur geworden, die, wie sein Biograph Hagen Schulze 1977 schrieb, „die konservativen Parteien gerne im eigenen Lager gesehen hätten“. Die Politik und Parolen der USPD oder gar der Spartakisten und Kommunisten waren dem Vernunft- und Verstandesmenschen Braun fremd. Indessen war er auch wenig geeignet, Menschen emotional an sich zu binden. So schilderte sein Parteifreund Heinz-Georg Ritzel ihn als „eine herbe, verschlossen wirkende Natur“, aber auch als „eine in sich selbst ruhende Persönlichkeit, ein Mann, von dem man



Prof. Dr. Manfred Görtemaker, Professor für Neuere Geschichte an der Universität Potsdam

im Gespräch sofort spürte, dass er wusste, was er wollte, dass er sein Ziel genau kannte“. Respekt, nicht Verehrung, wurde ihm entgegengebracht und kennzeichnete seinen Lebensweg in der Politik.

I. Neubeginn mit Augenmaß

„Über Nacht sind wir zur radikalsten Demokratie Europas geworden und müssen das noch als die relativ gemäßigste Lösung unseres politischen Lebensproblems betrachten.“ Mit diesen Worten beschrieb der evangelische Theologe, Soziologe und Philosoph Ernst Troeltsch, der seit 1914 an der Berliner Universität lehrte, am 29. Dezember 1918 die Situation in Deutschland. Der Erste Weltkrieg war zu Ende, das Deutsche Reich hatte um einen sofortigen Waffenstillstand und um Frieden gebeten, der Kaiser war geflohen. In Berlin tagte ein „Rat der Volksbeauftragten“ aus SPD und USPD, der nur einen Tag nach Ausrufung der „Deutschen Republik“ durch den Sozialdemokraten Philipp Scheidemann vor dem Reichstag und der beinahe zeitgleichen Proklamation einer „Freien Sozialistischen Republik“ durch Karl Liebknecht im Lustgarten vor dem Schloss am 9. November 1918 gebildet worden war, um Wahlen zu einer Nationalversammlung vorzubereiten, die eine Verfassung ausarbeiten und damit den neuen Staat schaffen sollte. Von einem geordneten Übergang in die Republik konnte allerdings keine Rede sein; für Troeltsch, den besonnenen Mitbegründer der Deutschen Demokratischen Partei (DDP) und späteren Unterstaatssekretär im preußischen Kultusministerium, bedeutete er vielmehr „das vollkommene Chaos“. Die Bismarcksche Reichsgründung, bemerkte er, sei „bis auf die Fundamente abgetragen“, die politische Ordnung „in der Auflösung oder doch mindestens totalen Umbildung begriffen“.

Für Otto Braun kam es in dieser Situation darauf an, den Neubeginn mit

Augenmaß in die richtige Richtung zu lenken. Zwar gehörte er für die MSPD dem Arbeiter- und Soldatenrat Berlins an. Aber er scheute sich nicht, gegen den Widerstand mancher Parteifreunde für den Erhalt preußischer Traditionen einzutreten. Während August Bebel noch erklärt hatte, „preußischer Geist und preußische Regierungsgrundsätze“ seien der „Todfeind der Demokratie“, setzte Braun sich für den staatlichen Erhalt Preußens ein – wenn auch als moderner Freistaat mit demokratischer Struktur. Seit dem 3. Juni 1913 gehörte er dem preußischen Abgeordnetenhaus an und hatte bereits 1917 für die Abschaffung des Dreiklassenwahlrechts plädiert. Jetzt, in der Revolution, übernahm er am 11. November 1918 unter Ministerpräsident Paul Hirsch gemeinsam mit Adolf Hofer die Verantwortung für das preußische Landwirtschaftsministerium – eine Position, für die er besonders qualifiziert zu sein schien, weil er sich über viele Jahre hinweg in der SPD zu einem Experten für Agrarpolitik und zu einem Kämpfer gegen eine großagrarisches geprägte Landwirtschaft entwickelt hatte.

Als Minister verfügte er nun aber auch über eine Plattform, um noch wirksamer als zuvor gegen Forderungen nach einer Zerschlagung Preußens aufzutreten, wie sie beispielsweise in der „Denkschrift zum Entwurf des allgemeinen Teils der Reichsverfassung“ enthalten waren, die der Staatssekretär im Reichsamt des Inneren, Hugo Preuß, am 3. Januar 1919 vorlegte. Durch eine Agrarreform, die unter anderem die Entmachtung der ostelbischen Gutsbesitzer und die Ansiedlung ehemaliger Soldaten auf brachliegenden Ländereien vorsah, wollte Braun nicht nur möglichen Argumenten für eine Auflösung Preußens begegnen, sondern gleichzeitig die Ernährungssituation des Reiches verbessern. Doch er drang mit seinen Vorschlägen nicht durch, weil sich sowohl bei den betroffenen Großagrariern als auch beim zögernden Ministerpräsidenten Hirsch und auch in der Bürokratie, in der man fürchtete, die vorgeschlagenen Maßnahmen seien nicht mit der bestehenden Gesetzeslage in Einklang zu bringen, Widerstand regte.

Dennoch hielt Braun an seiner Linie fest, dass eine Zerschlagung Preußens vermieden werden müsse und dass sogar weitere territoriale Angliederungen sinnvoll seien, um den Freistaat innerhalb eines föderalistisch strukturierten Reiches zu stärken. Angesichts der Aufstandsbewegung, die sich seit dem 3. November über ganz Deutschland ausbreitete, bedurfte es seiner Meinung nach der preußischen Ordnungsmacht, um im Reich mächtigend zu wirken. Vor allem die „Blutweihnacht“ am 24./25. Dezember 1918, als sich rebellierende Teile der Volksmarine-Division am Berliner Stadtschloss und am Marstall schwere Kämpfe mit Regierungstruppen lieferten, und der anschließende Spartakusaufstand, der in Berlin zur Ausrufung des Belagerungszustandes führte, waren für Braun Anlass zur Sorge. So plädierte er in den folgenden Monaten immer wieder für eine Stärkung der Staatsgewalt und für den Erhalt Preußens, zugleich allerdings auch für eine allmähliche Übertragung der Gesetzgebung auf das Reich, wie er beispielsweise am 23. Januar 1919 im Zentralrat der Arbeiter- und Soldatenräte erklärte.

Vorrangiges Ziel war für Braun jedoch die Errichtung einer parlamentarischen Demokratie in Deutschland mit einer starken Staatsgewalt als Ordnungsmacht. Das Staatsmodell, das ihm vorschwebte, war eine föderative Republik, die, wie er am 25. Februar 1919 bemerkte, der Einheitsrepublik „so nahe wie möglich“ kommen sollte. Er glaubte sich dabei in Übereinstimmung mit der

Mehrheit der Bevölkerung und auch mit den Eliten des Reiches. Sogar die 3. Oberste Heeresleitung unter Paul von Hindenburg und Erich Ludendorff hatte ja bereits am 29. September 1918 einen sofortigen Waffenstillstand verlangt und in der Erwartung, der amerikanischen Präsident Woodrow Wilson werde die deutsche Position unterstützen, wenn eine parlamentarisch gebildete Regierung um die Aufnahme von Friedensverhandlungen nachsuche, Kaiser Wilhelm II. gedrängt, per Dekret die Einführung der Demokratie in Deutschland und den Übergang zu einem parlamentarischen Regierungssystem anzuordnen. In dem vom Kaiser autorisierten Erlass vom 30. September hatte es dementsprechend geheißen, er „wünsche, dass das deutsche Volk wirksamer als bisher an der Bestimmung der Gesetze des Vaterlandes mitarbeitet“. Es sei daher sein Wille, „dass Männer, die vom Vertrauen des Volkes getragen sind, in weitem Umfang teilnehmen an den Rechten und Pflichten der Regierung“.

Dazu zählte nicht zuletzt Braun selbst, der innerhalb der SPD und besonders in Preußen eine weithin geachtete, starke Persönlichkeit darstellte und dem man zutraute, angesichts der verbreiteten Unruhen die Ordnung wiederherzustellen. So war es nur eine Frage der Zeit, wann der preußische Landwirtschaftsminister zu höheren Ämtern berufen sein würde. Bereits im Frühjahr 1920 war es soweit, als nach Bekanntwerden von Regierungsplänen zur Auflösung der Freikorps-Verbände und zur Heeresverminderung und der Entlassung von 20.000 Offizieren und 40.000 Soldaten Truppenteile unter General Walther von Lüttwitz und Korvettenkapitän Hermann Ehrhardt am Morgen des 13. März 1920 mit schwarz-weiß-roten Fahnen von Döberitz nach Berlin marschierten, das Regierungsviertel besetzten und Generallandschaftsdirektor Wolfgang Kapp, ein höherer Beamter der ostpreußischen Provinzialverwaltung, sich selbst zum Reichskanzler erklärte.

Zwar brach der sogenannte „Kapp-Putsch“ nach einem Generalstreik binnen weniger Tage zusammen. Aber als sich die vor allem im Ruhrgebiet, in Sachsen und Thüringen beim Generalstreik bewaffneten Arbeiter angesichts der Ereignisse in Berlin weigerten, die Waffen abzugeben und an mehreren Orten, so in Essen, Elberfeld und Düsseldorf, kommunistische Aufstände probten, waren Verhandlungen mit den sozialistischen Aufständischen erforderlich, an denen sich auf Bitten von Reichspräsident Friedrich Ebert auch Otto Braun beteiligte. Dessen Position war danach derart gestärkt, dass für ihn sogar eine Position in der Reichsregierung – etwa als Reichswehrminister – möglich gewesen wäre. Doch Braun lehnte ab. Aber er entzog sich nicht, als ihm im Zuge der Neubildung der preußischen Regierung, die mit einer Säuberung der Verwaltung und der Reichswehr von Kapp-Sympathisanten einherging, das Amt des preußischen Regierungschefs angetragen wurde. Nach dem Rücktritt von Ministerpräsident Hirsch am 26. März und kurzen Koalitionsverhandlungen zwischen SPD, DDP und Zentrum übernahm er am 29. März dessen Amt, das er nun zwölf Jahre lang, bis Mai 1932, mit nur zwei kurzen Unterbrechungen bekleiden sollte.

II. Ministerpräsident im Freistaat Preußen

Die Koalitionsregierung, der Braun in Preußen vorstand, wurde von den gleichen Parteien gebildet, die ein Jahr zuvor, am 19. Januar 1919, bei der Wahl zur Nationalversammlung eine klare Mehrheit erreicht hatten. Die National-



Foto: akg-images

Otto Braun bei einer Ansprache über Rundfunk. Der SPD-Politiker Braun war von 1920 bis 1933 Ministerpräsident des Freistaates Preußen.

versammlung hatte inzwischen in Weimar am 31. Juli 1919 mit 262 gegen 75 Stimmen die neue Reichsverfassung verabschiedet, die ein parlamentarisches Regierungssystem mit einem starken, vom Volk direkt gewählten Reichspräsidenten vorsah, der mit Hilfe des Artikels 48 sogar in die Lage versetzt wurde, Grundrechte vorübergehend außer Kraft zu setzen und Maßnahmen „zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung“ zu treffen, wenn er dies für notwendig hielt. Dennoch war die Verfassung, die stark plebiszitäre Züge trug und auch die Möglichkeit eines Volksentscheides enthielt, überaus demokratisch; manche sprachen sogar von der „freiesten Verfassung der Welt“. Die Tatsache, dass sie die Macht bei den Verfassungsorganen konzentrierte, die vom Volk direkt gewählt wurden – beim Reichstag und (vor allem in Krisenzeiten) beim Reichspräsidenten –, sollte sich allerdings bald als schwere Bürde erweisen, da sich dadurch Möglichkeiten für diejenigen boten, die darauf aus waren, die Verfassung und die Freiheit zu zerstören.

Problematisch waren zudem die Bestimmungen des Versailler Vertrages, der unter dem Druck eines drohenden Einmarsches der Alliierten am 22. Juni 1919 mit 237 gegen 138 Stimmen von der Nationalversammlung angenommen worden war. Danach sollten die Deutschen zahlreiche Gebiete abtreten und weitreichende Rüstungsbeschränkungen hinnehmen, darunter die Reduzierung der deutschen Armee auf 100.000 Mann und die militärische Besetzung des linken Rheinuferes sowie einiger rechtsrheinischer Brückenköpfe für die Dauer

von 15 Jahren. Kernpunkt war aber der Artikel 231, in dem es hieß, Deutschland und seine Verbündeten seien „als Urheber für alle Verluste und Schäden verantwortlich“, „welche die alliierten und assoziierten Regierungen und ihre Staatsangehörigen infolge des Krieges, der ihnen durch den Angriff Deutschlands und seiner Verbündeten aufgezogen wurde, erlitten haben“. Dieser sogenannte „Kriegsschuldartikel“, der zugleich die Begründung für alle folgenden Reparationsforderungen lieferte, war auch unter den Alliierten nicht unumstritten. In Deutschland erregte er jedoch die Gemüter und wurde – keineswegs nur in rechtgerichteten und nationalen Kreisen – mit Empörung zur Kenntnis genommen. „Welche Hand müsste nicht verdorren“, rief daher Reichskanzler Scheidemann, der sich während des Krieges für einen Frieden des Ausgleichs ohne Annexionen eingesetzt hatte und nun diesen Vertrag unterzeichnen sollte, am 12. Mai vor der Nationalversammlung aus, „die sich und uns in solche Fesseln legt? Dieser Vertrag ist nach Auffassung der Reichsregierung unannehmbar.“ Danach trat er als Regierungschef zurück, um nicht unterschreiben zu müssen.

Auch Otto Braun erklärte, der Vertrag sei ein „schamloser Betrug an einem Volke“. Aber er votierte am Ende doch für eine Vertragsunterzeichnung, weil die Alliierten im Falle einer Nichtunterzeichnung mit einer Wiederaufnahme der Kampfhandlungen gedroht hatten. Die Folgen waren bald spürbar. Besonders die Reparationsbestimmungen erwiesen sich als problematisch. So sollte Deutschland bereits bis Mai 1921 einen

ersten Teilbetrag von 20 Milliarden Goldmark zahlen. Im Januar 1921 wurde von der Reparationskommission auch eine Endsumme genannt: 226 Milliarden Goldmark, zahlbar in 42 Jahresraten, die schrittweise von zwei auf sechs Milliarden Goldmark ansteigen sollten. Zwar wurde die Gesamtzahl später nach unten korrigiert. Aber die Zahlen blieben so hoch, dass die Reichsregierung unter Joseph Wirth (Zentrum) sich in ihrem Bemühen, den Forderungen so weit wie möglich zu entsprechen, um militärische Maßnahmen gegen Deutschland – etwa die alliierte Besetzung des Ruhrgebiets – zu vermeiden, den Hass der antidemokratischen Rechten zuzog. Deren Kampf gegen die „Erfüllungspolitik“ fiel als Erster der Zentrumspolitiker Matthias Erzberger zum Opfer, der 1918 den Waffenstillstand unterzeichnet hatte und am 26. August 1921 von zwei ehemaligen Offizieren, Angehörigen des von Korvettenkapitän Hermann Ehrhardt geleiteten Geheimbundes der „Organisation Consul“, in Bad Griesbach im Schwarzwald ermordet wurde. Zu den weiteren Opfern gehörte im Juni 1922 auch der deutsche Außenminister Walther Rathenau.

III. Der „Rote Zar“

Otto Braun fürchtete angesichts dieser Ereignisse, die einerseits zu großen wirtschaftlichen Problemen und andererseits zu andauernden innenpolitischen Spannungen führten, um die Zukunft der Demokratie in Deutschland. Er suchte daher seine Position als preussischer Ministerpräsident zu nutzen, um seinen Freistaat zu einem „demo-

Themen „zur Debatte“

Otto Braun – Der „Rote Zar von Preußen“. Hoffnungsträger der SPD und Kämpfer für die Republik Manfred Görtemaker	2
Reichsbankpräsident Hjalmar Schacht – Vom liberalen Republikaner zum Gegner der Weimarer Republik Christopher Kopper	5
Ein Grabstein für das Zentrum? Zur Rolle von Ludwig Kaas im sogenannten politischen Katholizismus Josef Pilvousek	8
Drei Männer gegen Hitler – Wie Kurt von Schleicher, Gregor Strasser und Kronprinz Wilhelm die Reichskanzlerschaft Hitlers zu verhindern suchten Wolfram Pyta	11
Ellen Ammann. Frauenrechtlerin, Wegbereiterin der sozialen Arbeit, christliche Politikerin und frühe Gegnerin des Nationalsozialismus Elfriede Schießleder	16
Gustav Stresemann – Vernunftrepublikaner und Verständigungspolitiker Horst Möller	19
Bildungsbürgertum und völkische Ideologie. Zum Einfluss der völkischen Schriftsteller Hans Grimm, Erwin Guido Kolbenheyer und Wilhelm Stapel auf die Gesellschaft der Weimarer Republik Thomas Vordermayer	23
Max Planck und Albert Einstein. Zwei Revolutionäre der Physik in ihren politischen Gegensätzen und kollegialen Beziehungen Dieter Hoffmann	27
Walter Gropius – Bauhausgründer und Architekt in den Jahren der Weimarer Republik. Seine mediale Präsenz als „Kopf“ Magdalena Droste	30
Thomas Mann – Vom Unpolitischen zum Fürsprecher und Verteidiger der deutschen Republik Sebastian Hansen	33
Bertolt Brechts „Weg“ in die Weimarer Republik: Von Baal bis zur Dreigroschenoper Jürgen Hillesheim	36
Landschaft gegen Metropole. Der Streit um Alfred Döblins Roman „Berlin Alexanderplatz“ Helmuth Kiesel	40
Historische Tage 2019 Vorschau	44
Impressum	26



Akademiedirektor Dr. Florian Schuller (li.) und Professor Hans-Michael Körner (re.) begrüßten Bernd Sibler (2. v. r.), der kurz darauf Kultusminister

von Bayern wurde, und Werner-Hans Böhm, den ehemaligen Regierungspräsidenten von Oberbayern.

kratischen Bollwerk“ auszubauen, das eine Vorbildfunktion für ganz Deutschland ausüben sollte. Sein Vorteil gegenüber der Reichspolitik war dabei, dass die „Weimarer Koalition“, die ihn ins Amt gebracht hatte, stets eine Mehrheit im Landtag behielt – so knapp diese gelegentlich auch sein mochte. Bis 1924 gehörte zur Braun-Koalition auch noch die DVP, die von 1920 bis 1931 ebenfalls in nahezu allen Reichsregierungen vertreten war und bis 1929 von Gustav Stresemann geführt wurde. Zudem sah die preußische Verfassung vor, dass der Ministerpräsident vom Landtag gewählt wurde und daher nicht von einer höheren Instanz, wie der Reichskanzler vom Reichspräsidenten, im Amt gehalten werden konnte, wenn die Mehrheit im Parlament schwand. Braun durfte sich also stets auf eine parlamentarische Mehrheit stützen. Die Vorsitzenden der Regierungsfractionen, Ernst Heilmann (SPD) und Joseph Heß (Zentrum), taten das ihrige, diese Unterstützung zu gewährleisten. Wichtige Verbündete Brauns waren darüber hinaus die beiden sozialdemokratischen Innenminister Preußens, Carl Severing und – seit 1926 – Albert Grzesinki. Zwar wurde Braun aufgrund seines autoritären Regierungsstils vielfach kritisiert und daher halb respektvoll, halb diffamierend als „Zar von Preußen“ oder – wegen seiner linkssozialistischen Vergangenheit – als „Roter Zar“ tituliert. Aber Braun als Person und die politische Koalition, die ihn im Amt hielt, verliehen Preußen in der Weimarer Republik eine Stabilität, an der es im Reich aufgrund der häufigen Koalitions- und Regierungswechsel mangelte.

In seiner Politik widmete sich Braun vor allem der Bodenreform und einer Reform des Schulwesens. Von zentraler Bedeutung war für ihn auch die Neubesetzung der staatlichen Verwaltung und des Polizeiapparates mit republiktreuen Beamten. So wurden von Braun und Innenminister Severing fast alle Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten, Landräte und Polizeipräsidenten ausgewechselt und, anders als in anderen Ländern, konsequent Disziplinarmaßnahmen gegen Beamte ergriffen, die sich beim Kapp-Putsch illoyal verhalten hatten. Die Reorganisation der Polizei unter Wilhelm Abegg führte zudem dazu, dass sie mit einer Kopfstärke von 50.000 Mann, guter Ausbildung und überwiegend republikanischer Gesinnung vor allem in den konfliktreichen letzten Jahren der Weimarer Republik eine wichtige Stütze der Regierung war und sich auch

bei den zunehmenden Straßenkämpfen zwischen den radikalen Kräften von links und rechts als loyal und zuverlässig erwies.

Angesichts der Erfolge, die Braun in Preußen erzielte, verwundert es daher nicht, dass die SPD ihn 1925 als Kandidaten für das Amt des Reichspräsidenten nominierte, nachdem Friedrich Ebert überraschend verstorben war. Obwohl er im ersten Wahlgang mit 29 Prozent der Stimmen ein bemerkenswert gutes Ergebnis erzielte, trat er im zweiten Wahlgang nicht mehr an, sondern unterstützte den Zentrums-Politiker Wilhelm Marx, der ihn zeitweilig als Regierungschef in Preußen verdrängt hatte. Im Gegenzug verpflichtete sich das Zentrum, Braun wieder zum Ministerpräsidenten zu wählen – was am 3. April 1925 auch geschah. Doch Marx gelang es nicht, das rechtskonservative Lager für sich zu gewinnen. So setzte sich am Ende Paul von Hindenburg als Reichspräsident durch, mit dem Braun nicht nur, wie er später in seinen Memoiren rückblickend bemerkte, „auf einen gewissen amtlichen Verkehrsfluss“ kam, sondern zu dem er aufgrund seiner pragmatischen Art zunächst auch ein überraschend gutes Verhältnis entwickelte. Als Braun im Oktober 1929 den rheinischen „Stahlhelm“ verbieten ließ – einen Bund der Frontsoldaten, dem Hindenburg als Ehrenmitglied angehörte –, erlitt das Verhältnis zwischen dem preußischen Ministerpräsidenten und dem Reichspräsidenten jedoch einen nachhaltigen Schaden, der nie wieder behoben werden konnte, so dass Hindenburg sich 1932 auch hinter den „Preußenschlag“ stellte, der praktisch das Ende des Freistaates Preußen besiegelte.

IV. Die Ära der „Präsidentalkabinette“

Doch bereits seit 1929 und vor allem nach dem Scheitern der Großen Koalition aus SPD und DVP und dem Rücktritt des Kabinetts unter dem sozialdemokratischen Reichskanzler Hermann Müller am 27. März 1930 wurde die Position Brauns zunehmend schwieriger. Der neue Reichskanzler Heinrich Brüning ließ keinen Zweifel daran, dass er bereit war, mit Hilfe von Notverordnungen nach Artikel 48 der Weimarer Verfassung, die dem Reichspräsidenten weitreichende Vollmachten verlieh, und der Reichstagsauflösung nach Artikel 25 notfalls auch gegen das Parlament zu regieren. Die Ära der „Präsidentalkabinette“ begann. Da sich seit dem Zusammenbruch

der Aktienkurse an der New Yorker Börse am 24. Oktober 1929 eine Weltwirtschaftskrise entwickelt hatte, die sich auch in Deutschland mit rasch wachsender Arbeitslosigkeit bemerkbar machte, war die innenpolitische Lage bald wieder so angespannt wie zu Beginn der 1920er Jahre. Die SPD und auch Braun unterstützten daher im Reichstag sogar die von ihr eigentlich abgelehnte Politik Brünings, um im Gegenzug die Unterstützung des Zentrums in Preußen für Braun zu erhalten. Nicht zuletzt ging es dabei um die Sicherung der Verfügungsgewalt über die preußische Polizei, die als eine der wenigen Institutionen geeignet schien, den Vormarsch der NSDAP einzudämmen.

Denn diese konnte bei der Reichstagswahl vom 14. September 1930 mit 18,3 Prozent gegenüber 1928, als sie mit nur 2,6 Prozent und zwölf Mandaten nicht mehr als eine Splitterpartei gewesen war, die Zahl ihrer Sitze fast verdreifachen. Mit 107 Abgeordneten stellte sie jetzt hinter der SPD und vor der KPD die zweitstärkste Fraktion im Reichstag.

Rückendeckung erhielt Braun bei der Durchsetzung seiner Politik in Preußen insbesondere von Severing, der bereits von 1920 bis 1926 preußischer Innenminister gewesen war, im zweiten Kabinett Müller dann von 1928 bis 1930 das Amt des Reichsinnenministers bekleidet hatte und in der Endphase der Republik von 1930 bis 1932 wieder als preußischer Innenminister fungierte. Braun und Severing konnten jedoch nicht verhindern, dass die Gegner der Republik, die zugleich erbitterte Feinde Brauns waren, sich immer mehr formierten. So verfehlte die „Weimarer Koalition“ bei den Landtagswahlen am 24. April 1932 in Preußen erstmals die Mehrheit, während die Nationalsozialisten ihren Anteil von 2,9 auf 36,3 Prozent der Wählerstimmen steigerten und die SPD mit 21,2 Prozent weit hinter sich ließ. Rechnet man die Stimmen der NSDAP und der DNVP sowie weiterer rechter Splittergruppen zusammen, fehlten ihnen nur neun Sitze zur absoluten Mehrheit.

Das Wahlergebnis war sowohl für das bisher so stabile Preußen als auch für das gesamte Reich eine Katastrophe. Folgerichtig wurde Reichskanzler Brüning am 30. Mai 1932 von Reichspräsident Hindenburg entlassen und durch Franz von Papen ersetzt, der nun ein „Kabinett der Barone“ bildete und allein vom Vertrauen Hindenburgs und der Tolerierung durch die NSDAP getragen war. In Preußen blieben Braun und sein Kabinett gemäß Artikel 59 der Landesverfassung zwar geschäftsführend im Amt, da es für eine neue Regierung keine parlamentarische Mehrheit gab. Aber Braun war jetzt nicht nur politisch, sondern auch persönlich angeschlagen. Nachdem er bereits am Ende des Wahlkampfes in der Nacht vom 22. zum 23. April einen körperlichen Zusammenbruch erlitten hatte, übergab er die laufenden Amtsgeschäfte nun an den Zentrumspolitiker Heinrich Hirtzfelder und zog sich in sein Haus in Berlin-Zehlendorf zurück, um sich zu erholen. Dort überbrachte ihm am Morgen des 20. Juli 1932 ein Ministerialbeamter das Entlassungsschreiben von Reichskanzler von Papen, der mit dem sogenannten „Preußenschlag“ selbst die Macht in Preußen übernahm. Braun blieb zwar offiziell Ministerpräsident. Doch seine Befugnisse wurden auf Reichskommissare übertragen, die unmittelbar Papen unterstanden. Dieser rechtfertigte sein Verhalten später mit der Bemerkung, es hätte „wenig Sinn“ gehabt, „im Reiche zu einer besseren Ordnung der Dinge zu schreiten, wenn sie nicht gleichzeitig auch in Preußen hergestellt werden konnte“.

Die rechtmäßige preußische Regierung tagte danach, aus ihren Büros und

Häusern vertrieben, unter Vorsitz Brauns noch einige Zeit als sogenannte „Hoheitsregierung“ in Restaurants und Kneipen, bis sie im März 1933, wenige Wochen nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten, durch eine beim Reichspräsidenten besorgte neue Notverordnung endgültig abgesetzt wurde. Eine Schlüsselrolle spielte dabei Hermann Göring, der als Reichskommissar für das preußische Innenministerium Dienstherr der gesamten preußischen Polizei war. Was Braun, Severing und Grzesinki mühevoll aufgebaut hatten, um die Republik zu schützen, diente nun den Nationalsozialisten zur Durchsetzung ihrer Herrschaft.

V. Rückzug aus der Politik

Otto Braun verbrachte den Sommer 1932 zur Erholung im österreichischen Bad Gastein und im schweizerischen Ascona, wo er für seinen Alterssitz ein Grundstück erworben hatte. Mitte Oktober kehrte er noch einmal nach Berlin zurück, wo Gespräche mit Papen und Hindenburg ergebnislos verliefen. Nach dem Machtantritt der Nationalsozialisten war er an Leib und Leben bedroht. Wenige Tage nach dem Reichstagsbrand und nachdem er aus dem Büro des Reichspräsidenten eine dringende Warnung erhalten hatte, dass seine Verhaftung unmittelbar bevorstehe, fuhr er am 4. März 1933 mit dem Auto über die Grenze nach Österreich – ein Tag vor den Landtags- und Reichstagswahlen am 5. März, bei denen die SPD im Reich nur noch 18,3 Prozent und in Preußen sogar nur 16,6 Prozent der Stimmen erhielt. Die Parteiführung der SPD gab Braun eine Mitschuld an dieser desaströsen Niederlage, weil er sich durch seine Flucht der Verantwortung entzogen habe. Die Verbindung Brauns zu seiner Partei, der er so lange gedient hatte, riss danach beinahe gänzlich ab. In der Exil-SPD spielte er keine Rolle mehr. Auch die Korrespondenz mit ehemaligen politischen Weggefährten kam weitgehend zum Erliegen. Erst nach Ende des Zweiten Weltkrieges nahm er an einigen Veranstaltungen der SPD wieder teil.

Ob Braun eine Chance gehabt hätte, etwa durch die Ausrufung eines Generalstreiks oder mit Hilfe der preußischen Polizei, das Blatt der Geschichte in letzter Minute noch zu wenden, ist indessen mehr als fraglich. Politisch seit 1930 stark geschwächt, besaß er spätestens mit der Ernennung von Papens zum Reichskanzler am 1. Juni 1932 durch Reichspräsident von Hindenburg keine nennenswerten Mittel mehr, sich der Entwicklung entgegenzustellen. Aber schon vorher, mit der verheerenden Niederlage der SPD bei der Landtagswahl in Preußen am 24. April 1932, war das politische Ende Preußens eingeleitet. Die Wähler hatten entschieden, nicht länger Otto Braun und der von ihm geführten „Weimarer Koalition“, sondern Hitler und der NSDAP mit ihren rechtsradikalen Bundesgenossen zu folgen. Der „Preußenschlag“ Papens vom 20. Juli 1932 besiegelte danach nur noch eine Entwicklung, die längst begonnen hatte und letztlich zur „Macht ergreifung“ Hitlers führte. Sich dieser Entwicklung noch in den Weg zu stellen, hätte nach Hitlers Triumph für Braun den sicheren Tod bedeutet. Wenn in der SPD genau das später rückblickend von ihm verlangt wurde, lässt sich dies nur so interpretieren, dass manchen Sozialdemokraten ein toter Märtyrer lieber gewesen wäre als ein verdienter Politiker im Exil, der das Mögliche getan hatte, um von Preußen aus die Demokratie in Deutschland zu retten, und nur das Unmögliche gelassen hatte, als es nichts mehr zu retten gab. □

Reichsbankpräsident Hjalmar Schacht – Vom liberalen Republikaner zum Gegner der Weimarer Republik

Christopher Kopper

Hjalmar Schacht gehörte zu den interessantesten und widersprüchlichsten Führungspersönlichkeiten der Weimarer Republik. Sein politischer Wandel vom Republikaner zum Gegner der parlamentarischen Demokratie zeigt sich in den folgenden Daten. Anfang 1919 war Schacht einer der Gründer der liberalen Deutschen Demokratischen Partei (DDP). 1932 gehörte Schacht zu den prominentesten Unterstützern Hitlers, die nicht der NSDAP angehörten.

Wie lässt sich Schachts Weg von der liberalen Mitte an den äußersten rechten Rand des politischen Spektrums erklären? Wieso verriet Schacht die Weimarer Republik, der er bis 1930 loyal diente? War Schachts Rechtsruck vom politischen Liberalismus zur antiparlamentarischen Rechten vielleicht sogar symptomatisch für das politische Versagen der deutschen Wirtschaftselite?

I.

Der 1877 geborene Schacht wuchs während des Kaiserreichs im liberal geprägten Hamburger Wirtschaftsbürgertum auf. Seit 1902 gehörte Schacht der Gruppe der sogenannten Jungliberalen in der Nationalliberalen Partei an. Es wäre jedoch falsch, Schacht in der Zeit des Kaiserreichs rechts von der politischen Mitte zu verorten. Vom national-liberalen Mainstream unterschieden sich die Jungliberalen nicht nur durch die Befürwortung des Freihandels. Im Unterschied zu den Nationalliberalen und in Übereinstimmung mit der liberalen Fortschrittspartei strebten sie die Überwindung des undemokratischen Dreiklassenwahlrechts an.

Als der Sozialdemokrat Philipp Scheidemann am 9. November 1918 die Republik proklamierte, war der 41 Jahre alte Schacht bereits ein geachtetes Mitglied des Berliner Wirtschaftsbürgertums. Seit 1916 war er Vorstandsmitglied der Nationalbank AG, die zu den großen Geschäftsbanken des Reiches gehörte. Seit Kriegsbeginn gehörte Schacht dem liberalen „Deutschen Club von 1914“ an, wo sich ein breites Spektrum der wirtschaftlichen und politischen Elite traf, das von gemäßigten Nationalliberalen bis zu Repräsentanten des rechten Flügels der SPD reichte. In den Revolutionstagen des November 1918 ging von diesem Kreis die Initiative zur Gründung einer liberalen Partei aus, die sich vollkommene mit der Idee des liberalen republikanischen Staates identifizierte: Die Deutsche Demokratische Partei (DDP).

Schacht unterzeichnete im November 1918 den Gründungsauftrag der DDP, obwohl er nicht alle ihre Positionen teilte. Im Unterschied zu den Liberalen lehnte er aus weltanschaulicher Überzeugung einen grundsätzlichen Bruch mit der monarchischen Ordnung ab und gehörte damit in das Lager der gemäßigt konservativen „Vernunftrepublikaner“. Eigentlich wäre seine Mitgliedschaft in der zwischen Rechtsliberalismus und gemäßigt konservativem Konservatismus changierenden Deutschen Volkspartei eines Gustav Stresemann folgerichtig gewesen. Dennoch blieb Schacht bis 1926 DDP-Mitglied.

Weshalb blieb Schacht Mitglied einer Partei, die seinen politischen Über-



Prof. Dr. Christopher Kopper, Professor für Wirtschaftsgeschichte an der Universität Bielefeld

zeugungen nicht wirklich entsprach? Schacht hoffte vergeblich auf die parteipolitische Fusion des Linksliberalismus und des Rechtsliberalismus als Gegengewicht zur Sozialdemokratie. Der scharfe Analytiker Schacht hielt die in der DVP aufgegangenen Nationalliberalen wegen ihrer vorbehaltlosen Unterstützung der Kriegspolitik für politisch gescheitert und diskreditiert. Schacht ging zu der vermeintlich stärkeren DDP, von der er sich mehr Erfolg bei der Verwirklichung einer stabilen parlamentarischen Demokratie mit einer liberalen Wirtschaftsordnung versprach.

Im Januar 1919 bemühte sich Schacht vergeblich um einen sicheren Listenplatz für die Wahl zur Nationalversammlung. Seine gescheiterten Bemühungen um ein Reichstagsmandat sollten sich im Jahr 1923 jedoch auszahlen, als er für das Amt des Reichsbankpräsidenten ins Spiel gebracht wurde. Schacht genoss den strategischen Vorteil, in der bürgerlichen Öffentlichkeit nicht als Politiker wahrgenommen zu werden. Wenn überhaupt war der öffentlich kaum exponierte Schacht einer größeren Öffentlichkeit bis 1923 nur als Banker bekannt. Sein politisches Ehrenamt als Vorstandsmitglied der DDP blieb in der Öffentlichkeit weitgehend unbekannt.

Schachts Aufstieg vom Banker zum Reichsbankpräsidenten wurde durch die Hyperinflation des Jahres 1923 möglich. Der amtierende Reichsbankpräsident Havenstein war schwerkrank und mit der Sanierung der wertlos und funktionslos gewordenen Mark völlig überfordert. Als seine kommende Ablösung im August 1923 nicht mehr zu verheimlichen war, brachte die Berliner Presse zum ersten Mal Schacht als möglichen neuen Reichsbankpräsidenten ins Spiel.

Reichskanzler Gustav Stresemann (DVP) beauftragte Schacht am 8. November 1923 mit der Aufgabe, die Hyperinflation zu beenden. Schacht dankte seine Ernennung zum Reichsbankpräsidenten keiner besonderen

notenbankpolitischen Expertise, sondern seinem Ruf als loyaler Anhänger der republikanischen Ordnung. Sein härtester Konkurrent Karl Helfferich genoss zwar das Vertrauen der führenden Bankiers und des Direktoriums der Reichsbank. Aus der Sicht Stresemanns und des Reichspräsidenten Friedrich Ebert (SPD) war Helfferich wegen seiner anti-republikanischen Einstellung jedoch politisch untragbar. Schacht wurde nach Eberts und Stresemanns energischer Fürsprache vom Kabinett und mit der Zustimmung der SPD-regierten und der zentrumsregierten Länder in das Amt des Reichsbankpräsidenten gewählt. Für die Weimarer Koalition aus SPD, Zentrum und DDP war Schacht der politisch ideale Kandidat.

Es gelang Schacht tatsächlich, die völlig entwertete und als Zahlungsmittel unbrauchbare Mark durch die stabile Rentenmark zu ersetzen und damit die Hyperinflation zu beenden. Das Konzept für die Währungsreform stammte jedoch nicht von ihm, sondern vom sozialdemokratischen Finanzexperten Rudolf Hilferding und vom parteilosen Finanzminister Hans Luther. Es gelang Schacht sogar, einen Kredit der Bank of England einzuwerben und mit Hilfe der englischen Notenbank innerhalb eines Jahres die goldgedeckte Reichsmark einzuführen. Aus der erfolgreichen Sanierung der Währung ging Schacht mit dem Nimbus des „Retters der Mark“ heraus, der sein Prestige in der Öffentlichkeit maßgeblich bestimmte und von dem auch die DDP profitieren konnte.

Die Wiedereinführung der Golddeckung verschaffte Schacht hohes Ansehen in der Öffentlichkeit. Dieser Schritt gelang Schacht vor allem dank seiner ausgezeichneten Beziehungen in die Londoner City und zum britischen Notenbankpräsidenten Montagu Norman. Doch während die DDP in den beiden Reichstagswahlkämpfen des Jahres 1924 mit dem Ansehen ihres Parteimitglieds Schacht warb, entfremdete sich Schacht immer mehr vom politischen Liberalismus.

II.

1926 trat Schacht aus der DDP aus. Laut seiner 1953 veröffentlichten Autobiographie handelte er aus Protest gegen die Zustimmung der DDP zur Entgeignung der deutschen Fürstenthümer. Die angestrebte, jedoch nach einem Volksentscheid gescheiterte Fürstentümnung war jedoch nur der Anlass und nicht der Grund für seine schrittweise Entfremdung vom politischen Liberalismus.

Die Gründe für seine Entfremdung vom politischen Liberalismus sind in seinem technokratischen Politikverständnis zu suchen. Das Kabinett war nicht bereit, der finanzwirtschaftlichen Expertise des Notenbankers Schacht grundsätzlich Vorrang vor sozialpolitischen und infrastrukturpolitischen Zielen einzuräumen. Schacht geriet mit der Reichsregierung über die Höhe und den Zweck der deutschen Auslandsverschuldung in Streit. Da die Hyperinflation den größten Teil der Geldvermögen vernichtet hatte, waren das Reich, die Länder und die Gemeinden auf Kapitalzufuhr aus dem Ausland angewiesen. Der Rückgriff des Staates auf ausländische Kredite erhöhte jedoch die Auslandsverschuldung, belastete die Zahlungsbilanz und drohte, die Industrie vom knappen und umkämpften Kreditmarkt zu verdrängen.

Aus der Sicht der Städte und der Länder waren Auslandskredite für die Modernisierung der öffentlichen Infrastruktur dringend erforderlich. Großstädte wie Berlin, Köln und Hamburg investierten großzöhrig in den Wohnungsbau, den Nahverkehr, in Gesundheits-

einrichtungen und in Messegelände und verbesserten damit die Lebensbedingungen und die Zukunftsfähigkeit der Städte. Während die Kommunalverwaltungen die Kreditaufnahme als produktive Zukunftsinvestitionen priesen, lehnte sie Schacht als vermeintlich unproduktive Fehlverwendungen von knappem Kapital ab. Schacht forderte, dass Auslandskredite nur für „lebenswichtige, wirklich produktive Zwecke“, also vorrangig für industrielle Investitionen in moderne Produktionsanlagen aufgenommen werden sollten. Kommunale Auslandskredite erhöhten zweifellos das Wohlstandsniveau, doch kostete ihre Rückzahlung Devisen, ohne der Zahlungsbilanz des Reiches zusätzliche Devisen einzubringen. Schacht verlangte deshalb ein Vetorecht der Reichsbank gegen Auslandsanleihen der Länder und Gemeinden, das ihm die Reichsregierung jedoch verweigerte.

Schacht geriet ab 1925 wegen seiner strikten Stabilitätspolitik in einen Dauerkonflikt mit der Reichsregierung. Schacht verbat sich jede Kritik an der strengen Geldpolitik der Reichsbank und forderte von der Reichsregierung einen entschiedenen haushaltspolitischen Sparkurs. Schacht war mit seinem Beharren auf die Autonomie der Reichsbank politisch wie ökonomisch im Recht, aber überschritt mit der Kritik an der Haushaltspolitik der Regierung die Kompetenzen seines Amtes. Mit seiner Kritik an der Haushaltspolitik des Reiches vertiefte sich die Entfremdung von seinen Parteifreunden in der DDP zusehends. Sein Parteiaustritt im Jahr 1926 war die folgerichtige Konsequenz aus diesem Entfremdungsprozess. Mit seiner Kritik an den zu hohen Staatsausgaben für Soziales stellte er die wohlfahrtsstaatliche Ordnung der Weimarer Republik in Frage, auf der die Koalition der Mitte und der gemäßigten Linken aus Zentrum, DDP und SPD maßgeblich beruhte.

Für seine zunehmende Entfremdung von der liberalen Mitte gab es nicht nur politische, sondern auch persönliche Gründe. Sein Mangel an Selbstkritik und seine von sich selbst eingenommene Haltung verstärkten seine Neigung, sich als einen unfehlbaren und unverstandenen Experten zu sehen, der gegen den Unverstand seiner Umwelt kämpfen musste. Schacht neigte dazu, seine gelegentlich überzogene Härte in kontroversen Diskussionen mit positiver Standfestigkeit in der Sache zu verwechseln und mit dem ihm sachlich gerechtfertigt erscheinenden Sarkasmus seine Gesprächspartner zu verletzen. Sein einstiger Förderer Gustav Stresemann reagierte auf Schachts selbstherrliche Kritik an der Ausgabenpolitik der Reichsregierung zunehmend erbost und lehnte es seit 1927 ab, Schacht weiterhin bei Kabinettsitzungen zu konsultieren.

Ungeachtet ihrer haushaltspolitischen Differenzen war sich Schacht mit der Reichsregierung in einem wichtigen Punkt weiterhin einig: Die Senkung der Reparationen genoss aus den folgenden Gründen eine hohe politische Priorität. Zum einen war die jährliche Schuldentlast von 2,5 Milliarden Reichsmark aus dem Dawes-Plan auf Dauer für das Deutsche Reich zu hoch. Zum anderen erhoffte sich die Reichsregierung durch den Abzug der französischen Besatzungstruppen und die Aufhebung der alliierten Kontrollen über Reichsbank und Reichsbahn eine innenpolitische Stabilisierung durch den politischen Prestigegewinn, der mit der Wiedergewinnung der vollen politischen Souveränität verbunden war.

III.

Angesichts seines hohen Ansehens unter amerikanischen, britischen und

französischen Bankern hatte die Reichsregierung 1928 keine andere Wahl, als Schacht mit der Verhandlungsführung über eine Revision der alliierten Reparationspolitik zu beauftragen. Zu diesem Zeitpunkt hatte sich Schacht bereits den oppositionellen Deutschnationalen angenähert, die eine unrealistisch hohe Senkung der Reparationen forderten. Schacht weckte bei der rechtsgerichteten Opposition überhöhte Erwartungen in eine deutliche Senkung der Reparationslast. Der politische Druck von rechts kam Schacht gelegen, um die Verhandlungen bei einem schlechten Ergebnis für Deutschland platzen zu lassen. Schacht begann, sich aus der Loyalitätsverpflichtung seines Amtes gegenüber der Reichsregierung zu lösen und der rechtsgerichteten Opposition in die Hände zu spielen.

Schacht nahm das Amt des Verhandlungsführers auch aus einem innenpolitischen Grund an. Die enge Wechselbeziehung zwischen Reparationen und Staatsausgaben versprach ihm größeren Einfluss auf die Haushaltspolitik des Reiches. Der Konflikt mit dem SPD-Finanzminister Rudolf Hilferding war damit programmiert. Schacht wollte nicht weniger als ein Vetorecht über den Reichshaushalt durchsetzen.

Wie zu erwarten waren die alliierten Reparationsgläubiger nicht zu der von Deutschland erhofften größeren Senkung der Reparationen bereit. Nur der Verzicht der USA auf eine Rückzahlung der französischen Kriegsschulden hätte einen Verzicht Frankreichs auf deutsche Reparationen ermöglicht. Der amerikanische Kongress und die amerikanische Öffentlichkeit handelten jedoch nach dem Prinzip „America First“ und hielten an dem seit 1919 verfolgten isolationistischen Kurs fest. Bei den Reparationsverhandlungen in Paris konnte Schacht daher nicht mehr als eine Senkung der jährlichen Reparationslast auf 1,85 Mrd. Reichsmark durchsetzen – weniger, als die Reichsregierung und als die deutsche Öffentlichkeit erhofft hatten.

Zu Beginn des Jahres 1930 rückte Schacht vom Young-Plan ab, den er selbst mitverhandelt hatte.

Schacht versuchte, die Verantwortung für das schlechte Verhandlungsergebnis bei der Reichsregierung abzuladen. In einem Brief warf Schacht dem sozialdemokratischen Reichskanzler Hermann Müller zu Unrecht vor, er habe sich bereits vor Konferenzbeginn gegenüber dem alliierten Reparationsagenten Parker Gilbert mit einem schlechten Ergebnis einverstanden erklärt. Der bereits schwerkranke Außenminister Stresemann war über Schachts Vorwürfe so empört, dass er eine Untersuchung gegen sich selbst beantragte. Stresemann soll über Schacht gesagt haben: „Das einzige, was an Schacht sauber ist, ist sein Kragen“. In der Öffentlichkeit verteidigte Schacht aus Einsicht in die strukturelle Unbeweglichkeit der alliierten Siegermächte noch immer das Ergebnis der Reparationsverhandlungen. Als die Deutschnationalen und die NSDAP im September 1929 ein Volksbegehren gegen den sogenannten „Young-Plan“ ankündigten, unterschrieb er einen Aufruf prominenter Demokraten, der sich gegen das Volksbegehren richtete.

Dennoch entfremdete sich Schacht immer mehr der Regierung der Großen Koalition. Ende 1929 nutzte er die akute finanzielle Notlage des Reichshaushalts aus, um sich ein Vetorecht gegen den Reichshaushalt zu sichern. Schacht

drohte, den Kredit einer amerikanischen Bank an das Deutsche Reich in letzter Minute platzen zu lassen, wenn der sozialdemokratische Finanzminister Rudolf Hilferding nicht eine Sondersteuer zur Haushaltsdeckung akzeptieren würde. Angesichts der schweren Konjunkturkrise war eine solche Sondersteuer konjunkturpolitisches Gift und kontraproduktiv. Hilferding musste dieses Junktum notgedrungen akzeptieren und trat im Dezember 1929 unter Protest zurück. Schacht gefiel sich in der Rolle des vermeintlich parteiungebundenen, aber immer stärker Partei nehmenden Anwalts haushaltspolitischer Solidität.

Schacht schlug sich damit auf die Seite des Koalitionspartners DVP, der die beginnende Weltwirtschaftskrise für den Abbau des Weimarer Sozialstaats nutzen wollte und ein Auseinanderbrechen der Großen Koalition über haushaltspolitische und sozialpolitische Konflikte bewusst riskierte. Unter dem Einfluss der großen Wirtschaftsverbände wie der Eisen- und Stahlindustrie und des Ruhrbergbaus bewegte sich die DVP nach Stresemanns Tod im Jahr 1929 zunehmend nach rechts. Die von ihr geforderte Senkung der Leistungen für Arbeitslose war die politische Sollbruchstelle, an der die letzte parlamentarische Mehrheitsregierung der Weimarer Republik im Frühjahr 1930 auseinanderbrach.

IV.

Zu Beginn des Jahres 1930 rückte Schacht vom Young-Plan ab, den er selbst mitverhandelt hatte. Schacht schlug sich nun auf die Seite der deutschnationalen Young-Plan-Gegner und stieß damit auch dem DVP-Außenminister Julius Curtius vor den Kopf, der dem verstorbenen Stresemann nachgefolgt war. Am 6. März 1930 erklärte Schacht – zunächst noch hinter verschlossenen Türen – seinen Rücktritt als Reichsbankpräsident.

Es spricht viel für die Hypothese, dass der Young-Plan eher der Anlass als der Grund seines Rücktritts war. Schachts ablehnende Haltung gegenüber dem Young-Plan war symptomatisch für den zunehmenden außenpolitischen Revisionismus im konservativen Lager. Schacht hatte die Brücke zum liberalkonservativen und uneingeschränkt prorepublikanischen Lager bewusst eingerissen.

War Schacht ein politischer Opportunist, der den politischen Rechtsruck kommen sah und sich auf die stärkere Seite schlug? Auf den ersten Blick erscheint diese Annahme schlüssig. Auf den zweiten Blick ist sie aber widersprüchlich. Schacht trat auf dem Höhepunkt seiner Macht gegenüber der Reichsregierung zurück. Wegen der starken Spannungen innerhalb der Reichsregierung hätte Schacht durchaus mit ihrem baldigen Ende und der Ernennung eines entschiedenen konservativen Reichskanzlers rechnen können, der seinen politischen Vorstellungen näher stand. Die Wirtschafts- und Finanzpolitik des neuen Reichskanzlers Heinrich Brüning (Zentrum) wäre (und war) ihm zweifellos sympathischer und kam seinen Vorstellungen einer konsequenten Stabilitätspolitik nahe.

An Schachts großem Einfluss im deutschen, im europäischen und im transatlantischen Finanzwesen kam die Reichsregierung auch nach seinem Rücktritt nicht vorbei. Finanziell konnte er sich den Amtsverzicht gut leisten. Bei seinem Abschied handelte er eine Abfindung von drei Jahressgehältern aus, die sich auf insgesamt 600.000 RM belief. Bei dem damals üblichen Zinssatz von sieben Prozent brachte ihm die Abfindung jährliche Zinserträge von 42.000 Reichsmark ein – und damit mehr als das Gehalt des Reichskanzlers,

ohne dass er seine Abfindung antasten musste.

Nach seinem Ausscheiden aus dem Amt genoss Schacht das Privileg, sich überall öffentlich zu Wort melden zu können. Bereits 1930 nutzte er dieses Privileg auf einer langen Vortragsreise in den USA ausgiebig aus und meldete sich ab 1931 auch innerhalb Deutschlands zunehmend offensiver zu Wort. Am 3. Oktober 1930 sprach er in einer öffentlichen Rede vor der Deutsch-Amerikanischen Handelskammer in New York von einer baldigen Einstellung der deutschen Reparationszahlungen und schädigte damit die bereits eingeschränkte Kreditwürdigkeit Deutschlands erheblich. Schacht wusste, dass bereits der Wahlerfolg der NSDAP bei den Reichstagswahlen am 14. September 1930 die Kreditwürdigkeit des deutschen Staates und auch der deutschen Wirtschaft beschädigt und zu umfangreichen Geldabflüssen ausländischer Anleger geführt hatte. Der liberale Reichsfinanzminister Hermann Dietrich sah sich zu einer Distanzierung von Schachts Äußerungen gezwungen. Andererseits kam Schachts offener Vorgetragenese These von der baldigen Einstellung der Reparationszahlungen Reichskanzler Heinrich Brüning durchaus entgegen, der Deutschlands Unfähigkeit zur Erfüllung der alliierten Reparationsforderungen auch um den Preis eines schweren Schadens für die deutsche Wirtschaft beweisen wollte. Für Brüning wie für Schacht hatte das Ende der Reparationen erste Priorität.

Seine Kritik an der Reparationspolitik war seit dem März 1931 auch der deutschen Öffentlichkeit bekannt. Schacht veröffentlichte im deutschnationalen Gerhard Stalling-Verlag sein Buch „Das Ende der Reparationen“, das sich bis zum Jahresende 1931 gleich 30.000 mal verkaufte. Für diesen Verkaufserfolg war neben seiner ungebrochenen Prominenz auch seine heftige Kritik an der Reparationspolitik der Reichsregierung verantwortlich. Schachts einseitige Darstellung der Young-Plan-Verhandlungen zu Lasten der früheren Regierung Müller war auch für die Regierung Brüning sehr brisant. Brüning sah sich genötigt, eine kritische Gegendarstellung in Auftrag zu geben. Das große Presseecho half Schacht, seine Kritik an der Reparationspolitik in weiten Kreisen der Öffentlichkeit zu verbreiten.

Schacht stärkte mit seiner Kritik an der Regierung Brüning vor allem die radikale Rechte. Mit seiner Behauptung, dass Stresemann bewusst nicht die Unterstützung der „Nationalen Opposition“ in der Reparationsfrage gesucht habe, biederte er sich offen bei den Deutschnationalen an, die Schachts Buch bejubelten. Doch blieb der Beifall nicht auf die Deutschnationalen beschränkt. Im Juni 1931 wies die NSDAP-Reichsleitung die nationalsozialistische Presse an, Schacht künftig schonend zu behandeln und auf die bisherigen polemischen Angriffe gegen den „Freimaurer“ und „Kapitalisten“ Schacht zu verzichten.

Für Schacht war die mögliche Perspektive einer Koalition aus Nationalsozialisten und Deutschnationalen keine Schreckensvision, sondern eine positive Zukunftsperspektive. Bereits Ende 1930 teilte er einem angesehenen amerikanischen Banker seinen Eindruck mit, dass die Regierung abgewirtschaftet habe und durch eine Koalition aus DNVP und NSDAP ersetzt werde.

Im Dezember 1930 erklärte Schacht in einer Rede vor dem Wirtschaftsrat der Bayerischen Volkspartei den anwesenden mittelständischen Unternehmern aus Bayern: „Richtig ist, dass man auf Dauer nicht gegen 20% der Wähler regieren kann, die in der letzten Reichs-

tagswahl (...) einen lebendigen Protest gegen die innere und äußere Einschränkung unseres Lebensraumes (...) zum Ausdruck bringen wollten“.

Diese Äußerungen waren unschwer als ein Plädoyer für eine Regierungsbeeilegung der NSDAP zu verstehen, die bei der letzten Reichstagswahl fast 20% der Stimmen erhalten hatte. Seine Annäherung an die NSDAP ging im Januar 1931 schon deutlich weiter. Bei einer privaten Einladung im Hause Hermann Görungs begegnete er zum ersten Mal Hitler. Folgt man Schachts 1953 publizierten und keinesfalls plump apologetischen Memoiren, war er von Hitlers Persönlichkeit und seinen Äußerungen zur Reparationsfrage und zur Wirtschaftspolitik recht angetan, ja beeindruckt. Für die Ehrlichkeit seiner Memoiren in diesem Punkt gibt es einen authentischen Beleg. Die Tagebücher des ebenfalls anwesenden Joseph Goebbels bestätigen, dass Schacht positiv auf Hitlers Ausführungen reagierte.

Die schwere Bankenkrise im Juli 1931 schien Schachts düstere Prophezeiungen zu bestätigen. Der Beinahe-Konkurs der vier größten deutschen Banken (Deutsche Bank, Dresdner Bank, Commerzbank und Danat-Bank) bestätigte eindrucksvoll Schachts Kritik an der zu hohen Auslandsverschuldung. Schacht berücksichtigte dabei jedoch nicht, dass schwere strukturelle Mängel im Bankmanagement und die fehlende Zusammenarbeit der europäischen Zentralbanken die Bankenkrise maßgeblich verursacht und fahrlässig verschärft hatten. Der Kapitalabzug ausländischer Anleger, die eine mögliche Machtübernahme der NSDAP befürchteten, hatte die beschränkten Handlungsspielräume der Reichsbank zusätzlich eingeengt.

Hans Luther, Schachts Nachfolger im Amt des Reichsbankpräsidenten, war in seinem Amt gescheitert. Brüning bot Schacht das Amt eines Kommissars für Währungs- und Bankenfragen an. Schacht lehnte dieses Angebot nicht nur wegen der ungeklärten Kompetenzen dieses Amtes ab. Mit seiner Forderung nach einem einseitigen Moratorium für Auslandsschulden stieß er auf Brünings Widerspruch, der eine Lösung auf dem Verhandlungsweg anstrebte. Eine so sehr von sich selbst überzeugte Persönlichkeit wie Schacht wäre nur dann in den Dienst des Reiches zurückgekehrt, wenn man ihm das Amt des Reichsbankpräsidenten zu seinen politischen Vorbedingungen angeboten hätte.

V.

Schacht wurde auch von den Deutschnationalen umworben. Die Reichstagsfraktion der Deutschnationalen lud ihn im Spätsommer 1931 ein, auf der gemeinsamen Kundgebung der DNVP, des Stahlhelms und der SA in Bad Harzburg über Wirtschaftspolitik zu sprechen. Schacht nahm diese Einladung dankbar an. Er wusste, dass sich diese Massenkundgebung der sogenannten „nationalen Verbände“ gegen das politische System der Weimarer Republik und nicht nur gegen die Regierung Brüning richtete. Obwohl sich Schacht in seiner Rede auf finanzwirtschaftliche Fragen beschränkte und das politische System der Weimarer Republik noch nicht offen in Frage stellte, beschädigten seine Äußerungen die Glaubwürdigkeit der Reichsregierung und schadeten dem finanziellen wie dem politischen Kredit des Reiches. Mit seiner Rede auf dem „Harzburger Treffen“ wurde Schacht nicht nur zum Akteur auf der politischen Bühne, sondern auch zu einem Politikum für die Reichsregierung.

Schacht genoss es, von Hitler und den Deutschnationalen umworben zu werden. Hitler und Göring bemühten



Foto: akg-images

Hjalmar Schacht im Zeugenstand der Nürnberger Prozesse. Er gehörte zu den interessantesten und widersprüchlichsten Führungspersonlichkeiten der Weimarer Republik.

sich um ein seriöses Image der NSDAP in wirtschaftsbürgerlichen Kreisen und konnten von der informellen Zusammenarbeit mit Schacht nur profitieren. Schacht war bis zur Reichspräsidentenwahl im Frühjahr 1932 noch unentschieden, ob er sich den Nationalsozialisten anschließen sollte. Gegen die NSDAP sprachen die unausgegorenen und widersprüchlichen wirtschaftspolitischen Positionen, die von der unternehmensfreundlichen Einstellung Görings bis zu den pseudosozialistischen Vorstellungen des NSDAP-Reichsorganisationsleiters Gregor Strasser und den wirren geldpolitischen Vorstellungen des selbsternannten nationalsozialistischen Chefökonomens Gottfried Feder reichten.

Schacht hielt die wirtschaftspolitischen Vorstellungen der Nationalsozialisten durch seine Kontakte zu Göring und zu Hitler in seinem Sinne für beeinflussbar. Angesichts seiner direkten Verbindungen zu Hitler und Göring hatte er es nicht nötig, für seine Auffassungen in den Zirkeln von nationalsozialistischen Mittelständlern (Keppler-Kreis) zu werben. Im Sommer 1932 bemühte sich Schacht mit Erfolg, Hitler vom Verzicht auf ein detailliertes Wirtschaftsprogramm zu überzeugen. Schacht erreichte damit sein Ziel, die pseudosozialistischen Versatzstücke aus den Wahlprogrammen der NSDAP zu

verdrängen. Auf diesem Weg verschwanden Forderungen wie die Sozialisierung der Großbanken, die dem Ansehen der NSDAP in wirtschaftsbürgerlichen Kreisen und dem Streben nach einem seriöseren Image schadeten.

Hitler dachte Schacht schon vor der Machtübernahme eine führende Rolle als Wirtschaftspolitiker zu. Seit August 1932 war Schacht in den Entwürfen für Kabinettslisten für das Amt des Reichsbankpräsidenten vorgesehen. In der Öffentlichkeit agierte Schacht als Unterstützer der NSDAP jedoch zurückhaltend. Schachts Parteinahme für die NSDAP war im Sommer 1932 in der Wirtschaftselite noch eine Ausnahme und keinesfalls die Regel. Der große Teil der Wirtschaftselite sparte nicht mit Vorschusslorbeeren für den unternehmensfreundlichen Kurs der Regierung von Papen, der Brüning im Mai 1932 gefolgt war. Die Regierung von Papen verfolgte ganz im Interesse der Wirtschaftsverbände das Ziel, die arbeitsrechtliche Verbindlichkeit von Tarifverträgen aufzuheben und den Abbau des Sozialstaates voranzutreiben. Weite Teile des Unternehmerlagers hatten diese Ziele seit 1929 verfolgt und waren daher von der Politik der Regierung von Papen sehr angetan.

Wegen der unternehmensfreundlichen Wende der Präsidialkabinette von Papen und von Schleicher war Schachts

diskretes Werben für Hitler in Unternehmerkreisen bis zum Februar 1933 noch wenig erfolgreich. Die politisch durchsetzungskräftige und einflussreiche Schwerindustrie befürwortete zwar eine autoritäre Präsidialregierung und eine weitgehende Ausschaltung des Reichstags aus der Gesetzgebung, aber noch nicht die Kanzlerschaft Hitlers.

Während ein großer Teil der Wirtschaftselite erst im Februar 1933 zur NSDAP überschwenkte, vollzog Schacht die Annäherung an die NSDAP bereits im Sommer 1932. Seiner einstmals liberalen und republikanischen Einstellungen zum Trotz wirkte Schacht hinter den Kulissen als ein Wegbereiter der nationalsozialistischen Machtübernahme. Schacht sammelte im November 1932 – mit jedoch bescheidenem Erfolg – bei Unternehmern Unterschriften für eine Petition an Reichspräsident von Hindenburg, Hitler zum Kanzler zu ernennen. Schon zwei Wochen nach der letzten Reichstagswahl am 5. März 1933 wurde Schacht von Hitler für sein Engagement belohnt. Am 18. März 1933 erhielt Schacht auf Hitlers Druck das Amt des Reichsbankpräsidenten. Der Generalrat der Reichsbank, der Schacht zum Reichsbankpräsidenten wählte, handelte auf Druck der nationalsozialistisch geführten Regierung, aber nicht gegen seine Überzeugung. Die sieben Bankiers im Generalrat der

Reichsbank schätzten Schacht auch weiterhin wegen seiner Expertise und seiner Tatkraft in Banken- und Währungsfragen und hätten ihn auch unter einer demokratischen Regierung gewählt.

Hitler zeigte Schacht seine Wertschätzung, indem er ihn zusätzlich zu seinen gesetzlichen Kompetenzen als Hüter der Währung mit Generalvollmachten für die Regulierung und die Neuordnung des deutschen Bankenwesens ausstattete. Auf der eher symbolischen als materiellen Ebene erlaubte Hitler Schacht sogar, sein Jahresgehalt selbst festlegen zu dürfen, das normalerweise vom Generalrat der Reichsbank festgelegt wurde. Schacht erhielt durch die bankenpolitischen Generalvollmachten eine Machtfülle, die er in der Weimarer Republik nie besessen hatte. Diese Aufwertung seines Amtes führte den zur Selbstüberschätzung neigenden Schacht zu der irr tümlichen Einschätzung, ein Vetorecht in allen finanzwirtschaftlichen Fragen zu besitzen und Hitler nötigenfalls auch den Geldhahn zudrehen zu können. 1937 sollte Schacht jedoch erkennen, dass er sich in seinem positiven Urteil über Hitler getäuscht hatte und Hitler ihn zunehmend wie einen lästigen Bedenkenträger behandelte. □

Ein Grabstein für das Zentrum? Zur Rolle von Ludwig Kaas im sogenannten politischen Katholizismus

Josef Pilvousek

Bis heute gibt es unterschiedlichste Urteile über den Zentrumspräsidenten Ludwig Kaas. Eine Vertraute von Ludwig Kaas, Karin Schauff – die Frau des Zentrumsabgeordneten Johannes Schauff – berichtet, „... daß er seine Akten aus dieser Zeit [1928 bis 1933] im Auftrag von Papst Pius XII., als man im Verlauf des Krieges mit einer Besetzung des Vatikans durch die SS rechnen mußte, vernichtet hat. Dies ist auch von Augenzeugen bezeugt. ... Mons. Kaas hinterließ kein Testament. Die Erben überließen die Erbschaft Pius XII.“ Und ergänzend fügt Karin Schauff hinzu: „Kaas sah klar voraus, daß die historischen Vorgänge um die Entlassung Brünnings, dessen Vatikanbesuch, das Ermächtigungsgesetz und das Reichskonkordat, um das Wichtigste zu nennen, heftig umstritten werden würden.“

Im Folgenden wird die Biografie von Ludwig Kaas in den zeitgeschichtlichen Kontext eingeordnet und seine Rolle bei zentralen Ereignissen des Jahres 1933 dargestellt.

I. Politischer Katholizismus und Zentrumsparterie

Die der Reichsfeindschaft bezichtigten Katholiken hatten bereits im 19. Jahrhundert durch unterschiedliche Bewegungen, etwa auf sozialen Gebiet, diesem Vorwurf entgegengewirkt und mit der 1870 gegründeten Deutschen Zentrumsparterie eine Interessenvertretung der katholischen Volksminderheit gegründet. Der häufig gebrauchte Begriff „politischer Katholizismus“ sollte fortan für die Tätigkeit katholischer Politiker verwendet werden, oft auch wenn weder alle Katholiken die gleichen politischen Interessen teilten oder die gleichen Parteien wählten, noch sich die Kirchnähe der katholischen Parteien überproportional durch Repräsentanz von Geistlichen in ihren Reihen auszeichnete. Nach außen zeigte sich lediglich die Kirchnähe in einer Anzahl geistlicher Mandatsträger, oft auch als „Zentrumspräsidenten“ (Dazu gehörten auch: Prälat Lauscher, Prälat Föhr, Prälat Leicht) und „Zentrumskaplänen“ bezeichnet. Einmalig war, dass 1928 mit Prälat Ludwig Kaas (1881–1952) ein Priester als Vorsitzender des Zentrums fungierte.

Dieses „Auftreten der Katholiken als politische Kraft in Staat und Gesellschaft“ und das Bemühen, bestimmte kirchliche Rechte und Freiheiten zu sichern, ohne das gesamte öffentliche Leben im katholischen Geist neu gestalten zu wollen, wies dem Zentrum in der Weimarer Republik eine Schlüsselrolle zu.

Das Zentrum selbst verstand sich als politische Partei und verwahrte sich stets nachdrücklich gegen kirchliche Einmischungsversuche, auch wenn seine enge Bindung an die Kirche offensichtlich blieb. Versuche, die konfessionelle Befangenheit zu überwinden und offen für alle Konfessionen zu sein, kamen nie zum Erfolg.

Auch eine Einigung aller katholischen politischen Kräfte kam nie zustande und erlebte sogar durch Abspaltung des bayerischen Zentrumsflügels (1918/19) und Gründung der Bayerischen Volks-



Prof. Dr. Josef Pilvousek, Professor für Kirchengeschichte des Mittelalters und der Neuzeit an der Universität Erfurt

partei (BVB) eine zusätzliche Separierung.

Diese Zersplitterung des politischen Katholizismus drückte sich auch in den Wahlergebnissen von 1919 bis 1933 für das Zentrum und die BVP aus. Zwischen 1919 und 1933 ging der prozentuale Stimmenanteil von 17,9 auf 13,9 % zurück.

Dass die Zentrumsparterie dennoch in der Weimarer Republik eine bedeutende Rolle spielte, ist dem Umstand zu verdanken, dass sie Volkspartei war, alle Schichten der Bevölkerung umfasste und so, trotz vieler Zerreißen, zum innerpolitischen Interessenausgleich fähig war. Sie kam damit für die Sozialdemokratie und (rechts-)bürgerliche Parteien als Koalitionspartner in Frage.

Pragmatische Handlungsmaximen erleichterten dem Zentrum 1918/19, sich schnell vom Schock der Revolution zu erholen und sich bewusst auf den Boden der Republik zu stellen. „Das Zentrum hat uns den Weg gewiesen, auf dem wir endlich unsere Eigenart politisch und kulturell nachleben können, das Zentrum hat uns diese Möglichkeit gegen rechts und links erstritten, nur dem Zentrum dürfen wir vertrauen“, hieß es in einem Wahlauftrag an die Katholiken, der am 13. Februar 1921 in der „Thüringer Volkswacht“ erschien. Im Gegensatz zur tiefen Verunsicherung, die das Verschwinden der Monarchie im evangelischen Deutschland hervorrief, war der monarchische Gedanke bei vielen Zentrumsanhängern diskreditiert.

In der gesamten Zeit der Weimarer Republik besaß das Zentrum eine starke Position. Aber angesichts der außenpolitischen Belastungen und wirtschaftlichen Krisen („strukturelle Dauerkrise“) bedeutete Regierungsverantwortung nicht Teilhabe an der Macht, sondern höchst unpopuläre Verantwortung.

Die starke Bindung der Katholiken an ihre Lebens- und Gemeinschaftsformen wirkte sich auch bei den Reichstagswahlen der Weimarer Republik aus. Bis zum Ende der Weimarer Republik

haben von 62 % der praktizierenden Katholiken etwa zwei Drittel das Zentrum und die BVP gewählt. Die Wahlstatistiken zeigen, dass sich die beiden katholischen Parteien auf einen festen Wählerstamm stützen konnten. Bezogen auf die Wohnbevölkerung Deutschlands erreichten die Katholiken 1933 einen Anteil von 32,5 %. Wo die Mehrheit der Bevölkerung nicht katholisch war, kam keine Partei außer der NSDAP über einen Anteil von 30 % hinaus. Das Wahlverhalten der katholischen Bevölkerung zeigt auch für die Reichstagswahlen vom März 1933, die schon unter dem Druck der neuen nationalsozialistischen Machthaber stattfanden, dass den Nationalsozialisten in den überwiegend katholischen Gebieten des Deutschen Reiches der politische Erfolg versagt blieb.

Das Zentrum verblieb zwar auch in der Weimarer Republik in einer Minderheitensituation und konnte seine Ziele deshalb auch nur im Bündnis mit anderen Parteien zu erreichen suchen. So war beispielsweise an der 1919 gebildeten Reichsregierung neben den Sozialdemokraten und Linksliberalen auch das Zentrum beteiligt. Angesichts der Mehrheitsverhältnisse im Reichstag war es aber erstaunlich, dass Katholizismus und katholische Kirche nun die volle staatsbürgerliche Gleichberechtigung erreicht hatten.

Der Aufstieg des Nationalsozialismus war in der Zentrumsparterie mit Besorgnis registriert, zunächst aber nicht als staatsgefährdend eingestuft worden. Erst nach den überraschenden Erfolgen der NSDAP im Winter 1929/30 begann eine systematische Auseinandersetzung mit dem Programm und den Zielen der Partei. Nach Hitlers Machtübernahme am 30. Januar 1933 war auch die Deutsche Zentrumsparterie unter den Getäuschten.

In seiner Regierungserklärung am 23. März bezeichnete Hitler u.a. die beiden christlichen Konfessionen als „wichtigste Faktoren der Erhaltung unseres Volkstums“. Schließlich stellte er die weitere Ausgestaltung der „freundschaftlichen Beziehungen“ zum Heiligen Stuhl in Aussicht.

Von einer momentanen Strömung im Katholizismus gedrängt, hob der Vorsitzende der Fuldaer Bischofskonferenz, Adolf Kardinal Bertram (1859–1945), am 28. März 1933 alle allgemeinen Verbote und Warnungen vor dem Nationalsozialismus auf: „Für die katholischen Christen, denen die Stimme ihrer Kirche heilig ist, bedarf es auch zum gegenwärtigen Zeitpunkt keiner besonderen Mahnung zur Treue gegenüber der rechtmäßigen Obrigkeit und zur gewissenhaften Erfüllung der staatsbürgerlichen Pflichten unter grundsätzlicher Ablehnung alles rechtswidrigen oder umstürzlerischen Verhaltens.“

Auch wenn die Verurteilung bestimmter, religiös sittlicher Irrtümer ausdrücklich nicht aufgehoben wurde, stellte dieses Schreiben eine Wendemarke zum Negativen dar, die sich als verwirrend und irreparabel erwies; denn es entstand zunächst der Eindruck, Kirche und Reichsregierung könnten sich auf einer Ebene gegenseitiger Respektierung treffen.

Beim Beschluss zum „Ermächtigungsgesetz“ (23. März 1933) war die Zustimmung des Zentrums nochmals erwünscht, wenn auch nicht mehr verfassungsrechtlich erforderlich. Dieser „Kardinalfehler“ des Zentrums – die Zustimmung – verhalf Hitler zu einer breiten parlamentarischen Mehrheit.

Mit dem Weggang des Parteivorsitzenden Ludwig Kaas 1933 nach Rom blieb die Partei wochenlang führer- und führungslos, wirkte gelähmt und hilflos. Schließlich wurde am 6. Mai des gleichen Jahres Heinrich Brüning zum Parteivorsitzenden gewählt.

Um einem Verbot zuvorzukommen, lösten sich die BVP am 4. Juli und das Zentrum und 5. Juli 1933 selbst auf; zehn Tage später wurde die Alleinherrschaft der NSDAP durch ein Reichsgesetz besiegelt. Der Auflösungsbeschluss vom 5. Juli 1933 erklärt sich allein aus innenpolitischen Komponenten. Ein Zeitzeuge und Zentrumsmitglied, Johannes Schauff, kritisierte die „ziellose Politik“ der Zentrumsführung, die von hilflosen „älteren Herren“ bestimmt worden und ein in „Interessengruppen und ehrgeizigen Cliquen auseinanderfallender Haufen“, „irgendwie reif zum Untergang“ gewesen sei. Der politische Katholizismus, von Hitler in seiner Bedeutung weit überschätzt, war lautlos von der Bühne abgetreten, hin- und hergerissen zwischen kraftloser Überlebenshoffnung und vergeblichen Anpassungsversuchen.

Für die Nationalsozialisten gehörten Repräsentanten und Anhänger des politischen Katholizismus vor vornherein zu den Gegnern des „Dritten Reiches“. Einige mussten die Nichtanpassung an das Regime mit dem Tod bezahlen, andere wurden zur Emigration gezwungen oder inhaftiert. Massenweise seien die Anhänger des Zentrums davongelaufen, kommentierte Nuntius Orsenigo den Opportunismus vieler. Ludwig Kaas mag dazu beigetragen haben, als er am 20. April 1933 aus Rom ein Telegramm an Hitler zu dessen 44. Geburtstag schickte und ihm die „Versicherung unbeeinträchtigt am großen Werk der Schaffung eines innerlich geeinten, sozial befriedigten und nach außen freien Deutschlands“ übermittelte.

II. Ludwig Kaas, ein biografischer Überblick

Ludwig Kaas wurde am 23. Mai 1881 in Trier als Sohn eines Kaufmanns geboren. Er besuchte das Friedrich-Wilhelm-Gymnasium in Trier und studierte anschließend dort und an der Gregoriana in Rom Theologie. 1906 wurde er zum Priester geweiht, 1907 zum Doktor der Theologie und der Philosophie sowie 1908 auch des Kanonischen Rechts promoviert. Nach kurzer Tätigkeit als Kaplan in Rom kehrte er 1909 nach Trier zurück. Man kann von drei Karrieren sprechen, die der hochbegabte Kaas durchlief.

Priester und Wissenschaftler

Vor seinem Eintritt ins öffentliche politische Leben vor 1919 war er Priester und Wissenschaftler, Lehrer und Erzieher in seiner moselländischen Heimat. Im Anschluss an die seelsorgliche Arbeit in einer Pfarrei des Ahrtales 1910 wurde Kaas Präfekt und Rektor des Waisenhauses und Religionslehrer und Subdirektor der Höheren Schule Kemperhof bei Koblenz. Diese Position erlaubte ihm fünfsemestrige Studien bei dem bedeutenden schweizerischen evangelischen Kanonisten Ulrich Stutz in Bonn sowie die Publikation kirchenrechtlicher Abhandlungen, von denen einige als Spitzenleistung bezeichnet werden können. Der Trierer Bischof Korum ernannte Kaas am 22. April 1918 zum ersten Inhaber des neu errichteten Lehrstuhls für kanonisches Recht am Trierer Priesterseminar, nachdem er sich vergeblich um Lehrstühle in Münster, Straßburg und Freiburg beworben und auch eine Stelle als Assistent des inzwischen nach Berlin berufenen Stutz ausgeschlagen hatte. Als Kaas 1919 einen Ruf auf den Lehrstuhl für Kirchenrecht an der Katholisch-Theologischen Fakultät der Universität Bonn ablehnte, hatte sich sein Lebensweg bereits anders ausgerichtet. Die Teilnahme am politischen Geschehen im Deutschen Reich standen nun im Vordergrund seiner Tätigkeiten.

Spekulationen, Kaas habe Bischof von Trier werden wollen, entbehren jeder Grundlage; die als „Gipfel der Stellenjägerie“ (Josef Listl) charakterisierten ehrgeizigen Bemühungen um ein schließlich 1924 erreichtes Kanonikat in Trier und um die Dompropstei des Kölner Metropolitenkapitels sind dagegen dokumentiert.

Zentrumspolitiker auf nationaler und internationaler Bühne

In den schwierigen Jahren von 1919 bis 1933 wirkte er in Berlin und von Berlin aus auf nationaler und internationaler politischer Bühne.

1919 wurde Ludwig Kaas Mitglied der Deutschen Zentrumspartei und deren Kandidat für den Wahlkreis Trier mit 57,9 % der Stimmen in die Deutsche Nationalversammlung gewählt. Vor allem im Verfassungsausschuss leistete er bedeutsame Arbeit. Von 1920 bis 1933 gehörte Kaas dem Deutschen Reichstag und hier dem Auswärtigen Ausschuss an; von 1926–1930 war er Delegierter beim Völkerbund. Seit 1921 gehörte er zu den Mitgliedern des Preußischen Staatsrates, in dem er ein vertrauensvolles Verhältnis zu Konrad Adenauer pflegte. Seit 1917 war er zudem kanonistischer Berater des ab 1920 auch in Berlin akkreditierten Münchener Nuntius Eugenio Pacelli, des späteren Papstes Pius XII., und diente diesem vor allem als Konkordatsfachmann.

Schon bald zählte Kaas zu den prominentesten Vertretern des Zentrums. Nach Entbindung von seiner Professur in Trier wurde er 1924 Leiter eines von der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft (heute Max-Planck-Gesellschaft) errichteten Zweig-Instituts für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht in Trier.

Die Arbeitskraft des glänzenden Redners wurde durch ein bis zu seinem Tod nicht ausreichend behandeltes chronisches Magenleiden eingeschränkt. Im Jahre 1928 wurde Kaas, der zum gemäßigten rechten Flügel der Zentrumspartei gehörte, mit 184 von 318 Stimmen als Nachfolger von Wilhelm Marx zu deren Vorsitzenden gewählt. Mit seiner Wahl war keine langfristige Strategie verbunden; er war eine Verlegenheitslösung und, wie bei vielen anderen geistliche Mandatsträgern auch, der Versuch, gegen die gesellschaftliche Orientierungskrise anzugehen.

In der Kirchenpolitik favorisierte der den Protestanten vorurteilslos begegnende Parteivorsitzende ein Zusammengehen aller christlichen Kräfte. Konkordate waren für ihn ein zentrales Anliegen seiner kirchenpolitischen Bemühungen. Er war beim Preußischen Konkordat von 1929 eine der Schlüsselfiguren und spielte beim Badischen Konkordat 1932 eine bedeutende Rolle.

Zeitweilig plädierte er für eine politische Kooperation von Zentrumspartei und NSDAP und stellte sich damit in offenen Gegensatz zum amtierenden Reichskanzler seiner Partei: Heinrich Brüning. Er unterschätzte die Gefahr der nationalsozialistischen Machtübernahme und glaubte wie viele, dass die seit dem 30. Januar 1933 mitregierenden Deutschnationalen die Nationalsozialisten unter Kontrolle halten und die Hitler-Regierung nur ein Übergang sei. Da er Hitlers Amoralität nicht erkannte, vertraute er dessen Zusicherungen im Vorfeld des „Ermächtigungsgesetzes“. Unter maßgeblichem Einfluss von Kaas hat die Reichstagsfraktion des Zentrums am 23. März 1933 ihre Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz gegeben. So ermöglichte sie der Reichsregierung Adolf Hitlers die Ausschaltung des Reichstags. Am 7. April 1933 reiste Kaas nach Rom, von wo er nie wieder nach Deutschland zurückkehrte. Viele Zentrumsmitglieder verstanden seinen Weg-



Foto: akg-images

Der katholische Theologe Ludwig Kaas: In den schwierigen Jahren von 1919 bis 1933 wirkte er in Berlin und von Berlin aus auf nationaler und internationaler politischer Bühne.

gang aus Deutschland als ein Im-Stichlassen seiner Partei. Er entzog sich durch seine Fahrt nach Rom wohl auch persönlichen Verfolgungen. Als vertrauter Mitarbeiter Pacellis war er beim Zustandekommen des Reichskonkordats beteiligt; dessen überraschend schneller Abschluss am 20. Juli 1933 gilt als sein Werk.

Privilegierter Exilant, erfolgreicher „Gräbersucher“ und „Finanzgenie“

Von 1933 bis zu seinem Tod 1952 war er Exilierter im römischen Hinter- und Untergrund. In den 19 Jahren seiner Emigration konnte er sich der Freundschaft Pacellis erfreuen. Seit 1935 war er Domherr an St. Peter und

fand seit 1936 als Ökonom und Leiter der Kirchenfabrik (Bauhütte) von St. Peter eine neue Aufgabe, die er mit großem Erfolg bewältigte. Nach der Wahl Pius' XII. 1939 erhielt er die Verantwortung für die Ausgrabungen unter der Petruskirche, die 1950 zur Entdeckung des Petrusgrabes führten. Pius XII. konnte am 14. Dezember 1950 verkünden, das

Grab des Apostels Petrus sei gefunden worden.

An der gegen den Nationalsozialismus gerichteten päpstlichen Enzyklika „Mit brennender Sorge“ vom Jahr 1937 hat Kaas ebenfalls mitgearbeitet.

Kaas galt als finanzielles Genie. Eine komfortable Dienstwohnung im Palazzo San Carlo mit Gemälden und Kunstwerken samt Mercedes nannte er sein Eigen. In Sterzing/Südtirol besaß er ein Drittel des Hauses Löwenegg; hinzu kam eine kleine Villa bei Castel Gandolfo. Bei verschiedenen Banken hat er erhebliches Vermögen besessen und verwaltet, Teile davon auch verwendet für Restaurierungsarbeiten an St. Peter. Nach seinem Tod erbrachte der Verkauf von Möbeln aus seinem Privatbesitz 450.000 Lire. Er verfügte also über erhebliche Vermögenswerte. Bisher ist nicht bekannt und erkennbar, woher deren Anfangskapital stammte.

1950 war er maßgeblich an der Errichtung der Theologischen Fakultät Trier beteiligt, indem er sich an höchster Stelle um die römische Anerkennung bemühte.

Ludwig Kaas starb am 25. April 1952 in Rom. Zunächst wurde er provisorisch in der Gruft des Germanicums beigesetzt. Als klar war, dass sein Leichnam nicht in die Heimat überführt werden würde, wurde er am 7. November 1957 in einem Grab auf dem Campo Santo Teutonico beigesetzt. Auf Anordnung Papst Pauls VI. wurden schließlich die Gebeine von Prälaten Dr. Ludwig Kaas im Februar 1965 in der Nähe des Ottonenaltars in den Grotten von St. Peter zur letzten Ruhe gebettet.

III. Ermächtigungsgesetz und Reichskonkordat

Ludwig Kaas war in die Ereignisse „Ermächtigungsgesetz“ und Reichskonkordat federführend involviert. Mit „taktischen Legalismus“ (Heinrich August Winkler) hatte Hitler die demokratischen Parteien, den Rechtsstaat selbst entworfen. Der entscheidende Schritt war das am 23. März 1933 vom Reichstag angenommene „Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich“, das „Ermächtigungsgesetz“, das die endgültige Ausschaltung des Reichstages beabsichtigte. Die Rolle beider Konfessionsparteien, der Zentrumspartei und der Bayerischen Volkspartei (BVP) und ihr dramatisches Ende sind dabei zu beachten. Zwei Fragen stehen im Vordergrund:

1. Aus welchen Gründen haben Zentrumsabgeordnete am 23. März 1933 dem von der Regierung geforderten Ermächtigungsgesetz zugestimmt?

2. War dieses Votum etwa eine Vorleistung für eine Zusage Hitlers, mit dem Heiligen Stuhl ein Reichskonkordat abzuschließen?

Ermächtigungsgesetz

Am 30. Mai 1932 musste Reichskanzler Heinrich Brüning, der führende Zentrumspolitiker, zurücktreten. Als Konsequenz aus dem Wahlsieg der NSDAP sowie aus Empörung über den Nachfolger Brünings Franz von Papen, der Zentrumsmittglied gewesen war, nun aber als Verräter galt, beabsichtigte die Partei eine Mehrheitsbildung mit Deutschnationalen und Nationalsozialisten, um diese in der Regierungsverantwortung zu „zähmen“. Die Koalitionsverhandlungen wurden von der BVP unterstützt, allerdings auch von vielen Zentrumsanhängern mit Skepsis verfolgt. An unüberbrückbaren Gegensätzen scheiterten die Verhandlungen. Auch die Hoffnung auf eine Spaltung und damit Schwächung der NSDAP erfüllten sich nicht. Im Winter 1932/33 postulierte das Zentrum unter ihrem

Vorsitzenden Kaas als Zielstellung: Bildung einer „Nationalen Sammlung“ als Voraussetzung für die Überwindung der Staatskrise und der Wirtschaftsnot. Die als Interimslösung gedachte „Nationale Sammlung“ zur Überwindung der Krise kam wenig später auch zustande, allerdings auf eine andere Weise, als ursprünglich angestrebt: durch die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler einer Rechtskoalition am 30. Januar 1933.

Dass ein Parlament die Regierung ermächtigt, Rechtsvorschriften zu erlassen, ist an sich nichts Ungewöhnliches. Solche Fälle hat es mehrfach und schon vor 1933 gegeben. Die Bedeutung dieses Ermächtigungsgesetzes liegt darin, dass durch die Zusammenfassung von Regierung und Gesetzgebung der gesamte Behörden- und Gerichtskörper in den Dienst Hitlers gestellt wurde.

Für die Annahme des Gesetzes war die Anwesenheit einer Zweidrittelmehrheit der Mitglieder des Reichstages erforderlich. Beides hatte die Regierung durch eine Änderung der Geschäftsordnung des Reichstages erreicht. Diese Änderung lief darauf hinaus, die nicht erscheinenden Abgeordneten als anwesend zu fingieren. Auch wenn mehr als 250 Mitglieder den Sitzungen ferngeblieben wären, so war doch infolge der Fiktion ihrer Anwesenheit die Beschlussfähigkeit erreicht worden.

Die gesetzliche Mitgliederzahl des Hauses betrug 647. Denn die 81 Abgeordneten der KPD gehörten unzweifelhaft zu den gewählten Abgeordneten, auch wenn sie ausgeschlossen oder verhaftet waren. Die für die Beschlussfassung erforderliche Anwesenheit von zwei Dritteln verlangte die Anwesenheit von 432 Parlamentariern. Tatsächlich waren 538 anwesend. Zwei Drittel davon ergab 359 Stimmen. Da aber 444 Ja-Stimmen abgegeben wurden, war die Mindestmehrheit überschritten; 94 hatten mit Nein gestimmt.

Durch diese Manipulationen war das „Ermächtigungsgesetz“ nicht mehr zu verhindern gewesen. Trotzdem bemühte sich Hitler um die Zustimmung kleinerer bürgerlicher Parteien und besonders um einen Teil der Zentrumsabgeordneten. Hitler versprach sich davon, wie er am 20. März 1933 erklärte, eine „Prestigestärkung gegenüber dem Ausland“.

Die katholische Oppositionspartei befand sich in einer schwierigen Situation. Der Vorsitzende, Ludwig Kaas, hatte am 6. März 1933, einen Tag nach der Reichstagswahl, Vizekanzler von Papen seine Mitarbeit an der neuen Regierung angeboten. Erst mit der Eröffnung des neuen Reichstages in Potsdam am 21. März wurde der Text des „Ermächtigungsgesetzes“, das die Regierung forderte, bekannt. Die von den Zentrumsabgeordneten verlangte Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz war für sie „schwerer als selbst die über den Versailler Vertrag“ (Kaas). Heinrich Brüning bezeichnete sie als das „Ungeheuerlichste, was je von einem Parlament gefordert worden wäre“. Der Gesetzesentwurf war in der Fraktion und im Vorstand der Partei heftig umstritten. Ausschlag für eine schließlich geschlossene Zustimmung aller 73 Abgeordneten – einer fehlte wegen Krankheit – gab letztlich eine Reihe von Zusicherungen, die Ludwig Kaas, Adam Stegerwald und Ludwig Perlitius in zwei Verhandlungen mit Hitler und Frick am 20. und 22. März erreichten. Diese Zusicherungen betrafen beispielsweise die Sicherung des den christlichen Konfessionen zukommenden Einflusses in Schule und Erziehung, die Respektierung der Länderkonkordate und die Existenz des Reichstages und des Reichsrates. Zu einer von den Zentrumsabgeordneten erhofften brieflichen Zusage Hitlers, die seit Februar 1933 außer Kraft gesetzten Grundrechte wiederher-

stellen zu lassen, kam es nicht. Ebenso war es dem Zentrum nicht gelungen, das Ermächtigungsgesetz auf sechs Monate zu befristeten.

Nach einer kontrovers und leidenschaftlich geführten Diskussion in der Zentrumsfraktion und nach einer Probeabstimmung votierten 57 Abgeordnete dafür, neun dagegen, bei fünf Enthaltungen. Auf Vorschlag von Kaas verständigte man sich darauf, ein einheitliches, positives Votum durch den Parteivorsitzenden geben zu lassen.

Weitere Motive für die Zustimmung spielten bei dem Ja der Zentrumsabgeordneten am 23. März eine Rolle. Dazu gehörten gezielte Einschüchterung der Parlamentarier und offene Drohungen,

Die katholische Oppositionspartei befand sich in einer schwierigen Situation.

Hoffnung auf ein baldiges Scheitern der Regierung, zumindest auf Zählung und Überwindung der braunen Revolution, Furcht vor einem Bürgerkrieg und dem Verlust beruflicher Positionen und Sorge um die Zentrumsbeamten. Die Anwesenheit bewaffneter SA- und SS-Posten bei der Abstimmung im Plenarsaal, die eine Atmosphäre der Bedrohung und Angst verbreiteten, die Abriegelung der Kroll-Oper durch uniformierte Schutzkräfte, die lautstark Zustimmung forderten, dürfte dazu beigetragen haben, die Abgeordneten einzuschüchtern.

Bereits im Oktober 1932 hatte Ludwig Kaas gefordert, dass sich drei bis fünf Parteiführer zur Bildung einer befristeten „Not und Mehrheitsgemeinschaft“ zusammenfinden sollten, ohne ein politisches Bündnis mit der NSDAP auszuschließen. Diesen Sammlungsgedanken stellte Kaas am 23. März an den Anfang seiner Erklärung im Reichstag und aus dessen „Ernsthaftigkeit“ leitete er die Pflicht zur Mitarbeit ab. Vor dem Deutschen Reichstag begründete Kaas das Ja seiner Partei zum Ermächtigungsgesetz wie folgt: „Die gegenwärtige Stunde kann für uns nicht im Zeichen der Worte stehen, ihr einziges, ihr beherrschendes Gesetz ist das der raschen, aufbauenden und rettenden Tat. Und diese Tat kann nur geboren werden in der Sammlung.“

Die deutsche Zentrumspartei, die den großen Sammlungsgedanken schon seit langem und trotz aller vorübergehenden Enttäuschung mit Nachdruck und Entschiedenheit vertreten hat, setzt sich zu dieser Stunde, wo alle kleinen und engen Erwägungen schweigen müssen, bewusst und aus nationalem Verantwortungsgefühl über alle parteipolitischen und sonstigen Gedanken hinweg. [...]

Im Angesicht der brennenden Not, in der Volk und Staat gegenwärtig stehen, im Angesicht der riesenhaften Aufgaben, die der deutsche Wiederaufbau an uns stellt, im Angesicht vor allem der Sturmwolken, die in Deutschland und um Deutschland aufzusteigen beginnen, reichen wir von der deutschen Zentrumspartei in dieser Stunde allen, auch früheren Gegnern, die Hand, um die Fortführung des nationalen Aufstiegswerkes zu sichern.“

Die Fraktion dankte Kaas einen Tag später „begeistert“ für seine schwierige Arbeit in den letzten Tagen. Er selbst rühmte sich gegenüber einem Bekannten der von ihm am Vortag „herbeigeführten Entscheidung“ seiner Fraktion. 1935 erklärte er noch, seine Fraktion zur Annahme des Ermächtigungsgesetzes gedrängt zu haben und begründete dies „aufgrund bestimmter, mir durch den Herrn Reichskanzler gegebener Zu-

sicherungen“. Später, bis zu seinem Lebensende, suchte er gegen die „Schatten des Ermächtigungsgesetzes“ zu kämpfen und wollte an dessen Annahme keinen Anteil gehabt haben. Der Jesuit Robert Leiber, Privatsekretär von Pacelli, urteilte, Kaas sei an diesem Ausnahme-gesetz zerbrochen.

Reichskonkordat

Zu Hitlers taktischen Manövern zählte, der Kirche die Offerte eines Reichskonkordates (10. April 1933) zu machen. Der Konkordatsplan ging ursprünglich auf einen Vorschlag von Hitlers Vizekanzler Franz von Papen zurück. Hitlers Motive, diesen Plan aufzugreifen, waren offenbar die Hoffnung auf einen außenpolitischen Prestigege-winn und die Aussicht, den politischen Katholizismus endgültig auszuschalten. Zudem beeindruckte ihn Mussolinis Konkordat mit dem Heiligen Stuhl von 1929 (Lateranverträge) und dessen „Entpolitisierung“ der Kirche, der jede parteipolitische Tätigkeit des Klerus untersagte. Hitler bot zudem der Kurie Zusagen, die über Zusicherungen früherer Regierungen weit hinausgingen, wie etwa Garantien für die katholische Be-kennnisschule und die Verbände.

Rom musste für eine solche Offerte empfänglich sein, da der Heilige Stuhl und vor allem Kardinalstaatssekretär Pacelli sich seit langem darum bemüht hatten, die kirchliche Position im Deutschen Reich vertraglich abzusichern. Der Papst und seine Berater hätten geradezu unverantwortlich gehandelt, hätten sie es unterlassen, das Angebot einer zweiseitigen vertraglichen Bindung seitens einer ebenso ungebundenen wie unberechenbaren Regierung nicht aufzugreifen und nicht zumindest ernsthaft zu prüfen. Auch die deutschen Bischöfe sahen wahrscheinlich im Konkordat die einzige Möglichkeit, den gesellschaftlichen Besitzstand zu sichern.

Prälat Kaas, der am 24. März 1933 nach Rom gefahren war, ohne dass es Informationen über die dort von ihm geführten Gespräche gibt, war bereits am 31. März wieder in Berlin. An diesem Tag fand die mittlerweile einberufene erste Sitzung eines „Arbeitsausschusses“ zur „Durchberatung der künftigen Einzelgesetze“ statt. Hitler und Frick informierten nun die Zentrumspolitiker, allen voran Kaas, über das „Vorläufige Gesetz zur Gleichschaltung der Länder“, das noch am selben Tag in Kraft trat. In zwei weiteren Sitzungen dieses Gremiums ging es um ein neues Beamten-gesetz. Vom Reichskonkordat war bei keinem dieser drei Treffen die Rede. Im Anschluss an die Besprechung am 7. April führte Kaas – was er Brüning und Nuntius Orsenigo vorab mitgeteilt hatte – mit Hitler ein Gespräch unter vier Augen. Über dessen Inhalt ist nichts bekannt geworden. Es ließ seitdem Raum für Spekulationen, zumal Kaas am 14. April in Rom sein „gutes persönliches Verhältnis zu Hitler“ erwähnte. Noch am 7. April reiste der Parteivorsitzende endgültig nach Rom ab.

Am anderen Morgen, den 8. April 1933, will Kaas, nach einer Übernachtung in München, im Speisewagen des Zuges rein zufällig Franz von Papen, der von Berlin nach München den Nachtschnellzug benutzt hatte, getroffen haben (Der Reisetrip des Vizekanzlers, 8. April, war bereits vier Tage zuvor in den „Deutschen Führerbriefen“ angekündigt). Vizekanzler von Papen informierte Kaas während der Zugfahrt über seinen Auftrag, dem Vatikan Verhandlungen über ein Reichskonkordat anzubieten. Kaas bot sofort seine „nationale Mitarbeit“ an dieser – wie er 1935 rückblickend formulierte – „auch mehrfach in der Öffentlichkeit erörterten“ Thematik an. Ohne den Zentrumsvor-

sitz abzugeben, wozu er sich erst Anfang Mai entschloss, wurde er zum faktischen Angelpunkt der zehnwöchigen Vorverhandlungen, indem er als engster Berater Pacellis, Vertrauensmann des deutschen Episkopats und als persönlicher Beauftragter des Vizekanzlers den Vertragstext bis zur Unterschriftsreife förderte. Kaas' Mitarbeit wurde in der Presse zunächst verschwiegen.

Am 20. Juli 1933 wurde schließlich nach langen und schwierigen Verhandlungen das Reichskonkordat zwischen der Reichsregierung und dem Heiligen Stuhl unterzeichnet. Am 10. September 1933 bestätigte das Deutsche Reich den Vertrag. Zunächst bedeutete der Vertragsabschluss, dass nunmehr völkerrechtlich die Position der katholischen Kirche festgeschrieben war und der Heilige Stuhl späteren Übergriffen von Staat und Partei mit einer rechtlich abgesicherten Position entgegentreten konnte, was in den Jahren 1933 bis 1937 in fast 70 Noten geschah. Die Eigenständigkeit der Kirche wurde anerkannt; vielen ihrer Organisationen – aber nicht allen (vgl. Artikel 31) – wurde eine günstige Rechtsgrundlage gegeben.

„Mit der ausdrücklichen Anerkennung der Länderkonkordate und der stillschweigenden Übernahme von Rechtspositionen, welche die Kirche in der Weimarer Verfassung eingenommen hatte, ragte ein Stück liberaler Verfassungstradition ... in das Recht des ‚Dritten Reiches‘ hinein“. Es bedeutete aber auch, dass Reserven gegenüber dem Staat abgebaut wurden; den deutschen Katholiken, Bischöfen, Priestern und Laien wurde suggeriert, beim Neuaufbau eines christlich-nationalen Deutschlands nicht abseits stehen zu müssen und zu dürfen. Natürlich bedeutete das Konkordat auch die völkerrechtliche Anerkennung des NS-Staates.

IV. Dissonanzen und Erklärungsversuche

Hat möglicherweise die Aussicht auf ein Konkordat die Zentrumsparterie und ihren Vorsitzenden Prälat Kaas dazu bewogen, dem Ermächtigungsgesetz zuzustimmen? Ist die plötzliche Kehrtwendung des deutschen Episkopats auf den Vatikan zurückzuführen, der damit entscheidende Verantwortung für das Ende des politischen Katholizismus und die Destruktion der katholischen Resistenz gegen den Nationalsozialismus gehabt hätte?

Nach bisher bekannten Quellen gibt es kein Junktim zwischen dem Untergang des Zentrums und dem Abschluss des Reichskonkordates. Die „Junktimsese“, wonach dem Ermächtigungsgesetz am 23. März 1933 durch das Zentrum deshalb zugestimmt wurde, weil es in Rom die Hoffnung gab, ein Reichskonkordat abschließen zu können, ist wesentlich von Klaus Scholder exemplifiziert worden und fand als Gegenpol Widerlegungen durch Konrad Repgen. Als Scholder-Repgen-Debatte ist sie heute noch Gegenstand historischer Diskurse. Eine weiter sich daraus ergebende Frage ist z. B.: Wurde das Ende des Zentrums wesentlich durch das Reichskonkordat verursacht?

Wie stark war der Einfluss Roms auf die Haltung der Zentrumsfraktion im Frühjahr 1933 wirklich? Ist das Zentrum verraten worden? Und wenn ja, von wem? Das zeitliche Nebeneinander von Zentrumsauflösung und Konkordatsparaphierung (5. Juli; 8. Juli bzw. 20. Juli) verleitet fast unwiderstehlich dazu, zwischen beiden Ereignissen einen Kausalzusammenhang herzustellen.

Diese lang und kontrovers diskutierten Fragen dürften inzwischen weitgehend als beantwortet gelten. Die Fraktion des Zentrums hat in ihre Überlegungen, wie sie sich gegenüber dem Er-

mächtigungsgesetz verhalten sollte, die Frage eines Reichskonkordats nicht einbezogen. Nicht einmal das Wort, geschweige denn die Sache wurde dabei berührt. In den Formulierungen, die das Zentrum am späten Abend des 22. März 1933 dem Reichskanzler zugehen ließ, war daher von einer geplanten oder möglichen konkordatären Aktivität der Regierung mit keinem Wort die Rede. Die Zustimmung der Zentrumsfraktion zum Ermächtigungsgesetz war mithin nicht die Gegenleistung für den etwa von Hitler in Aussicht gestellten Abschluss eines Reichskonkordates.

Sodann ist die Frage zu stellen, wann und von wem Kaas die Absicht Hitlers erfuhr, ein Reichskonkordat abzuschließen. Gerüchte über ein solches Vorhaben mögen ihn bereits vor dem 23. März 1933 erreicht haben. Aber Kaas war nicht der Mann, der auf Gerüchte hin weittragende Entschlüsse fasste; dafür verlangte er handfeste Zusicherungen der kompetenten Stellen. Wie die Verhältnisse lagen, kam als solche nur der Reichskanzler in Frage. Kaas hat mit Hitler im März 1933 immer nur in Beisein anderer, nie unter vier Augen, gesprochen. In diesen Gesprächen ist nie vom Abschluss eines Reichskonkordates die Rede gewesen. Wäre es anders, hätten die Teilnehmer an den Besprechungen dies bezeugt. Kaas kann also vor der Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz nicht von Hitler selbst mit dem Köder des Reichskonkordates dafür gewonnen worden sein.

1977 erklärte Rudolf Morsey, der beste Kenner und Interpret dieser Ereignisse, den Befund: Weder sei ein kausaler Nexus zwischen der Zustimmung des Zentrums zum Ermächtigungsgesetz und der Aussicht auf eine Konkordatsofferte nachweisbar, noch ließen sich Anhaltspunkte für einen unmittelbaren Zusammenhang zwischen der Auflösung der Zentrumsparterie und dem Abschluss des Konkordats beibringen. Die Zentrumsparterie hat sich nicht deswegen aufgelöst, weil in Rom inzwischen der Art. 32 (Verbot parteipolitischer Betätigung des Klerus) in das abzuschließende Reichskonkordat aufgenommen worden war.

Der entscheidende Artikel 32 wurde nämlich durch Pius XI. erst am 2. Juli 1933 akzeptiert, als die Auflösung des Zentrums bereits feststand. Auch ein Zusammenhang zwischen der Initiative zu Konkordatsverhandlungen und der Erklärung der deutschen Bischöfe vom 28. März 1933 ist nicht nachzuweisen. Beide Entscheidungen lassen sich hinreichend aus der deutschen Situation erklären; denn insbesondere nach Hitlers Regierungserklärung war die Sorge vorherrschend, den Anschluss zu verpassen, und man suchte daher nach Kooperationsmöglichkeiten, um das Schlimmste zu verhindern.

V. Resümee

Neben einigen früheren Zentrumspolitikern, wie z. B. Konrad Adenauer, die ihm stets verbunden blieben, wurde Kaas seit 1933 von vielen gemieden oder angefeindet; die Memoiren von Heinrich Brüning verstärkten dies noch. Für viele blieb er bis zu seinem Tod der „Sündenbock“, der Schuldige am Untergang des Zentrums. Die Entfremdung zur Partei ist wohl auch darauf zurückzuführen, dass er sein Amt nicht immer mit vollem Einsatz und der nötigen Härte versah. Oft fehlte er auf wichtigen Sitzungen. Seinen Wohnsitz hatte er seit 1930 nach Sterzing in Südtirol verlegt und war oft in entscheidenden Momenten nicht erreichbar. Mit Rudolf Morsey kann man resümieren: „Im letzten ist Kaas daran gescheitert, daß er die Gefährlichkeit totalitärer Kräfte und Bewegungen [...] zu spät erkannte.“ □

Drei Männer gegen Hitler – Wie Kurt von Schleicher, Gregor Strasser und Kronprinz Wilhelm die Reichskanzlerschaft Hitlers zu verhindern suchten

Wolfram Pyta

Ich möchte mit diesem Beitrag einen Werkstattbericht präsentieren, der eine ungewöhnliche Troika zum Gegenstand hat: Drei Personen, die sich 1932/33 verbunden hatten mit einem einzigen Ziel, nämlich die Reichskanzlerschaft von Adolf Hitler zu verhindern. Man male sich aus, wenn Hitler nicht Reichskanzler geworden wäre – die Weltgeschichte wäre anders verlaufen. Diese drei Personen, die ich Ihnen gleich näher porträtieren werde, sind keine lupenreinen Demokraten, sind keine Repräsentanten der Weimarer Demokratie. Aber die Tragik der Weimarer Republik besteht ja nicht zuletzt darin, dass Ende 1932 und Anfang 1933 eine Konstellation entstanden war, in der man auf lupenrein demokratischem Wege, sich berufend auf den Buchstaben der Weimarer Verfassung, Hitler eher in die Hände arbeitete. Ich möchte zunächst einmal diese Konstellation knapp konturieren.

I.

Das Grundproblem einer Demokratie ist dann besonders dramatisch, wenn sich bei freien, gleichen und geheimen Wahlen die Mehrheit des Volkes für antidemokratische Bewegungen entscheidet; und genau das haben die Deutschen seit Sommer 1932 getan. Sie wurden zweimal im Jahr 1932 zu den Wahlen gerufen, am 31. Juli 1932 und dann am 6. November 1932. Das strategische Ergebnis beider Wahlen ist identisch; in beiden Fällen hatten Nationalsozialisten und Kommunisten die absolute Mehrheit der Mandate im Reichstag der Weimarer Republik erreicht; und das sind nur die beiden extremistischsten Gegner der liberalen Demokratie gewesen. Daraus ergibt sich, dass sich der Reichstag als positiv gestaltender Faktor selbst eliminierte. Wenn man Ende 1932 den Reichstag als gestaltenden Faktor ins Zentrum der Politik zu rücken suchte, spielt man damit den Ansprüchen Hitlers direkt in die Hände, weil Hitler immer stärker seinen Anspruch auf die Reichskanzlerschaft mit dem Argument zu legitimieren suchte, dass er als der Anführer der bei weitem stärksten politischen Kraft ein gewissermaßen natürliches Recht auf das Amt des Reichskanzlers habe.

Die Nationalsozialisten schneiden als die bei weitem stärkste politische Kraft bei diesen beiden Reichstagswahlen ab; sie erreichen 37,3 Prozent im Juli 1932, und 33,1 Prozent im November 1932. In beiden Fällen befinden sich die Nationalsozialisten in einer komfortablen strategischen Position. Denn gegen die Hitler-Partei kann im Reichstag seit Sommer 1932 keine Regierung gebildet werden, die sich auf die Mehrheit der Parlamentarier stützen kann.

Doch die Weimarer Republik ist keine rein parlamentarische Demokratie; sie ist viel stärker eine semi-präsidentielle Demokratie; und das bedeutet, dass Reichskanzler derjenige wird, den der Reichspräsident dazu ernannt hat. Kein Reichskanzler der Weimarer Republik ist demnach vom Parlament gewählt worden. Damit besitzt der Reichsprä-



Prof. Dr. Wolfram Pyta, Professor für Neuere Geschichte an der Universität Stuttgart

dent eine erhebliche politische Gestaltungsfreiheit, eine Person seiner Wahl zum Reichskanzler zu ernennen. Ab 1930 wird das auf die Spitze getrieben in den sogenannten Präsidialkabinetten; Heinrich Brüning amtiert als erster Kanzler eines solchen Präsidialkabinetts. Reichspräsident Hindenburg ist dabei die Schlüsselfigur, weil er letztlich aus eigener Machtvollkommenheit darüber befindet, wer Reichskanzler werden wird. Damit stellt sich die grundlegende Frage: Gibt es eine Alternative dazu, dass Hindenburg Hitler zum Reichskanzler ernannt?

Diese Alternative gibt es; sie ist in der Forschung seit langem bekannt, und sie wird repräsentiert vom letzten Reichskanzler vor Hitler, einem politischen General, Kurt von Schleicher. Schleicher steht für eine Anti-Hitler-Option, die darauf setzt, den Buchstaben der Weimarer Verfassung an der einen oder anderen Stelle auszuhebeln, partiell sogar einen Verfassungsbruch zu betreiben, um eine Zeit der Ausschaltung des Parlaments – diese Phase soll einige Monate währen – zu nutzen, um mit den Machtmitteln des Staates mögliche Widerstände, wie sie etwa von den Nationalsozialisten und ihrem sozialrevolutionären Flügel, der SA, zu erwarten gewesen wären, mit aller Härte der Staatsgewalt zu bekämpfen. Kurt von Schleicher kann dieses Vorhaben auch einlösen, weil er seit Sommer 1932 Reichswehrminister ist und damit über ein 100.000-Mann-Heer verfügt, das er zur Bekämpfung innerer Unruhen einsetzen könnte. Zum zweiten ist Preußen seit Sommer 1932 gleichgeschaltet, das heißt, die Exekutive Preußens, die preußische Schutzpolizei, wird direkt vom Reich kommandiert, und damit hat die Reichsregierung auf diesem Weg auch Zugriff auf die preußischen Sicherheitsorgane.

Das alles ist hinreichend von der bisherigen Forschung akzentuiert worden.



Foto: akq-images

NS-Reichsorganisationsleiter Gregor Strasser spricht im Rundfunk über das Thema der Staatsidee des Nationalsozialismus. Strasser war allerdings

kein bloßer Zuarbeiter des Parteivorsitzenden Adolf Hitler, sondern verfügte über eine eigene politische Anhängerschaft.

Ich möchte dem Ganzen hier einen neuen Akzent hinzufügen, der diese Option noch attraktiver macht, weil es dieser autoritären Variante die Aussicht auf Spaltung der nationalsozialistischen Bewegung an die Seite stellt. Dazu braucht man einen prominenten Nationalsozialisten, der eine von Hitler unabhängige, eigene Autorität besitzt und diese eigene Autorität bei Neuwahlen in Gestalt einer eigenen Liste einbringt und damit die eine hitlertreue NSDAP schwächt. Eine solche, sich von Hitler emanzipierende Liste hätte an den Teil der NSDAP, der in den Staat hinein drängt und bereit ist, zu den Bedingungen Schleichers und Hindenburgs Regierungsverantwortung zu übernehmen, appelliert. Es wären damit Nationalsozialisten Minister geworden; aber Hitler wäre die Kanzlerschaft verwehrt worden.

Eine solche Konstellation entsteht im Dezember 1932; und für diese Konstellation stehen drei Personen: Gregor Strasser und Kurt von Schleicher; und der dritte ist gewissermaßen ein Überraschungsgast, der preußische Kronprinz Wilhelm. Zu allen dreien und deren An-

teilen möchte ich Ihnen einige wesentliche Informationen an die Hand geben.

II.

Beginnen wir mit Gregor Strasser; und damit sind wir beim Genius loci München angelangt. Denn München ist der Ort, an dem die Konspiration gegen Hitler hauptsächlich geschmiedet wird. Warum ist München der Ort, an dem dieses Anti-Hitler-Bündnis Gestalt gewinnt? München ist Sitz der Reichsorganisationsleitung der NSDAP; und Gregor Strasser fungiert als deren Reichsorganisationsleiter. Der Begriff Generalsekretär für diese Tätigkeit wäre untertrieben, weil Gregor Strasser den gesamten Parteiapparat organisiert und der Parteiarbeit seinen Stempel aufdrückt. Hitler eignet sich nicht dazu: Er ist kein Organisator im Sinne bürokratisch-rationaler Herrschaft, wie sie Max Weber beschrieben hat. Gregor Strasser hingegen ist ein fähiger Administrator, der im Parteihauptquartier der NSDAP alle Fäden in der Hand hat und viele Vertraute dort an Schaltstellen platziert hat.

Strasser war aber weit mehr als nur derjenige, der einem charismatischen Politiker wie Hitler die Alltagsgeschäfte abnahm. Strasser war kein getreuer Diener und Zuarbeiter des Parteivorsitzenden Hitler. Denn Strasser verfügte über eine politische Anhängerschaft aus eigenem Recht, weil er es gewesen war, der seit Mitte der 1920er Jahre die zunächst auf den süddeutschen Raum beschränkte NSDAP nach Nord- und Ostdeutschland hat expandieren lassen. Er hat fast sämtliche Gauleiter, die 1932 im Amt sind, persönlich gekannt und gelegentlich auch für die NSDAP gewonnen.

Doch Strasser ist nicht nur innerhalb der NS-Führungsriege bestens vernetzt. Er kann auch in performativer Hinsicht Hitler das Wasser reichen. Was meine ich mit „in performativer Hinsicht“? Performanz zielt ab auf die Qualität öffentlicher Auftritte und damit auf die Wirkung auf das Publikum. Strasser konnte auftreten und die Massen gewinnen. Er war ein Redner, der Hitler in dieser Hinsicht die Stirn bieten konnte; und er war jemand, der seine rhetorische Autonomie auch sehr deutlich zum Ausdruck brachte. Nur Strasser

konnte sich erlauben, nach öffentlichen Auftritten Hitlers das Wort zu ergreifen, so dass die Zuhörer eine Art Rednerwettbewerb erlebten und Hitlers oratorische Leistung sich an der von Goebbels zu messen hatte. Ein Beispiel, das ich dem Tagebuch eines sächsischen Hitlerjüngers entnehme: Am 23. Juli 1932 hielt die NSDAP eine Wahlkundgebung in Dresden vor zehntausenden von Zuhörern ab, auf der zunächst Hitler sprach. Aber Hitlers Rede blieb nicht für sich stehen, weil nach ihm Gregor Strasser das Wort ergriff. Strassers Stellung war so, dass er sich in dieser Rede erlauben konnte, auf Hitler einzugehen – welcher führende Nationalsozialist konnte sich die Freiheit herausnehmen, seine eigene Agenda zu verfolgen?

Wer ist der erste Nationalsozialist, der eine reichsweit beachtete Rede hielt, die als Tonträger verbreitet wurde? Das war nicht Adolf Hitler; Hitler hat seine erste Rede im Radio erst im Februar 1933 als Reichskanzler gehalten. Gregor Strasser war ihm hier voraus; und diese Rede ist die bekannte Reichstagsrede vom 10. Mai 1932, wo er einem weit verbreiteten Unbehagen an der da-



Foto: akg-images

Als Hauptmann beim Stab des Generalquartiermeisters Erich Ludendorff studiert Kurt von Schleicher aufmerk-

sam eine Landkarte. Er gilt bis heute als Prototyp eines politischen Generals. 1934 wurde er ermordet.

maligen Wirtschaftsordnung Ausdruck verlieh. Indem es ausgerechnet ein Nationalsozialist war, der eine – wie er es bezeichnete – „antikapitalistische Sehnsucht“ des deutschen Volkes thematisierte, betätigte er sich durchaus begriffsschöpferisch und setzte sich auch damit von Hitler ab. Ich zitiere aus der Reichstagsrede Strassers einige Passagen, damit Sie erkennen, dass diese Rede auch auf die Arbeiterschaft ausgerichtet war, auf welche vor allem folgende Worte gemünzt waren: „Wenn der Verteilungsapparat des weltwirtschaftlichen Systems von heute es nicht versteht, den Ertragsreichtum der Natur richtig zu verteilen, dann ist dieses System falsch und muss geändert werden, um des Volkes willen. [...] Interessant und wertvoll an dieser Entwicklung ist die große – antikapitalistische Sehnsucht, wie ich es nennen möchte, die durch unser Volk geht und die heute vielleicht schon 95 Prozent unseres Volkes bewusst und unbewusst erfasst hat. Diese antikapitalistische Sehnsucht ist nicht im geringsten eine Ablehnung des aus Arbeit und Sparsinn entstandenen sittlich berechtigten Eigentums. Sie hat

insbesondere nichts zu tun mit den sinnlosen und destruktiven Tendenzen der Internationale. Sie ist vielmehr der Protest des Volkes gegen eine entartete Wirtschaft, und sie verlangt vom Staat, dass er, um das Lebensrecht zu sichern, mit den Dämonen Gold, Weltwirtschaft, Materialismus, mit dem Denken in Ausfuhrstatistik und Reichsbankdiskont bricht und ehrliches Auskommen für ehrlich geleistete Arbeit wiederherzustellen in der Lage ist.“

Strasser kann als der einzige Nationalsozialist von Rang gelten, der sich durch rednerische Performanz auch außerhalb der NSDAP einen beachtlichen Kreis von Anhängern schuf, die in ihm einen politischen Hoffnungsträger sahen und in ihm den einzigen Nationalsozialisten erblickten, der staatsmännische Qualitäten besaß und damit die Voraussetzung für Regierungsfähigkeit mitbrachte. Damit avancierte Strasser zu einer politischen Schlüsselfigur im Herbst und Winter 1932/33, als die NSDAP in ihrer ersten veritablen Krise steckte.

Im Dezember 1932 befand sich die NSDAP in einer strategisch verzwickten Lage, in der zwei Konzepte aufeinander-

prallen: Hitler und seine Vertrauten wollten unterhalb der Reichskanzlerschaft keine Regierungsbeteiligung eingehen, während nicht wenige Parteigrößen – darunter an der Spitze Strasser – sich mit weniger Einfluss in einer Reichsregierung begnügen wollten, wenn denn anders keine Regierungsbeteiligung zustande gekommen wäre. Hitler, der in den wichtigen Zäsuren seines Lebens immer verkündete, er spiele *va banque*, setzt auch diesmal alles auf eine Karte und proklamiert: die Reichskanzlerschaft für ihn oder sonst keine Regierungsbeteiligung der NSDAP. Doch mit der Parole „alles oder nichts“ stößt Hitler innerhalb der eigenen Partei auf immer mehr Skepsis. Wenn man die Tagebücher des Hitler-Vertrauten Goebbels liest, wird man erkennen, dass sich Goebbels wie im dunklen Wald Mut zupfeift, um sich zu vergewissern, dass diese riskante Strategie Hitlers die richtige sei. Mehr als nur einmal beschleicht Goebbels die leise Furcht, dass Hitler sich verspekulieren könnte. Denn es gibt keine Garantien, dass Hitlers riskante Strategie sich auszahlen würde, weil die Hoheit über die Vergabe des

Reichskanzlerpostens allein beim unbe-rechenbaren Reichspräsidenten lag.

Daher schlug am 8. Dezember 1932 die Nachricht wie eine Bombe ein, dass Gregor Strasser seine Parteiämter niedergelegt habe. Denn damit war Hitler ein gefährlicher politischer Rivale innerhalb der NS-Anhängerschaft erwachsen, der sich durch diesen Schritt politische Handlungsfreiheit erworben hatte und offen gegen Hitlers Kurs angehen konnte. Strasser konnte nun alle diejenigen Nationalsozialisten sammeln, die mit dem rigorosen Kurs Hitlers nicht einverstanden waren und eine Regierungsbeteiligung auch unterhalb der Schwelle der Reichskanzlerschaft für vertretbar hielten. Strassers Rücktritt stiftet erhebliche Verwirrung in der NSDAP. Hitler selbst erkennt die Dramatik der Situation, in der eine Spaltung der NSDAP in einen Hitler-Flügel und einen Strasser-Flügel nicht ausgeschlossen erscheint. Gemäß dem zuverlässigen Chronisten Goebbels verkündet Hitler einen Tag später, also am 9. Dezember 1932, vor seinen Getreuen: „Wenn die Partei zerfällt, mache ich in drei Minuten Schluss.“ Hitler hatte zu-

nächst alle Hände voll zu tun, wenigstens die Reichstagsfraktion zu disziplinieren. Er legte sich vor diesem Gremium mächtig rhetorisch ins Zeug und ließ sich von den Abgeordneten Treue in die Hand schwören, um den Laden zunächst einmal zusammenzuhalten.

Aber entscheidend ist, dass Gregor Strasser im politischen Geschäft bleibt. Er geht in Urlaub, tankt neue Kraft und ist Ende 1932 bereit, aus eigener Autorität einen neuen politischen Anlauf zu unternehmen. Dieser neue Anlauf besteht darin, dass er Kontakte knüpft zu denjenigen politischen Figuren, die das Ohr des Reichspräsidenten besitzen und mit deren Hilfe er die Anwartschaft auf ein Regierungsamt erwerben konnte. Dabei kristallisiert sich folgendes Szenario heraus: Gregor Strasser tritt in eine Reichsregierung ein, und zwar als Vizekanzler. Nach einigen Monaten Regierungstätigkeit setzt der Reichspräsident Neuwahlen an; und diese Neuwahl des Reichstags fällt zusammen mit einer Beruhigung der wirtschaftlichen Lage. Bei dieser Wahl tritt Gregor Strasser mit einer eigenen Liste an und spielt den Vorteil aus, unter Beweis gestellt zu haben, dass er regieren kann. Damit, so die Kalkulation, wäre die Spaltung der NS-Bewegung in einen gouvernementalen Flügel um Strasser und einen radikalen Flügel um Hitler und Goebbels vollzogen worden.

Dieses Kalkül lässt sich ablesen aus dem Tagebuch des Strasser-Adjutanten Paul Schulz, das dessen Sohn unter dem Pseudonym Alexander Dimitrios auszugswise publiziert hat. Strasser verfügt über ein dicht gesponnenes Netzwerk von politischen Vertrauten außerhalb der NS-Parteiführung, das er im Winter 1932/33 gezielt aktiviert, um seine politischen Erfolgsaussichten für den Fall eines Regierungseintritts auszuloten. Dazu zählt etwa Heinrich Martin. Heinrich Martin ist der Privatbankier von Gregor Strasser, der – das ist nicht ganz so antikapitalistisch – gelegentlich auch an der Börse spekuliert hat, mit Geld, das er vom Privatbankhaus Heinrich Martin in München erhalten hat. Heinrich Martin steht unter anderem mit dem preußischen Kronprinz Wilhelm auf vertrautem Fuß und leidet diesem Informationen weiter, die er von Gregor Strasser erhalten hat. Auch der ehemalige Reichskanzler Heinrich Brüning gehört zu diesem Zirkel. Heinrich Brüning bleibt die graue Eminenz der Zentrumsparterie. Brünings Reputation hat innerhalb der Zentrumsparterie im Winter 1932 einen Höhepunkt erreicht, gerade weil er von Hindenburg schmählich entlassen worden war. Politisch zielt Brüning in eine ähnliche Richtung wie Strasser. Er will den gouvernementalen Flügel der Nationalsozialisten für eine Zusammenarbeit gewinnen, mithin ein Kabinett von Strasser bis Brüning, durchaus unter der Reichskanzlerschaft Kurt von Schleichers.

Strassers „warm-up“ wird gekrönt am 6. Januar 1933; denn an diesem Tag wird er vom Reichspräsidenten empfangen. Es ist vollkommen klar, dass Strasser an hervorgehobener Position nur dann in die Regierung eines Präsidialkabinetts eintreten kann, wenn vorher Gespräche mit Reichspräsident Hindenburg stattgefunden haben. Am 6. Januar 1933 ist es dann so weit: Hindenburg kann Strasser politisch „beschnuppern“ und damit testen, ob er regierungsfähig sei. Allem Anschein nach ist dieser Test positiv ausgefallen. Das heißt, seit dem 6. Januar 1933 gibt es die Aussicht, dass Strasser in ein von Kurt von Schleicher geführtes Präsidialkabinett eintritt und damit eine Entwicklung eingeleitet wird, in deren Verlauf die NSDAP gespalten, aber auf jeden Fall der Anspruch Hitlers auf die Reichskanzlerschaft entwertet worden wäre.

III.

Kommen wir nun zum zweiten in der Runde, zu Kurt von Schleicher. Kurt von Schleicher ist der Prototyp des politischen Generals, eines Generals, der gelegentlich verächtlich als sogenannter Schreibtischgeneral dargestellt wird, weil er nie ein eigenes Truppenkommando übernommen hatte. General Schleicher findet seine Erfüllung im politischen Spiel mit allem, was dazu gehört. Schleicher ist ein Intrigant, er schmiedet Ränke und spielt über Bande. Kurt von Schleicher ist aber nicht nur ein gewiefter Mann hinter den Kulissen, sondern er repräsentiert auch eine bestimmte Tradition der preußisch-deutschen Militärgeschichte: die des politischen Militärs, der aus eigenem Recht eine Einmischung in die Belange der Politik für sich reklamiert, wenn Staat und Nation auf dem Spiel stehen. Diese Tradition kulminiert im Militärputsch vom 20. Juli 1944, als die Militäropposition gegen eine verbrecherische Obrigkeit zu genuin militärischen Mitteln griff, um in einer Stunde nationaler Not das Schlimmste vom deutschen Nationalstaat abzuwenden.

In der Krisenzeit der Weimarer Republik im Herbst/Winter 1932/33 zeigt sich, dass eine solche Konzeption allem Anschein nach der einzige erfolgversprechende Weg war, um Hitler von der Macht fernzuhalten. Es handelte sich zweifellos um eine autoritäre Lösung, die den politischen Geltungsanspruch des Reichstags, in dem die NSDAP eine Schlüsselstellung besaß, ausschalten wollte. Kurt von Schleicher war für diese Aufgabe wie geschaffen, da er mit Leib und Seele ein politischer General war. Doch er besaß gegenüber Gregor Strasser den großen Nachteil, dass er immer nur über eine abgeleitete politische Autorität verfügte. Seine Autorität hing allein an seinen Ämtern, für die er sich nicht durch flammende Appelle an die Öffentlichkeit, sondern durch politische Ränkespiele und einen konspirativen Politikstil qualifiziert hatte. Diese Karriere mündete im Juni 1932 im Amt des Reichswehrministers; Anfang Dezember 1932 wurde sie durch das Reichskanzleramt gekrönt. Doch dieser politische General besitzt keine politischen Bataillone; es gibt keine Schleicher-Partei, keine Schleicher-Bewegung im deutschen Volke. Schleicher ist für den politischen Massenmarkt nicht geschaffen. Wie ein typischer Militär redet er hölzern; ihm fehlt die Fähigkeit, vor Massen aufzutreten.

Was ist Schleichers politisches Pfund? Es ist die Nähe zur Macht; und die Nähe zur Macht heißt hier die Nähe zum Oberbefehlshaber der Reichswehr, die Nähe zu Reichspräsident Hindenburg. Schleichers Beziehung zum Reichspräsidenten speiste sich nicht zuletzt aus seiner persönlichen Bekanntschaft zum einzigen Sohn Hindenburgs, Oskar, die auch aus der gemeinsamen Zeit beim dritten Garderegiment zu Fuß herührte. Diese Freundschaft zu Oskar ist allerdings nicht wirklich belastbar; sie zerbricht im Winter 1932/33. Über seinen Sohn geriet Schleicher in das Blickfeld des Reichspräsidenten.

Hindenburg identifizierte den politisch umtriebigen Schleicher als Idealbesetzung, um seine ohnehin starke politische Stellung noch weiter aufzuwerten. Daher sollte Schleicher mit dem Plazet Hindenburgs politische Optionen durchdenken, welche die Präsidialgewalt stärken und damit den Reichspräsidenten zur Zentralfigur des politischen Entscheidungsprozesses machen sollten. Als Zuarbeiter für Hindenburg besitzt Schleicher immer nur geliehene Autorität. Aber dies bedeutet nicht, dass man sein politisches Kalkül als hinfällig abtun könnte. Als er nach der Übernahme

der Reichskanzlerschaft im Dezember 1932 den ernsthaften Versuch unternimmt, die NSDAP zu spalten, indem er den regierungsbereiten Teil dieser Partei mit Gregor Strasser der Galiionsfigur in eine von Hindenburg getragene Präsidialregierung hineinnimmt, trifft er den politischen Nerv der Hitler-Partei und eröffnet zugleich einen nicht ganz chancenlosen Ausweg aus der schwelenden Staatskrise.

Schleicher war kein politischer Dilettant. Wenn er sich ernsthaft mit der Absicht trug, eine nach außen hin geschlossen auftretende Partei wie die NSDAP, in welcher Hitler ein scheinbar unumschränktes Regiment führte, einem politischen Belastungstest hinsichtlich ihrer Geschlossenheit zu unterziehen, musste er in NSDAP-Führungskreise hineinhorchen können. Schleicher musste mithin über Informationen verfügen, die ihm Zuträger aus diesem Kreis – und zwar auch nach dem Ausscheiden von Gregor Strasser – verschafften? Die Frage lautet: Gab es „Nazi-Leaks“? Die Antwort heißt: Ja; und ich möchte Ihnen einen dieser Informanten kurz präsentieren

IV.

Die Rede ist von Generalmajor Franz Ritter von Hörauf, der zu den wenigen höheren Offizieren zählte, die in der SA eine höhere Position einnahmen. Hörauf bekleidete bis März 1933 im Führungsstab der SA-Führung wichtige Funktionen und verfügte damit auch über einen direkten Draht zum Braunen Haus in München. Franz Ritter von Hörauf verfasst im Dezember 1932 und Januar 1933 Berichte über den inneren Zustand der NSDAP, deren politischer Wert für Schleicher erheblich ist, weil er damit sein Handeln präzise kalkulieren kann. Hörauf schreibt diese vertraulichen Berichte allerdings nicht direkt an Schleicher, sondern an einen persönlichen Vertrauten des Reichskanzlers, der ihm diese Berichte in Abschrift zu-leitet. Wer war dieser Mittelsmann, ohne den Schleicher gewissermaßen im politischen Blindflug agiert hätte? Wer hat es ermöglicht, dass Schleicher erfolgreiche politische Aufklärung hinsichtlich der NSDAP betreiben konnte? Wer verfügte über politische Vertrauensleute in München, die ihn mit wichtigen politi-

Gab es „Nazi-Leaks“?

schen Informationen fütterten, die Schleicher gegen Hitler verwenden konnte und sollte? Es handelt sich bei dieser Person um den Dritten im Bunde, der unsere Troika komplettiert: um Seine Königliche Hoheit, den Kronprinzen Wilhelm von Preußen.

Wie kommt es dazu, dass Kronprinz Wilhelm und Kurt von Schleicher so gute Beziehungen pflegten, dass über den Kronprinzen vertraulichste Interna aus dem Braunen Haus an Schleicher weitergeleitet werden konnten? Der enge persönliche Kontakt der beiden fast Gleichaltrigen datiert aus der gemeinsamen Kadettenzeit in Plön. Beide verlieren sich nicht aus den Augen, duzen sich und pflegen ein flapsig-vertrauliches Verhältnis, das sich Ende 1932 auszahlt. Der Kronprinz hat dabei immer auch eine eigene politische Agenda, die auf die Restauration der Monarchie hinausläuft. Aber als sich dieses Unterfangen Ende 1932 als momentan nicht realisierbar entpuppt, ist er bereit, seine Ambitionen zurückzunehmen und Schleicher im Kampf gegen eine Alleinherrschaft Hitlers zu assistieren.

Was erfährt Schleicher aus den Berichten Höraufs? Er kann sich ein Bild machen von führenden NS-Politikern,

die auf dem Absprung von Hitler sind und förmlich darauf warten, zu Strasser überzulaufen. Dazu zählt kein geringerer als der Fraktionsvorsitzende der NSDAP im Reichstag, Wilhelm Frick, der mit „leichtem Gepäck“ reise und nur darauf warte, mit Strasser zusammen in eine Regierung einzutreten. Schleicher erfährt weiterhin, dass die NSDAP nicht mehr kampagnenfähig ist, weil ihr allmählich das Geld ausgeht. Dies liegt nicht daran, dass ihr die Großindustrie den Geldhahn zugekehrt hätte. Die vollmundige Behauptung, die NSDAP sei vom „big business“ ausgehalten worden, hat ohnehin nie seriöser wissenschaftlicher Überprüfung standgehalten und war vor allem das Ergebnis eines ideologischen Zerrbildes, wonach sich Konzernherren, Schlotbarone und Industriegesche eine „faschistische“ Bewegung geschaffen hätten, um die Demokratie zu unterminieren und die Arbeiterschaft politisch zu verwirren.

Die NSDAP hing nicht am finanziellen Gängelband des Großkapitals und der Schwerindustrie. Sie hatte ein ausgeklügeltes System der Selbstfinanzierung etabliert, das allerdings Ende 1932 an seine Grenzen stieß, weil es nicht ausreichte, um einen Dauerwahlkampf aus eigener Kraft finanzieren zu können. Das Jahr 1932 war ein Dauerwahljahr: zwei Wahlgänge zur Reichspräsidentenwahl, mehrere Landtagswahlen und zwei Reichstagswahlen hatten die Kassen der NSDAP so geleert, dass der Reichsschatzmeister der NSDAP beim Finanzamt um Steuerstundung nachsuchen musste. Indem der Kronprinz von Hörauf auch mit Informationen hinsichtlich der NS-Finanzlage versorgt wurde, konnte Schleicher die Handlungsfähigkeit der Hitler-Partei taxieren. Alles sprach dafür, dass die NSDAP trotz vollmundiger Ankündigungen keine Auflösung des Reichstags durch eigenes Verhalten provozieren durfte, weil sie momentan nicht wirklich kampagnenfähig war. Dieses Wissen eröffnete Schleicher erhebliche Spielräume!

Warum verfügte ausgerechnet der preußische Kronprinz in der bayerischen Landeshauptstadt München über ein Netz von Vertrauensleuten? Warum war er das bestinformierte Mitglied ehemals regierender Fürstenthümer, was Interna der NS-Führung anbelangt? Dies lag zum einen daran, dass er privat häufiger in München weilte, was allem Anschein nach auch darauf zurückzuführen ist, dass die Abstecher des „womanzers“ Wilhelm im Falle Münchens zu einer Vaterschaft geführt hatten, die ihm gewisse Verpflichtungen gegenüber Mutter und Kind auferlegten. Doch der eigentliche Grund war ein dezidiert politischer: Wilhelm brannte vor politischem Ehrgeiz und unterschied sich damit qualitativ von seinem bayerischen Schicksalsgefährten, Kronprinz Rupprecht, der eher darauf wartete, dass ihm eine herrschaftliche Position zufiel, während Wilhelm proaktiv tätig war.

Aus dem Tagebuch des bayerischen Kronprinzen Rupprecht kann man dieses unterschiedliche Politikverständnis deutlich herauslesen. Am 30. November 1932 äußert sich Rupprecht darin über einen an diesem Tag erfolgten „Besuch des deutschen Kronprinzen, der auf der Rückreise von der Gamsjagd in Vorarlberg nach München gekommen war“. Rupprecht kennt auch den eigentlichen Grund für diesen Abstecher Wilhelms nach München: Der deutsche Kronprinz will Gregor Strasser sprechen – und dies ist ein Politikum ersten Ranges: Zu einem Zeitpunkt, an dem sich Wilhelms Verbündeter Schleicher intensiver denn je um Strasser bemüht, sucht der Kronprinz den direkten persönlichen Kontakt zum zweiten Mann der NSDAP, wobei vieles dafür spricht, dass diese Initiative nicht ohne Absprache

mit Schleicher geschah. Wilhelm musste zwar unverrichteter Dinge aus München abreisen, weil er Strasser nicht angetroffen hatte. Aber entscheidend ist der Umstand, dass der deutsche Kronprinz ein politischer Mitspieler war, der sich in die Niederungen der Parteipolitik begab und dabei – wie Schleicher – auf die Karte Strasser setzte.

Genau dieser Politikstil stieß auf Unverständnis beim sich vornehm zurückhaltenden bayerischen Kronprinzen, wenn er seinem Tagebuch anvertraut: „Dass er [der deutsche Kronprinz] den Leuten nachläuft, anstatt sie an sich herankommen zu lassen, ist ein taktischer Fehler.“ Doch nur, wenn man sich auf die Spielregeln der Politik einließ, konnte man als Abkömmling eines ehemals regierenden Herrscherhauses die Politik mitgestalten – und das erkannte der burschikos-leutselige Wilhelm, der auch als „sportsman“ über eine gewisse Popularität verfügte, im Unterschied zum betont zurückhaltend agierenden bayerischen Kronprinzen.

Sie mögen aus meinen Darlegungen mithin entnehmen, wie wichtig München als Treffpunkt einer Fronde gegen Hitler gewesen ist. Darin fanden sich Personen zusammen, die ohne Zweifel keine „lupenreinen Demokraten“ waren und denen es keineswegs darum ging, die parlamentarische Substanz der Weimarer Demokratie zu retten. Was sie vereinte, war die feste Absicht, eine Reichskanzlerschaft von Adolf Hitler zu verhindern. Strasser, Schleicher und

Was sie vereinte, war die feste Absicht, eine Reichskanzlerschaft von Adolf Hitler zu verhindern.

Kronprinz Wilhelm legten dabei eine beträchtliche Strecke zurück und waren schließlich imstande, dem Reichspräsidenten Paul von Hindenburg ein Konzept zu unterbreiten, dessen Realisierung greifbar nahe war: Gregor Strasser sollte in eine von Kurt von Schleicher geleitete Reichsregierung eintreten, deren Spektrum möglicherweise bis in die Zentrumsparterie reichte und in der gegebenenfalls Heinrich Brüning noch einmal zu Ministerehren gekommen wäre.

Jetzt lautet die entscheidende Frage, warum aus diesen Sondierungen keine entsprechenden Entscheidungen erwachsen sind. Die Antwort ist einfach: Der Reichspräsident fällt die Entscheidung; und Hindenburg war keinesfalls auf die Verhinderung einer Reichskanzlerschaft Hitlers fixiert und ließ sich zur selben Zeit eine zweite, eine vollkommen konträre Option ausarbeiten, in der Hitler eine Schlüsselrolle bei der Bildung einer neuen Regierung spielte. Ex-Kanzler Franz von Papen, der sich mit Kurt von Schleicher persönlich verfeindet hat, soll im Auftrag Hindenburgs eine Lösung erarbeiten: Ein Kabinett der sogenannten nationalen Konzentration, in dem alle Kräfte der politischen Rechten, die sich bislang spinnefeind gewesen sind, vereinigt sind, also die Hitler-NSDAP; der Stahlhelm, der stärkste Wehrverband überhaupt, und die Deutschnationale Volkspartei unter ihrem Vorsitzenden Alfred Hugenberg.

Schleicher weiß, dass Gefahr im Verzug ist, wenn diese Alternative zustande kommt; aber ihm sind die Hände gebunden. Hindenburg entscheidet sich Ende Januar 1933 dafür, Schleicher unehrenhaft, so könnte man sagen, zu entlassen, um damit dessen Vorschlag des Eintritts Strassers in das Reichskabinett zu verwerfen. Der Reichspräsident stellt die Weichen für Hitlers Reichskanzlerschaft – eine Lösung, die darauf setzt,

die stärkste politische Kraft ungeteilt in die Reichsregierung zu holen und bei anstehenden Neuwahlen einer im Aufwind befindlichen Hitler-Partei zusätzlich den Hindenburg-Mythos als politische Trumpfkarte zur Verfügung zu stellen.

Der Reichspräsident setzt seine politischen Hoffnungen darauf, dass die Regierungsparteien bei anstehenden Neuwahlen eine komfortable Mehrheit er-

reichen, die Reichskanzler Hitler den Weg zu einem Ermächtigungsgesetz bahnt. Schon am 21. November 1932 hatte Hitler dem Reichspräsidenten in einer vertraulichen Unterredung diese Lösung avisiert und sich mit der Aussage, er sei der Einzige, der dem Reichspräsidenten ein Ermächtigungsgesetz verschaffen könne, in Stellung gebracht. Am 23. März 1933 löst Hitler dieses Versprechen ein. Damit wurde auf eine

formal legale Art und Weise, ohne Verfassungsbruch, neben der Weimarer Demokratie auch der Rechtsstaat beseitigt – ein politischer Dammbbruch, der ohne die Reichskanzlerschaft Hitlers nicht möglich gewesen wäre. Unsere „drei Männer gegen Hitler“ haben – dies dürften meine Ausführungen gezeigt haben – sich letztlich vergeblich eingesetzt, um Hitler den Weg in das höchste Regierungsamt zu versperrern. □



Foto: akg-images

Kronprinz Wilhelm im Ersten Weltkrieg: Er machte nicht nur zu Pferd eine gute Figur, sondern verfügte auch während der Weimarer Zeit als „sportsman“ über eine gewisse Popularität beim Volk.

Ellen Ammann, Frauenrechtlerin, Wegbegleiterin der sozialen Arbeit, christliche Politikerin und frühe Gegnerin des Nationalsozialismus

Elfriede Schießleder

I. Kindheit und Jugend in Schweden

Bevor man sich der Biographie Ellen Ammanns nähert, sollte man einen kurzen Blick auf die schwedische Gesellschaft des ausgehenden 19. Jahrhunderts werfen. Frauenstudium und -arbeit waren dort längst Alltag, so auch im Hause Sundström in Stockholm, wo am 1. Juli 1870 Ellen Aurora Sundström geboren wurde. Mutter Lilly und Vater Carl Rudolf Sundström förderten die Entwicklung ihrer beider Töchter als Angehörige des Bildungsbürgertums durch den Besuch der höheren Mädchenschule. Als Lilly Sundström 1881 zum Katholizismus konvertierte, hatte dieser Wechsel natürlich auch Einfluss auf die religiöse Erziehung der Kinder. Obwohl protestantisch getauft, wurden sie im katholischen Glauben erzogen.

Nach dem Abitur 1888 verbrachte Ellen über ein Jahr zum Zwecke von Sprachstudien in Deutschland. In dieser Zeit entstanden auch erste Kontakte mit der Zentrumsparterie und das Erleben katholischer Volksfrömmigkeit. Wieder zu Hause, erlernt Ellen auf Wunsch des Vaters und mangels Geldes für ein Medizinstudium die damals weltberühmte schwedische Heilgymnastik. Ihr eigener Wunsch, Geschichte zu studieren und Lehrerin zu werden oder gar in ein Kloster einzutreten, bleibt zurück.

Mit dem plötzlichen Tod des Vaters drückt die finanzielle Not die Familie noch stärker, so dass Dr. Ottmar Ammann zum Studium der Heilgymnastik als Untermieter bei den Sundströms in Stockholm einzieht. Die beiden verlieben sich; die Verlobung erfolgt am 4. April 1890. Ellen bricht daraufhin ihre Ausbildung ab und folgt für die Heirat ihrem Mann nach München. Dort wird sie auch „realiter“ katholisch.

Die frühen Münchner Jahre – erstes sozial-caritatives Auftreten

Als Ottmar Ammann in der Münchener Landwehrstraße eine orthopädische Privatklinik eröffnet, übernimmt seine Frau deren hauswirtschaftliche Leitung. Zwischen 1892 und 1903 gebar Ellen Ammann fünf Söhne und eine Tochter. Legendar waren die Skiausflüge der ganzen Familie ins Dachauer Hinterland – Sport war im damaligen Bayern absolut unüblich. Ellen hatte zu Hause schon die eigene Mutter als Auslandskorrespondentin des Stockholmer Dagblatt erlebt, so ließ sie sich von den engen Normen der Einheimischen auch im weiteren Alltagsleben nicht so schnell binden. Damit erweist sie, aus dem fernen, frauenpolitisch längst viel weitsichtiger agierenden Schweden, sich den Bayern gegenüber immer wieder als „die Ausländerin“.

Ihre Biographin Marianne Neboisa weist darauf hin, dass Ellen Ammann gerade in ihrer Münchner Anfangszeit vieles lernen musste: „... ein flüssigeres Deutsch, außerdem alles, was die kulturellen, kirchlichen und politischen Verhältnisse in Bayern betrifft.“ Marie Buczkowska, eine Mitstreiterin im Katholischen Frauenbund, schreibt in einem Artikel zum 100. Geburtstag von



Dr. Elfriede Schießleder, Vorsitzende des Katholischen Deutschen Frauenbundes, Landesverband Bayern

Ellen Ammann im Juli 1970 in der Zeitschrift „Der Frauenbund – Frau im Leben“, dass Ellen Ammann in Bayern alles fremd war: „die Sprache, das Essen, die Berge“.

Vermutlich ist es gerade diese Fremdheit, die sich nicht am bayerischen Zeitgeist orientiert, sondern für den Alltag der bayerischen Frauen viele Grenzbeziehungen überwindet. Ellen Ammann prägt so das soziale, gesellschaftliche und politische Leben in Bayern über vier Jahrzehnte lang neu.

Mitbegründerin des Mädchenschutzvereins

Obwohl im Hause Ammann – wie auch schon zuvor im Elternhaus – immer wieder finanzielle Engpässe auftreten, engagiert sich Ellen Ammann stark ehrenamtlich im sozial-caritativen Bereich. Schon als 25-Jährige ist sie 1895 wesentlich an der Gründung des „Marianischen Mädchenschutzvereins“ (heute IN VIA) beteiligt. Dieser kümmert sich mit Zufluchtsheimen und Lehrkursen um junge Mädchen, die vom Land in die Stadt ziehen, um eine Arbeitsstelle zu finden. Ziel des Marianischen Mädchenschutzvereins ist ein länderübergreifendes Hilfsnetz für junge, an fremden Orten alleinstehende und Arbeit suchende Mädchen aufzubauen. Die stadttunkundigen Landmädchen kommen häufig mit naiven Vorstellungen in München an. Oft werden sie schon am Bahnsteig von organisierten Händlerringen abgefangen und als rechtlose Arbeitskräfte in Fabriken oder als Prostituierte ins In- und Ausland verkauft. „Die Hässlichen in die Küche, die Schönen ins Stübchen“ – eine Personalstrategie, die wir heute noch genauso kennen... In Polizeiakten lesen wir, dass sich am Gleis 11 des Münchner Hauptbahnhofes die vornehmen Damen um Frau Hofrat Ammann einen erbitterten Kampf mit stadtbekanntem

Zuhältern geliefert hätten, bei dem die Damen der Gesellschaft Stöcke und Schirme als willkommene Kampfgeräte nutzten.

Gründung der Bahnhofsmision

Ellen Ammann erkennt, dass die vorbeugende Sozialarbeit bereits am Ankunftsort Bahnhof einsetzen muss, deshalb gründet sie in Zusammenarbeit mit dem evangelischen Verein der „Freundinnen junger Mädchen“ 1897 in München die erste katholische Bahnhofsmision. Kurz nach der katholischen Bahnhofsmision startet in der Landeshauptstadt auch die evangelische Bahnhofsmision. Der Anfang der katholischen Bahnhofsmision ist bescheiden: Ein Stuhl und ein kleiner Tisch mit abschließbarer Schublade in einer Ecke des südlichen Wartesaals am Gleis 11 auf dem Münchner Hauptbahnhof. Ellen Ammann und ihre Mitarbeiterinnen warten die Ankunft der Züge ab und sprechen die jungen Frauen vor den Schleppern an; sie informieren die jungen Leute kostenlos über geeignete Arbeitsstellen und Unterkünfte. Die Bahnhofsmision ist wie eine Schule für das spätere Wirken von Ellen Ammann. Hier lernt sie, zu organisieren, andere für ihr ehrenamtliches Engagement zu begeistern und in der Öffentlichkeit aufzutreten.

Gerade letzteres fällt ihr anfangs nicht leicht, zumal sie rein äußerlich dazu auch nicht prädestiniert erscheint. Ellen Ammann wird von ihren Zeitgenossen als klein, zierlich, mädchenhaft und unscheinbar beschrieben, jedoch mit Hang zur „nordischen Vehemenz“. Die Frauenrechtlerin Lida Gustava Heymann charakterisiert Ellen Ammann in ihren Memoiren wie folgt: „In meiner langjährigen Bekanntschaft mit dieser Frau, die weder eitel war, noch ihre Taten jemals herausstrich, konnte ich wiederholt feststellen, wie wesentlich und ausschlaggebend ihre Initiative und Tatkraft in entscheidenden Augenblicken waren.“

Gratwanderung zwischen weiblicher Emanzipation und Tradition

Das offensive öffentliche Engagement der sechsfachen Mutter wird naturgemäß in der damaligen Gesellschaft nicht nur positiv gesehen: Ellen Ammann musste sich gefallen lassen, dass manche Stimme gegen sie laut wurde; es sei unvereinbar mit den Pflichten einer Frau und Mutter, so viel in der Öffentlichkeit und für die Allgemeinheit zu wirken. Aber um solchen Tadel kümmerte sie sich nicht.

„Die Frau gehört ins Haus“, das war lange der führende Leitsatz der bürgerlichen Elite in Deutschland. Ellen Ammanns Lebensweg folgt jedoch anderen Gesetzen. Theoretisch vertrat sie zwar ein patriarchalisch-christlich motiviertes Eheverständnis, aber praktisch und mit ihrem beispielhaften Handeln kritisierte sie vehement patriarchale Verhältnisse und hierarchische Strukturen. 1911 schreibt sie dazu: „Es ist dem deutschen Mann theoretisch sehr schwer zu beweisen, dass die Frauen gleich viel wert sind wie die Männer ... Darum arbeiten wir praktisch und überzeugen die Männer von unserer Kapazität. Dann geben sie Schritt für Schritt nach.“ Ellen Ammann will also zeitlebens nicht gegen die Männer arbeiten, sondern mit ihnen.

II. Frauenrechtlerin mit großem Interesse an der Frauenbewegung

Gründung des Münchner Zweigvereins des Katholischen Frauenbundes

Aufgrund ihrer schwedischen Sozialisation bringt Ellen Ammann ein großes

Interesse an der Frauenbewegung mit und verfolgt in der Presse aufmerksam alles, was die allgemeine Frauenbewegung betrifft: „Es sollte sich bald zeigen, dass unsere frauenbewegte Schwedin eine Aufgabe an den allzu konservativen Bayernfrauen zu erfüllen hatte.“ Ihre Herkunft aus Schweden trägt dazu bei, dass sie sich mehr traut als andere: „Es versteht sich, dass ich ein wichtiges Glied in der Kette bin, weil ich – nicht deutsch geboren – in Vielem freier denke als die Frauen hier.“

Bereits 1903 ist sie fest entschlossen, die katholischen Frauen in München zu einer großen Organisation zusammenzuschließen. Als sie erfährt, dass in Köln ein Katholischer Frauenbund gegründet werden soll, ist sie dabei, wartet zu Hause jedoch noch etwas ab. Erst im Herbst 1904 bereitet sie die Gründung eines Münchner Zweigvereins vor. Bei einer Veranstaltung des Marianischen Mädchenschutzvereins im Oktober 1904 hält der Kapuziner Pater Benno Auracher ein Referat über Frauenarbeit und Frauenwirksamkeit. Am Schluss dieser Rede fragt er die anwesenden Damen, welche Frau gewillt sei, in München einen Zweigverein des Katholischen Frauenbundes zu gründen. Was dann passiert, schildert Ammanns Erstbiographin Marie Amalie von Godin: „Im Schweigen aller etwas überraschten Anwesenden erhob sich schüchtern, zierlich und jung Ellen Ammann von ihrem Sitz. „Ich bin bereit“, sagte sie schlicht und Pater Auracher schloss die Versammlung mit der Ermahnung, ungesäumt ans Werk zu gehen.“

Als Migrantin und junge Frau muss Ellen Ammann nun mit offenem Widerstand kämpfen. Vor allem aus dem Vorstand des Mädchenschutzvereins meldet sich Protest; die zweite Vorsitzende wendet sich verärgert an die erste Vorsitzende Caroline von Hohenhausen: „Trachten Sie zu verhindern, dass Frau Ammann ganz unnötigerweise wieder einen neuen Verein ins Leben ruft, wo doch unser Mädchenschutz schon besteht und sehr wohl in der Lage ist, die nötige Aufbauarbeit zu leisten. Und überdies ist Frau Ammann als Ausländerin, durch ihre Jugend und auch in anderer Hinsicht, doch wirklich nicht die geeignete Persönlichkeit, eine solche Organisation zu schaffen und gar noch zu leiten.“

Dass solche Vorurteile keine Ausnahme waren, bestätigt Ellen Ammanns Erstbiographin Marie Amalie von Godin: „... so konnte man in jenen Tagen vielfach ähnliche Aussprüche zu hören bekommen. ... diese kleine, zarte, unscheinbare Frau, deren Stimme kaum in einem mäßig großen Zimmer bis in die letzten Reihen der Anwesenden zu hören ist, soll die katholischen Frauen Münchens führen? Diese Ausländerin, die zwar fehlerfrei deutsch schreibt, im Sprechen aber doch noch immer gehemmt ist und in der Erregung sofort die Artikel zu verwechseln beginnt? Ist denn da wirklich nicht eine einzige Bayerin und Deutsche unter den vielen erprobten Vorsteherinnen unserer Vereine, die vor den Augen dieser Norddeutschen Gnade finden könnte?“ Mit „Norddeutschen“ sind die Damen des Bundesvorstandes des Katholischen Frauenbundes gemeint, der seinen Sitz in Köln hatte. Aber Pater Benno setzt sich unbeeindruckt für Ellen Ammann ein. Und so wird sie schließlich zur Vorsitzenden des Zweigvereins gewählt.

KDFB wird unter Ellen Ammann in Bayern zur Volksbewegung

Der Katholische Frauenbund, dem bereits bei der Gründungsversammlung in München 339 Frauen beitreten, fußt in Bayern auf Bürgertum und Adel, wird aber bald zur Volksbewegung, was

nicht zuletzt ein Verdienst von Ellen Ammann ist: „Im Frauenbund treffen sich die Frauen aller Stände als gleichberechtigte Mitglieder derselben großen Organisation, die sich zur Aufgabe gestellt hat, an der Lösung aller Probleme der Frauenfrage mitzuarbeiten.“ Ellen Ammann hat Geschick im Umgang mit Frauen aller Bevölkerungsschichten und Altersklassen. Trotz ihrer Bildung und ihres hohen Standes versteht sie die Sprache der Frauen des einfachen Volkes und setzt sich für ihre Nöte ein.

Viele Jahre vor Ausrufung der Republik setzt sie so in der eigenen Gründung demokratische Grundprinzipien um. Auch die gruppendynamischen Gesetzmäßigkeiten haben die Frauen im Katholischen Frauenbund intuitiv erfasst. Die Sache der Frauen sollte durch sie selbst verfolgt und organisiert werden, kein Mann dabei die eigenen Ideen in Frage stellen oder Bedenken einbringen. Die Damen wollen einen Frauenverein ohne Präses, in den Augen der Kirche ein Unding und unerhört in der herrschenden Gesellschaftsordnung, die Frauen weder Versammlungsrecht noch Universitätsbildung zugesteht. Da die katholische Kirche diesen so angelegten Verein nicht als „Katholischen Frauenbund“ erlaubt, einigte man sich in Köln 1904 auf einen Geistlichen als Beirat für die Frauen – allerdings ohne Stimmrecht. Denn ohne den klugen Rat eines Mannes ist den Herren von damals eine Frauenorganisation nicht vorstellbar.

Ellen Ammann schwebt die Zusammenfassung aller bayerischen und pfälzischen Zweigvereine zu einem schlagkräftigen Bayerischen Landesverband vor. Durch die zahlreichen Zweigvereinsgründungen stimmt schließlich die Zentrale in Köln diesem Ansinnen einer eigenen bayerischen Dachorganisation zu. Im Dezember 1911 wird der Landesverband des KDFB in Bayern gegründet und Ellen Ammann bleibt bis zu ihrem Tod im November 1932 seine Vorsitzende.

Ellen Ammann ist es wesentlich zu verdanken, dass Bayern – neben dem rheinisch-westfälischen Raum – als eine „Hochburg der katholischen Frauenbewegung“ bezeichnet werden kann.

Wegbereiterin für die professionelle Ausbildung der Sozialen Arbeit

Für Ellen Ammann war nach ihren Erfahrungen in der schwedischen Heimat ein Bildungszugang für Frauen schon von Jugend an Normalität, deshalb ist es für sie naheliegend, auch für deutsche Frauen und Mädchen diesen Anspruch einzufordern.

Ein wichtiges Anliegen von Ellen Ammann ist dabei, dass Frauen sich nicht nur ehrenamtlich und aus Nächstenliebe im sozial-caritativen Sektor engagieren, sondern dass ihre Arbeit auch professionelle Begleitung benötigt. Die von Ellen Ammann gegründete Münchner sozial-caritative Frauenschule war die erste und lange Zeit einzige katholische Ausbildungsstätte in Bayern für Frauen, die sich der sozialen und caritativen Arbeit aus beruflichem oder „nur“ ehrenamtlichem Interesse widmen wollten.

Hinter der Idee, Frauen für die Übernahme sozialer und caritativer Aufgaben professionell auszubilden, steht auch, damit ihre Berufstätigkeit zu fördern: „Soziale Arbeit darf nicht im Dilettantentum stecken bleiben, denn sie ist verantwortungsvolle Arbeit am Menschen, mehr wie jede andere.“ Ellen Ammann und ihre Mitstreiterinnen erkennen früh die Bedeutung einer soliden theoretischen und praktischen Ausbildung für die soziale Arbeit. Damit wird für Frauen außerhalb der Universität eine Ausbildungsstätte für soziale Berufe geschaffen. Für Mädchen und



Das Bild zeigt Ellen Ammann mit entschlossenem Blick. Doch „wer sich zu viel vornimmt“ – so die gebürtige Schwedin –, „führt nichts richtig durch.“

Frauen aus dem bürgerlichen Milieu gab es damals abgesehen vom Beruf der Lehrerin nicht allzu viele Möglichkeiten, einen qualifizierten und gesellschaftlich angesehenen Beruf zu ergreifen. Die Gründung der *sozialen-caritativen Frauenschule* durch Ellen Ammann war ein wesentlicher Schritt auf dem Weg zur Professionalisierung der Sozialen Arbeit und ein wichtiger Beitrag zu

einem wachsenden Selbstbewusstsein der Sozialberufe.

Ab Oktober 1909 bietet Ellen Ammann im Rückgebäude ihres Wohnhauses in der Theresienstraße 24 eine feste Abfolge von Kursen zu sozialen Fragen an. Ein breites Fächerangebot von Rechtswesen bis hin zur Säuglingspflege steht auf dem Stundenplan. Damit wird die *sozial-caritative Frauenschule* zum

Grundstein für die älteste katholische soziale Frauenschule Bayerns. Ab 1912 wird daraus ein einjähriger Ausbildungslehrgang; 1916 wird dieser Lehrgang auf zwei Jahre ausgeweitet mit je einem Examen nach der Unter- und nach der Oberstufe. 1916 erhält die „Soziale und caritative Frauenschule des Katholischen Frauenbundes in Bayern“ die staatliche Genehmigung. Bereits 1918 erfreut sie



Prof. Dr. Hans-Michael Körner, Professor em. am Historischen Seminar der LMU München, wirkte wieder als Leiter der Historischen Tage und

moderierte die Podiumsgespräche. Hier ist er zusammen mit Professor Helmut Kiesel zu sehen.

sich über die Grenzen Bayerns hinweg großer Beliebtheit. Und es gibt sie heute noch, wenn auch in etwas veränderter Form: Die soziale und caritative Frauenschule ist die Vorläufereinrichtung der heutigen Katholischen Stiftungshochschule München.

Die sozial-caritative Frauenschule ist eines von Ellen Ammanns Lieblingswerken; bis 1925 leitet sie die Schule, bis zu ihrem Tod im November 1932 ist sie Schulvorstand; ihre letzte Unterrichtsstunde hält sie einen Tag vor ihrem Tod. Ellen Ammann gibt der Schule den Leitspruch „Caritas Christi urget nos“ (übersetzt „Die Liebe Christi drängt uns“) mit auf den Weg. Davon ist auch ihr persönlicher Einsatz als Lehrerin geprägt.

Ellen Ammann unterrichtet einmal wöchentlich das Fach „Frauenfrage und Frauenbewegung“. Diese Stunden zeigen ganz praktisch die unabdingbare Notwendigkeit des Zusammenschlusses der Frauen für gemeinsame Ziele auf und liefern so immer auch die Legitimation für den Katholischen Frauenbund: „In diesen Stunden verstand sie es, die missionarische Aufgabe des Frauenbundes den Schülerinnen so klar zu machen, dass jeweils eine bis vier Schülerinnen in den Dienst des Frauenbundes eintraten.“ Die erste, aus dem Kurs von 1916/18, ist Paula Huber, die Schwester des 1943 von den Nationalsozialisten hingerichteten Prof. Kurt Huber.

Wegen ihrer bescheidenen und uneitlen Haltung war Ellen Ammann bei ihren Schülerinnen äußerst beliebt: „Und wie hingen die Schülerinnen der ersten Jahrgänge, um die sie sich noch sehr persönlich annehmen konnte, an ihr: Sie war ihnen leuchtendes Vorbild, Verkörperung eines Ideals: wie man frauliches Wesen, tiefe Mütterlichkeit mit Sachlichkeit, Tatkraft und Dienst an der Öffentlichkeit vereinigen kann.“

Ellen Ammann hat mit ihrer Gründung wesentlich zur Professionalisierung weiblicher Sozialarbeit beigetragen und damit Pionierarbeit für den Beruf der Sozialarbeiterin bzw. Sozialpädagogin geleistet.

III. Ellen Ammann – Christliche Politikerin in der jungen Demokratie

Im Zuge der Novemberrevolution im November 1918 erhalten Frauen im Deutschen Reich das aktive und passive Wahlrecht. Eine der ersten Frauen, die 1919 in den neu gewählten Bayerischen Landtag einziehen, ist Ellen Ammann. Für sie und ihre sieben Mitstreiterinnen ist der parlamentarische Alltag absolutes Neuland. War für einige der insgesamt 19 weiblichen Landtagsabgeordneten in der Weimarer Republik die parlamentarische Arbeit nur ein Zwischenspiel, so gehörte Ellen Ammann als Parlamentarierin der ersten Stunde bis zu ihrem Tod 1932 ununterbrochen in allen fünf Wahlperioden dem bayerischen Landtag an.

Katholische Powerfrau im Bayerischen Landtag

Ellen Ammann schafft es, Spuren zu hinterlassen und sich in einer bislang reinen Männerbastion zu behaupten. Als Abgeordnete der Bayerischen Volkspartei gehen von ihr bedeutende Impulse aus. Obwohl sie das Frauenwahlrecht nie aktiv und öffentlich gefordert hatte, stürzt sie sich 1919 mit Überzeugung und Elan in die Politik. Über den KDFB schafft sie es auch, die bayerischen Frauen im eigenen Sinn für Politik zu interessieren. Die Informationsabende zur politischen Bildung, zu Wahlrecht und Demokratie werden von den anderen Parteien argwöhnisch beobachtet. In ihrer parlamentarischen Arbeit ist sie vor allem für die Ressorts Gesundheitswesen, Familienfürsorge, Jugendfürsorge, Öffentliche Fürsorge und Wohlfahrtspflege zuständig. Diese Themen entsprechen ganz ihrem bisherigen Wirkungs- und Erfahrungsbereich.

Durch ihr vielfältiges Engagement in verschiedenen Organisationen bringt sie beste Voraussetzungen für die Parlamentsarbeit mit. Ellen Ammann kann sich außerdem auf ein dichtes Frauennetzwerk verlassen, das sie während der Arbeit im Landtag kontinuierlich mit Rat und Tat unterstützt. Kraft und Motivati-

on für ihr politisches Engagement gibt ihr natürlich auch ihr starker Glaube.

Für ihre Zweitbiographin Marianne Neboisa sind ihre Ressortberichte „eine Fundgrube für sozial- und kulturkundliche Studien der Weimarer Zeit in Bayern“. Wie schon in ihren bisherigen Funktionen, so denkt Ellen Ammann auch als Abgeordnete äußerst zielorientiert und arbeitet tatkräftig und unbeirrbar an der Realisierung ihrer Anliegen.

Die Bayerische Volkspartei würdigt Ellen Ammann zum 50. Geburtstag im Juli 1920 wie folgt: „Sowohl in der Parteileitung wie in der Landtagsfraktion haben Sie sich durch Ihr politisches Verständnis und durch die ruhige Art, in der Sie oft an der Lösung schwieriger politischer, wirtschaftlicher und auch persönlicher Fragen mitarbeiteten, das größte Ansehen erworben.“

Als Mitglied des Verfassungsausschusses wirkt sie entscheidend an der Neugestaltung der bayerischen Verfassung mit. Und am 21. Juni 1919 ergreift die gebürtige Schwedin im Bayerischen Landtag zum ersten Mal das Wort.

Ganz selbstverständlich bleibt Ellen Ammann, trotz ihrer anstrengenden und zeitintensiven politischen Tätigkeit, weiterhin Vorsitzende des KDFB-Landesverbandes und Vorsitzende des Münchner Zweigvereins des Katholischen Frauenbundes.

Ellen Ammanns Rolle beim Hitlerputsch

Ihre Arbeit als Abgeordnete fällt in eine politisch und wirtschaftlich äußerst turbulente Zeit: immer neue Revolutionen, der Kapp- und dann der Hitlerputsch, Inflation, Arbeitslosigkeit, Weltwirtschaftskrise, häufige Wahlen und Kabinettsbildungen sowie das Anwachsen des Nationalsozialismus.

Hitler und seine Anhänger treiben in München ab 1920 ungestört ihr Unwesen. Im Januar 1923 dringen 15 Hitlerfaschisten in München mit Schlagringen und Gummiknüppeln in eine Mitgliederversammlung der „Friedensgesellschaft“ und verletzen ein Mitglied so stark, dass man den Verlust des Auges

befürchtet. Unter dem Eindruck dieser Tat führt Ellen Ammann gemeinsam mit Vertreterinnen anderer Münchner Frauenvereine wie Lida Gustava Heymann und Anita Augspurg ein Gespräch mit dem damaligen Innenminister Dr. Schweyer. Die Delegation der Frauen trägt ihm die Ausschreitungen und widerrechtlichen Auftritte Hitlers und seiner gewalttätigen Anhänger vor und fordert Hitlers Ausweisung aus Bayern. Hitler war als Österreicher Ausländer und nicht in Besitz der deutschen Staatsangehörigkeit. Schweyer kommt dieser Forderung allerdings nicht nach; er verharmlost die Angelegenheit, und die Abordnung muss erfolglos wieder abziehen.

Im November 1923 dann versucht Hitler, sich an die Macht zu putschen. Als am 8. November 1923 Generalstaatskommissar von Kahr seine Anhänger im Münchner Bürgerbräukeller zusammenruft, kommt Hitler mit seinen SA-Leuten hinzu, lässt von Kahr und seine Gefolgsleute in einen Nebenraum abführen und will sie dort zur Anerkennung seiner Machtübernahme zwingen.

Ellen Ammann erfährt im Vorfeld dieses Coups zufällig von Hitlers geplantem Vorgehen und fühlt sich als Landtagsabgeordnete dazu verpflichtet, sofort Widerstand zu mobilisieren. Dazu holt sie alle erreichbaren Regierungs- und Parteimitglieder in die Räume der sozial-caritativen Frauenschule. Zusammen mit dem stellvertretenden Ministerpräsidenten und Kultusminister Franz Matt wird noch in dieser Nacht in einer Resolution an das bayerische Volk der Putsch von Hitler und Ludendorff als Staatsverbrechen verurteilt. Die Gruppe entschließt sich außerdem, den Regierungssitz von München nach Regensburg zu verlegen. Der inzwischen entkommene Generalstaatskommissar von Kahr wird von Franz Matt telefonisch darüber informiert. Hitlers Marsch zur Feldherrnhalle am 9. November wird durch die Schüsse der bayerischen Landespolizei auseinandergetrieben und Hitler flieht, wird aber zwei Tage später gefasst. Er erhält Festungshaft in Landsberg, aus der er im Dezember 1924 aber bereits wieder vorzeitig entlassen wird.

Ohne Ellen Ammann hätten Matt und die anderen Minister die Putschnacht buchstäblich verschlafen. Matt zollte später ihrem unerschrockenem Handeln Respekt: „Die Kollegin Ammann hatte damals mehr Mut bewiesen als manche Herren in Männerhosen.“ Das bestätigt auch Lida Gustava Heymann in ihren Erinnerungen: „Aber der Hitlermarsch auf Berlin endet am 9. November vor der Feldherrnhalle in München. Daß dieses ganze, geradezu törichte Unterfangen nicht in einem furchtbaren Blutbade endete, sondern nach wenigen Stunden zusammenbrach, ist meines Erachtens auf die Initiative einer Frau, Ellen Ammann, bayerische Landtagsabgeordnete, zurückzuführen, die vorausschauend instinktiv und nach sicheren Anzeichen erkannte, daß sich eine Katastrophe vorbereitete, und daraufhin ihre Maßnahmen traf.“

Prophetisch ergänzt Heymann: „Geschichtsbücher werden von Ellen Ammanns starker Beteiligung an der Niederwerfung des Hitlerputsches 1923 vermutlich nichts zu berichten wissen.“ Und tatsächlich findet in den Geschichtsbüchern Ellen Ammanns mutiges Eingreifen tatsächlich lange Zeit keinen Eingang. Erst in den letzten Jahren wird in der (Frauen-)Geschichtsschreibung dieser historische Sachverhalt stärker berücksichtigt.

Anlässlich des 90. Jahrestages des Hitlerputsches im November 2013 würdigte auch die Presse die Rolle Ellen Ammanns. In der Süddeutschen Zeitung vom 10. November 2013 wird Ellen

Ammann eine Seite gewidmet unter der Überschrift „Vergessene Widerstandskämpferin“. Die Münchner Kirchenzeitung titelte damals „Katholikin gegen Hitler“.

In der Dauerausstellung des 2015 eröffneten NS-Dokumentationszentrums in München wird Ellen Ammanns mutiger Einsatz gegen den Nationalsozialismus ebenfalls im Rahmen der Dauerausstellung „München und der Nationalsozialismus“ erwähnt und gewürdigt.

Mahnerin und Warnerin vor der NSDAP

Bis zu ihrem Tod bezog Ellen Ammann offen Stellung gegen die Nationalsozialisten. Sie warnt immer wieder eindringlich vor der Gefahr, die von der NSDAP ausgeht. Das Ergebnis der Landtagswahl vom 6. April 1924, die

Bis zu ihrem Tod 1932 bezog Ellen Ammann offen Stellung gegen den Nationalsozialismus. Sie warnte immer wieder eindringlich vor der Gefahr, die von der NSDAP ausgeht.

den Nationalsozialisten den Einzug in den Bayerischen Landtag ermöglicht, kommentiert sie im „Bayerischen Frauenland“, der Mitgliederzeitschrift des KDFB Landesverbandes Bayern, kritisch: „Der Ausgang der bayerischen Landtagswahl sollte den Frauen zu denken geben. ... Die arme Großstadtbevölkerung ... läuft jedem neuen Propheten nach, von dem sie sich eine Besserung verspricht. Ohne Nachprüfung glaubt sie tönenden Worten ... Wenn diese „neue“ Partei einmal mitzusprechen hat in den Parlamenten, dann wird sich zeigen, daß sie nicht instande ist, die Lage des Vaterlandes ohne weiteres zu bessern, ja, wir haben allen Grund, zu befürchten, daß besonders für unsere bayerische Heimat ihre Politik verhängnisvoll werden wird. ... Eine Überspannung, ja eine Vergötterung des nationalen Gedankens aber, wie sie von völkischer Seite getrieben wird, ist in unseren Augen verwerflich.“ Heute weiß man, wie recht Ellen Ammann mit dieser Einschätzung hatte.

Bezeichnenderweise stirbt Ellen Ammann am 23. November 1932 nach einer ihrer großen Reden im Landtag an den Folgen eines plötzlichen Schlaganfalls. In ihrer letzten Rede ruft die sechsfache Mutter zu Hilfsmaßnahmen für kinderreiche Familien auf und fordert Hilfen in der Wohnungsfrage, eine Bevorzugung bei der Arbeitsplatzvergabe, Schulgeldermäßigung usw. Ihre Rede endet mit „Möge die kinderreiche Familie im Volksbewusstsein wieder zu Ehren kommen.“ Das sind Ellen Ammanns letzte dokumentierte Worte.

An ihrer Trauerfeier am Alten Südfriedhof nimmt alles, was damals in Politik und Gesellschaft Rang und Namen hatte, teil. Das Domkapitel wird von Kardinal Faulhaber angeführt. Ministerpräsident Held und das gesamte Kabinett sind anwesend, ebenso wie die Spitzen der Stadtverwaltung und Mitglieder des ehemaligen Königlichen Hauses. Im „Bayerischen Kurier“ vom 26. November 1932 kann man dazu nachlesen: „Selten hat der Südliche Friedhof eine so große Trauergemeinde vereinigt gesehen wie es am Freitagmittag der Fall war bei der Beerdigung der so unerwartet rasch verstorbenen Frau Hofrat Ellen Ammann.“

Kurz nach ihrem Tod schreibt Marie Amelie von Godin, die mit Ellen Am-

mann seit der Gründung des Katholischen Frauenbundes 1904 in München eng zusammengearbeitet hat, deren Biographie nieder. Das nationalsozialistische Regime lässt bald alle 60.000 Exemplare einstampfen. Man hatte nicht vergessen, dass Ellen Ammann 1923 an der Vereitelung des Hitlerputsches beteiligt war. Hätte sie Hitlers Machtergreifung noch persönlich erlebt, wäre ihr wohl Schlimmes widerfahren: „Sie wäre ... wohl die Erste gewesen, die in Dachau eingezogen wäre“, mutmaßt ihre langjährige Mitarbeiterin Therese Ullrich.

IV. Ellen Ammann – eine starke Frauenpersönlichkeit der Weimarer Republik

Ellen Ammann war eine starke Frau. An ihrer Biographie lässt sich exemplarisch die Veränderung der Gesellschaft durch die Neuausrichtung ihres Leitbildes der Frau ablesen. Dabei hatte sie im Laufe ihres Lebens mit vielen Schwierigkeiten zu kämpfen, mit Vorurteilen, mit mangelnden Mitspracherechten der Frauen, den Ängsten und Notzeiten. Der Erste Weltkrieg brachte ein bis dato unbekanntes Ausmaß an sozialer Not und Elend mit sich. In seiner Folge stehen die Geburtswehen der ersten Demokratie in Bayern und schließlich das Erstarken des Nationalsozialismus. All das nahm sie als Herausforderung an.

Abschließend kann man sagen, dass das Leben und Wirken Ellen Ammanns wesentlich durch ihren Glauben geprägt wurde. Ihre Verantwortung für die Welt erkannte sie aus ihrer Verantwortung vor Gott heraus. Die biblische Botschaft war ihr Lehrbuch für eine bessere Weltgestaltung. Aus ihr heraus wertete sie Wege und Ziele, denen all ihre Arbeit galt. Ammann sah katholische Dogmen als lebendige Wirklichkeit an, deren Verankerung jeden Tag neu im Leben zu suchen ist. Und obwohl sie den Protestantismus und den Katholizismus gleich wertschätzte, war der katholische Glaube für sie die wahre Religion, der sie sich in aller Freiheit des protestantischen Geistes verpflichtet wusste. In der von ihr gegründeten „Vereinigung katholischer Diakoninnen“ setzte sie dem ein Fundament, das erst mit der Schwesternkleidung im Sarg öffentlich wurde.

Ellen Ammanns Erbe als Verpflichtung

Zahlreiche Institutionen verdanken Ellen Ammann ihre Existenz: Der KDFB Landesverband Bayern, In Via, die Münchner Bahnhofsmision, die Katholische Stiftungshochschule, aber auch – was kaum jemand weiß – die Polizei-seelsorge, die 1920 von Ellen Ammann initiiert wurde. Ebenso geht die diözesane Ehe-, Familien- und Lebensberatung auf ihr Betreiben zurück.

1904 schrieb Ellen Ammann an eine Freundin: „Wer sich zu viel vornimmt, führt nichts richtig durch.“ Sie hat sich zeitlebens viel vorgenommen, und sie hat, wenn man sich ihr Erbe ansieht, auch alles richtiggemacht.

Als Vorsitzende des KDFB-Landesverbandes sehe ich mich dem Erbe unserer Gründungsmutter verpflichtet; als Nachfolgerinnen in ihrem Geiste engagieren wir KDFB-Frauen uns beharrlich und leidenschaftlich für die Gleichstellung von Frauen in Kirche, Gesellschaft, Wirtschaft und Politik. Und auch 85 Jahre nach dem Tod von Ellen Ammann haben wir auf diesem Gebiet immer noch viel zu tun. □

Gustav Stresemann – Vernunftrepublikaner und Verständigungspolitiker

Horst Möller

I.

Gustav Stresemanns Bild schwankt in der Geschichte, nicht allein bei Zeitgenossen, sondern auch bei Nachlebenden. Doch finden Sie im Titel meines Vortrags über den kurzzeitigen Reichskanzler und langjährigen Außenminister der Weimarer Republik keinen Hinweis, warum er selbst bei Historikern umstritten war oder noch ist. Und noch weniger können Sie sich vorstellen, weshalb in der AfD überlegt wird, ihre geplante Parteistiftung nach Stresemann zu benennen. Legt man den Akzent auf den ‚Vernunftrepublikaner‘ und ‚Verständigungspolitiker‘, handelt es sich bei der AfD-Initiative zweifellos um eine Provokation. Wie erklärt sich dieser Widerspruch? Dafür gibt es vor allem zwei Gründe:

Erstens die Neigung, vergangene Epochen und historische Persönlichkeiten unter dem Blickwinkel und Wertmaßstäben unserer eigenen, also einer späteren Epoche zu beurteilen. Genau diese gegenwartsbezogene Egozentrik widerspricht jedoch der Tugend des Historikers, nicht die eigene Zeit als Maßstab zu nehmen, sondern eine Persönlichkeit unter den spezifischen Charakteristika ihrer, uns oft fremden Zeit zu beurteilen. Das schließt keineswegs aus, die Wirkungsgeschichte historischen Handelns ebenfalls zu analysieren.

Zweitens haben wir bei Stresemann tatsächlich ein Problem, nämlich seine Widersprüchlichkeit. Sie lässt sich freilich zum wesentlichen Teil entwicklungsgeschichtlich auflösen, kurz gesagt: Meine im Titel zum Ausdruck kommende Bewertung legt den Akzent eindeutig auf das letzte Jahrzehnt seines Wirkens, also die Jahre 1919 bis 1929.

Trotzdem muss man den ‚ganzen‘ Stresemann im Blick haben, und das wirft Fragen auf: Wie ist es zu erklären, dass der Nationalist und Annexionist des I. Weltkriegs in den 1920er Jahren zum wichtigsten europäischen Verständigungspolitiker wurde? Wie ist es zu erklären, dass der Monarchist Gustav Stresemann neben dem ersten Reichspräsidenten, dem Sozialdemokraten Friedrich Ebert, zur stärksten Stütze der Weimarer Republik und des Weimarer Parlamentarismus wurde? Ist das ‚Rätsel‘ Stresemann wirklich so unlösbar?

Tatsächlich gibt es historische Erklärungen für den Wandel Stresemanns, der – wie später Franz Josef Strauß – sich selbst mit einem Wort Conrad Ferdinand Meyers charakterisiert hat: Ich bin „kein ausgeklügeltes Buch, sondern ein Mensch mit seinem Widerspruch“. Die Gründe liegen in seiner individuellen Entwicklungsgeschichte, im Doppelcharakter des Nationalliberalismus und vor allem in den Brüchen und Diskontinuitäten der deutschen Geschichte, auf die der Politiker Stresemann reagieren musste. Und nicht zu vergessen: Bei jedem Spitzenpolitiker kommt es immer wieder zu taktischen Wendungen, nicht jedes Wort kann auf die Goldwaage gelegt werden, vielmehr kommt es auf das langfristige Handeln an.

II.

Beginnen wir mit einer knappen Skizze von Gustav Stresemanns Werdegang, hat er doch selbst in seinen Fragment



Prof. Dr. Horst Möller, Professor em. für Neuere und Neueste Geschichte an der LMU München, ehem. Direktor des Instituts für Zeitgeschichte

gebliebenen autobiographischen Bemerkungen von 1923 auf den Einfluss der Jugendjahre hingewiesen: Gustav Stresemann wurde am 10. Mai 1878 in Berlin als jüngstes von sieben überlebenden Kindern eines Großhändlers für Flaschenbier geboren. Im überwiegend kleinbürgerlichen und proletarischen Berliner Stadtteil Friedrichshain hatte es der Vater, der auch Wohnungen vermietete und eine Gaststätte betrieb, zu einem relativen Wohlstand gebracht, man siedelt die Familie in der Regel im unteren wirtschaftsbürgerlichen protestantischen Mittelstand an.

Trotz vieler Geschwister fühlte er sich einsam, vergrub sich in seiner eher illiteraten Familie, der einige Tragödien nicht erspart blieben, in eine intensive Lektüre historischer und literarischer Werke. Er wurde zu einem zeitweilig von Lenau und der Romantik beeinflussten etwas melancholischen, gebildeten Einzelgänger. Hohe Begabung und sehr gute Zensuren ermöglichten ihm als erstem in seiner Familie ein akademisches Studium. Doch handelte es sich nicht um das eigentlich angestrebte Studium der Literatur und Geschichte, da er ein Realgymnasium ohne klassische Sprachen besucht hatte. Schließlich studierte er in Berlin und Leipzig Nationalökonomie und wurde dort als 22-Jähriger mit einer Dissertation über den Berliner Flaschenbierhandel promoviert. Darüber ist oft gespottet worden, doch hatte nicht er selbst, sondern sein Doktorvater das Thema ausgesucht. Stresemann wollte ursprünglich eine Arbeit zur theoretischen Nationalökonomie schreiben. Doch handelte es sich bei seiner Doktorarbeit um eine interessante Studie, die auf der Grundlage vielfältiger Quellen langfristige Trends erklärt und Prognosen eines wirtschaftlichen Strukturwandels entwickelt.

Diese Vorgeschichte erklärt zu einem Gutteil seine nun folgende berufliche Laufbahn: Stresemann wurde in Sachen zum Lobbyisten mittelständischer Wirtschaftsverbände, die er in kürzester

Zeit mit großem organisatorischen und publizistischen Talent erst schuf, weil er die wirtschaftspolitischen Zeichen der Zeit erkannt hatte. Aufgrund der unterschiedlichen Interessenlage geriet Stresemann bald mit den Verbänden der Großindustrie in Konflikt, was auch Folgen für seine spätere politische Laufbahn hatte. Schon in einem Alter von kaum 25 Jahren hatte er erhebliches Ansehen als versierter und öffentlichkeitswirksamer Verbandssyndikus gewonnen, was ihn schnell in die Politik führte.

Während dieser Jahre heiratete Stresemann die wohlhabende, ebenso elegante wie charmante Berliner Industriellentochter Käthe Kleefeld, mit der er eine glückliche Ehe führte. Sie war Mittelpunkt Berliner Salons, wie er auch selbst alle möglichen Netzwerke knüpfte. In diesen Verbindungen ging es keineswegs nur um wirtschaftliche Interessen, war doch darunter die angesehene Mittwochsgesellschaft in Berlin, in der neben Politikern auch intellektuelle und Wissenschaftler verkehrten. Nicht nur daran zeigte sich, dass Stresemann zu denjenigen gehörte, die bewusst Politik und Kultur verbanden. Im Übrigen bestärkte ihn die jüdische Herkunft seiner Frau in seiner schon von jeher geübten Kritik am Antisemitismus.

III.

Mitbegründer und Mitglied einer Reformburschenschaft, die sich dezidiert gegen den Antisemitismus anderer Burschenschaften wendete, blieb Stresemann bildungsbeflissen und liberal im Sinne der Revolution von 1848/49. Dieses politische Engagement und seine Neigungen zur Publizistik zeigten sich auch in seiner frühen, immer wieder aufgenommenen nebenberuflichen journalistischen Tätigkeit. Der ursprünglich eher schüchterne Einzelgänger entwickelte kommunikative Fähigkeiten, konnte schriftlich und mündlich immer besser mit dem Wort umgehen und wurde schließlich einer der besten Redner des Deutschen Reichstags. In diesen gelangte er, unterstützt von seiner wirtschaftspolitischen Klientel, nachdem er in seinem sächsischen Wahlkreis einen fulminanten, geradezu modern anmutenden Wahlkampf geführt hatte. Mit kaum 29 Jahren wurde er 1907 Reichstagsabgeordneter – das war zumal für die damaligen Usancen sehr früh.

Für ihn als Bildungs- und Wirtschaftsbürger, als Protestant und Liberaler kamen nur die beiden liberalen Parteien in Frage. Ursprünglich tendierte Stresemann zur Fortschrittspartei, vertrat er doch in Bezug auf Verfassungsordnung und Wahlrecht sowie sozialpolitisch als Anhänger von Friedrich Naumanns Nationalsozialen Verein eher linksliberale Positionen. Die Klientel seiner Wirtschafts- und Verbandstätigkeit tendierte indes zu den Nationalliberalen. Die Entscheidung für diese vergleichsweise konservativere liberale Partei ist zwar auch auf seinen politischen Ehrgeiz zurückzuführen, doch bleibt für seine spätere Laufbahn charakteristisch, dass seine politischen Positionen oftmals zwischen beiden Parteien changierten. Dafür bestanden zwar auch Opportunitätserwägungen. Doch lag der tiefere Grund darin, dass er in keiner der beiden Parteien ganz und in beiden partiell zuhause war. Diese Ambivalenz wird uns noch an verschiedenen Kreuzungspunkten seiner Laufbahn beschäftigen. Sie bewirkte indes eine Paradoxie: Stresemann war während seines gesamten politischen Wirkens im Prinzip nach beiden Seiten, nach links und nach rechts, koalitionsfähig und wurde deswegen nicht selten des Opportunismus bezichtigt. Andererseits machte gerade diese ‚Anschlussfähigkeit‘ in den 1920er Jahren

viele seiner großen Erfolge überhaupt erst möglich, weil er sich immer wieder auf unterschiedliche Parteien stützen musste. Und hiermit verband sich der Vorwurf des Karrierismus eines aus dem Kleinbürgertum stammenden ehrgeizigen Aufsteigers.

Seine nationalliberale Option führte zum ersten zentralen Problem: Stresemann war Nationalliberaler und die häufig anzutreffende spätere Kritik an seinem Nationalismus im I. Weltkrieg greift deshalb zu kurz, weil der Liberalismus sich im 19. Jahrhundert von Beginn an als liberale Verfassungsbewegung und nationale Einigungsbewegung entwickelt hatte – und zwar auch beim linken Flügel der Liberalen. Nach erfolgter Reichseinigung 1871 hat sich diese nationale Tendenz keineswegs abgeschwächt, insofern blieb der nationale Patriotismus Gustav Stresemanns vollkommen in der sich über Generationen entwickelnden Tradition. Und da die europäischen Nationen im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert überwiegend einem Kolonialismus huldigten und die Großmächte damit immer stärker imperiale Ziele verbanden, verstärkte sich unter Kriegsbedingungen dieser aggressive Imperialismus, der sich aber keineswegs auf das Deutsche Reich beschränkte. Deutschland fühlte sich als Kolonialmacht zu kurz gekommen, litt aufgrund seiner Mittellage zwischen den Großmächten Russland, Frankreich und Großbritannien unter Einkreisungsängsten und sah sich überdies vom britischen Imperialismus und seiner Seemacht bedroht.

Uns Heutigen erscheinen solche Ängste und vor allem die sich auf dieser Basis entwickelnden weitreichenden Kriegsziele völlig inakzeptabel und gefährlich. Vor und im I. Weltkrieg aber waren nicht nur Politiker, sondern weite Teile der Gesellschaft davon geradezu besessen. Wie Stresemann selbst wählte sich der größte Teil der Deutschen in einem Verteidigungskrieg, was – wie wir seit mehr als einem halben Jahrhundert definitiv wissen – falsch war. Stresemann teilte nicht alle besonders vom rabiat nationalistischen Alldeutschen Verband verfochtenen Ziele, doch gingen auch seine Eroberungspläne sehr weit: Er begründete sie vor allem wirtschaftspolitisch und sicherheitspolitisch – sicherheitspolitisch gegen Großbritannien gerichtet, das er – im Gegensatz zur späteren Forschungslage – als hauptverantwortlich für den Weltkrieg ansah. Bis zum Frühherbst 1918 hatte Stresemann kriegerisch gesehen an allen fatalen Irrtümern Anteil. Er zählte zu den Befürwortern des unbeschränkten U-Boot-Krieges 1916, eine der verhängnisvollen deutschen Entscheidungen, durch die die USA zum Kriegseintritt bewegt wurden.

Zwar lehnte Stresemann die Friedensresolution der Mehrheitsfraktionen des Deutschen Reichstags ab, die 1917 einen Frieden ohne Annexionen auf der Basis des territorialen Status quo ante forderten. Doch sah auch er schließlich ein, dass Deutschland einen Verhandlungsfrieden erreichen müsse, wollte aber nicht alle vermeintlichen Trümpfe aus der Hand geben, bevor die militärische Entwicklung nicht eindeutig war. Durch dieses Taktieren geriet er in einen unüberwindlichen Gegensatz zur Reichstagsmehrheit aus Sozialdemokraten, katholischer Zentrumsparterie und der eher linksliberalen Fortschrittspartei, mit denen er im Interfraktionellen Ausschuss und beim Sturz des Reichskanzlers Bethmann-Hollweg partiell zusammengearbeitet hatte. In seinen Aufzeichnungen von 1923, die als Grundlage einer späteren Biografie dienen sollten, leugnete er seine annexionistische Haltung im Weltkrieg nicht.

IV.

Nun aber kompliziert sich das Problem erneut, war doch der Annexionist des I. Weltkriegs, der seit 1917 nach dem Tod des Parteivorsitzenden Ernst Bassermann Fraktionsvorsitzender der Nationalliberalen Reichstagsfraktion geworden war, verfassungspolitisch und gesellschaftspolitisch ein dezidiert Reform – ein Reform, der die Verfassungsordnung des Kaiserreichs viel entschiedener modernisieren wollte als die Mehrheit seiner Partei. Verfassungspolitisch stand er den Fortschrittlichen und der Sozialdemokratie näher als den eigenen nationalliberalen Parteifreunden. Und hinzu kam: Anders als die Konservativen und ein großer Teil der Nationalliberalen hielt er es für notwendig, die Sozialdemokraten nicht länger als Außenseiter zu betrachten, sondern politisch und gesellschaftlich zu integrieren und ggf. mit ihnen zu koalieren. Spätestens seit die SPD im August 1914 im Reichstag für die Bewilligung der Kriegskredite gestimmt hatte, zweifelte er nicht mehr an ihrem Patriotismus. Und als Nationalökonom und erfahrener Wirtschaftspolitiker sah er schon seit seinen politischen Anfängen den sozialökonomischen Strukturwandel, der es erforderte, der Arbeiterschaft eine Perspektive zu geben.

Das preußische Dreiklassenwahlrecht lehnte er ab. Wenngleich seine Vorschläge zur Demokratisierung des Wahlrechts im Hegemonialstaat Preußen nicht immer einheitlich waren, so blieb diese Forderung doch konstant. Und zentral war die von ihm schon Jahre vor Kriegsende vertretene Forderung der Parlamentarisierung des Deutschen Reiches: Er forderte, die Reichsregie-

Das preußische Dreiklassenwahlrecht lehnte er ab.

rung müsse künftig dem Deutschen Reichstag verantwortlich sein und nicht dem Kaiser. Freilich bedeutete dies für ihn keine Republik, sondern eine parlamentarische Monarchie, deren britische Variante er bewunderte und deren deutsche Variante mit den Oktoberreformen 1918 ohne Revolution realisiert worden war.

Die langjährigen und hartnäckigen Forderungen Stresemanns nach einem parlamentarischen Systems erlauben einen unbefangeneren Blick auf die anderen Brüche und Diskontinuitäten, die nicht einfach als Opportunismus zu bewerten sind. Vielmehr handelt es sich um Reaktionen auf tiefgreifende objektive Erschütterungen und Strukturwandlungen infolge der Kriegsniederlage, der Revolution und des Vertrags von Versailles. Seitdem konnte es nicht mehr um Annexionismus gehen, sondern nur noch um Revisionismus. Und in dieser Frage stimmten alle deutschen Parteien, selbst die KPD, überein, weil sie den Friedensvertrag mit guten Gründen als „Diktatfrieden“ ansahen.

V.

Im Mittelpunkt des Nachkriegsjahrzehnts, in dem Gustav Stresemann zum überragenden Staatsmann reifte, stehen die doppelte liberale Parteigründung 1918, die Haltung Stresemanns und seiner Partei zum Kapp-Putsch 1920, die Politik des Reichskanzlers Stresemann in der schweren Krise der Weimarer Republik 1923, schließlich das Wirken des beständigen Außenministers Stresemann in wechselnden Kabinetten 1923 bis zu seinem Tod 1929. Ist die Rolle Stresemanns in den beiden ersten Fragen umstritten und wirft die Frage nach

seinem Vernunftrepublikanismus auf, so sind seine Leistungen als Reichskanzler und Außenminister allgemein anerkannt, wenngleich sogar letztere eine historiographische Kontroverse provoziert haben, die Frage nämlich: Stand hinter seiner europäischen Verständigungspolitik ein unveränderter, nur taktisch kaschierter Nationalismus?

Die Transformation des deutschen Parteiwesens in der revolutionären Epoche 1918/19 kennt zum einen Kontinuität, zum anderen Diskontinuität. Anders als im Falle der fortbestehenden Parteien SPD und Zentrum oder Neugründungen wie KPD und NSDAP sind die beiden liberalen Parteien von vor 1918 jeweils mit neuen Akzenten umgegründet worden. Die Fortschrittspartei wurde zur Deutschen Demokratischen Partei (DDP) und die Nationalliberale zur Deutschen Volkspartei (DVP). Die DDP rückte stärker nach links als ihre Vorgängerpartei und verfolgte einen dezidierten Linksliberalismus. Die DDP hatte fast als einzige Partei keine Vorbehalte gegen die aus der Revolution und der Nationalversammlung hervorgehende neue republikanische und parlamentarische Verfassungsordnung. Sie galt in den Anfangsjahren als die Weimarer Partei schlechthin, ihr Profil wurde weitgehend durch bedeutende Wissenschaftler, Publizisten und höhere Beamte geprägt. Ihre soziale Basis gehobener (bildungs-)bürgerlicher Mittelschichten, darunter viele Freiberufler, ähnelte dem der DVP, bei der allerdings der Anteil des Wirtschaftsbürgertums, darunter der Großindustriellen, deutlich stärker war.

Der auffälligste politische Unterschied lag darin, dass die DVP und ihr Vorsitzender Stresemann die Republik ablehnten, als Monarchisten stimmten sie in der Nationalversammlung gegen die Weimarer Verfassung. Doch für die künftige Politik Stresemanns blieb diese Ablehnung bedeutungslos. In der Stresemann-Kritik wurde sie weit überschätzt. Da er die ersten vier Jahrzehnte in einer Monarchie gelebt hatte, war es kaum verwunderlich, dass er diese Haltung nicht schlagartig änderte. Entscheidend für seine Beurteilung ist vielmehr, dass er über Jahrzehnte hinweg für die parlamentarische Demokratie kämpfte.

Die wechselseitige Konkurrenz von DDP und DVP sowie die spätere Auszehrung des Weimarer Liberalismus provoziert die Frage, ob die parteipolitische Spaltung des Liberalismus 1918/19 nicht hätte vermieden werden können. Als Ursache der doppelten Umgründung im November 1918 gilt Stresemanns politischer Ehrgeiz. Tatsächlich scheiterte die Gründung einer einheitlichen liberalen Partei nicht an seinem Ehrgeiz, sondern an der Ablehnung seiner Person durch seine linksliberalen Gegner. Wesentlich dafür war Stresemanns Annexionismus und Nationalismus im I. Weltkrieg. Dabei vergaßen viele seiner Kritiker, welche Position sie selbst in den ersten drei Kriegsjahren eingenommen hatten. Und indem sie Stresemann ungebremsten Ehrgeiz vorwarfen, kaschierten sie ihren eigenen. Denn selbst seine Gegner wussten: Mit Stresemann in der eigenen Partei hätten sie es mit einem politischen Schwergewicht zu tun bekommen.

Unabhängig davon zog er viele Antipathien auf sich, Konrad Adenauer misstraute ihm stets und Theodor Heuss bekannte in seinen späteren „Erinnerungen“ freimütig, er habe Stresemann menschlich nicht leiden können. Heuss' Animositäten gingen so weit, dass er es noch Jahrzehnte nach Stresemanns Tod ablehnte, ihn in das Sammelwerk „Die großen Deutschen“ aufzunehmen – Stresemann, einen der beiden bedeutendsten Staatsmänner der Weimarer Republik. Diese Abneigung kann man natürlich auch biographisch erklären,

war doch Heuss nicht wie Stresemann über den Flaschenbierhandel in Berlin, sondern den Weinbau im nördlichen Schwaben promoviert worden. Lassen wir es dabei: Wie der große Stresemann hatte auch der große Heuss kleine Schwächen.

Entscheidend in der Frage der Parteigründung wurde, in welchem Maße die Linksliberalen Stresemann brüskierten. Er selbst war zeitweilig für eine gemeinsame liberale Partei eingetreten und hatte erklärt, die Nationalliberalen wollten, „unbeschadet der persönlichen Meinung des einzelnen auf dem Boden der republikanischen Staatsform“ mitarbeiten. Der Heidelberger Soziologe Alfred Weber bezeichnete Stresemann als ‚kompromittierte‘ Persönlichkeit und attackierte ihn in einer internen Besprechung linksliberaler Intellektueller so heftig, dass einige Teilnehmer dies als „maßlos“ und „unverschämt“ bezeichneten. Trotzdem blieb Stresemann zunächst bei seiner Bereitschaft zu einer gemeinsamen liberalen Parteigründung und war sogar zum Verzicht auf eine Führungsposition in der neu zu gründenden Partei bereit. Aufgrund des Widerstands gegen ihn und wegen der Gründung der DDP am 15. November 1918 blieb Stresemann kaum etwas anderes übrig, als die noch nicht aufgelöste nationalliberale Parteiorganisation dann selbst in eine neue Partei, die DVP, zu überführen.

Die nun unausweichliche Konkurrenz zweier liberaler Parteien, die um das gleiche Wählerpotential konkurrierten sowie der anfänglich überwältigende Erfolg der DDP bei der Wahl zur Verfassunggebenden Nationalversammlung am 19. Januar 1919, zwangen Stresemann zu einer anderen Profilierung, die sich naturgemäß stärker nach rechts orientierte. Allerdings übertrieb Stresemann vermutlich aus taktischen Gründen, warf er doch kurzzeitig seine eigenen kritischen und wohlbegründeten Einsichten vom Herbst 1918 über Bord.

Am 13. Oktober 1918, als das Ausmaß des militärischen Desasters sich abzeichnete und mehr als drei Wochen vor der Revolution, zog er gegenüber Delegierten der Nationalliberalen Partei das Resümee, „daß das alte System absolut abgewirtschaftet habe, nicht mehr zu halten sei und auch nicht mehr verdient habe, länger zu bestehen“. Er kritisierte den „Zickzackkurs des Kaisers, seine persönliche Politik vor dem Kriege“, das persönliche Verhalten des Kronprinzen sowie die verfehlte Politik und die Versäumnisse der Obersten Heeresleitung. Und schließlich lobte er die „musterhafte ... Haltung der Sozialdemokratie“ insbesondere Friedrich Eberts. Am Vorabend der Revolution, am 8. November, unterstützte Stresemann sogar die Forderung der SPD nach Abdankung des Kaisers und Thronverzicht des Kronprinzen, zudem bekräftigte er die Forderung nach der Abschaffung des Dreiklassen-Wahlrechts in Preußen.

Nur wenige Wochen später aber, nachdem auch SPD und der Zentrumsrepublikaner Matthias Erzberger, mit dem er sich früher verschiedentlich verbündet hatte, ihn heftig attackiert hatten, verteidigte der fast zum Aussätzigen erklärte und tief verletzte Stresemann sogar wieder den Kaiser und die Oberste Heeresleitung. Dies geschah nicht nur wider bessere Einsicht, sondern war vor allem deshalb ein politischer Fehler, weil die spätere von Hindenburg und Ludendorff tatkräftig geförderte Dolchstoßlegende dazu beitrug, das innenpolitische Klima der Weimarer Republik zu vergiften.

Doch währte dieser Sündenfall Stresemanns nicht lange, zu sehr war er Realpolitiker. Und als die nächste Bewährungsprobe rechtsnationalistischer

Versuchung kam, bestand er sie zweifelsfrei. Obwohl Stresemann lange vorgeworfen wurde, er habe während des rechtsextremen Kapp-Putsches gegen die Weimarer Republik im März 1920 mit den Putschisten geliebäugelt oder sie gar unterstützt, trifft dies keineswegs zu. Die Quellen zeigen eindeutig: Stresemann ließ sich nichts zu Schulden kommen. Schon vorher hatte er in einer Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses der DVP am 4. März 1920 die Deutschnationale Partei (DNVP) be- zichtigt, eine „verantwortungslose Op-

position“ gegen die Weimarer Republik und die Reichsregierung zu betreiben. Und am Tage des Kapp-Putsches, am 13. März 1920, erklärte die Parteileitung der DVP nach einem Bericht Stresemanns: Die DVP verurteile den gewaltsamen Umsturz, von dem sie völlig überrascht worden sei, auf das schärfste. „Die Deutsche Volkspartei habe diese Regierung zwar als Oppositionspartei bekämpft, ihre Beseitigung aber nachdrücklichst nur auf verfassungsmäßigem Wege durch Neuwahlen angestrebt, niemals aber an einen gewaltsamen Um-

sturz gedacht.“ In einer anderen Äußerung Stresemanns hieß es, „dass wir niemals die Hand bieten zu irgendwelchen reaktionären Maßnahmen. Unter allen Umständen fordern wir die sofortige Zurückführung des ungesetzlichen Zustands auf eine gesetzmäßige Grundlage.“ Das bedeutete im März 1920 faktisch ein Bekenntnis zur Weimarer Verfassungsordnung. Stresemann wurde nicht erst 1923, wie oft zu lesen, sondern bereits im Frühjahr 1920 zum ‚Vernunftrepublikaner‘ par excellence.



Foto: akg-images

Dieses Foto zeigt den langjährigen Außenminister der Weimarer Republik, Gustav Stresemann, auf einem Spaziergang. Als Patriot und Vernunftrepublik-

kaner suchte er die Verständigung mit Frankreich. Ein persönlicher Erfolg war der Friedensnobelpreis.

VI.

Die erste Meisterleistung als Regierungsmitglied der Weimarer Republik vollbrachte er in nur dreimonatiger Amtszeit als Reichskanzler einer Großen Koalition aus DVP, DDP, SPD und Zentrum zwischen dem 13. August und dem 30. November 1923. Schon dieses Beispiel belegt, dass die Weimarer Republik zeit ihres Bestehens von einer intensiven Dialektik zwischen Innen- und Außenpolitik charakterisiert war. Die Reduktion der späteren positiven Stresemann-Erinnerung an den großen Außenpolitiker verkennt, dass Stresemann unter den damaligen Umständen kein erfolgreicher Außenminister hätte sein können, wäre er nicht auch ein Innen- und Parteipolitiker von hohem Rang gewesen. Und dazu gehörte, und das muss immer wieder betont werden, seine Leidenschaft als Parlamentarier. Sie verband sich mit seiner großen Rednergabe, mit deren Hilfe er viele Skeptiker von vernünftigen Inhalten überzeugte und öfters mitriss. Selbst Theodor Heuss leugnete dies in einem Stresemann-Porträt von 1924 nicht: „Doktor Gustav Stresemann ist heute, wenn nicht der stärkste, so doch der flüssigste Redner des politischen Deutschland; die wunderbare Sicherheit seiner breit strömenden Diktion, das unterstrichene Pathos kräftiger Stellen, da und dort eine heitere Anmerkung gewinnen ihm hallenden Eindruck.“

Als Stresemann 1923 Reichskanzler wurde, stand das Deutsche Reich am Abgrund.

Als Gustav Stresemanns 1923 Reichskanzler wurde, stand das Deutsche Reich am Abgrund. Die Krisen verschärfen sich wechselseitig, sie bedrohen sogar die staatliche Einheit. Die galoppierende Inflation belastete die Gesellschaft extrem und machte die Regierung nahezu handlungsunfähig. Da auf der Pariser Reparationskonferenz keine Einigung zu erzielen war, besetzten französische und belgische Truppen als Faustpfand am 11. Januar 1923 Teile des Rheinlands und das Ruhrgebiet. An Rhein und Ruhr wurde der passive Widerstand gegen die Besetzung ausgerufen, was die gewerbliche und industrielle Produktion blockierte und damit die französische Politik ins Leere laufen ließ. Doch handelte es sich zugleich um ein Eigentor, weil große Teile der Bevölkerung keine Einkommen mehr hatten und sie nur durch Hilfe des ohnehin fast bankrotten Reiches über Wasser gehalten werden konnten. In Westdeutschland entwickelten sich separatistische Strömungen, die Autorität der Reichsregierung wurde durch den Hitler-Putsch in München am 9. November sowie linksgerichtete Regierungen in Sachsen und Thüringen in Frage gestellt, die sich nicht an die reichsrechtlich verbindlichen Vorgaben hielten. In nur viereinhalb Jahren 'verbrauchte' die Weimarer Republik bis zum Sturz Stresemanns am 23. November 1923 neun Regierungen. Die Aufgabe bestand also darin, die Autorität der Reichsregierung wieder herzustellen, eine Währungsreform durchzuführen, mit der französischen Besatzungsmacht eine Lösung zu finden und die für die Bevölkerung an Rhein und Ruhr desaströsen Folgen einer in Teilen brutalen Besatzung und vor allem der fortschreitenden Verarmung infolge des Produktionsausfalls in den Griff zu bekommen. Jede deutsch-französische Vereinbarung wurde durch den wechselseitigen Hass erschwert und war in beiden Staaten unpopulär.

Stresemann durchschlug diesen gordischen Knoten und brach am 26. September den nicht mehr finanzierbaren

Ruhrkampf ab. Damit ermöglichte er eine Lösung des Konflikts. Obwohl die Nationalisten und Putschisten daraus Honig saugen wollten, zählte dies zu den mutigsten und konstruktivsten Leistungen Stresemanns, der ja Regierungschef einer höchst fragilen Regierung war. Mit der ihn persönlich außerordentliche Selbstüberwindung kostenden, höchst unpopulären Entscheidung rettete Stresemann das Reich aus einer komplett verfahrenen Situation. Indem er Verhandlungen Wirtschaftsdelegationen überließ, schob er sie aus der politisch emotional aufgeheizten Atmosphäre in den Sektor ökonomisch kühl Vor- und Nachteile abwägender Wirtschaftsführer, die schnell erkannten, dass Ruhrbesetzung und Widerstand nur beiden Seiten Verluste gebracht hatten. Der Ruhrkampf hatte 132 Todesopfer, viele Verletzte und etliche harsche Bestrafungen durch die Besatzungsmächte verursacht, darunter Todesstrafen. 150.000 Personen waren ausgewiesen worden, die wirtschaftlichen Kosten für das Reich werden auf 3,5 bis 4 Milliarden Goldmark geschätzt. In dieser Situation erwies sich Stresemann erneut als durchsetzungsstarker politischer Realist, er erwies sich als Staatsmann.

Doch damit nicht genug: Der Regierung Stresemann leitete unter führender Beteiligung von Hans Luther und Hjalmar Schacht mit Einführung der Rentenmark eine Währungsreform ein, die die Inflation beendete und stellte durch eine Reichsexekution gegen die Länder Sachsen und Thüringen die Autorität des Reiches wieder her. Daraufhin verlor Stresemann am 23. November 1923 im Reichstag die Mehrheit, weil die SPD nicht akzeptierte, dass es nur Reichsexekutionen gegen die beiden linken Länder Sachsen und Thüringen, nicht aber das rechte Bayern gegeben hatte. Doch auch hierin war er Realist: Das Reich hätte eine dreifache Reichsexekution schon wegen der unklaren Haltung der Reichswehr nicht durchführen können. Der Hitler-Putsch scheiterte schnell und nach dem rechtsradikalen Zwischenspiel des Generalstaatskommissars von Kahr stabilisierte sich unter der gemäßigten Regierung Heinrich Held (Bayerische Volkspartei) auch Bayern ab 1924. Im Chaos der drei Monate vom August bis November 1923 wurden die Fundamente für die Stabilisierung und das kommende beste Jahrfünft der Republik gelegt. Und das war nicht allein, aber in erster Linie Stresemanns Verdienst.

VII.

Stresemann stürzte zwar als Reichskanzler, doch blieb er sechs Jahre lang Außenminister in höchst unterschiedlichen Kabinetten; die Partner wussten, dass sie auf ihn nicht verzichten konnten. Stresemann konnte Außenpolitik aber nur in ständiger Rückkoppelung auf die deutsche Innenpolitik und die parlamentarischen Mehrheitsverhältnisse gestalten. Und selbst Kritiker wie Heuss erkannten an, wie schwer es ihm fiel, die eigene Partei immer wieder auf einen innen- und außenpolitischen Verständigungskurs zu bringen, ja zu zwingen. Von 1924 bis 1929 wurden er und sein französischer Kollege Aristide Briand die Hauptakteure europäischer Verständigungspolitik, als deren Ergebnis das Deutsche Reich wieder in den Kreis der europäischen Großmächte zurückkehrte, ohne je Aggression zum Mittel der Politik zu machen.

Die nächste Etappe der Stabilisierung des Deutschen Reiches ergab sich aus der Ursache der Ruhrkrise, also der offenen Reparationsproblematik. Stresemann erklärte am 6. März 1924 im Reichstag, für den deutschen Außenminister könne es nur den Versuch ge-

ben, „innerhalb dieses ganzen Bundes der Entente ein Verständnis dafür zu finden, daß die bisher gegen Deutschland geübte Politik nicht nur Deutschland zugrunde richtet, sondern Europa und die ganze Weltwirtschaft, vielleicht die ganze Weltpolitik. Ich bin viel zu viel Realpolitiker, als daß ich annehme, daß irgend jemand aus Liebe zu uns oder aus Sympathie für Deutschland irgend etwas täte. Nein, dieser Anruf der Sachverständigen ist etwas ganz anderes, das ist ein Appell an die reale Vernunft der Wirtschaftler der Welt, sich nicht selbst zugrunde zu richten dadurch, daß sie Deutschland zugrunde gehen lassen“.

Bei der folgenden Londoner Reparationskonferenz 1924 erreichten Außenminister Stresemann und Reichsfinanzminister Hans Luther mit den Sachverständigen die Regelungen des nach einem amerikanischen Finanzexperten benannten Dawes-Plan. Er legte vorläufig Dauer und Umfang der Reparationszahlungen fest und wurde mit außergewöhnlich hohen amerikanischen Kreditzusagen verbunden. Auf dieser Grundlage erfolgte die wirtschaftliche Stabilisierung und eine zeitweilige innenpolitische Entschärfung der immer wieder aufwallenden, vor allem von den Deutschnationalen zum Teil agitatorisch aufgeladenen Debatte über die Reparationen. Da diese aber ein dauernder Zankapfel zwischen Deutschland und Frankreich bildeten, erlaubte die einstweilige Lösung auch neue Initiativen gegenüber dem Nachbarland, zumal damit im Juli 1925 die Räumung des Ruhrgebiets durch die französischen Truppen und anschließend im August deren Abzug aus Düsseldorf und Duisburg einherging. Aber auch im Reichstag musste Stresemann die Annahme des Dawes-Plans erst durchsetzen, was ihm in mühsamen Aktionen am 29. August 1924 gelang, wobei er fast die Hälfte der deutschnationalen Reichstagsfraktion auf seine Linie zog.

Nach diesen Erfolgen trieb Stresemann seine planvoll konzipierte, klar durchdachte Außenpolitik weiter voran und verfolgte seine Ziele unbeirrt vom ständigen Störfeuer der nationalistischen deutschen Rechten mit außergewöhnlicher Hartnäckigkeit. Im Februar 1925 warf er einen Stein ins Wasser, dessen Wellenbewegungen die europäische Politik in Bewegung brachte: Er schlug einen Sicherheitspakt zwischen Deutschland, Frankreich und Belgien vor, also den westlichen Staaten, mit denen es seit dem Vertrag von Versailles strittige territoriale Probleme gab. Briand nahm diese Initiative sogleich auf.

Das nächste, nun bereits umfassendere Ergebnis dieser Verhandlungsdiplomatie von großer gesamteuropäischer Bedeutung waren die Locarno-Verträge – ein kompliziertes Geflecht in den Dimensionen Bismarckscher Außenpolitik, in dessen Tradition sich Gustav Stresemann sah. Grundlage bildete der Vertrag, den Frankreich, Großbritannien, Belgien, Italien, Polen und die Tschechoslowakei am 16. Oktober 1925 mit dem Deutschen Reich schlossen. In diesem Vertrag wurde die Unverletzlichkeit der deutschen Westgrenze gegenüber Frankreich und Belgien garantiert, eine friedliche Revision der deutschen Ostgrenze aber offen gehalten. Gegenüber Polen wollte er sich Verhandlungen vorbehalten, die die Rückgabe Danzigs, des Korridors zwischen dem Reich und Ostpreußen sowie Oberschlesien im Zuge vertraglicher Vereinbarungen ermöglichen. Gegenüber dem Osten blieb der Weimarer Revisionismus zwar erhalten, aber zweifelsfrei nur auf friedlichem Wege. Und schließlich schloss Stresemann entgegen französischen Wünschen mit der Sowjetunion am 24. April 1926 einen Freundschaftsvertrag, der eine künftige Einkreisung

des Deutschen Reiches – das Urtrauma deutscher Außenpolitik – ebenso ausschloss wie die Westverträge. Im ganzen Vertragssystem setzte Stresemann seine Ziele durch, ohne realisierbare deutsche Interessen aufzugeben.

Aus diesem Grund wurde er immer wieder bezichtigt, Nationalist geblieben zu sein. Dies ist einigermaßen unsinnig: So enthielten die Verträge keinerlei Möglichkeit für Deutschland, wie es die Kriegszielpolitik des Weltkriegs vorsah, fremdes Territorium zu annektieren. Das ganze Vertragswerk diente nicht der Kriegführung, sondern der Kriegsverhinderung, es wurzelte in der realistischen Analyse der europäischen Konstellation. Die Locarno-Verträge zeigen, dass Gustav Stresemann tatsächlich in einem Punkt traditionell dachte, nämlich in den Kategorien des europäischen Staatensystems des 19. Jahrhunderts, das er auf die politische Struktur Europas nach dem Weltkrieg zuschneiden wollte. Ihm die dezidierte Vertretung deutscher Interessen zu attestieren ist richtig, ihn dafür zu tadeln, ist absurd. Alle verantwortlichen Staatsmänner, auch Briand, haben die nationalen Interessen ihrer Staaten vertreten und sie mussten sie pflichtgemäß vertreten. Dass Stresemann, der für seine Friedenspolitik kaum je eine Mehrheit in seiner eigenen Partei hatte, ständig jonglieren musste, zwang ihn, wie er es ausdrückte, zu „finassieren“ – zwang ihn, wenigstens einige nationale Trümpfe in der Hand zu behalten, zumal außer dem definitiven Verzicht auf Elsass-Lothringen Deutschland noch andere Kräfte schlucken musste, beispielsweise die Entmilitarisierung des Rheinlands, die der Vertrag von Versailles erzwungen hatte, und die nun freiwillig anerkannt wurde. Alle Staaten schlossen überdies mehrere Schiedsverträge.

Gekrönt wurde das Vertragswerk durch die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund mit Sitz und Stimme im Jahr 1926 – auch das war nicht allein ein Prestigegewinn und die offizielle Wiedereingliederung Deutschlands in die europäische Staatengemeinschaft, sondern bot praktische Möglichkeiten, die strittigen Grenzfragen mit Polen sowie den Schutz der im Ausland lebenden deutschen Minderheiten (8 Millionen Menschen!) im Völkerbund zu thematisieren. Für ihre Friedenspolitik erhielten Briand, Stresemann und Austen Chamberlain 1926 den Friedensnobelpreis. Ein weiterer, zumindest programmatischer Höhepunkt wurde der Briand-Kellogg-Pakt der Kriegsächtung 1928, dem Deutschland beitrug.

VIII.

Gab es weitere europäische Perspektiven, wie sie im zunächst geheimen Treffen von Briand und Stresemann in Thoiry am 17. September 1925 in der Euphorie der großen Erfolge zur Sprache kamen? Und wie beurteilte Stresemann in seiner letzten großen Rede am 9. September 1929 vor dem Völkerbund die Zukunft des europäischen Systems? War Stresemann ein Europäer im Sinne der zunehmenden europäischen Integration seit den 1950er Jahren? Diese Frage ist tatsächlich falsch gestellt: Stresemann war in den Möglichkeiten der 1920er Jahre sicher ein europäischer Friedenspolitiker, ein europäischer Integrationist war er nicht und hielt an der einzelstaatlichen Souveränität fest. Aber das taten in der Zwischenkriegszeit die Staatsmänner aller Nationen und selbst noch nach dem Zweiten Weltkrieg fast alle, etwa Charles de Gaulle. Wie weit wollte also Stresemann gehen?

In dem im französischen Jura gelegenen Dorf Thoiry schlug Briand Stresemann vor, alle zwischen beiden Staaten noch offenen Streitpunkte gemeinsam

in einem Zugriff zu beseitigen. Er ging so weit, die französischen Truppen bis Ende September 1927 abzuziehen, das Saarland vorzeitig an das Deutsche Reich zurückzugeben und die alliierte Militärkontrolle zu beenden. Stresemann bot eine Abfindung für die saarländischen Kohlengruben sowie Kredite in Goldmark zur Stützung der französischen Währung an.

Stresemann schätzte die Perspektiven außerordentlich positiv ein, doch die politische Realität erwies sich als zählebig, Briand konnte seine Vorschläge in der französischen Regierung nicht durchsetzen. Und auch alle anderen Verhandlungen erwiesen sich nach den Höhenflügen von Locarno und Thoiry als schwierig, darunter die geplante endgültige Reparationslösung, gegen die deutschnationale und extremistische Rechte in Deutschland mit einem agitatorisch aufgeheizten Volksbegehren voringen, das die Verantwortlichen sogar mit Gefängnis bedrohte. Doch gelang es mit dem Young-Plan 1929, auch diese Hürde einer erneut angepassten Reparationsregelung noch zu nehmen.

Doch war der zwar bullig wirkende, aber seit seiner Jugend an der Basedowschen Krankheit leidende, immer wieder kränkelnde, mehrfach schwer erkrankte Gustav Stresemann am Ende seiner Kräfte. Schon sein 50. Geburtstag konnte wegen einer ernsthaften Erkrankung nicht mehr gefeiert werden. Auch wenn er sich zunächst wieder erholte, erlitt er doch bereits eineinhalb Jahre später bei einer Tagung des Völkerbundes zwei schwere Herzanfälle. Zwar hielt er am 9. September 1929 mit letzter Kraft verspätet doch noch die geplante Rede, war aber ganz offensichtlich vom Tode gezeichnet, so dass Beobachter über seine angeschlagenen Gesichtszüge und seinen eingefallenen wirkenden Körper entsetzt waren.

Unter anderem forderte Stresemann einen umfassenden und garantierten Minderheitenschutz, befürwortete nachdrücklich den Kriegsächtungs-Pakt und die Reaktivierung der Genfer Abrüstungsverhandlungen. Er forderte die „Neugestaltung der Staatenverhältnisse in Europa“ und wirtschaftspolitisch globale Lösungen. Ein zentrales Anliegen Stresemanns bildete die „Rationalisierung der wirtschaftlichen Verhältnisse in Europa“, wozu er den Abbau der Zollschränken, die Einführung einer „europäischen Münze“ und eine „europäischen Briefmarke“ zählte. Zwar argumentierte der Nationalökonom Stresemann stets wirtschaftlich, aber er sah überdies die Symbolkraft solcher Vorschläge. Und vor allem forderte er, die noch bestehenden Ursachen für Spannungen in Europa zu beseitigen: „Wir haben die nüchterne Aufgabe, die Völker einander näherzubringen, ihre Gegensätze zu überbrücken“. Stresemann betonte, Verständigung sei im Interesse aller Staaten, deshalb gebe es in dieser Frage keinen Gegensatz zwischen nationalen und gemeinsamen Interessen.

Handelte es sich bei solchen Vorschlägen nun um einen Vorgriff auf die heutige EU? Sicher nicht, doch ging er politisch und ökonomisch so weit, wie ein Realpolitiker unter den extrem belastenden Umständen zehn Jahre nach dem I. Weltkrieg überhaupt gehen konnte. Und angesichts der politischen Entwicklung nach ihm, waren seine Ziele durchaus visionär.

Am 3. Oktober 1929 starb Gustav Stresemann in den frühen Morgenstunden nach zwei in der Nacht erlittenen Schlaganfällen im Alter von nur 51 Jahren. Noch am Vortag hatte er seine Dienstgeschäfte wahrgenommen. Wie Friedrich Ebert hat sich Gustav Stresemann im Dienste seines Landes aufgezehrt, beide starben wohl nicht zuletzt an einer jahrelangen Überforderung ih-

rer Kräfte. Stresemann musste selbst für seine großen internationalen Verhandlungserfolge, die für Deutschland das Optimale erreichten, in aufreibenden innenpolitischen Auseinandersetzungen sogar mit seiner eigenen Partei um Mehrheiten im Reichstag kämpfen. Die zahlenmäßig verhältnismäßig ‚Große‘ Koalition wurde vor allem durch seine überragende Persönlichkeit und sein Zusammenwirken mit dem ebenfalls kränklichen sozialdemokratischen Reichskanzler Hermann Müller zusammengehalten. Nur ein halbes Jahr nach Stresemanns Tod fiel diese Koalition im März 1930 auseinander: Das war der Anfang vom Ende der Weimarer Republik, die danach nur noch Minderheitsregierungen kannte.

Die nationale und internationale Anteilnahme an seinem Tod war überwältigend, hunderttausende folgten in Berlin seinem Sarg. Die internationale Presse würdigte Stresemann als überragenden europäischen Staatsmann. Harry Graf Kessler notierte am 4. Oktober 1929 in Paris in sein Tagebuch, die Trauer sei allgemein und echt: „Es ist fast so, als ob der grösste französische Staatsmann gestorben wäre. Stresemann ist durch seinen plötzlichen Tod eine fast mythische Figur geworden. Keiner von den grossen Staatsmännern des 19ten Jahrhunderts, weder Pitt, noch Talleyrand, noch Metternich, noch Palmerston, noch Napoleon III, noch Cavour, noch Bismarck, noch Gambetta, noch Disraeli hat eine so einstimmige Weltgeltung und Apotheose erreicht. Er ist der erste, der als wirklich europäischer Staatsmann in Walhalla einget.“

IX.

Hätte Stresemann den Weg in die nationalsozialistische Diktatur verhindern können? Wir wissen es nicht. Doch schon die Fortsetzung der Koalition bis zu den regulären Reichstagswahlen im Sommer 1932 hätte die Präsidialregierungen mit der Stärkung des Reichspräsidenten von Hindenburg ebenso vermieden wie das innenpolitische und parlamentarische Chaos. Es waren diese Voraussetzungen, die den Aufstieg des Nationalsozialismus zur Massenbewegung in drei kurz aufeinander folgenden überflüssigen Wahlen seit dem 14. September 1930 begünstigten, wenn nicht gar ermöglichten. 1933/1934 war – auch ohne Hitler – der Höhepunkt der verheerenden Wirtschaftskrise überschritten, sie hatte ganz entscheidend der NSDAP genutzt. Regulär hätten Neuwahlen erst im Sommer 1932 stattfinden müssen. Bis dahin hätte eine funktionsfähige Reichsregierung eine stabile Mehrheit haben können mit einer NSDAP-Opposition im Reichstag von nur 2,9% der Mandate. Die mit einer parlamentarischen Mehrheit ausgestattete Regierung hätte mehr als zwei Jahre Zeit gewonnen und den Verfassungswandel zur Präsidialregierung verhindert. Und ob die NSDAP in einem Anlauf sich von einer Splitterpartei zur Mehrheitspartei hätte aufschwingen können, ist zumindest fraglich.

Wir wissen nicht, ob es Gustav Stresemann einmal mehr gelungen wäre, die Große Koalition 1930 zu erhalten. Aber eine große Chance hätte in seinem längeren Wirken zweifellos gelegen. Seit 1923 war er der stärkste Aktivposten, den die parlamentarische Demokratie in Deutschland besaß, zugleich war er einer der Architekten eines erneuerten, auf Friedensicherung setzenden europäischen Staatensystems. Als Patriot, Verunftrepublikaner und Verständigungspolitiker bildete er bis zu seinem Tod die Alternative zur 1930 in Deutschland einsetzenden Entwicklung. Kann man einem Staatsmann größere Anerkennungen zollen? □

Bildungsbürgertum und völkische Ideologie. Zum Einfluss der völkischen Schriftsteller Hans Grimm, Erwin Guido Kolbenheyer und Wilhelm Stapel auf die Gesellschaft der Weimarer Republik

Thomas Vordermayer

Die zahlreichen Krisen und Belastungsproben der frühen Weimarer Republik – der Versailler Vertrag mit seinen als demütigend empfundenen Bestimmungen, die das politische Klima vergiftende Dolchstoßlegende, die Putschversuche der radikalen Rechten und Linken, schließlich die Erfahrung der Hyperinflation und der Ruhrkampf – führten in der deutschen Bevölkerung zu einer unverkennbaren Polarisierung des politischen Denkens. Ihren Niederschlag fand diese Entwicklung nicht zuletzt in dem rasanten Anwachsen des völkischen Lagers, insbesondere des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbunds, dessen Massenzulauf seit 1919, gerade hier in München, in der Geschichte der völkischen Bewegung bis dahin völlig beispiellos war.

Weit weniger bekannt als dieser gut untersuchte Zusammenhang ist der Umstand, dass die Krisenjahre nach 1918 keineswegs nur eine Hochzeit rechtsradikaler Agitatoren und verstiegener, esoterischer Weltuntergangspropheten war. In dieser Zeit gelang es auch zahlreichen bewusst gemäßigt auftretenden, inhaltlich gleichwohl entschieden der völkischen Ideologie verpflichteten Autoren, weit über das rechtsradikale Parteien- und Verbandsleben hinaus bildungsbürgerliche Bevölkerungsgruppen anzusprechen und weltanschaulich zu beeinflussen. Völkische Ideologie meint hierbei im Kern jenes Konglomerat aus Rassismus, Deutschtümelei, Sozialdarwinismus und vor allem Antisemitismus, das seit dem späten 19. Jahrhundert zunehmend populär wurde und aus dem ab 1920 auch die Nationalsozialisten ihre Weltanschauung epigonenhaft abschöpften. Durch den Anschein affektloser Geistigkeit und anspruchsvoller Kommunikationsformen wollten jene gemäßigt auftretenden Ideologen den mit Ressentiments und Vorurteilen beladenen Kern ihrer Weltanschauung kaschieren und so insbesondere akademische Eliten als wichtige Multiplikatoren der völkischen Agenda gewinnen – Eliten, die von vulgären und aggressiveren Formen der politischen Agitation abgestoßen wurden. Drei dieser gemäßigt auftretenden Autoren waren Hans Grimm, Erwin Guido Kolbenheyer und Wilhelm Stapel. Ihr persönlicher Werdegang sowie im Besonderen ihr gesellschaftlicher Einfluss nach dem Ende des Ersten Weltkriegs stehen im Zentrum meines Vortrags.

I.

Ein Begriff ist der historisch interessierten Öffentlichkeit heute allenfalls noch Hans Grimm. Grimm, 1875 in Wiesbaden als Sohn des späteren nationalliberalen Landtagsabgeordneten Julius Grimm geboren, lieferte 1926 mit dem Titel seines Bestsellers *Volk ohne Raum* den Nationalsozialisten ein zugkräftiges und gierig aufgegriffenes Schlagwort, das sich freilich bald von seinem ursprünglichen kolonialpolitischen Kontext lösen sollte und später durch die NS-Propaganda in Verbindung mit



Dr. Thomas Vordermayer, Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Neuere und Neueste Geschichte an der LMU München

dem angeblich erstrebenswerten „Lebensraum im Osten“ gebracht wurde. Volk ohne Raum machte Grimm praktisch über Nacht berühmt. Bis 1945 verkaufte sich von dem Roman rund 650.000 Exemplare – ein enormer Erfolg, der im Übrigen nach dem Zweiten Weltkrieg seine Fortsetzung finden sollte, als bis 1963 weitere rund 130.000 Exemplare abgesetzt werden konnten. Vor der Veröffentlichung des mit insgesamt 1.300 Seiten nicht gerade schlanken Romans, an dem er insgesamt sechs Jahre gearbeitet hatte, war Grimm im Grunde ein Niemand auf dem deutschsprachigen Literaturmarkt gewesen und durch seine 1913 veröffentlichten *Südafrikanischen Novellen* allenfalls noch Kennern der Kolonialliteratur näher vertraut.

In fast all seinen Werken verarbeitete Grimm biografische Erfahrungen aus seinen eigenen Lebensjahren in der britischen Kapkolonie (heute Südafrika), wo er von 1898 bis 1908 tätig gewesen war, zunächst als Angestellter eines Handelsunternehmens in Port Elizabeth, dann als selbstständiger Kaufmann. Vor seiner Auswanderung nach Afrika hatte Grimm, der infolge eines Unfalls in der Kindheit stark sehbehindert war, auf Anraten seines Vaters ein Studium der Literaturwissenschaft abgebrochen und stattdessen eine Großkaufmannslehre in London absolviert. Der Schriftsteller und Journalist wandte sich Grimm erst 1908 zu, im Alter von bereits 33 Jahren, und kehrte daher 1910 ins Deutsche Reich zurück. In den darauffolgenden Jahren arbeitete Grimm für so namhafte Zeitungen wie die *Tägliche Rundschau*, die *Vossische Zeitung* und die *Frankfurter Zeitung* und absolvierte ab 1911 zudem ein Studium der Staatswissenschaften und Nationalökonomie in München und Hamburg.



Foto: ask-images

Eine Nahaufnahme des deutschen Schriftstellers Hans Grimm, Vordenker der nationalsozialistischen Lebensraum-Theorie, bei dem von ihm in den 1930er Jahren initiierten Dichtertreffen in Lippoldsberg an der Weser.

Bei Ausbruch des Ersten Weltkriegs gehörte Hans Grimm nicht dem (zahlenmäßig ohnehin überschaubaren) Lager der begeisterten Kriegsenthusiasten an. Dies war schon deshalb nicht der Fall, da ihm der deutsche Kriegsgegner Großbritannien, trotz aller Vorbehalte im Einzelnen, als der ideale, ja als der natürliche Bündnispartner Deutschlands galt. Die Mächtekonstellation des Jahres 1914 war für ihn daher Ausdruck einer verheerenden außenpolitischen Fehlentwicklung. Dessen ungeachtet leistete Grimm ab dem Oktober 1916 Militärdienst. Nach einem kurzen Einsatz in der Etappe hinter der Somme-Front wurde er aufgrund seiner exzellenten Englischkenntnisse bald vor allem zu Dolmetscherarbeiten herangezogen. Ab 1917 verfasste Grimm im Auftrag der Obersten Heeresleitung (OHL) dann den Roman *Der Ölsucher von Du-ala*, der französische Kriegsverbrechen gegen deutsche Kolonisten in Kamerun anprangern und zugleich die eigenen kolonialen Ambitionen Deutschlands legitimieren sollte. In der Folgezeit arbeitete Grimm bis Kriegsende in der Berliner Auslandsabteilung der OHL, wo er abermals propagandistische Texte verfasste, die im Besonderen das neutrale Ausland von der angeblichen Unschuld Deutschlands am Kriegsausbruch überzeugen sollten.

Unmittelbar nach der deutschen Kapitulation im November 1918 ließ Grimm sich dann in Lippoldsberg an der Weser als freier Schriftsteller nieder, im Gebäude eines aufgelösten Klosters. Er tat dies in einer sichtlich depressiven, wie er selbst schrieb: „seelisch kranken“ Befindlichkeit, nicht nur angesichts der militärischen Niederlage, sondern auch wegen vieler zermürbender Enttäuschungen, die er während des Krieges erlebt hatte. Noch 1925 sprach er privat von der „vollkommenen Unkameradschaftlichkeit“ und „ungeheuren Schieberei“, die er an der Front und in der Etappe erlebt habe und durch die der einfache Soldat „moralisch ruiniert“ worden sei. Auch in Berlin wären den ohnehin nur „ganz wenigen vornehmen geistigen Führergestalten“ fast alle Wirkungsmöglichkeiten „verdorben“ worden. Private Stellungnahmen wie diese sind umso aufschlussreicher, wenn man bedenkt, dass Grimm während der Weimarer Republik in öffentlichen Äußerungen undifferenziert die Legende des kollektiven „Augusterlebnisses“ von 1914 verbreitete und an den Rissen in der angeblich so homogenen „Frontgemeinschaft“ schweigend vorüberging.

Erst 1920 hellte sich die Stimmungslage Grimms wieder auf und er gelangte zur Überzeugung, das deutsche Volk könne aus der politischen und mentalen

Krise innerlich gestärkt und geeint hervorgehen. Es lag in der Konsequenz dieses Stimmungswandels, dass Grimm in jenem Jahr zwar nicht beschloss, Politiker zu werden, sehr wohl aber entschied, mit der Arbeit an *Volk ohne Raum* zu beginnen – ein Roman, mit dem er den nicht gerade bescheidenen Anspruch erhob, das „deutsche Schicksal“ seit dem 19. Jahrhundert als Ganzes aufgezeigt zu haben, und von dem er auch glaubte, er weise einen Ausweg aus der bedrückenden Lage Deutschlands seit dem verlorenen Krieg. Als Begründung sämtlicher gesellschaftlicher und politischer Verwerfungen seiner Heimat diene und genüge Grimm – und mit ihm vielen gläubigen Lesern – fortan ein einziger Aspekt: die angeblich erstickende „Raumnot“ des deutschen Volkes in den Grenzen des Versailler Vertrags.

Infolge der Veröffentlichung von *Volk ohne Raum*, das ihm auch die Hochachtung und Bekanntheit führender Nationalsozialisten wie Hitler und Goebbels einbrachte, geriet Lippoldsberg zu einer Art Wallfahrtsort der rechtskonservativen und völkischen Szene. Praktisch tagtäglich wurde Grimm von nun an in seiner nordhessischen Wahlheimat von rat- und orientierungssuchenden Menschen aller Altersgruppen und Bildungsschichten auf-, um nicht zu sagen heim-

gesucht, die trotz aller individuellen Unterschiede eine Gemeinsamkeit einte: der erbitterte Hass gegen die Republik von Weimar.

Dass es keineswegs nur radikale Extremisten waren, die sich von *Volk ohne Raum* und dem dahinter stehenden Weltbild beeindruckt ließen, bezeugt nichts anschaulicher als die Ehrendoktorwürde, die Grimm 1927 von der Philosophischen Fakultät der Universität Göttingen verliehen wurde. In ihrer Begründung hoben die Fakultätsmitglieder, von denen einige mit dem Schriftsteller persönlich befreundet waren, hervor, Grimm habe mit *Volk ohne Raum* das „Schicksal Deutschlands mit seherischer Gewalt sichtbar gemacht“ und der deutschen „Jugend die Zukunft eines freien und adeligen deutschen Lebens [...] in die Seele gezeichnet“. Ebenso wie Paul de Lagarde, einer der Säulenheiligen der völkischen Bewegung des wilhelminischen Kaiserreichs, dessen Geburtstag sich 1927 zum 100. Mal jährte, verfügte Grimm in den Augen der Fakultät über einen „prophetischen Geist“; „im Glauben an die geschichtliche Sendung unseres Volkes“, so hieß es in der offiziellen Begründung des Ehrentitels weiter, habe Grimm seinen Landsleuten den Weg gewiesen, um „die deutsche Nationalität in der Einheit eines neuen Ideals aller Deutschen“ zu finden.

II.

Erwin Guido Kolbenheyer hingegen ist heute nur noch den Wenigsten ein Begriff. Dies liegt auch daran, dass sich in den vergangenen Jahrzehnten kaum ein Forscher in das Städtchen Geretsried bei München begeben hat, wo der umfangreiche Nachlass des Schriftstellers lagert. Dabei schuf Kolbenheyer mit seiner 1925 abgeschlossenen *Paracelsus-Trilogie* ein seinerzeit viel bewundertes Werk, das ihm seitens mehrerer Rezensenten gar den Ruf einbrachte, der würdige Nachfolger Goethes zu sein. Zugleich legte Kolbenheyer 1925 mit *Die Bauhütte. Elemente einer Metaphysik der Gegenwart* ein voluminöses philosophisch-weltanschauliches Hauptwerk vor, das von dem Glauben an die biologische Überlegenheit der „weißen Rasse“ im Allgemeinen und des deutschen Volkes im Besonderen durchdrungen war und das im akademischen Milieu der Republik einige Anerkennung fand.

Vor allem Geisteswissenschaftler zeigten sich beeindruckt von Kolbenheyers Denken, das in ihren Augen, wie zahlreiche Briefe an den Dichter bezeugen, eine Aura biologisch-naturwissenschaftlicher Illumination umstrahlte, an die sie sich wiederum in ihren eigenen Forschungen anlehnen wollten. Exemplarisch lässt sich hier anschaulich jene umfassende „Biologisierung des rechtsintellektuellen Denkens“ illustrieren, wie sie Niels Lösch vor einigen Jahren für die deutsche Geistes- und Wissenschaftsgeschichte des frühen 20. Jahrhunderts diagnostiziert hat. Insbesondere lässt sich diese Faszination bei den Literaturwissenschaftlern bzw. -historikern Heinz Kindermann, Franz Koch, Josef Nadler und Hermann Schneider nachweisen. Naturwissenschaftler nahmen Kolbenheyers *Bauhütte* hingegen kaum zur Kenntnis – sehr zum Leidwesen des Dichterphilosophen, der sich Zeit seines Lebens mindestens auf Höhe der Biologie als Wissenschaft wählte, eher aber noch davon überzeugt war, ihr einen Schritt voraus zu sein. Bezeichnenderweise verfestigte sich diese narzisstische Autosuggestion mit jedem Jahr, das verging, ohne dass Kolbenheyers Werk unter den Experten der Zunft ernsthaft diskutiert worden wäre.

Geboren worden war Kolbenheyer 1878 in Budapest, wo sein Vater, der Architekt Franz Kolbenheyer, zuvor einen lukrativen staatlichen Auftrag erhalten hatte. Nach dem sehr frühen und überraschenden Tod des Vaters im Jahr 1881, verbrachte Kolbenheyer seine Jugend im böhmischen Karlsbad, der Geburtsstadt seiner Mutter Amalie. Ab 1900 studierte er Philosophie, Psychologie, Kunstgeschichte und Zoologie an der Universität Wien, wo er 1905 bei Friedrich Jodl, dem Ordinarius für Philosophie, auch promovierte – im Übrigen fast zeitgleich mit Stefan Zweig. Entscheidend dafür, dass sich Kolbenheyer gegen eine mögliche akademische Karriere entschied, sondern sich alsbald ganz der Schriftstellerei widmete, war der respektable Erfolg, der 1908 seinem Debutroman *Amor Dei* zuteil wurde. Der große Durchbruch blieb Kolbenheyer in der Habsburgermonarchie indes verwehrt; mit den erfolgsverwöhnten Größen der Wiener Literaturszene wie Hugo von Hofmannsthal, Hermann Bahr, Arthur Schnitzler und eben auch Zweig konnte er nicht annähernd konkurrieren. Ebenso wie Hans Grimm fand auch Kolbenheyer erst nach 1918 ein großes Publikum. Im „Dritten Reich“ zählte der bis zuletzt regimetreue Kolbenheyer dann sogar zu den erfolgreichsten deutschsprachigen Schriftstellern überhaupt, ehe er dann spätestens ab Ende der 50er Jahre fast völlig in Vergessenheit geriet.

Nach Ausbruch des Ersten Weltkriegs wurde Kolbenheyer aufgrund eines laut eigener Aussage nur „geringfügigen Fußleidens“ ausgemustert und diente ab 1915 bis Kriegsende in der Verwaltung eines Kriegsgefangenenlagers bei Linz. Diese vergleichsweise unheroische Arbeit, ein „Papierkrieg“, wie

Ebenso wie Hans Grimm fand auch Kolbenheyer erst nach 1918 ein großes Publikum.

er schrieb, erfüllte Kolbenheyer noch sehr lange mit einem Gefühl des Versagens und der „ungetilgten Schuld“. Umso stärker wollte er in der Folgezeit all seine Werke als einen dezidierten „Dienst am Volk“ verstanden wissen: „Ich bin nicht an der Front gelegen und habe nicht das Leben eingesetzt“, so bekannte er noch Ende 1930 dem Schweizer Schriftsteller Jakob Schaffner; „es brennt mir heute noch auf der Seele. Die Frontkämpfer sind todesbefriedet oder sie haben die äußerste Lebenspflicht geleistet; ich [aber] bin nicht dienstentlassen“.

Ebenso wie bei Hans Grimm wurde auch bei Kolbenheyer die Kriegsniederlage der Mittelmächte und die für ihn, wie für so viele Zeitgenossen, erschütternden Bestimmungen des Versailler Vertrags zum Ausgangspunkt einer tiefgreifenden ideologischen Radikalisierung. Vor diesem Hintergrund meldete sich Kolbenheyer bereits 1919 mit der Flugschrift *Wem bleibt der Sieg?* erstmalig als politischer Publizist zu Wort. Basierend auf dem Glauben, die Deutschen seien ungeachtet der Kriegsniederlage ein dezidiert „junges“, weil biologisch unverbrauchtes und damit zur Führung berufenes Volk, rief Kolbenheyer seine Landsleute darin dazu auf, sich nicht fatalistischen Untergangsszenarien hinzugeben, die damals en masse auf dem deutschen Buchmarkt zirkulierten. Stattdessen sollten die Deutschen im festen Glauben an die „Unauslöschbarkeit“ ihrer Art optimistisch in die Zukunft blicken; die vermeintlich überlegene biologische Kraft der Deutschen werde früher oder später schlechter-

dings naturnotwendig einen Wiederaufstieg zu „neuer innerer und äußerer [...] Größe“ zur Folge haben. Mit seiner Flugschrift, die sich gewissermaßen als Gegenplädoyer zu Oswald Spenglers suggestiven Bestseller *Der Untergang des Abendlandes* von 1918 lesen und verstehen lässt, erregte Kolbenheyer innerhalb der deutschen Rechten einiges Aufsehen – unter anderem Hans Grimm und Wilhelm Stapel wurden damals auf den gebürtigen Österreicher aufmerksam.

Nach dem Zusammenbruch der Habsburgermonarchie verließ Kolbenheyer mit seiner jungen Familie Wien und zog 1919 nach Tübingen, wo er bis 1932 lebte. Zum sichtbarsten Ausdruck der sehr großen Anerkennung, die sich Kolbenheyer in der berühmten Universitätsstadt erwarb, wurde die Ehrendoktorwürde, die ihm die Medizinische Fakultät 1927 anlässlich der Feierlichkeiten zum 450. Gründungsjubiläum der Universität Tübingen verlieh. Ganz dem Selbstverständnis Kolbenheyers entsprechend, begründete die Fakultät diese Ehrung ausdrücklich damit, dass Kolbenheyer sein Gesamtwerk in den „Dienste der seelischen und geistigen Gesunderhaltung unseres Volkes“ gestellt habe. Das große Renommee Kolbenheyers in Tübingen wurde zudem 1932 offensichtlich, als der damalige Rektor der Universität Martin Kirschner anlässlich des Umzugs des Dichters nach Solln bei München eine offizielle, prominent besetzte Verabschiedungsfeier organisierte.

Unkompliziert und frei von Animositäten war das Verhältnis Kolbenheyers zu den deutschen Universitäten während der Weimarer Republik indes nicht. Unschwer zu erkennen ist dies an Kolbenheyers 1929 veröffentlichtem *Aufruf der Universitäten*, in dem der sich notorisch missachtet fühlende Autor von den deutschen Hochschullehrern forderte, der angeblichen „Vernichtung“ des deutschen Kulturlebens aktiv entgegenzutreten und die wenigen, vermeintlich noch „artgerecht“ schaffenden Künstler, zu denen er sich persönlich selbstverständlich zählte, stärker zu unterstützen. Wenig überraschend wiesen einige Wissenschaftler Kolbenheyers pauschalen und von Selbstmitleid triefenden Appell zurück, doch lässt sich anhand zahlreicher Privatbriefe zeigen, dass sich weit über das Tübinger Umfeld hinaus zugleich viele deutsche Professoren mit der rassistischen Kulturkritik Kolbenheyers solidarisierten und zugleich bemüht waren, dem polternden Schriftsteller vor Augen zu führen, seit jeher in der von ihm geforderten Weise tätig gewesen zu sein. Zu diesem Kreis zählten so unterschiedliche Wissenschaftler wie die Philologen Johannes Mewaldt und Ewald Geißler, der Germanist Josef Nadler, der Philosoph Friedrich Kainz sowie der Physiker Pascual Jordan. Und auch Wilhelm Stapel, der dritte hier interessierende Autor, der zu diesem Zeitpunkt bereits zu den engsten Freunden und Vertrauten Kolbenheyers zählte, stimmte dessen Ausführungen uneingeschränkt zu und tat das Seine, um die Inhalte des Aufrufs einem möglichst großen Publikum zur Kenntnis zu bringen.

III.

Wilhelm Stapel, 1882 in Kalbe westlich von Stendal als Sohn eines Uhrmachers geboren, avancierte vor allem infolge seiner 20-jährigen Herausgeberschaft der Zeitschrift *Deutsches Volkstum. Monatsschrift für das deutsche Geistesleben* ab 1919 zu einem der profiliertesten und bestvernetzten politischen Publizisten der Weimarer Rechten. Vor 1914 war Stapel nach einem Studium der Kunstgeschichte, Philosophie



Foto: akg-images

Eine Porträtaufnahme Erwin Guido Kolbenheyers: Die Veröffentlichung seiner Paracelsus-Trilogie im Jahr 1925 brachte ihm gar den Ruf ein, der würdige Nachfolger Goethes zu sein.

und Volkswirtschaftslehre und erfolgreicher Promotion an der Universität Göttingen besonders als langjähriger Mitarbeiter der bedeutenden Kulturzeitschrift *Der Kunstwart* hervorgetreten. In seinen öffentlichen Stellungnahmen vor 1914 folgte er unter dem Einfluss Friedrich Naumanns einer klar liberalen, zunächst sogar linksliberalen Linie. So forderte Stapel etwa vehement eine politische Kooperation von Liberalismus und Sozialdemokratie und attackierte scharf die Deutschkonservative Partei und die ihr nahestehenden Interessengruppen als „reaktionäre Mächte“, die nichts Wertvolles und Entwicklungsförderndes aufzuweisen hätten und die er zum damaligen Zeitpunkt für die „politische Stagnation“ Deutschlands verantwortlich machte. Der Sieg des „liberalen Gedankens“ über den Konservatismus galt Stapel vor dem Ersten Weltkrieg schlechterdings als eine „geschichtliche Notwendigkeit“.

Doch sollte auch bei Stapel, der 1914 ebenfalls vom Militärdienst freigestellt wurde, die Erfahrung von Krieg und

Kriegsniederlage zu einer folgenschweren Verengung des politischen Denkens und einer fundamentalen weltanschaulichen Kehrtwende führen, die sich vor allem in zweierlei Weise manifestierte: Erstens in einem seit 1918 jäh hervorbrechenden Antisemitismus, zweitens in einer radikalen Abkehr vom politischen Liberalismus. Welche Zäsur die Jahre 1918/19 für das Denken aller drei Autoren darstellte, lässt sich mithin kaum überschätzen. Obwohl, oder vielleicht gerade weil Grimm, Kolbenheyer und Stapel mit den eigentlichen Kampfhandlungen in den Schützengräben nicht direkt in Berührung kamen, projizierten sie wie selbstverständlich das dichotomische Freund-Feind-Denkens der Kriegsjahre auf das zivile Leben der Weimarer Republik. Es handelt sich hierbei um eine der zentralen biografischen Parallelen, ohne die sich ihre weitreichende Interessensidentität während der Weimarer Republik weder erklären noch verstehen lässt.

Die Publizistik Wilhelm Stapels während der Weimarer Republik lässt sich



Foto: akg-images

Das Foto zeigt den Nationalisten und bekennenden Antisemiten Wilhelm Stapel. Stapel avancierte vor allem infolge seiner 20-jährigen Herausgeber-

schaft der Zeitschrift Deutsches Volkstum zu einem der bestvernetzten politischen Publizisten der Weimarer Rechten.

aufgrund ihres enormen Umfangs und ihrer sehr großen thematischen Bandbreite nicht leicht charakterisieren. Eine feste Konstante war indes die Auseinandersetzung mit der sogenannten „Judenfrage“. Rasch eilte Stapel hier der Ruf als „Virtuose einer vornehmen und deshalb auch für Intellektuelle verführerischen Version des ‚Salonantisemitismus‘“ voraus, so die treffende Formulierung des Historikers Siegfried Lokatis. Im Kern basierte Stapels Auffassung vom Verhältnis zwischen Deutschen und Juden auf der Überzeugung, jedes Volk besitze einen individuellen, gottgewollten und von Gott geschaffenen „Nomos“, den es vor jedweder politischen und kulturellen „Überfremdung“ abzuschirmen gelte – und genau eine solche Überfremdungsabsicht unterstellte Stapel pauschal der jüdischen Bevölkerungsminderheit im Deutschen Reich.

Zugleich galt Stapel die Volkszugehörigkeit eines Menschen als eine „in Blut und Seele vom Schicksal“ festgeschriebene, also irreversible Größe, die nicht etwa durch autonome Willensentscheidungen des Individuums geändert werden konnte. Diese grundsätzliche Überzeugung konkretisierte sich vor allem in der Behauptung Stapels, Juden könnten weder jemals zu einem Teil des deutschen Volkes werden, noch je dessen Volkscharakter verstehen oder gar aktiv fördern. Vielmehr unterstellte Stapel jüdischen Politikern und Intellektuellen, bewusst oder unbewusst Träger

eines ihnen gleichsam in die Wiege gelegten „Internationalismus“ zu sein und damit unweigerlich den genuin nationalen Interessen des deutschen Volkes innerlich fremd oder gar feindselig gegenüberzustehen. Eine völlige Gleichberechtigung jüdischer Staatsbürger lehnte Stapel vor diesem Hintergrund ab; für sie konnte und durfte es nur ein Gastrecht geben. Insbesondere auf Schulen und Universitäten sowie in der Justiz forderte Stapel konkrete Berufsverbote und verband diese Forderung stets mit der zynischen Behauptung, Juden mit „Taktgefühl“ würden in diesen Bereichen ohnehin keine Karrieren anstreben.

Wie eingangs skizziert, gründete Stapels Ruf als Referenzautor eines vermeintlich affektlosen und „sachlichen“ Antisemitismus auf dem expliziten Anspruch, sich durch objektivitätsheischende Ausdrucksformen und eine vergleichsweise differenzierte Argumentation von der maß- und geschmacklosen Agitation der „Radauantisemiten“ abzugrenzen bzw. abzuheben. Dieses Ansehen Stapels war ausdrücklich nicht nur das Ergebnis selbstreferenzieller Zuschreibungen innerhalb des eigenen politischen Lagers. Vielmehr wurde Stapel während der Weimarer Republik auch von zahlreichen jüdischen Autoren als jener Publizist der völkischen Rechten betrachtet, dessen Äußerungen inhaltlich und argumentativ besonders ernstgenommen werden müssten. Dabei

wurde sowohl respektvolle Anerkennung als auch scharfe Kritik laut. So erhielt Stapel von zionistischer Seite etwa viel Zustimmung für seine Behauptung, dass es Juden grundsätzlich unmöglich sei, „wesenhaft zu Deutschen“ zu werden. Die Zeitschrift *Die Arbeit*, ein Hauptorgan des damaligen Zionismus in Deutschland, druckte einen entsprechend argumentierenden Artikel Stapels 1919 unverändert und mit dem trockenen Kommentar ab, die Redaktion habe den Ausführungen des „aufrechten und ehrlichen Deutschen [...] nichts hinzuzufügen“.

Völlig anders urteilte freilich ein der deutschen Geistesgeschichte zutiefst verbundener Philosoph wie Julius Goldstein. Goldstein hielt Stapels Thesen für derart suggestiv und gefährlich, dass er ihnen bzw. dem Versuch ihrer Widerlegung 1927 ein ganzes Buch mit dem Titel *Deutsche Volks-Idee und deutsch-völkische Idee* widmete, das ob seiner Hellsichtigkeit noch heute Leser verdient. Seine Fokussierung auf Stapel begründete der Philosoph dabei ausdrücklich damit, dass dessen Schriften besonders in jenen Kreisen, die ansonsten von der „Ungezogenheit und Unerzogenheit der antisemitischen Tagesliteratur“ abgestoßen seien, „als das Beste und Unangreifbarste“ anerkannt würden, „was sich über diesen Gegenstand sagen“ lasse.

Interessanterweise versuchten später auch die Nationalsozialisten, sich Stapel als Aushängeschild eines vermeintlich sachlichen und vorurteilsfreien Antisemitismus zunutze zu machen. So lud 1933 die Ausland-Abteilung des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda Stapel dazu ein, für einen repräsentativen Sammelband mit dem Titel *Germany speaks*, der vor allem an die britische Gesellschaft adressiert war und für den NS-Staat werben sollte, den Beitrag zum Thema „Deutschland und die Juden“ zu verfassen; „jedes Kapitel“ in dem geplanten Band, so umwarb ihn der Leiter der Ausland-Abteilung Hermann Demann in einem Brief vom Juni 1933, sollte „von einem Mann geschrieben sein, der auf dem betreffenden Gebiet die größte Autorität genießt“. Zwar sollte Stapel dieses Ansehen in den Augen der neuen Machthaber in den darauffolgenden Jahren wieder verlieren, doch spricht es Bände über das Renommee, das er sich während der Weimarer Republik erworben hatte, dass das Propagandaministerium sich Stapel solcherart nutzbar machen wollte: als Gallionsfigur einer gegenüber dem kritischen Ausland mutmaßlich vorzeigbaren und intellektuell anspruchsvollen Spielart der Judenfeindschaft.

Eine zweite Grundkonstante von Stapels umfangreicher und weithin rezipierter Publizistik während der Weimarer Republik war, wie bereits angedeutet, die Auseinandersetzung mit dem Liberalismus. Ursprünglich ein entschiedener liberaler Parteigänger, assoziierte Stapel nach 1918 mit dem Liberalismus schlechterdings eine tödliche Gefahr für das deutsche Volk. Zentrale Antriebskraft dieser antiliberalen Wende war die feste Überzeugung Stapels, der Versailler Vertrag habe über das Kriegsende hinaus eine innen- wie außenpolitisch existenzielle Bedrohungs- und Ausnahme-situation hervorgerufen, die nach radikalen Gegenmaßnahmen rief und diese in einem prekären Zirkelschluss zugleich legitimierte. Unter dem maßgeblichen Einfluss von Carl Schmitt und dessen Deutung des Freund-Feind-Gegensatzes als der eigentlichen Substanz des Politischen, wies Stapel jeden Gedanken von sich, Liberalismus und völkischer Konservatismus könnten durch ein etwaiges „Sowohl-als-auch“ miteinander verbunden werden; vielmehr

hüllten sich in seinen Augen nun „alle devastierenden Mächte des Lebens [...] in den verderblichen Heroenmantel des Liberalismus“, um so ihr (volks-)zerstörerisches Werk zu kaschieren. Um das deutsche Volk „durch diese Zeiten der Verwüstung [des] Leibes und der Seelen hindurchzuretten“, müsse, so Stapel 1928 wörtlich, „der Liberalismus ausgerottet werden“.

Dem individualistisch bzw. individualrechtlich orientierten Denken des Liberalismus, den er in den Texten nach 1918 vermehrt mit dem Adjektiv „jüdisch“ versah, stellte Stapel denn auch das Konzept des sogenannten „volkhafte[n]“ Denkens entgegen: Anstelle individuelle Freiheitsrechte in den Vordergrund zu rücken, müsse die deutsche Bevölkerung zu der Erkenntnis gelangen, dass nicht etwa der Einzelne Träger des

Eine völlige Gleichberechtigung jüdischer Staatsbürger lehnte Stapel ab.

Rechts sei, sondern allein das Volk, welches dem Individuum erst „seine besondere Aufgabe und sein Recht“ zuweise. Ein zeitgemäßes und verantwortungsvolles politisches Denken musste für Stapel nun also vom Volksbegriff ausgehen: „Wir müssen“, so forderte er, „umgekehrt wie bisher, den lebendigen Organismus des Volkes als die höhere Einheit gegenüber dem menschlichen Gebilde des Staates anerkennen“; anders als der Staat sei das Volk ein von menschlichen Willensäußerungen unabhängiges, „unmittelbares Gebilde aus Gottes Schöpferhand“.

Die aus seiner Sicht den Deutschen von den alliierten Siegermächten aufgezwungene Weimarer Verfassung stellte für Stapel eine „Vergewaltigung des organischen Volkslebens“ dar, in der ein „Grundfehler des Liberalismus“ zum Ausdruck komme, nämlich der in seinen Augen naive Glaube, „politische Lebensformen“ ohne Weiteres „erdenken und einführen zu können“, anstatt von den tatsächlich existierenden Völ-

zur debatte

Themen der Katholischen Akademie in Bayern

Jahrgang 48

Herausgeber und Verleger:
Katholische Akademie in Bayern, München
Direktor: Dr. Florian Schuller
Verantwortlicher Redakteur: Dr. Robert Walsert
Fotos: Akademie
Anschrift von Verlag u. Redaktion:
Katholische Akademie in Bayern,
Mandlstraße 23, 80802 München
Postanschrift: Postfach 401008,
80710 München,
Telefon 089/381020, Telefax 089/38102103,
E-Mail: info@kath-akademie-bayern.de
Druck: Kastner AG – Das Medienhaus,
Schloßhof 2 – 6, 85283 Wolnzach.
zur debatte erscheint zweimonatlich.
Kostenbeitrag: jährlich € 35,- (freiwillig).
Überweisungen auf das Konto der Katholischen Akademie in Bayern, bei der LIGA Bank:
Kto.-Nr. 2355 000, BLZ 75090300
IBAN: DE05 7509 0300 0002 3550 00
SWIFT (BIC): GENODEF1M05.
Nachdruck und Vervielfältigungen jeder Art sind nur mit Einwilligung des Herausgebers zulässig.



kern auszugehen, verstanden als historisch gewachsene, in sich abgeschlossene, seelisch-biologische Kollektive. So sei 1918/19 eine mit dem deutschen Volkscharakter unvereinbare „Zirkel- und Lineal-Demokratie“ entstanden, deren Bekämpfung das zentrale Ziel seiner gesamten publizistischen Arbeit war. Überhaupt verstand Stapel, wie er 1926 an den völkischen Schriftsteller Friedrich Lienhard schrieb, seine Zeitschrift *Deutsches Volkstum* als eine „Kampfwaffe“ gegen den Liberalismus und insgesamt dürfte die öffentliche Wirkung Stapels während der Weimarer Republik kaum geringer ausgefallen sein als jene von Grimm und Kolbenheyer, wengleich diese infolge ihrer großen Romanerfolge freilich ungleich berühmtere Namen trugen.

IV.

Wie lassen sich nun, im Hinblick auf den Themenkomplex „Bildungsbürgertum und völkische Ideologie“, die drei vorgestellten Autoren und ihr öffentlicher Einfluss zusammendenken? Hier lohnt ein Blick auf die Forschungen Wolfram Pytas, der vor einigen Jahren den Typus des intellektuellen Literaten beschrieben hat, der nach 1918 mit einigem Erfolg die „Sphäre der Kultur mit dem Feld der Politik“ zu verbinden versuchte, um auf Grundlage seiner „im autonomen Feld der Kultur erworbenen Autorität“ Einfluss auf politische und

Dabei war und blieb seit Kriegsende ihre primäre Zielgruppe nebst der (männlichen) Jugend vor allem das akademisch geprägte Bildungsbürgertum.

gesellschaftliche Debatten zu gewinnen. Grimm, Kolbenheyer und in etwas eingeschränktem Maße auch Stapel lassen sich als Musterbeispiele dieses Typus verstehen.

Dabei war und blieb seit Kriegsende ihre primäre Zielgruppe nebst der (männlichen) Jugend vor allem das akademisch geprägte Bildungsbürgertum. Ihm fühlten sie sich innerlich zugehörig, vor ihm sollten ihre Texte Bestand haben und ihm maßen sie vor allem eine entscheidende Rolle für den erhofften Wiederaufstieg des deutschen Volkes nach dem verlorenen Weltkrieg zu. Dieser Wiederaufstieg war für alle drei Autoren wie selbstverständlich an die Bedingung geknüpft, dass die demokratische Staatsordnung Weimars zerstört und das Modell einer offenen Gesellschaft revidiert werden müssten. Ohne diese Voraussetzung bestand in ihren Augen keine Hoffnung für das deutsche Volk. In diesem Sinne sprach Kolbenheyer also auch für Grimm und Stapel, als er 1932 vor Tübinger Studenten und Professoren von einem bevorstehenden „gewaltigen Endkampf“ sprach, in dem Deutschland die ihm in seinen Augen gebührende Führungsfunktion wiedererlangen müsse; andernfalls sei „das Weltherrentum der weißen Rasse verloren“. Und, so Kolbenheyer weiter, „von keinem Teile unseres Volkes“ könnten „die Kräfte der Erneuerung und Wiederaufrichtung stärker strömen als von den Universitäten“. □

Max Planck und Albert Einstein. Zwei Revolutionäre der Physik in ihren politischen Gegensätzen und kollegialen Beziehungen

Dieter Hoffmann

I.

„Planck liebt Dich.“ Diese Feststellung findet man in einem Brief Elsa Einsteins an ihren Mann vom Herbst 1921 und dieses Zitat macht die engen Beziehungen deutlich, die zwischen beiden Gelehrten bestanden. Planck darf ohne Übertreibung als der Entdecker Einsteins bezeichnet werden, hatte er doch als einer der ersten auf den revolutionären Charakter von Einsteins Aufsatz „Zur Elektrodynamik bewegter Körper“ aus dem Jahre 1905 aufmerksam gemacht und damit die allgemeine Anerkennung der Relativitätstheorie und ihres Schöpfers entscheidend gefördert. Im Übrigen war es ebenfalls Planck, der die Relativitätstheorie mit seinem ureigensten Forschungsfeld, der Thermodynamik, zusammengeführt und in mehreren Arbeiten sowie in Dissertationen seiner Schüler die thermodynamischen Konsequenzen der Einsteinschen Theorie untersucht hat.

Einsteins Spezielle Relativitätstheorie hat die Vorstellungen der klassischen Physik über Raum und Zeit revolutioniert. Einstein wiederum gehörte zu den ersten, der 1905, seinem annus mirabilis, den revolutionären Charakter der Planckschen Quantenhypothese erfasst und schließlich auch zum Durchbruch verholfen hat. Beide haben so mit ihrem Schaffen die moderne Physik begründet und sind als Revolutionäre in die Wissenschaftsgeschichte eingegangen.

Als lupenreinen Revolutionär kann man allerdings nur Albert Einstein bezeichnen, denn Planck hat lange mit seiner revolutionären Entdeckung gehadert und fast ein Jahrzehnt versucht, die Quantenhypothese wieder an die klassische Physik rückzubinden, so dass er eher als Revolutionär wider Willen gelten darf. Ähnlich fällt die Wertung beider Gelehrten hinsichtlich ihrer politischen und gesellschaftlichen Ansichten aus. Diesbezüglich waren zwar beide keine Revolutionäre, doch Einstein zumindest ein Rebell, der sich in seinem persönlichen Leben schon früh gegen alles Autoritäre auflehnte, Pazifist war und sich zudem als Demokrat verstand. Dagegen bestimmte ein ausgeprägter Konservatismus Plancks Verhalten nicht nur in der Wissenschaft. Seine Persönlichkeit wurzelt tief im Wertekanon des deutschen Protestantismus und des Wilhelminischen Obrigkeitsstaats, in dem er sozialisiert wurde und dem er nicht zuletzt karriere-technisch viel zu verdanken hatte.

Deutlich wurde dieser Gegensatz zum ersten Mal im Sommer 1914 als der Erste Weltkrieg ausbrach und beide Gelehrte sich höchst unterschiedlich verhielten. Einstein zeigte sich sehr besorgt und schrieb seinem Freund und Kollegen Paul Ehrenfest in Leiden: „Unglaubliches hat nun Europa in seinem Wahn begonnen. In solcher Zeit sieht man, welche trauriger Viehgattung man angehört ... und (ich) empfinde nur eine Mischung aus Mitleid und Abscheu.“

Einsteins sarkastische Bemerkung war keineswegs zeittypisch, sondern die pointierte Meinung einer Minderheit – wie ja überhaupt Einstein in seiner Zeit die Ausnahme darstellte, wissenschaftlich, aber gerade auch politisch. Im Gegensatz zu Einstein teilte die übergroße Mehrheit der Akademiker und Intellektuellen die allgemeine Kriegsbegeisterung, die Deutschland im Sommer 1914 erfasste



Prof. Dr. Dieter Hoffmann, Wissenschaftshistoriker und ehem. wissenschaftlicher Mitarbeiter am Max-Planck-Institut für Wissenschaftsgeschichte in Berlin

hatte. In der deutschen Akademikerschaft hatte sich eine „nationalistisch-militaristische Einheitsfront“ formiert, die sich in nationalistischen und chauvinistischen Tiraden erging und zur rückhaltlosen Unterstützung der deutschen Kriegsführung aufrief.

Zu dieser Einheitsfront gehörte auch Max Planck, für den es eine „herrliche Zeit (war), die wir erleben“ und der im Herbst 1914 zusammen mit 93 anderen Intellektuellen zu den Unterzeichnern des sogenannten Aufrufs an die Kulturwelt gehörte. Dieser legitimierte den deutschen Militarismus vorbehaltlos mit dem Schutz der deutschen Kultur und stellte scharfmacherisch fest: „Ohne den deutschen Militarismus wäre die deutsche Kultur längst vom Erdboden getilgt ... Deutsches Herr und deutsches Volk sind eins.“

Einstein zählte nicht zu den Unterzeichnern, vielmehr stellte er sich gegen den Aufruf und schloss sich stattdessen dem pazifistischen Gegenaufruf „An die Europäer“ des Berliner Physiologen Georg Nicolai an, der die Macht der politischen Vernunft und eine möglichst rasche Beendigung des Krieges sowie allgemeine Völkerverständigung propagierte. Allerdings hatte dieser Aufruf nur drei weitere Mitunterzeichner und blieb weitgehend unbeachtet. Überhaupt markiert der erste Weltkrieg Einsteins Wandlung zu einem politischen Menschen, der einen (nicht immer konsequenten) Pazifismus vertrat und auch sonst zu politischen Themen Stellung bezog.

Einsteins Wandel zu einem wachen und sich politisch links orientierenden Geist machen auch seine Stellungnahmen zum Kriege und zum Zusammenbruch des Kaiserreichs deutlich. So schrieb er im November 1918 in dem ihm eigenen Ton an seine Mutter: „Das Grosse ist geschehen ... Das ich das erleben durfte!!! Keine Pleite ist so gross, dass man sie nicht gerne in Kauf nähme um so einer herrlichen Kompensation wegen. Bei uns ist der Militarismus und der Geheimratsdusel gründlich beseitigt ... Jetzt wir mir erst richtig wohl hier. Die

Pleite hat Wunder gethan... Unter den Akademikern bin ich so eine Art Obersozialist.“

Einstein gehörte mit dieser Haltung zu den wenigen Akademikern, die den politischen und sozialen Veränderungen jener Zeit große Sympathien entgegenbrachte und zum Protagonisten der Weimarer Republik wurde. Ganz im Gegensatz zur Mehrzahl seiner Kollegen, die dem kaiserlichen Macht- und Obrigkeitsstaat nachtrauerten und dessen Wertvorstellung weiterhin stark verhaftet blieben, einschließlich einer grundsätzlichen Loyalität gegenüber dem nun im holländischen Exil lebenden Kaiser. Hierzu gehörte auch Max Planck, wie seine damaligen Reden in der Akademie deutlich machen, wo er das Amt eines beständigen Sekretars, d.h. eines temporären Akademiepräsidenten, bekleidete; oder auch seine Feststellung im Briefeagebuch zum Jahreswechsel 1918/19: „Alles erscheint einem klein und kaum erwähnenswert neben dem grossen furchtbaren, was unser liebes Vaterland getroffen hat – eine endgültige Niederlage, und noch schlimmer, der innere Kampf, in dem sich die noch übrig gebliebenen Kräfte gegenseitig zerfleischen.“

Ganz ähnlich hatte er im Frühjahr 1919 gegenüber Einstein bekannt: „...ich fühle etwas, was Sie allerdings gar nicht verstehen werden ... Nämlich die Pietät und unverbrüchliche Zusammengehörigkeit gegenüber dem Staat, dem ich angehöre, auf den ich stolz bin gerade auch im Unglück, und der sich in der Person des Monarchen verkörpert.“

Einstein war fern solcher Bekundungen wie die obigen Passagen zeigen. Darüber hinaus entdeckte er in dieser Zeit sein Judentum wieder und begann sich nach Ende des Ersten Weltkriegs für die zionistische Bewegung zu engagieren. In seiner Schrift „Wie ich Zionist wurde“ stellte er 1921 fest: „Bis vor sieben Jahren lebte ich in der Schweiz und solange ich dort war, war ich mir meines Judentums nicht bewußt und war nichts in meinem Leben vorhanden, das auf meine jüdische Empfindung gewirkt und sie belebt hätte. Das änderte sich, sobald ich meinen Wohnsitz nach Berlin verlegte. Dort sah ich die Not vieler jungen Juden. Ich sah wie Ihnen durch ihre antisemitische Umgebung unmöglich gemacht wurde, zu einem geordneten Studium zu gelangen und sich zu einer gesicherten Existenz durchzuringen. Insbesondere gilt das von den Ostjuden, die unaufhörlich Schikanen ausgesetzt sind ... Diese und ähnliche Erlebnisse haben in mir das jüdische nationale Gefühl geweckt.“

Fast zeitgleich war es einer britischen Sonnenfinsternis-Expedition unter Leitung des Astronomen Sir Artur Eddington gelungen, eine Vorhersage der Einsteinschen Allgemeinen Relativitätstheorie, die sogenannte gravitative Lichtablenkung zu bestätigen. Diese spektakuläre Bestätigung rückte Einstein ins Rampenlicht der Öffentlichkeit, machte ihn gewissermaßen zum ersten „Popstar“ der Wissenschaft. Dies verlieh ihm eine beispiellose öffentliche Aufmerksamkeit und Reputation, sah man doch in der Bestätigung der Theorie eines deutschen Juden mit Schweizer Pass durch eine englische Expedition ein Symbol für Hoffnung und Sicherheit in einer Welt, die durch gesellschaftliche Turbulenzen und Unsicherheiten sowie den Wirren von Krieg und Nachkriegszeit geprägt wurde. Damit war die öffentliche Person Albert Einstein und der Einstein-Mythos geboren – die Überzeugung, dass Einstein nicht nur ein überragender Physiker, sondern auch jemand sei, der gewissermaßen als ein Orakel Wahrheit und Zuversicht verbreiten könne. Dadurch wurden Einsteins Person und seine wissenschaftlichen Theorien mit Inhalten aufgeladen, die mit seiner Wissenschaft selbst nichts zu tun hatten. Er selbst wurde in den

zwanziger Jahren Gegenstand öffentlicher und insbesondere nicht-wissenschaftlicher Auseinandersetzungen, die den Pazifisten und Demokraten zur Zielscheibe hatten, aber auch dezidiert antisemitisch aufgeladen waren, wie zum Beispiel M. Wazack in Einsteins Gegner. Die öffentliche Kontroverse um die Relativitätstheorie in den 1920er Jahren. Frankfurt/Main, New York 2009, schreibt.

II.

Vor diesem Hintergrund und angesichts der aktuellen Entwicklung kühlte sich Einsteins Begeisterung für den politischen Umbruch recht schnell ab, auch wenn er ein überzeugter und loyaler Anhänger der Weimarer Republik blieb. Dies sowie sein Pazifismus und Engagement für den Zionismus machten ihn nicht nur zum politischen Außenseiter in der Professorenwelt der Weimarer Republik, sondern auch zur Unperson chauvinistischer und antisemitischer Hetzkampagnen. Die öffentlichen Auseinandersetzungen erreichten im Sommer 1920 einen ersten Höhepunkt, als eine so genannte „Arbeitsgemeinschaft deutscher Naturforscher zur Erhaltung reiner Wissenschaft“ in der Berliner Philharmonie eine Vortragsreihe gegen die Relativitätstheorie und ihren Schöpfer veranstaltete. Die Hetze blieb nicht ohne Eindruck auf Einstein, der sich verstärkt mit Gedanken trug, Berlin wieder zu verlassen. Dies rief Planck auf den Plan, der seinem Kollegen schrieb: „Aus Südtirol, wo mich keine Nachrichten erreichen, nach Deutschland zurückgekehrt, finde ich die Mitteilungen von der kaum glaublichen Schweinerei, die inzwischen in der Berliner Philharmonie passiert ist, und von dem allen, was damit zusammenhängt ... es quält mich der Gedanke an die Möglichkeit, dass Sie am Ende doch einmal die Geduld verlieren und sich zu einem Schritt entschließen könnten, der die deutsche Wissenschaft und Ihre Freunde für das schwerste bestrafen würde, was eine erbärmliche Gesinnung an Ihnen gesündigt hat. An einer ausreichenden Genugtuung seitens der berufenen Vertreter der Wissenschaft darf und soll es Ihnen nicht fehlen.“

In diesem Sinne waren zwar in einer Presseerklärung Max von Laue, Walther Nernst und Heinrich Rubens für ihren diffamierten Kollegen eingetreten, doch als das Preußische Kultusministerium vertraulich anregte, dass sich auch die Berliner Akademie schützend vor ihr prominentes Mitglied stellen möge, sahen Planck und die anderen Sekretäre keinen Anlass für eine öffentliche Erklärung. Als Grund gab Planck an, dass die Polemik inzwischen „eine wesentlich politische Sache geworden sei“, aus der man sich tunlichst herauszuhalten habe und man würde überdies „den Dunkelmännern zu viel Ehre antun, wenn wir das schwere Geschütz der Akademie gegen sie auffahren lassen.“

Das öffentliche Schweigen der Akademie und auch von Planck persönlich war symptomatisch und spaltete mit dem Rückzug in einen vermeintlich politikfreien Raum die Solidarität mit einem diffamierten Kollegen. Zur öffentlichen Solidarität fühlte man sich allein in wissenschaftlichen Fragen verpflichtet – gegenüber den antisemitischen Pöbeleien und antidemokratischen Denunziationen zeigte man hingegen möglichst Zurückhaltung, da dies die Grenzziehung zwischen Politik und Wissenschaft und damit die „heilige Sache“ der Wissenschaft hätte beschädigen können. Dass diese Trennung ein durchaus im Eigeninteresse gepflegter Mythos, eigentlich selbst eine politische Position war, wollte man genauso wenig zur Kenntnis nehmen wie die Tatsache, dass diese Grenze gerade von jenen, deren Verhalten man mit sol-

chen Ansichten tolerierte, ignoriert wurde. Was für Planck und die meisten seiner akademischen Zeitgenossen als „politisch“ bzw. „unpolitisch“ galt, hatte somit mit einem demokratischen Politikverständnis nur wenig zu tun und orientierte sich vielmehr an Koordinaten, die fest in den obrigkeitstaatlichen Traditionen des Wilhelminischen Deutschlands verankert blieben – an der vermeintlichen Überparteilichkeit des Beamten als Lebenslüge des Obrigkeitstaates, so auch die Position von Thomas Nipperdey.

Die Auseinandersetzungen um Einstein spitzten sich im Sommer 1922, nach dem Mord an Walther Rathenau, noch einmal zu, so dass Einstein um sein Leben fürchtete und alle öffentlichen Vorträge und Auftritte absagte. Als Planck davon erfuhr, schrieb er an Einstein: „Wie ein Blitz aus heiterem Himmel trifft mich Ihr werter Brief vom 6. ds. M. Also so weit hat es das Gesindel wirklich gebracht, dass Sie um Ihre persönliche Sicherheit besorgt sind.“

Dennoch blieb Einstein in Berlin und ging nicht auf Angebote ein, die an ihn aus der Schweiz und Holland ergangen waren. Dass Einstein in Berlin blieb, war neben dem anregenden intellektuellen Klima der Stadt wohl nicht zuletzt der Persönlichkeit Plancks geschuldet, dem er – wie er in einem Brief an Paul Ehrenfest aus dem Jahr 1919 bekannt hatte – „versprochen (habe), Berlin nicht den Rücken zu kehren, bevor nicht Verhältnisse einträten, die ihm einen solchen Schritt als natürlich und richtig erscheinen ließen. Du hast kaum eine Vorstellung davon, was für Opfer hier bei der schwierigen allgemeinen Finanzlage gebracht werden, um mir das Bleiben und die Erhaltung meiner in Zürich lebenden Familie zu ermöglichen. Es wäre doppelt hässlich von mir, wenn ich gerade in diesem Augenblick der Erfüllung meiner politischen Hoffnungen, vielleicht zum Teil um äussere Vorteile willen, Menschen ohne Not den Rücken kehrte, die mich mit Liebe und Freundschaft umgeben haben, und denen mein Scheiden in dieser Zeit vermeintlicher Erniedrigung doppelt schmerzlich wäre. ... Ich kann von hier nur dann weggehen, wenn eine Wendung eintritt, die mein Bleiben unmöglich macht. Eine solche Wendung könnte eintreten. Tritt sie nicht ein, so wäre mein Weggehen mit einem schändlichen Wortbruch Planck gegenüber gleichbedeutend, und auch sonst treulos. Ich müsste mir später selbst Vorwürfe machen.“

Anfang 1933 trat dann mit der Machtübernahme der Nationalsozialisten eine solche Wendung ein, denn in einem Land, in dem die Freiheits- und Bürgerrechte so massiv und brutal verletzt wurden wie in Nazi-Deutschland, wollte Einstein nicht leben. Damit fühlte er sich an das Planck einst gegebene Versprechen nicht mehr gebunden, zumal dieser Einsteins öffentliche Erklärung gegen „die Akte brutaler Gewalt und Bedrückung“ nicht verstehen wollte und sie gar als eine Beteiligung an der „ausländischen Greuelhetze“ diskreditierte. Dass Planck die politischen Zeichen der Zeit nicht erkannte und wohl auch nicht sehen wollte, macht die Tatsache deutlich, dass er im März 1933 routinemäßig seinen Osterurlaub angetreten und sich für sechs Wochen von Berlin in Richtung Italien verabschiedet hatte. Unmittelbar vor der Abreise Plancks und unter dessen Federführung brachte das Sekretariat der Akademie noch in einem Brief an Einstein das Missfallen über sein Verhalten zum Ausdruck und legte ihm den freiwilligen Rücktritt von seinem Akademieamt nahe. Allerdings ließ sich die Angelegenheit nicht ganz so geräuschlos bereinigen, wie Planck und seine Kollegen es erhofften.

Einstein kam nämlich einem groß aufgezogenen und von den nationalsozialistischen Machthabern instrumentalisier-

ten Akademieausschluss zuvor und informierte am 28. März 1933 die Akademie, dass er seine Mitgliedschaft niederlege. Max von Laue erinnerte sich 1947 an die unbeschreibliche Wut im NS-Wissenschaftsministerium, dass Einstein „ihnen durch seinen Austritt zugekommen war.“ Die Akademie selbst fühlte sich indes im Umfeld des Juden-Boykotts vom 1. April 1933 veranlasst, in einer – allerdings unabgestimmten – Presseerklärung des amtierenden Sekretärs Ernst Heymanns scharfmacherisch zu erklären, dass „sie ... keinen Anlaß (hat), den Austritt Einsteins zu bedauern.“

Zwar gab es noch ein Nachspiel, da einige Mitglieder gegen die unabgestimmte Erklärung Protest einlegten, doch zu einer offiziellen Rücknahme kam es nicht. In diese zwiespältigen Reaktionen der Akademie fügt sich auch das Verhalten Plancks, der sich zu einem Abbruch seines Urlaubs und zu einem klärenden Eingreifen in die Vorgänge nicht veranlasst sah – obwohl Max von Laue und andere Berliner Kollegen ihn dazu brieflich gedrängt hatten. Planck blieb in Italien – wohl auch, weil eine sofortige Rückkehr für ihn eine zu starke Exponierung in dieser unerquicklichen Angelegenheit bedeutet hätte. Nach seiner Rückkehr Ende April fand Planck zwar auf der den „Fall Einstein“ abschließenden Sitzung der Akademie anerkennende Worte für die wissenschaftliche Leistung Einsteins, „deren Bedeutung nur an den Leistungen Johannes Keplers und Isaac Newtons gemessen werden kann“. Doch meinte er noch feststellen zu müssen, dass „Einstein selber durch sein politisches Verhalten sein Verbleiben in der Akademie unmöglich gemacht hat.“

III.

Für Einstein zählte der eilfertige Konformismus seiner Akademiekollegen zu den schmerzlichsten Erfahrungen seines Lebens. Allzu willfährig hatten sie sich dem politischen Druck gebeugt und damit der nationalsozialistischen Gleichschaltung dieser traditionsreichen Institution den Weg geebnet. Auch Plancks Lavieren gegenüber den nationalsozialistischen Machthabern, den offensichtlichen Akten brutaler Gewalt und den flagranten Rechtsverletzungen stand er verständnislos gegenüber. Seine tiefe Enttäuschung macht ein Brief vom 6. April 1933 deutlich, in dem er Planck mit einem Anflug von Bitterkeit daran erinnerte, „... daß ich Deutschlands Ansehen in all diesen Jahren nur genützt habe, und dass ich mich niemals daran gekehrt habe, dass – besonders in den letzten Jahren – in der Rechtspresse gegen mich gehetzt wurde, ohne dass es jemand der Mühe wert gehalten hat für mich einzutreten.“

In seiner Antwort machte Planck die unüberbrückbaren politischen Standpunkte beider deutlich, wenn er bezüglich des Akademieausschlusses schreibt: „Daß ich bei diesen Verhandlungen nicht anwesend war, tut mir unendlich leid, aber die Sache ist nun erledigt, und von dem Hauptresultat, dem Verlust, den die Akademie und mit ihr die deutsche Wissenschaft nunmehr erlitten hat, hätte ich kaum etwas ändern können. Denn es sind hier zwei Weltanschauungen aufeinandergeprallt, die sich miteinander nicht vertragen. Ich habe weder für die eine noch für die andere volles Verständnis. Auch die Ihrige ist mir fern, wie Sie sich erinnern werden von unseren Gesprächen über die von Ihnen propagierte Kriegsdienstverweigerung. Das alles hindert nicht, sich persönlich zu achten, besonders wenn man durch Jahre hindurch in freundschaftlichem Verkehr gestanden hat und durchaus reichen Gewinn für das eigene Leben ziehen konnte. Deshalb danke ich Ihnen besonders für Ihre freundlichen Worte über die Fortdauer

unserer persönlichen Beziehungen.“

War es für Planck und seine protestantische Staatsfrömmigkeit jenseits allen Vorstellungsvermögens, dass mit der nationalsozialistischen Machtübernahme Unrecht, Gewalt und Verbrechen im Mantel der Staatsmacht die politische Bühne betreten hatten, so wollte Einstein nicht akzeptieren, dass Planck, dem er als Mentor und väterlichen Freund nach wie vor zugetan blieb und wohl auch manches nachsah, der vermeintlichen Rettung der deutschen Wissenschaft wegen an seinen wissenschaftspolitischen Ämtern festhielt und sich damit von den Nationalsozialisten instrumentalisieren ließ: „... ich wäre auch als Goj unter solchen Umständen nicht Präsident der Akademie und der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft geblieben“, stellte er im Herbst 1934 gegenüber einem Kollegen fest.

Plancks Motto war hingegen „Weiterarbeiten“, wie Fritz Stern es einmal auf den Punkt gebracht hat, „und Kontinuität im guten wie im bösen Sinne war das Kennzeichen der deutschen Wissenschaft im Dritten Reich.“

In diesem Sinne hatte sich Planck auch anfangs den neuen Machthabern weitgehend angepasst, womit sich in seinem Verhalten das Versagen der deutschen Eliten im Nationalsozialismus und gegenüber der von ihnen ungeliebten Weimarer Republik widerspiegelt. Beispielsweise hoffte er, dass mit der nationalsozialistischen Machtübernahme endlich die chronische und seit Jahren anhaltende Unterfinanzierung der Wissenschaft beendet würde und damit der Glanz der deutschen Wissenschaft bewahrt und weiter befördert werden könne. Für den Repräsentanten der deutschen Wissenschaft und engagierten „Wissenschaftsmanager“ war dies ein zentrales Lebensanliegen, für das man bereit war, Kompromisse mit den nationalsozialistischen Machthabern einzugehen und selbst deren Übergriffe hinzunehmen. Das dies ein Pakt mit dem Teu-

Trotz allem zeigt es Planck als couragierten und aufrechten Zeitgenossen.

fel war, wurde Planck wohl Mitte der dreißiger Jahre klar. Seitdem zeigte er deutliche Distanz zur Nazi-Diktatur und zuweilen sogar Zivilcourage.

So bei der Feier anlässlich des einjährigen Todestages von Fritz Haber, als Planck aus Achtung vor der Lebensleistung seines verstorbenen Kollegen und seiner Verdienste für Deutschland die Gedenkfeier gegen den Widerspruch der NS-Wissenschaftsbürokratie und anderer NS-Autoritäten, aber mit Billigung der Reichswehr durchführte – gegenüber Lise Meitner soll er in diesem Zusammenhang trotz festgestellt haben: „Diese Feier werde ich machen, außer man holt mich mit der Polizei heraus“. Allerdings sollte man in seinem Engagement weniger ein Zeichen politischen Widerstands, sondern vor allem die mutige Bekräftigung wissenschaftlicher Autonomie sehen, das sich in erster Linie gegen unbillige Übergriffe der NS-Bürokratie richtete. Trotz allem zeigt es Planck als couragierten und aufrechten Zeitgenossen.

Bevorzugtes Forum seiner kritischen Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus wurden indes seine öffentlichen Vorträge, die er in großer Zahl in ganz Deutschland, aber auch im Ausland hielt und mit denen er schon in der Weimarer Republik einem interessierten Laienpublikum naturwissenschaftliche Erkenntnisse aus erster Hand zu vermitteln suchte. In ihnen wurden nun verstärkt Themen thematisiert, die quer zur nationalsozialistischen Ideologie und Weltanschauung standen.

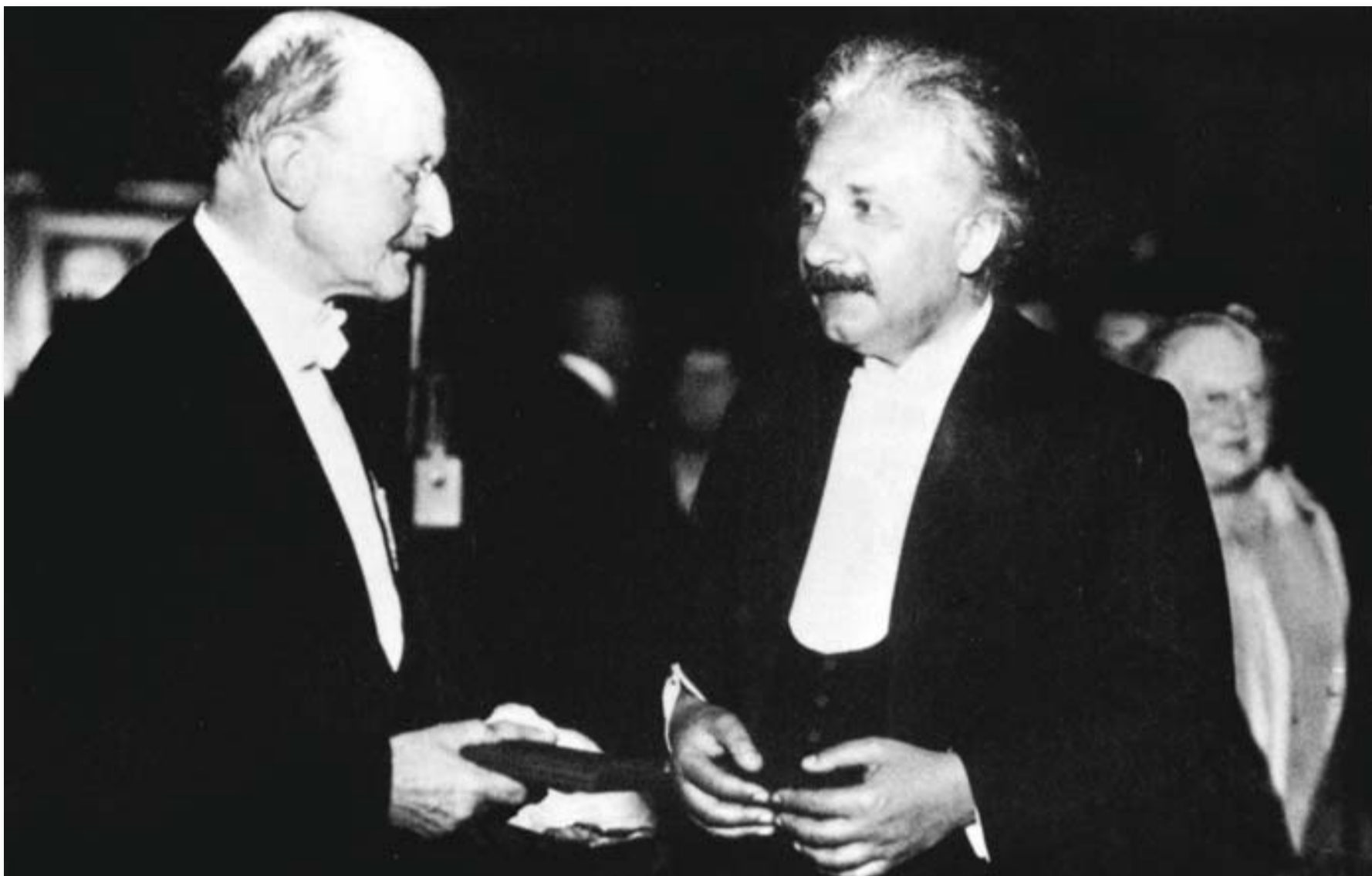


Foto: akg-images

Physiker unter sich: Max Planck (li.), einer der Wegbereiter der modernen Quantentheorie, im Gespräch mit Albert

Einstein (re.), seines Zeichens Begründer der allgemeinen und speziellen Relativitätstheorie.

So betonte sein Vortrag „Religion und Naturwissenschaft“ aus dem Jahre 1937 die Bedeutung religiöser Werte für das sittliche Handeln der Menschen und stellte dem Ungeist und der Unmoral der NS-Herrschaft die Werte des Christentums und des menschlichen Anstands entgegen. Plancks Motto „Hin zu Gott“ war so nicht nur Ausdruck der tiefen Religiosität des Gelehrten, sondern nicht zuletzt Ausdruck seiner inneren Auflehnung und geistigen Gegenwehr. Dies machte ihn für viele auch zu einem Hoffnungsträger – insbesondere für jene, die es verstanden, zwischen den Zeilen zu lesen.

IV.

Plancks Leben war von großer persönlicher Tragik geprägt – so starb seine Frau Marie gerade 48-jährig an Tuberkulose und hinterließ den Witwer mit 4 Kindern. Alle hat Planck überlebt: der Sohn Karl fiel im Ersten Weltkrieg vor Verdun und die Zwillingstöchter Grete und Marie starben beide im Wochenbett 1917 bzw. 1919; der ihm besonders nahestehende Sohn Erwin wurde schließlich noch kurz vor Ende der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft im Januar 1945 als Mitverschwörer des 20. Juli hingerichtet. Selbst ein Gnadengesuch an Hitler, in dem er „als Dank des deutschen Volkes für meine Lebensarbeit, die ein unvergänglicher geistiger Besitz des deutschen Volkes geworden ist“, um die Umwandlung der Todesstrafe in eine Freiheitsstrafe bat, vermochte das bittere Schicksal nicht abzuwenden. Schon im Jahr zuvor war sein Haus im Berliner

Grunewald bei einem alliierten Bombenangriff vollständig ausgebrannt, wobei nicht nur ein Großteil der materiellen Habe Plancks verloren ging, sondern auch seine Bibliothek und die unersetzlichen wissenschaftlichen Aufzeichnungen, Tagebücher und Briefe.

Die letzten Lebensjahre lebten Planck und seine Frau in äußerst beschränkten Verhältnissen bei einer Nichte in Göttingen und auch in dieser Zeit von allgemeiner Not und Altersgebrechen verschlossen er sich nicht der an ihn herangetragenen Bitte, noch einmal Verantwortung für die deutsche Wissenschaft zu übernehmen. Mit dem Freitod von Albert Vögler stand die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft nach dem Ende des Dritten Reichs nicht nur ohne Präsident dar, sondern mit Beschluss des Alliierten Kontrollrats auch vor ihrer Auflösung. So übernahm Planck im Sommer 1945 nochmal für ein Interregnum das Präsidentenamt, das für den Greis sicher mehr Bürde als Würde war. Doch trug sein Verhalten mit dazu bei, den Bestand und den Neubeginn der KWG zu sichern.

Im Frühjahr 1946 übergab er schließlich die Präsidentschaft an Otto Hahn, der aus der englischen Internierung nach Göttingen zurückgekehrt war; vor allem aber stimmte er der Umbenennung der Forschungsorganisation in Max-Planck-Gesellschaft zu, womit er ihr Fortbestehen zunächst für die britische Zone und später auch in allen drei Westzonen unter einem zeitgemäßen Namen ermöglichte. In einem Grußtelegramm an die Gründungsversammlung gab er „seiner“ Gesellschaft auf den Weg, dass die Max Planck Gesellschaft stets die Tradition

der Kaiser Wilhelm Gesellschaft fortsetzen und sich immer bewußt bleiben (möge), daß sie unabhängig von allen Strömungen der Zeit nur der Wahrheit der Wissenschaft dienen soll.“ Damit wurde einem Idealbild wissenschaftlicher Forschung das Wort geredet, das die Ambivalenz moderner Wissenschaft und die gerade im Nationalsozialismus betriebenen Entgrenzungen verdrängte. Am 4. Oktober 1947 starb Max Planck 89jährig in Göttingen und wurde dort Tage später unter großer öffentlicher Anteilnahme beigesetzt.

Albert Einstein, der mit seiner Emigration den Kontakt zu Max Planck abgebrochen hatte und von 1934 bis zu seinem Tode im Jahre 1955 am Institute for Advanced Study in Princeton wirkte, widmete seinem väterlichen Freund, Mentor und Kollegen einen sehr persönlich gehaltenen Nachruf, der auf der Gedenkfeier der amerikanischen Akademie verlesen wurde und feststellte, „daß auch in diesen Zeiten, in denen politische Leidenschaft und rohe Gewalt so große Sorgen und Leiden über die Menschen verhängen, das Ideal des Erkennens unvermindert hochgehalten wird. Das Ideal ... war in Max Planck in seltener Vollkommenheit verkörpert.“

Darüber hinaus nahm er den Kontakt zu Magda Planck wieder auf und fand in seinem Kondolenzschreiben an die Witwe versöhnliche und bewegende Worte der Erinnerung an den „nobel denkenden und fühlenden Menschen“ und die gemeinsamen Jahre in Berlin: „Es war eine schöne und fruchtbare Zeit, die ich in seiner Umgebung miterleben durfte ... Die Stunden, die ich in Ihrem Hause ver-

bringen durfte, die vielen Gespräche, welche ich unter vier Augen mit dem wunderbaren Manne führte, werden für den Rest des Lebens zu meinen schönsten Erinnerungen gehören. Daran kann die Tatsache nichts ändern, dass uns ein tragisches Schicksal auseinander gerissen hat ... Von ferne teile ich mit Ihnen den Schmerz des Abschieds.“

Fünf Jahre später wusste Einstein noch dem New Yorker Antiquar Rudolf Kallir von Planck zu berichten, dass er „einen tief ehrlichen und wohlwollenden Menschen gekannt (habe), dessen Herz so weit von der Zunge entfernt war. Stets setzte er sich für das ein, was er für recht hielt, auch wenn es in Universität und Akademie nicht sonderlich bequem für ihn war. Er hat mich in Berlin auch einige Male besucht, um mir ins Gewissen zu reden, wenn ich Dinge that, die für ihn tabu waren. Er war stark traditionsgebunden in seiner Beziehung zu seinem Staate und zu seiner Kaste. Aber er war stets willens und fähig, meine ihm fern liegenden Überzeugungen aufzunehmen und zu würdigen., so dass es nicht ein einziges Mal zu einer Verstimmung kam. Was mich mit ihm verband, über alle gegenseitigen Überzeugungen hinweg, das war unsere wunschlose und aufs Dienen gerichtete Einstellung zu menschlichen Problemen und Aufgaben. So kam es, dass er, ein an seinen engeren und weiteren Kreis stark gebundener, ernster Mann mit einem Zigeuner, wie ich es war, einem Unverbundenen, der allem gerne die komische Seite abgewann, durch fast zwanzig Jahre in schönster Eintracht lebte.“ □

Walter Gropius – Bauhausgründer und Architekt in den Jahren der Weimarer Republik. Seine mediale Präsenz als „Kopf.“

Magdalena Droste

Wie gelang es dem Architekten Walter Gropius (1883-1969), sich in den Kreis der „Weimarer Köpfe“ einzuschreiben? Einen wichtigen Anteil daran hatte die Gründung der Kunstschule Bauhaus im Jahr 1919, die Gropius zu einem Zentrum der Avantgarde machte. Mit dem Bauhausgebäude in Dessau 1926 wurde Gropius auch in weiten Kreisen als Architekt bekannt und zum herausragenden Vertreter des „Neuen Bauens“.

Wenn man bedenkt, dass es heute drei Bauhausmuseen gibt – in Weimar, Dessau und Berlin –, die alle für das Bauhausjubiläum 2019 Neubauten errichten, darf man ihn als den Architekten der Weimarer Republik mit der stärksten Resonanz bezeichnen.

Seine Erfolge und Leistungen wurden von dem Architekturhistoriker Winfried Nerdinger, dem Medienhistoriker Patrick Rössler und seinem Biographen Reginald Isaacs in den letzten Jahren beschrieben und analysiert.

Heute wissen wir, dass eine solche Resonanz nicht ohne Öffentlichkeit und deren Medien denkbar ist. Dem Medienhistoriker Patrick Rössler zufolge hatte das Bauhaus eine Corporate Identity – „Verhalten, Kommunikation und Erscheinungsbild“ waren aufeinander abgestimmt und beeinflussten die Öffentlichkeit. In diesem Prozess war Gropius Akteur, aber vielleicht ebenso oft ohne Einflussmöglichkeit auf die unterschiedlichsten Medienerzeugnisse. Im Folgenden sollen verschiedene Aspekte dieser beiden Seiten medialer Präsenz exemplarisch untersucht werden, um die Frage zu beantworten, ob und wie Gropius zu den „Köpfen“ der Weimarer Republik gehörte.

I. Köpfe als Thema der Weimarer Republik

Mit den „Köpfen“ wird ein Terminus aufgenommen, der in der Zeit der Weimarer Republik geprägt wurde. Dort ist er allgegenwärtig und in unterschiedlichster Weise interpretiert und behandelt worden. Das Thema konnte in vielerlei Genres eingelöst werden: als journalistisches Porträt, als Homestory mit Bildern, als Porträtfotografie oder als Karikatur.

Als ein Beispiel könnte das Buch „Köpfe“ des Journalisten Maximilian Harden dienen. Darin wurde nur die politische Prominenz bedacht. Der Sammelband, der erst 1930 nach Hardens Tod 1927 publiziert wurde, druckte eine Auswahl feuilletonistischer Porträts bedeutender Persönlichkeiten ab.

Einen völlig anderen Zugriff verfolgte die damals blühende Physiognomie. Das Feld dieser Kulturgeschichte, so wie es Claudia Schmolders und Sander Gilman im Jahr 2000 mit „Gesichter der Weimarer Republik“ behandelt haben, soll allerdings mit diesem Beitrag nicht betreten werden.

Zu den methodischen Schwierigkeiten, Gropius als „Kopf“ zu behandeln, gehört das Spannungsfeld zwischen Bauhaus und Person – Gropius als Gründer und die Schule stehen stets in Interaktion und sind verflochten. Gropius setzte sich immer mit der ganzen



Prof. Dr. Magdalena Droste, Professorin für Kunstgeschichte an der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg

Kraft seiner starken Persönlichkeit für die Schule ein. Er brachte persönliche finanzielle Opfer, stellte sich vor seine Mitarbeiter und schuf sich ein persönliches Netzwerk, das ihn unterstützte. Auch sein Privatleben war in hohem Maße mit der Schule verknüpft.

II. Walter Gropius als Kopf

Um dieses riesige Thema sinnvoll einzugrenzen, soll die Metapher vom „Kopf“ ganz real befragt werden und mit „Sichtbarkeit“ in der Öffentlichkeit verknüpft werden. Befragt werden aus kunsthistorischer Perspektive Karikaturen und Fotografien. Welche Rolle kommt den fotografischen Porträts zu? Eigene fotografische Aktivitäten und fotografische Aufnahmen von Pressefotografen ergänzten sich. Wer veröffentlichte wann und wo welche Karikaturen?

Walter Gropius hatte den Berliner Zeitungsausschnittsdienst Dr. Max Goldschmidt beauftragt, alle Presseartikel zu sammeln. Diese wurden sorgfältig in große Alben eingeklebt, die sich heute im Bauhaus-Archiv Berlin befinden und online zugänglich sind. Eine Untersuchung der Presseartikel durch Patrick Rössler hat ergeben, dass „Gropius in diesen Jahren das „medialisierte Gesicht und personifizierter Angriffspunkt des Bauhauses“ geworden war.

Bevor wir Gropius Rolle als „Kopf“ darin behandeln, soll ein kurzes biographisches Porträt zuerst mit Person und Werk vertraut machen.

III. Biographie

Walter Gropius wurde am 18. Mai 1883 in Berlin geboren. In einem 1924 in der Zeitschrift „Wohnungskultur“ publizierten Lebenslauf betonte er die Verbindung „mit dem Geistesleben des klassizistischen und nachklassizistischen

Berlin vom Anfang des 19. Jahrhunderts“. Zu seinen Vorfahren zählte der Architekt Martin Gropius, der heute als Erbauer des sogenannten „Gropiusbaus“, dem ehemaligen Kunstgewerbemuseum Berlin, bekannt ist. Gropius' Vater war Stadtbaurat in Berlin. Walter Gropius studierte 1903 ein Semester Architektur an der Münchner Technischen Hochschule und weitere vier Semester an der Königlichen Technischen Hochschule Berlin-Charlottenburg. Er verließ die Universität ohne Abschluss.

Nach einer monatelangen Spanienreise 1907/08 trat Gropius 1908 in das Neu-Babelsberger Büro von Peter Behrens ein, damals einer der angesehensten deutschen Architekten. 1910 gründete er sein erstes eigenes Architekturbüro. Sein Partner und wichtigster Mitarbeiter war der Architekt Adolf Meyer, mit dem er bis 1925 zusammen arbeitete.

Gropius wurde 1911 Mitglied des Deutschen Werkbundes, an dessen Jahrbüchern er mitwirkte und für den er wichtige Aufträge ausführte. In diesen Jahren vor dem Ersten Weltkrieg entstanden zwei Bauwerke, die seinen frühen Ruhm begründeten: 1911 die Fagusfabrik für den Schuhleistenfabrikanten Benschmidt in Alfeld, die heute zum Weltkulturerbe gehört. Später wurde deren gläserne Fassade zum ersten modernen Bau und zum Vorläufer des Bauhausgebäudes stilisiert. Der zweite wichtige Bau war 1914 die Werkbundfabrik in Köln, ein temporäres Ausstellungsgebäude.

Gropius selbst hob in seinem zitierten Lebenslauf hervor: „Der Organisationsfähigkeit von Walter Gropius, die zuerst bei der Errichtung der Industrieabteilung der deutschen Werkbundausstellung in Köln 1914 zu Tage trat, war nun ein breites Feld geöffnet.“

Gropius nahm von 1914 bis kurz vor dem November 1918 als Vizefeldwebel und dann als Leutnant am Ersten Weltkrieg teil. Schon in diesen Jahren interessierte er sich für die aufgelöste Kunstgewerbeschule in Weimar, die reformiert werden sollte.

Im August 1915 heiratete er Alma Mahler, die Witwe des verstorbenen Komponisten Gustav Mahler. 1920 wurde die Ehe geschieden. Das gemeinsame Kind starb 1935 an Kinderlähmung. Im Oktober 1923 vermählte er sich mit der 13 Jahre jüngeren Ilse Frank, die als Ilse Gropius seine wichtigste und treueste Mitarbeiterin wurde.

In der politisch offenen Situation der Anfangsmonate des Jahres 1919 gelang es Gropius, die Gründung einer Kunstschule, die als „Staatliches Bauhaus Weimar“ firmierte, als Verwaltungsakt durchzusetzen. Die Eröffnung der Schule 1919 selbst inszenierte Gropius wirkungsmächtig mit der Bildmarke des Manifests, dem Holzschnitt mit der Kathedrale des Malers Lyonel Feininger und der neugeprägten Wortmarke „Bauhaus“. „Die sichere Führung des Bauhauses, der Weitblick in der Berufung der Meister, hat durch alle Wirrnisse des nachrevolutionären Deutschlands hindurch in der kurzen Zeit seines Bestehens dieses Institut zu einem maßgeblichen Faktor der modernen Kunstentwicklung werden lassen“, heißt es dazu in dem biographischen Abriss, den Gropius 1924 für die Zeitschrift „Wohnungskultur“ schrieb.

Zwischen „Reform und Avantgarde“ gewann die Schule mit ihren berühmten Lehrern wie Paul Klee und Wassily Kandinsky und ihren an Grundformen und Maschine orientierten Designs zunehmend Sichtbarkeit in der Öffentlichkeit.

Im Sommer 1923 inszenierte die Schule unter Aufbietung aller Kräfte und nach monatelanger Vorbereitung die „Bauhauswoche“. Mehrere Ausstellungen, Theateraufführungen und Vorträge

hatten landesweit Resonanz. Schon diese ersten Taten und Entscheidungen spiegelten das große Selbstbewusstsein, das die Institution Bauhaus unter Gropius Leitung entwickelt hatte. Zahlreiche weitere Alleinstellungsmerkmale sollten folgen.

Nach dem politischen Rechtsruck anlässlich der Wahlen 1924 konnte sich das Bauhaus nicht mehr lange halten. Obwohl seine Existenz spätestens zum Semesterende am 31. März 1925 beendet gewesen wäre, entschloss sich die Schule mit Gropius an ihrer Spitze, nach einem neuen Träger zu suchen, den man schließlich in der Stadt Dessau fand.

Die Stadt Dessau finanzierte den Neubau eines Schulgebäudes und von vier Wohnhäusern für die Lehrer, genannt Meister. Als dritte Bauaufgabe begann der Bau der Siedlung Dessau Törten. Diese sollte als kleine halbländliche Siedlung die lokale Wohnungsnot in Dessau lindern. Diese „Bauhausbauten“ waren ein Ereignis von nationaler Ausstrahlung und zogen sogar viele ausländische Besucher und Pressevertreter an. Die größte Attraktion war das Schulgebäude selbst. Aufgegliedert nach Funktionen erstreckte sich der Baukörper nach drei Seiten. Auf einem dunklen Sockel erhob sich eine strahlend weiße Architektur mit riesigem Glaskubus, die als sensationell modern und funktional beschrieben wurde. Der Kubus enthielt die Werkstätten; für die Studenten standen 28 Ateliers, eine Mensa, eine Bühne und eine Aula zur Verfügung.

Ein so radikal neues Schulgebäude hatte es in Deutschland bis dahin nicht gegeben. Es war, so Winfried Nerdinger, nach dem Fagusgebäude und der Werkbundfabrik das dritte Gebäude, mit dem er sich in die Architekturgeschichte einschrieb.

Nach zehnjähriger Leitungstätigkeit übergab Gropius ab April 1928 die Führung an den Schweizer Architekten Hannes Meyer. Er zog nach Berlin und arbeitete weiter als Architekt, 1929 erhielt er die Ehrendoktorwürde der Technischen Universität Hannover. In diesen Jahren folgte Gropius zahlreichen Einladungen zu Vorträgen, viele davon auch im Ausland. Sein Interesse galt dem Siedlungsbau, Beteiligung an Wettbewerben und den Fragen der städtischen Wohnformen. Wichtig war ihm die Vorfabrikation von Häusern, beispielsweise in Zusammenarbeit mit den Hirsch-Kupfer-Werken in Finow bei Eberswalde. Wegen der schlechten Auftragslage, aber auch aus politischen Gründen wanderte Gropius 1934 mit Erlaubnis der Regierung nach England aus.

1935 erschien sein erstes englisches Buch über das Bauhaus. 1937 erhielt er einen Ruf an die Harvard Universität, den er annahm. Hier errichtete er in der Nähe ein eigenes neues Wohnhaus in Lincoln. 1938 organisierte er mit seinem Team ehemaliger Bauhausmitglieder die erste große Bauhaus-Retrospektive im Museum of Modern Art in New York. Das Buch dazu war bis in den achtziger Jahren auch in deutscher Übersetzung im Handel und beeinflusste lange das Bild der Schule. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs unternahm Gropius zahlreiche Reisen in die Bundesrepublik als Berater zu Fragen des Wiederaufbaus. 1946 gründete Gropius die Architektengemeinschaft TAC, mit der er internationale Aufträge ausführte. Ein Teil seines Nachlasses, darunter viele Zeichnungen, gelangte als Schenkung zu Lebzeiten in das US-amerikanische Busch-Reisinger-Museum, das heute Teil der Harvard-Museen ist. Ab den sechziger Jahren vermachte Walter Gropius dem Bauhaus-Archiv, erst Darmstadt, dann Berlin, bedeutende



Dessau

Foto: akg-images

Das staatliche Bauhaus in Dessau – Schule mit Werkstätten für gestaltendes Handwerk, Architektur und bildende Künste, erbaut 1925 nach den Entwürfen von Walter Gropius.

Schenkungen. 1968 kam eine zweite große Bauhausausstellung zu dessen 50-jährigen Jubiläum zustande, die ohne Gropius' Mitarbeit nicht möglich gewesen wäre. Die Ausstellung tourte weltweit.

Bis zu seinem Tod im Mai 1969 war Gropius ein international gefragter Vortragsredner und Träger zahlreicher Ehrungen und Auszeichnungen. Die Jahre der Weimarer Republik legten den Grundstein zu diesem erfolgreichen Leben.

Die folgende Auswahl nimmt einige der Pressepublikationen, in denen Gropius als Objekt von Fotografen oder Karikaturisten erscheint, genauer in den Blick, stellt aber einige Fotografien vor, deren mediale Spuren noch nicht verfolgt wurden.

IV. Die Bauhauswoche 1923

Erste gedruckte, wohl zu Publikationszwecken angefertigte Personenaufnahmen mit Walter Gropius entstanden im Zusammenhang mit der Bauhauswoche 1923.

Gropius ließ sich hier mit seinem prominentesten Meister, dem Maler Wassily Kandinsky, und dem in Deutschland hoch angesehenen Rotterdamer Architekten J.J.P. Oud in seinem Weimarer Büro fotografieren. Die Herren rauchen und scheinen ein Gespräch zu führen, während Kandinsky interessiert zuhört. Der Fotograf ist unbekannt. Die Fotografie signalisiert dem Betrachter, dass Gropius hier auf Augenhöhe mit wichtigen ausländischen Künstlern in

Kontakt steht. Gropius erscheint als Teamplayer, als Gleicher unter Gleichen. Der Habitus aller Beteiligten vermittelt Seriosität. Das waren wichtige Botschaften gegenüber den staatlichen Geldgebern der Institution und der Öffentlichkeit. Für den „Berliner Börsen Courier“, der einen ausführlichen Bildbericht brachte, war die Fotografie von Gropius und seinen Gästen genauso wichtig wie die Abbildung der dreieckigen Wiege, die sich bis heute erhalten hat, und des radikal vereinfachten Stuhls, der als „Lattenstuhl“ in die Geschichte eingegangen ist.

V. Wohnungskultur 1924

Die schon zitierte Zeitschrift „Wohnungskultur“ aus Brunn erschien in deutscher Sprache. Die „Wohnungskultur“ war ein Fachorgan, das hauptsächlich über Inneneinrichtung und Architektur berichtete. Sie widmete sich der „industriellen Kultur“ und stand dem Bauhaus sehr freundlich gegenüber. 1924 publizierte sie in ihrer kleinen Serie „Männer unserer Zeit“ eine Porträtfotografie und einen Text, den Gropius ganz offensichtlich selbst verfasst hatte.

Die Fachzeitschrift ist ein gutes Beispiel für Gropius' Einsatz von Text und Bild. Das beigegebene Porträt zeigt Gropius wieder mit Fliege, Hemd mit feinen Biesenfalten und Bart und gibt – bisher nicht bekannt – an: „Photoatelier Hüttich-Oemler in Weimar“. In der Porträtmalerei wäre die Fotografie ein „Kniestück“ und signalisiert damit eine gewisse Repräsentativität. Gropius

blickt leicht zur Seite und nicht frontal in die Kamera. Beide Hände stecken in den Hosentaschen: ein Gestus, der hier männliches Selbstvertrauen, aber auch Abwendung signalisiert. Die Fotografie vermittelt überlegene Distanz und einen direktoralen Habitus.

Das journalistische Porträt zeigt, dass die Fachöffentlichkeit Gropius schon 1924 als jemand ansah, der zu den führenden Köpfen in Deutschlands Architekturszene gehört und der mit der europäischen Avantgarde ebenbürtig war. Der französisch-schweizerische Architekt Le Corbusier, der österreichische Architekt Adolf Loos und der niederländische Maler Theo van Doesburg werden vor und nach Gropius als weitere führende Köpfe ihrer Zeit ebenfalls ausführlich mit Text und Fotostrecken präsentiert.

VI. Louis Held 1924

Wohl erst nach dieser Aufnahme entstanden zwei weitere Porträtfotografien im Atelier des Weimarer Hoffotografen Louis Held. Louis Held, dessen Betrieb bis heute in Weimar existiert, hatte praktisch die gesamte Weimarer Kultur-elite – angefangen bei Franz Liszt bis zu Henry van de Velde und Elisabeth Förster-Nietzsche – fotografiert.

Gropius trägt, wie häufig in seinem Leben, eine Fliege und nimmt eine Pose ein, die eigentlich nicht zu der eines energiegeladenen rastlosen Organisationsleiters passt, als der er sich im Text der „Wohnungskultur“ präsentierte. Er stützt den Kopf mit der linken Hand auf

und nimmt damit eine traditionelle Denkerpose ein. Die zweite Fotografie zeigt ihn mit verschränkten Armen, allerdings angeschnitten, so dass deren abweisender Charakter angedeutet bleibt. Diese beiden Fotografien werden gerne in die Jahre zwischen 1919 und 1923 datiert; aber Gropius trug bis Ende 1923 einen Schnurrbart, so dass die Entstehung dieser Aufnahmen erst für 1924 anzunehmen ist. Heute werden diese Fotografien häufig publiziert; in den Jahren des Weimarer Bauhauses scheinen sie nicht nachweisbar.

VII. Karikatur 1925

Aus der Übergangszeit von Weimar nach Dessau stammt die erste Karikatur, die Walter Gropius zum Thema nimmt. Vorbild für die Arbeit des tschechischen Zeichners Jaroslav Kral war offenbar die Fotografie von Hüttich-Oemler aus der früheren Ausgabe der „Wohnungskultur“; allerdings hat der Zeichner richtigerweise den inzwischen entfernten Bart weggelassen.

Genauer betrachtet ist es weniger eine Karikatur als eine Pressezeichnung und eine Solidaritätserklärung mit Gropius und dem Weimarer Bauhaus. Im Text wird die thüringische Landesregierung wegen ihrer Politik gegen das Bauhaus adressiert.

Anlass für die Zeichnung war eine Vortragsserie in Brunn und Prag, zu der Gropius eingeladen war. Er sprach am 4. Dezember 1924 über „Die Wohnung des modernen Menschen“.

Publiziert wurde die Zeichnung in

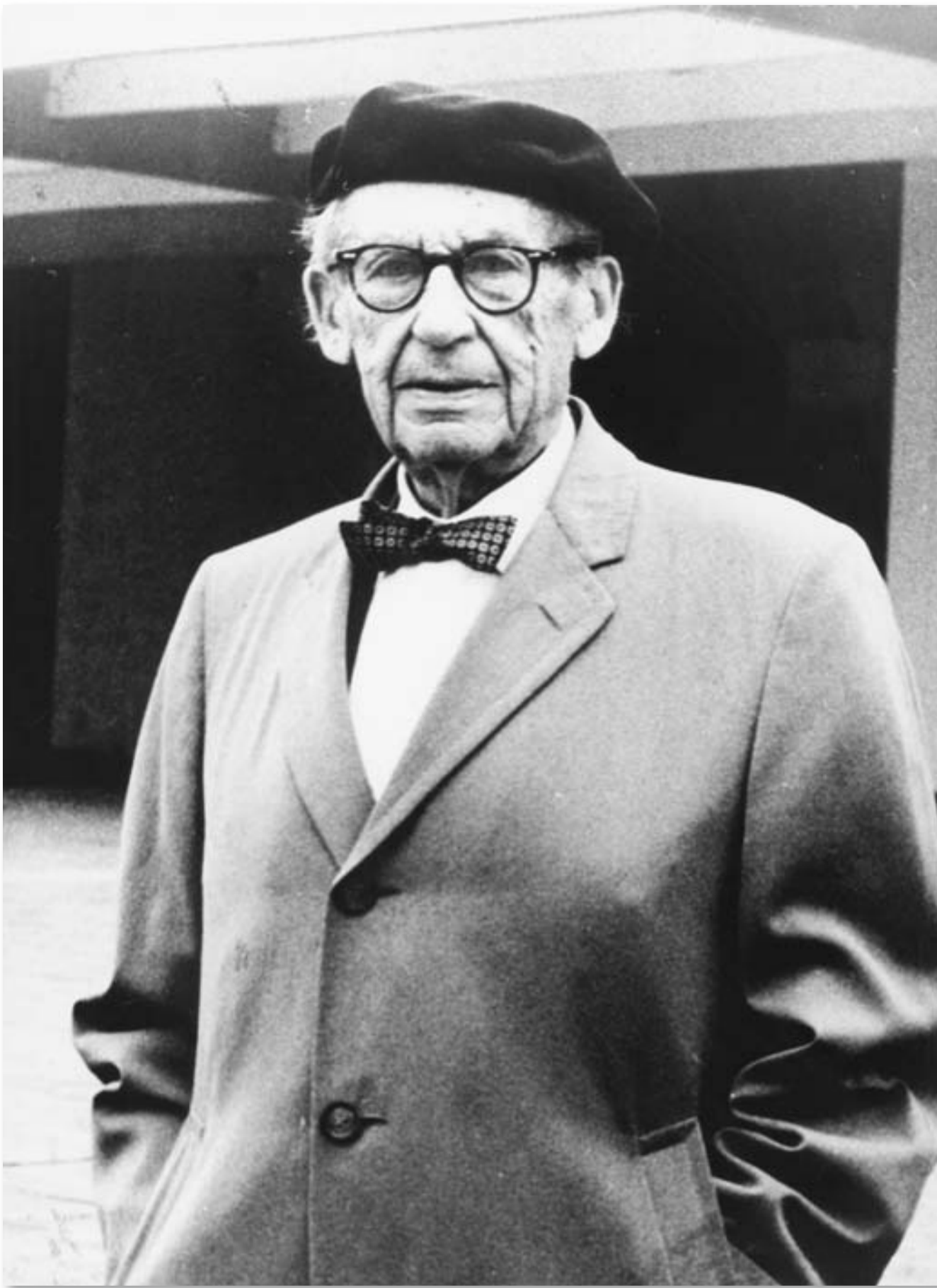


Foto: akg-images

Eine um 1960 entstandene Aufnahme des Architekten und Mitbegründers des Bauhauses Walter Gropius. Er darf heute als wirkmächtigster Architekt der Weimarer Zeit bezeichnet werden.

der schon genannten Zeitschrift „Wohnungskultur“ und zwar auf der vorletzten Seite der letzten Ausgabe. Im Januar oder Februar 1925 stellte die Zeitschrift ihr Erschienen ein.

VIII. Das Illustrierte Blatt 1926

Die Entstehung der nächsten Fotografie, die Walter und Ise Gropius beim Teetrinken im Wohnzimmer ihres neu erbauten Meisterhauses zeigt, ist genau rekonstruierbar.

In der Illustrierten Presse, wie sie sich seit 1925 entwickelte, gab es großes Interesse an prominenten Zeitgenossen – Schauspieler, Angehörige des Adels, Künstler, Schriftsteller –, die in ihren Wohnungen in möglichst ungezwungener Haltung – dennoch posierend wegen der Belichtungszeiten – dargestellt wurden. Siegfried Kracauer betextete beispielsweise „Berühmte Männer zu Hause“ für „Das Illustrierte Blatt“ am 3. April 1926 mit „Spezialaufnahmen“ von A. Binder. Text und Bild wurden

dabei häufig als Einheit konzipiert,

Die Herstellung unserer Fotografie war Teil eines Medienereignisses: der Eröffnung des Dessauer Bauhausgebäudes am 4./5. Dezember 1926. Diese Eröffnung wurde monatelang – und letztlich erfolgreich – geplant – sowohl von Walter Gropius und seinem Team wie von Teilen der Presse. Gropius hatte entschieden, zwei Blätter zu bevorzugen: Die „Bauwelt“, die führende überregionale Architekturzeitschrift und „Das illustrierte Blatt“ wurden exklusiv

beliebert und das breite Publikum und die Fachwelt so gleichermaßen bedient.

Wer war „Das illustrierte Blatt“? Das IB nannte sich selbst auf ihrem Briefbogen „Größte deutsche Tiefdruck-Zeitschrift“ und war verlegerisch Teil der renommierten Frankfurter Zeitung; sie hatte 1929 eine Auflage von 291.000.

Die Zeitschrift äußerte detaillierte Wünsche: „Denken Sie bitte daran, daß wir großes Interesse daran haben, vor allen anderen Zeitschriften eine umfassende Würdigung in unserem Blatt zu bringen. Je besseres Fotomaterial Sie uns zur Verfügung stellen können, umso mehr Raum können wir für eine Veröffentlichung frei machen. Also vielleicht eine schöne Gesamtansicht, Detailaufnahmen, Innenräume und eine Aufnahme der Meister, möglichst recht ungezwungen. Vielleicht wieder auf dem Dach in der Ecke. Vor allem würden uns die praktischen Sachen interessieren, die für den Haushalt neu sind. Von den schon fertigen Wohnhäusern der Meister werden sicher charakteristische Interieurs (Ecken usw.) aufgenommen werden können, womöglich mit den Bewohnern. Auch Paul Klee in seinem Atelier wäre eine reizvolle Aufnahme...“

Das Bauhaus erfüllte diese Wünsche der Illustrierten und gab eigene Fotos in Auftrag. Gropius und seine Frau unterzogen sich der Mühe, eine missglückte Aufnahme in ihrem Wohnzimmer beim Teetrinken zu wiederholen. So posieren Walter und Ise Gropius sicher auch als prominentes Ehepaar. Wie die Seite der Illustrierten zeigt, wählte das Blatt von den zugeschickten Fotos einige Architekturaufnahmen, aber auch den gewünschten Paul Klee. Das Foto des Ehepaars Gropius wurde allerdings nicht für die Publikation ausgewählt.

Nur selten gelingt es, solche Querverbindungen zwischen Anforderungen und Anpassungen an die Medien zu rekonstruieren.

IX. Pressefotos von Walter Obschonka 1926

Der Fotograf Walter Obschonka ließ Gropius anlässlich der Eröffnung des Dessauer Bauhauses im Dezember 1926 in seinem Arbeitszimmer vor den Aktenschränken Platz nehmen. Mit dieser Pose charakterisierte er Gropius als Direktor des Bauhauses. Das Telefon und ein überfüllter Schreibtisch liefern entsprechende Accessoires.

Obschonka ließ auch – praktisch direkt vor Gropius Arbeitszimmer – einige der Meister mit Gropius auf dem Gang posieren. Der langgezogene Flur und die Fenster vermitteln einen Eindruck von der neuen radikal schmucklosen Architektur.

Das Foto vereint den Maler Wassily Kandinsky und seine Frau Nina, die Maler Georg Muche, Paul Klee und leicht hervortretend, Walter Gropius, wieder mit Fliege und Zigarette. Sie tragen sogar noch ihre Hüte. Nina Kandinsky hält einen Blumenstrauß in ihren Händen. Beide Fotografien erfüllten die neuen Bedürfnisse der Illustrierten Presse nach lebendigen Aufnahmen.

X. Benedikt Fred Dolbin 1927

Ein Jahre später wurde Walter Gropius anlässlich eines Vortrags „Typisierter Siedlungsbau und maschinelles Bauen“ in der Volkshochschule Magdeburg von dem damals prominenten Pressezeichner und Karikaturisten B. F. Dolbin gezeichnet. Die Karikatur wurde am 16. Oktober 1927 in der Magdeburger Zeitung publiziert.

Nach der Eröffnung des Bauhausgebäudes und dem großen Interesse der Medien daran gehörte er mittlerweile zur Kulturprominenz der Weimarer Republik, die Dolbin in zahllosen schnell

und sicher gezeichneten Blättern festhielt und den Tages- und Wochenzeitungen anbot. Spätestens seit der Eröffnung des Bauhauses und dem Einzug in die Illustrierte Presse hatte Gropius die Teilöffentlichkeit der Fachpresse hinter sich gelassen. Mit diesem „Prominentenbonus“ war er auch einer Karikatur würdig geworden.

XI. Associated Press 1928

Die nächste Fotografie erzählt auch mit ihrer Rückseite eine Geschichte. Sie zeigt Walter Gropius neben seinem Entwurf für die Zeitung *Chicago Tribune* von 1922, einen der ersten US-amerikanischen Architekturwettbewerbe für einen Wolkenkratzer. Die Rückseite weist die Fotografie als Ergebnis eines Agenturfotos aus. Der Bilderdienst der Associated Press of America hatte Gropius einen Privatabzug zur Verfügung gestellt, den dieser offenbar an die Zeitschrift „Die Dame“ weitergegeben hatte. Es ist unbekannt, ob „Die Dame“ diese Fotografie veröffentlichte. Wie damals üblich, wurde das Foto von der „Dame“ zurückerbeten und auch zurückgeschickt.

Die Aufnahme wurde offensichtlich für ein US-amerikanisches Publikum angefertigt, da für dieses der Chicago-Bezug noch von Interesse sein konnte.

Der Fotograf wählte eine repräsentative Ganzfigurenansicht. Wieder trägt Gropius seine Fliege, er hat wieder die Hände in den Taschen und blickt nachdenklich und eher abweisend in die Ferne.

XII. Kladderadatsch 1928

Das Chicago-Foto und die folgende Trümmerkarikatur entstanden wahrscheinlich fast gleichzeitig. Anlass ist Gropius' Kündigung als Leiter des Bauhauses zum 1. April 1928. In der Hand hält er seinen Vertrag, was darauf anspielt, dass Gropius das Institut vorzeitig verließ. Gropius argumentierte damals, er habe das Bauhaus verlassen, um sich wieder der Architektur zu widmen. Die Karikatur wertete dagegen den Rücktritt als Niederlage, denn das Bauhaus liegt in Trümmern. Der Zeichner Hans Maria Landluft zeigte ihn mit Bart, den er längst abgelegt hatte.

Der „Kladderadatsch“ war ein bekanntes Satiremagazin, das wöchentlich erschien. In der Weimarer Republik galt es als rechtsgerichtet.

XIII. Menschen der Zeit 1930

Im fotografischen Buchgenre gab es eigene Reihen und Serienpublikationen mit „Köpfen“, von denen hier einige genannt sein sollen: 1925 hatte der Fotograf August Sander „Antlitz der Zeit“ veröffentlicht, 1930/31 publizierte Helmar Laska „Köpfe des Alltags“. Ebenfalls 1930 erschien „Unsere Zeit in 77 Frauenbildnissen“. In dieses große Interesse an fotografierten Köpfen ordnet sich auch der Fotoband „Menschen der Zeit. 101 Bildnis aus deutscher Gegenwart“ ein. Verleger war der Karl Robert Langewiesche aus Königstein mit der Reihe der „Blauen Bücher“. Langewiesche hatte mit dieser Reihe seit 1902 das preiswerte Fotobuch populär gemacht. Sein Buch enthält eine Abteilung Baukunst. Hier sind fünf Architekten in alphabetischer Reihenfolge abgebildet: Paul Bonatz, Fritz Höger, Wilhelm Kreis, Hans Poelzig, Richard Riemerschmidt. Wir würden sie heute dem konservativen Lager oder – wie Poelzig – dem Expressionismus zuordnen. Nur mit Poelzig verbanden Gropius freundschaftliche Beziehungen. Er selbst wurde nicht in den Bildband aufgenommen. Der Architekturpublizist und Berater der Verleger, Walter Müller-Wulkow,

so schreibt es Rainer Stamm in „Autopsie“, hatte auch Walter Gropius und Erich Mendelsohn vorgeschlagen, doch der Verleger stimmt dem nicht zu. Die Auswahl von Langewiesche blieb konservativ und Gropius ausgeschlossen.

XIV. Benedikt Fred Dolbin 1931

Der Zeichner B.F. Dolbin sollte Gropius 1931 noch einmal treffen und schnell skizzieren. Er berichtete darüber: „Sprach in der Pause nur mit (Walter) Gropius; erschütternd seine Klage über Beschäftigungslosigkeit. Ich hätte nie vermutet, daß es diesem anerkannten Könnner schlecht gehen könne“, so berichtet Dolbins Biograph Will Schaber für den April 1931. Ob diese Karikatur je veröffentlicht wurde? [Bild]

XV. Neue Leipziger Zeitung 1932

Die vielleicht letzte Beschäftigung der Illustrierten Presse mit Gropius ist eine Doppelseite der „Neuen Leipziger Zeitung“ vom 4. September 1932.

Anlass war der Beschluss des Dessauer Gemeinderates, das Bauhaus aufzulösen. Gropius wird doppelt so viel Raum eingeräumt wie seinem Nachfolger Hannes Meyer und dem amtierenden Direktor Ludwig Mies van der Rohe. Es wird deutlich, dass Gropius in der Wahrnehmung der Presse stärker mit dem Bauhaus verbunden wird als seine beiden Nachfolger.

Es ist kaum zu klären, wie die Redaktion an die ausgewählte Fotografie von Hugo Erfurth kam, die dieser 1928 am Bauhaus Dessau aufgenommen hatte. Gropius hat die Haare in die Stirn gekämmt, diesen Pony trug er nur kurz 1927/28.

Hugo Erfurth (1874–1948) legte ab 1923 eine „Galerie der Köpfe meiner Zeit“ an. Er zählte zu den wichtigsten Porträtfotografen der Weimarer Republik.

Es existieren Abzüge mit zwei leicht unterschiedlichen Positionen. Einmal frontal und einmal leicht schräg, die unterschiedlich beschnitten publiziert wurden. Selten schaut Gropius so frontal in die Kamera und auf den Betrachter. Auch hier hat er die Hände in den Taschen und schafft damit Rückzug und Distanz.

XVI. Zusammenfassung

Es wurden einige publizierte und damals vielleicht unpublizierte Abbildungen ausgewählt, auf denen Gropius in den Jahren der Weimarer Republik als „Kopf“ adressiert wurde oder sich selbst dem Fotografen stellte.

Gropius stellte in eigenem Auftrag angefertigte Porträtfotografien zur Verfügung, die auch gedruckt werden. Die Arbeit der Karikaturisten konnte er nicht beeinflussen. Mit der Bauhauseröffnung 1926 wuchs der Bildbedarf. Fotografen wie Obschonka arrangierten die Fotos selbst; aber Gropius war bemüht, den neuen Bedürfnissen Rechnung zu tragen. Er und das Bauhaus gingen auf die Wünsche der Fotografen ein, die Homestories und sprechende Fotografien verlangten.

Nur in den kurzen Jahren seiner Dessauer Bauhauszeit 1926/28 gehörte Walter Gropius in der Resonanz der zeitgenössischen Presse zu einem der führenden „Köpfe“. Mit dem Ausscheiden aus dem Bauhaus ließ das Interesse der Presse nach. Die Präsenz in einem der weitverbreiteten Fotobücher mit „Köpfen“ scheiterte am konservativen Verleger. Erst in den USA und in der jungen Bundesrepublik gelang es Gropius, sich als Bauhausgründer erneut und bis heute erfolgreich in die Geschichte einzuschreiben. □

Thomas Mann – Vom Unpolitischen zum Fürsprecher und Verteidiger der deutschen Republik

Sebastian Hansen

I.

Die Ermordung des deutschen Außenministers Walter Rathenau im Juni 1922 hatte Thomas Mann nachhaltig schockiert. „Welche Finsternis in den Köpfen dieser Barbaren! Oder dieser idealistisch Verirrten“, schrieb er zwei Wochen nach dieser Tat an den befreundeten Literaturwissenschaftler Ernst Bertram. Der politische Mordanschlag auf den Reichsaußenminister war von Mitgliedern der rechtsextremen *Organisation Consul* verübt worden und reihte sich ein in eine Kette terroristischer Anschläge, die die junge Republik nicht zur Ruhe kommen ließ. Die Ermordung Rathenaus traf erstmals ein amtierendes Regierungsmitglied und wühlte die Öffentlichkeit besonders auf. Auch Thomas Mann öffnete dieses Ereignis noch einmal weiter die Augen für den prekären Zustand, in dem sich die junge Republik befand.

In seinem Brief an Ernst Bertram äußerte er die Ansicht, die Republik sei doch immer noch Deutschland und auf dem Boden der Demokratie vermöge die notwendige neue Humanität „nicht schlechter gedeihen, als auf dem des alten Deutschland.“ Wer sich gegen beides Stelle, der scheue im Grunde nur Worte. Eine substantiell begründbare Ablehnung ließ Thomas Mann nicht gelten. Er sah vielmehr durch diesen Staat, der „in unser aller Hände gelegt ist“, eine einmalige historische Gelegenheit für Deutschland gekommen, die es zu nutzen gelte. Wenn man bedenkt, mit welcher Vehemenz der Schriftsteller während des Ersten Weltkriegs die deutsche Kultur gegenüber der westlichen Zivilisation verteidigt hatte, wird deutlich, worin genau für ihn diese einmalige historische Situation bestand. Nachdem die deutsche Kultur und das Deutsche Reich nicht wie befürchtet im Krieg untergegangen waren, besaß das Land nun die Chance, wieder seine Kultur zur Entfaltung zu bringen und damit Deutschland einen Weg in die Zukunft zu ermöglichen. Doch gerade das gewaltsame Opponieren gegen die Republik widersprach dieser Gelegenheit und gefährdete sie. Thomas Mann fühlte sich hiervon persönlich betroffen. „Ich leide unter der Verzerrung des deutschen Antlitzes“, schrieb er Ernst Bertram.

Wie ernst und stark dieses Leiden war, wird deutlich, wenn man die Konsequenzen betrachtet, die Thomas Mann hieraus zog. Er entschied sich dazu, einen geplanten Geburtstagsartikel zu Gerhardt Hauptmanns 60. Geburtstag „zu einer Art Manifest“ zu gestalten und als Rede in Berlin vorzutragen. Dieser Schritt war durchaus ungewöhnlich für den Schriftsteller. Bisher hatte er noch keinen derartigen politischen Auftritt angestrebt.

Thomas Manns Bekenntnis zur Republik löste bekanntlich ein Echo der Zustimmung und gleichzeitig der Ablehnung aus. Schlagartig veränderte sich seine Rolle. Für die Gegner der jungen Republik war er nun ein verloren gegangener Verbündeter. „Mann über Bord“ und „Saulus Mann“ lauteten die Titel in jenen Zeitungen, die die Enttäuschung und Empörung auf konservativer



Dr. Sebastian Hansen, Akademischer Mitarbeiter in der Abteilung für Neuere Geschichte am Historischen Institut der Universität Stuttgart

bzw. rechter Seite zum Ausdruck brachten. Gerade hier hatte man bislang trotz verschiedener Vorbehalte Thomas Mann zur eigenen Seite zugehörig geglaubt.

Wer die *Betrachtungen eines Unpolitischen* gelesen hatte, jenes opulente Werk, das während des Ersten Weltkriegs entstanden und im Herbst 1918 erschienen war, der konnte sich an ablehnende Äußerungen Thomas Manns gegenüber der Demokratie, der Republik und der Politik erinnern. Mitunter waren sie äußerst scharf formuliert und geprägt von Trotz, Provokation, Polemik, Wut und Einseitigkeit. In dieser Schrift waren Sätze zu finden wie: „Ich will die Monarchie“ oder „Ich will nicht die Parlaments- und Parteiwirtschaft, welche die Verpestung des gesamten nationalen Lebens mit Politik bewirkt“. Die *Betrachtungen eines Unpolitischen* waren ein Buch, das sich auch mit solchen energischen Aussagen gegen die Verwestlichung wehrte, gegen die mit ihr verbundene völlige Demokratisierung, Politisierung und Ökonomisierung. Doch man wird nicht übersehen können, dass solche vehementen Aussagen sogleich auch wieder wenige Seiten weiter relativiert werden. Dann heißt es plötzlich: „ich bin nicht Partei, wahrhaftig, ich bekämpfe nicht die Demokratie.“ In den zustimmenden Reaktionen auf dieses Buch gab es entsprechend auch Vorbehalte. Aber sie spielten nach Kriegsende nur eine untergeordnete Rolle. Bei der Rezeption dieser Schrift verfolgte man primär die eigenen politischen Interessen und sah in Thomas Mann einen brauchbaren konservativen Verteidiger Deutschlands. Doch 1922 schien plötzlich alles anders. Hatte Thomas Mann seine bisherigen Überzeugungen aufgegeben und die Seite gewechselt?

Auf den ersten Blick wird der Widerspruch deutlich, der durch die Republik-Rede entstanden war. Thomas Mann selbst war jedoch anderer Auffassung. Er sah in seinem Bekenntnis zur Republik

keinen Bruch zu seinen bisherigen Überzeugungen. Es sei „die gerade Fortsetzung der wesentlichen Linien der *Betrachtungen*“, äußerte er im Dezember 1922 gegenüber seiner mütterlichen Freundin Ida Boy-Ed. Wie lässt sich also diese Diskrepanz erklären? War Thomas Mann doch kein überzeugter Anhänger der Republik geworden? Wenn man weiter blickt, zeigt sich, dass das Bekenntnis keine Sache des Augenblicks war. Seit seiner Republik-Rede hat sich der Schriftsteller auf vielfältige Weise als Fürsprecher und Verteidiger der Republik gezeigt und sich mit großer Energie für diese erste Demokratie eingesetzt. Sogar sein literarisches Werk steht in einem engen Bezug zur Entwicklung der Weimarer Republik und zeigt einen politischen Gehalt, der sich nicht ausblenden lässt. Warum also engagierte sich Thomas Mann für diese Republik? Wie stand er zur Demokratie? Und welchen eigentlichen, tiefergehenden Grund gab es dafür, dass er sich 1922 unter dem Eindruck der Ermordung Walter Rathenaus dazu entschloss, ein öffentliches Bekenntnis abzulegen?

Wenden wir uns zur Beantwortung dieser Fragen zunächst Thomas Manns Haltung vor, während sowie in den ersten Jahren nach dem Weltkrieg zu, um genauer verstehen zu können, wie sich sein Verhältnis zu Politik und Demokratie in dieser Zeit bereits schrittweise veränderte. Hieran anknüpfend werden wir anschließend anhand einiger Beispiele weiter verfolgen können, wie und warum er sich bis 1933 als Fürsprecher und Verteidiger der Republik erwies.

II.

Vor dem Ersten Weltkrieg begegnen wir Thomas Mann in der Tat überwiegend als unpolitischem Künstler. Das heißt nicht, dass er politisch desinteressiert gewesen sei. Thomas Mann gehörte nicht zu jenen, die die Welt der Politik ignorierten oder aus ihrem Leben ausklammerten. Doch Äußerungen zu politischen Themen gab der Schriftsteller jenseits des privaten Umfelds nur selten und dann eher beiläufig. Dass er sich politisch weitgehend zurückhaltend zeigte, lag in seinem künstlerischen Selbstverständnis begründet. Für ihn hatte die Literatur keinen politischen Sinn und Zweck. Thomas Mann verfasste keine politisch engagierte Literatur. Deshalb betrachtete er auch im Künstler den Unpolitischen.

Man wird jedoch nicht übersehen können, dass Thomas Mann in dieser Zeit die Politik bereits als eine besondere Herausforderung speziell des Schriftstellers begriff. Der Ausgangspunkt hierfür war die Feststellung, es gebe in Deutschland eine gewisse „Litteraturfeindschaft“, die mit dem Vorwurf verbunden war, der Geist wirke durch seine Kritik zersetzend. Diese Ansicht wollte Thomas Mann jedoch nicht gelten lassen. Er sah im Literaten vielmehr denjenigen, der gerade durch Geist und Kritik zur Höherentwicklung beitrage. Der Geist sei das produktive „Prinzip der Ungenügsamkeit“. Doch zugleich erkannte er auch eine Ambivalenz, die dem Literaten eigen war. Während den Literaten einerseits die positive Fähigkeit auszeichne, über „Bewußtheit, höchste psychologische und sittliche Reizbarkeit, Güte und Humanität“ zu verfügen, konnten diese Eigenschaften andererseits „bei politischer Teilnahme zu einem fast trivialen, fast kindlichen Radicalismus und Demokratismus führen“. Dies war die negative Seite des Literaten, zu der ihn die Politik bringen konnte. Thomas Mann blickte somit zwar skeptisch auf die Politik – aber er blickt auf sie. Er sah, dass auch der Schriftsteller die Politik grundsätzlich nicht unberücksichtigt lassen konnte.

Sie war eine Gegebenheit, zu der man sich zu stellen hatte.

Diese Beobachtung resultierte aus seiner intensiven Beschäftigung mit der Frage, was das Wesen der Kunst sei und was den modernen Künstler ausmache. Beide Fragen konfrontierten ihn in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg mit einer Fülle von Problemen, für die er erst in der Weimarer Republik endgültig eine Lösung fand – und es war diese Lösung, die eng mit seiner positiven Haltung zur Republik verknüpft war.

Thomas Mann sah sich zu Beginn des 20. Jahrhunderts mit dem Umstand konfrontiert, dass Geist, Kritik, Erkenntnis, Vernunft und Zivilisation nur einen Teilbereich des Menschen ausmachen. Darüber hinaus existiere noch eine Sphäre, die vom Verstand nicht abgedeckt sei und zu der Thomas Mann Begriffe wie Schönheit, Schöpfertum, Kunst, Dämonie und Kultur zählte. Dieser zweiten Sphäre schienen Geist, Verstand und Zivilisation teilweise oppositionell gegenüberzustehen. Deshalb unternahm Thomas Mann den Versuch, sich über die Gemeinsamkeiten und Widersprüche beider Sphären weiter Klarheit zu verschaffen. Gerade als Künstler beschäftigte ihn die Tatsache, dass der Mensch nicht nur auf die rationale Seite begrenzt werden könne, sondern auch über irrationale Dimensionen verfüge, die mitunter eine schöpferische Kraft darstellten. Die Zivilisation erschien ihm aufgrund ihrer kritisch-rationalen Eigenschaften und ihres aufklärerischen Impetus als etwas, das die zur Kultur gehörigen andersartigen Eigenschaften tendenziell nicht nur auszuklammern, sondern mitunter gar aufzulösen schien.

Es gelang Thomas Mann jedoch nicht, die konstatierten Widersprüche und Gegensätze wie erhofft zu ordnen und für sich zu klären. Er ließ daher seinen hierzu geplanten Essay *Geist und Kunst* als „amorphe Notizenmasse“ liegen. 1912 deutete er allerdings vorsichtig eine Lösung an. Ihm schien der Dichter derjenige zu sein, der die vielen Gegensätze in sich trage und daher befähigt sei, eine Synthese zu bilden, einen dritten Weg jenseits der Gegensätze zu gehen: Der Dichter „stellt sie selbst dar, immer und überall, Versöhnung von Geist und Kunst, von Erkenntnis und Schöpfertum, von Intellektualismus und Einfalt, Vernunft und Dämonie, Askese und Schönheit – das dritte Reich.“ Eine solche Sichtweise bekräftigte einerseits Manns unpolitische Haltung. Einem politischen Schriftsteller, der Partei ergreift und Position bezieht, war die Synthese, die Überwindung der Gegensätze, unmöglich. Aber andererseits konnte ein Künstler, dem die Synthese gelingt, nicht die verschiedenen Elemente des Lebens ignorieren. Die Politik, die Demokratie, überhaupt die vielen Facetten der Zivilisation – sie mussten von ihm berücksichtigt werden und Eingang in die Synthese finden.

Thomas Mann sah sich selbst nicht zur Verwirklichung dieses Ideals in der Lage, und der Erste Weltkrieg ließ 1914 die offen gebliebenen Probleme mit voller Wucht wieder hervortreten. Nun waren sie jedoch von existenzieller Bedeutung und rückten in einen politischen Kontext ein. Denn Thomas Mann betrachtete die Gegner Frankreich und England als Länder der Zivilisation, die Deutschland und seine Kultur akut bedrohten.

Sosehr die *Betrachtungen eines Unpolitischen*, die in diesen Jahren entstanden, von Abwehr, Polemik und diversen pessimistischen Sentenzen geprägt sind, stellen sie zugleich doch einen dialektischen Orientierungsversuch dar, der Thomas Mann weiter verdeutlichte, dass sich Politik und Demokratie nicht ignorieren, nicht ausschließen ließen. „Aber

Anti-Politik ist auch Politik“, gestand er sich und seinen Lesern ein, „denn die Politik ist eine furchtbare Macht: Weiß man auch nur von ihr, so ist man ihr schon verfallen. Man hat seine Unschuld verloren.“

Zudem übte der Schriftsteller in seinen *Betrachtungen* deutliche Kritik am Kaiserreich. Auch das bestehende politische System habe es aus seiner Sicht nicht vermocht, die Kultur zu stärken. Der Aufstieg und die Dominanz der Wissenschaft, insbesondere der Naturwissenschaften, der Technik und der Wirtschaft hätten die Kultur geschwächt. Ein geistloser Kapitalismus und oberflächliche Annehmlichkeiten der Konsumwelt beeinträchtigten längst die soziale Bindekraft und verhinderten, dass der Mensch sich zur Persönlichkeit ausbilde. Der Bildungsbürger sei vom Bourgeois verdrängt worden. Und das Kaiserreich habe diese Entwicklung nicht verhindern können. Deshalb erschien Thomas Mann das bisherige Kaiserreich auch nicht als erhaltenswerter Musterstaat. Zwar mochte dieser Staat im Vergleich zu den westlichen Demokratien der Kunst und dem Künstler

Der Bildungsbürger sei vom Bourgeois verdrängt worden.

mehr Freiraum gelassen haben sowie eine Innerlichkeit, die einen vor der Politisierung bewahrte. Aber zur Kulturnation sei Deutschland nicht geworden. Der „Triumph der Realpolitik“ habe dies verhindert und dazu beigetragen, dass der freie geistige Bürger aufgehört habe zu bestehen. Diesen Vorwurf richtete Thomas Mann zugleich an das Bürgertum selbst. Es habe bislang nicht die Kraft oder die Fähigkeit gezeigt, der Kultur zur Hegemonie zu verhelfen.

Im Krieg betrachtete Thomas Mann daher auch eine Möglichkeit, die Fehlentwicklungen endlich zu korrigieren. Dabei sah er ein, dass es kein apolitisches Dasein gab und es entsprechend keine Ausgrenzung der Politik, keine Politik-Enthaltung mehr geben konnte. Aus diesem Grund suchte Thomas Mann in seinen *Betrachtungen* nach einem Weg der Politikbegrenzung.

Ein Bestandteil dieses Weges lag in der neuen Bedeutung, die dem Bürger und dem Künstler zukommen solle. Aus Thomas Manns Sicht bot die Kultur dem Menschen der Moderne, der metaphysisch obdachlos geworden war und in einer pluralen Gesellschaft lebte, die nicht mehr von einem einheitlichen, verbindlichen Zentrum zusammengehalten und regiert wurde, den Raum und das Mittel der Sinnstiftung. Die Kunst weise den Weg, das „Leben ethisch zu erfüllen“. Im Künstler könne der Bürger jenen Menschen entdecken, der nicht zu den Extremen neige, der kein Fanatiker, Ideologe oder Dogmatiker sei, sondern der das Leben liebe. Wir können hier bereits erkennen, wie Thomas Mann wieder an seine Synthese-Idee anknüpfte, die er bereits vor dem Krieg angedeutet hatte. Nun geht er aber einen Schritt weiter und verknüpft den Künstler stärker mit der Bürgerlichkeit. Der Weg zum Künstler führe über die Bürgerlichkeit. Denn zur Bürgerlichkeit gehörten Bildung und eine ethische Lebensführung, die sich aus Eigenschaften wie Ordnung, Ruhe, Fleiß und Folge speise. Diese beiden Facetten der Bürgerlichkeit führten dazu, dass der Bürger bereits ein Mensch des mittleren Weges, des Ausgleichs sei, kurz: ein Mensch der Humanität.

Thomas Mann erschien daher die Förderung des Bildungsbürgers und der hierüber möglich werdende Aufstieg zum Künstler als eine alternative Fort-

schriftsgeschichte, und er unternahm nun auch einen vorsichtig-vagen Blick auf einen Staat der Zukunft, in dem Bildungsbürger und Künstler wieder zur Geltung kommen würden. Dem Schriftsteller schwebte ein politisches System vor, in dem insbesondere das Bildungsbürgertum zu dominierenden Schicht werden sollte und der bürgerliche Künstler seiner staatlich verfassten Nation ihr metaphysisches Wesen geben würde. In seinen Überlegungen deutete er sogar konkret an, die Macht durch ein verändertes Wahlrecht neu auszutarieren. Nicht mehr Stand und Klasse, Einkommen und Besitz sollten als Kriterien gelten, sondern Bildung. Es war zweifelsohne ein tendenziell elitäres Konzept, das einerseits einen demokratischen Zug aufwies, indem es grundsätzlich das Staatsvolk als Souverän betrachtete. Andererseits besaß es zugleich eine antidemokratische Tendenz, indem es Herrschaft auf jenen Bevölkerungsteil beschränkte, der über Bildung verfügte. Man wird jedoch den dabei angedeuteten Wunsch Thomas Manns nicht übersehen dürfen, dass grundsätzlich jeder Bürger Bildung erlangen solle.

Das Konzept blieb wenig konkret. Die Gedankengänge des Schriftstellers verdeutlichen aber drei Dinge. Erstens wollte Thomas Mann der Kultur wieder zum Hochbegriff verhelfen. Dies war nur durch die Einheit von Staat und Kultur möglich. Zweitens sollte das Bildungsbürgertum politisch Verantwortung übernehmen. Das heißt, statt reiner Innerlichkeit war die Politik ein notwendiger Bestandteil, um die Kultur zu bewahren. Drittens sollte Deutschland auf diese Weise eine eigene Form von Demokratie ausbilden, die nicht dem westlichen Weg folgte, sondern dem deutschen Wesen gerecht würde.

Es ist deshalb nicht überraschend, dass Thomas Mann im Zuge der Revolution von 1918 ohne Schmerz oder Wehmut Abschied von der Monarchie nahm. Ein Herzensmonarchist war er nicht. Vielmehr stand er der Revolution von Anfang an aufgeschlossen gegenüber. Am 10. November, einen Tag nach der Abdankung des Kaisers, notierte er in sein Tagebuch: „ich heiße die ‚neue Welt‘ willkommen“. Trotz verschiedener skeptischer und teilweise ablehnender Äußerungen gegenüber dem konkreten Verlauf der Revolution, sah Thomas Mann in dem Umsturz durchaus eine Rettung. Denn nun bot sich ihm eine konkrete Perspektive. Das von außen befürchtete Ende war noch einmal abgewendet worden und Deutschland erhielt die Gelegenheit, zu zeigen, dass es seine Zukunft selbst gestalten könne und werde. Im Winter 1918/19 aktualisierte er seinen längst formulierten Wunsch, dass etwas Neues entstehen solle, indem er äußerte, es sei nun „die deutsche Aufgabe zwischen Bolschewismus und westlicher Plutokratie in *politics etwas Neues zu erfinden*“.

Mit politischen Konzepten setzte sich Thomas Mann jedoch nicht eingehender auseinander. Er erörterte keine verfassungspolitischen Fragen und unterbreitete auch keine diesbezüglichen Vorschläge. In dieser Hinsicht blieb die Politik für ihn eine fremde Welt, mit der er sich nur begrenzt befasste. Politik war nicht sein Beruf.

Doch Thomas Mann ging zugleich geistig wieder einen Schritt weiter auf die Republik zu. Hieran hatte seine Beschäftigung mit Goethe im Winter 1918/19 einen entscheidenden Anteil. Goethe verhalf Thomas Mann zum gesuchten künstlerischen Selbstbewusstsein und hierüber zur weiteren politischen Positionierung. Es gelang Mann nun sogar, die Politik in sein Humanitätskonzept zu integrieren, sie zu einem Bestandteil der Kultur zu machen. In einem 1921 gehaltenen Vortrag *über*

Goethe und Tolstoi erklärte Thomas Mann, dass die Selbstausbildung des Menschen der erste wichtige Schritt sei, um zur Persönlichkeit zu werden. Doch die Menschenbildung sei damit noch nicht abgeschlossen. Bei Goethe werde man einer „schönen Menschlichkeit“ ansichtig, die zeige, dass „das Soziale aus der Kultur- und Bildungsidee organisch“ erwachse. Sein *Wilhelm Meister* habe es gezeigt: Erst das „Soziale, ja Politische“, so Thomas Mann wörtlich, gehöre zur Vervollkommnung unabkömmlich dazu. Bei der Frankfurter Goethe-Woche Anfang 1922 formulierte Thomas Mann es noch deutlicher. Wenn die „Sphäre der Humanität“ alles Menschliche umfasse, gehöre dazu auch, dass „der Mensch, vom Sozialen angerührt, der unzweifelhaft höchsten Stufe des Menschlichen, des *Staates* nämlich, ansichtig wird.“ Hier bezeugen wir nun einer grundsätzlichen Bejahung des Staates als Bestandteil der Humanität.

In der Weimarer Republik, einem Staat, der den Bürgern zugefallen war, sah Thomas Mann die Gelegenheit zur Verwirklichung der Humanität. Sie war für ihn die lange gesuchte Synthese, „das dritte Reich“, von dem er sprach. In seiner Republik-Rede erklärte er 1922, die Humanität sei „die deutsche Mitte, das Schön-Menschliche“, in dem die vielen verschiedenen Gegensätze vereint würden. Die Republik sei ihre positive Rechtsform, die es anzunehmen gelte. Denn diese Staatsform biete dem Bildungsbürger die Chance auf Freiraum und selbst gestaltete Einbindung in den Staat. Ein solcher Staat werde schließlich der Kultur und insbesondere der Kunst zum Aufschwung und zur Hegemonie verhelfen. Deutschland könne so zum „Meisterwerk“ werden, wie Thomas Mann schon 1921 in seinem Vortrag *Goethe und Tolstoi* erklärt hatte. Es war ein Traum, wie er gestand, der jedoch „wert ist, geträumt zu werden, der wert ist, geglaubt zu werden.“ Mit seinem Bekenntnis zur Republik appellierte Thomas Mann schließlich für die Verwirklichung dieses Traumes. Im Angebot der politischen Möglichkeiten erschien ihm die Republik offenbar die beste Form zu sein, um die genannten Ziele zu erreichen.

III.

Nach seiner Republik-Rede begann Thomas Mann sich auf vielfältige Weise in der Republik zu engagieren. Dies hing zum einen mit seiner eigenen Überzeugung zusammen, in den geistigen und politischen Auseinandersetzungen dieser Zeit weiterhin Stellung beziehen zu müssen. Er sah sich in der selbst auferlegten Verantwortung, als Künstler Antwort auf das notwendige Orientierungsbedürfnis zu geben, Mut und haltbaren Sinn zuzusprechen, kurz: an einem gelingenden Leben des Einzelnen und der Gesellschaft mitzuwirken. Zum anderen zog er nun aber auch das Interesse von prorepublikanischen Politikern, Parteien, diversen politisch interessierten Bürgern und von staatlicher Seite auf sich. Die Befürworter und Verteidiger der Republik suchten in ihm einen repräsentativen Unterstützer – und Thomas Mann ließ sich auch immer wieder in die Pflicht nehmen, verweigerte sich der „geistigen Politik“, wie er 1924 einmal formulierte, nicht.

So trat er zum Beispiel 1923 bei einer Gedenkveranstaltung für Walther Rathenau auf. Diese Zusammenkunft wurde von der *Arbeitsgemeinschaft republikanischer Studenten Münchens* zum Jahrestag der Ermordung des deutschen Außenministers ausgerichtet. Der Schriftsteller sprach bei dieser Veranstaltung über den Geist und das Wesen der deutschen Republik, erklärte erneut deutlich, die Republik sei „die Einheit von Staat



Foto: akg-images

Thomas Mann anlässlich der Feiern zum 150. Todestag Friedrich Schillers in Deutschland. Auch die Teilnahme an politischen Diskursen war Mann als Bürger und Künstler zunehmend zur Notwendigkeit geworden.

und Kultur“ und könne „etwas wunderbar und vollendet Deutsches, ja die Vollendung deutscher Menschlichkeit bedeuten“. Doch müsse man dafür etwas tun und dürfe die Republik nicht als etwas „ganz Bekämpfungswertes“ betrachten. Thomas Mann hielt dem Bürgertum vor, dass es „seinen Bildungs-, Kultur- und Humanitätsbegriff zu früh geschlossen hat, als es das politische Element“ und den republikanischen Gedanken ausschloss. Doch beides gehöre dazu. Der radikalistische, reaktionäre Faschismus, so Thomas Mann, sei ebenso wie der Kommunismus keine alternative Antwort auf die Idee der Humanität, die in der Republik verwirklicht werden müsse. Republik sei „ideell genommen und von mangelhaften Wirklichkeiten abgesehen, nichts ande-

res, als der politische Name der Humanität“.

Auch in den nachfolgenden Jahren nahm Thomas Mann an verschiedenen prorepublikanischen Veranstaltungen teil. 1924 folgte er beispielsweise der Einladung des Stralsunder Regierungspräsidenten Hermann Hausmann, zum Verfassungstag am 11. August im Theater von Stralsund zu sprechen. Im gleichen Jahr beteiligte er sich erstmals direkt am Wahlkampf und warb bei der Reichstagswahl öffentlich für die liberale Deutsche Demokratische Partei. Ähnlich engagiert war Thomas Mann auch 1925 bei der Wahl des Reichspräsidenten. In dem Zeitungsbeitrag *Rettet die Demokratie!* sprach er sich gegen den Kandidaten Hindenburg aus. Dieser würde als Staatsoberhaupt das Land

„in einen Zustand der Unruhe, der Unsicherheit und der inneren Kämpfe zurückwerfen, die glücklich überwunden schienen“. Für Thomas Mann war Hindenburg ein „Recke der Vorzeit“.

Neben der Innenpolitik ließ sich der Schriftsteller auch außenpolitisch mehrmals in Dienst nehmen. Von besonderer Bedeutung war hierbei sein Beitrag zur Verständigungspolitik mit Frankreich. Im Zuge der Annäherung beider Länder durch die 1925 geschlossenen Locarno-Verträge beteiligte sich der Schriftsteller mit Aufsätzen in französischen und deutschen Zeitschriften, um für eine Annäherung beider Seiten einzustehen. 1926 reiste er nach Paris und versuchte dort – in den Worten des deutschen Botschafters von Hoesch formuliert – einen Beitrag zur „geistigen Zusammenarbeit“

Thomas Mann Der Zauberberg Roman

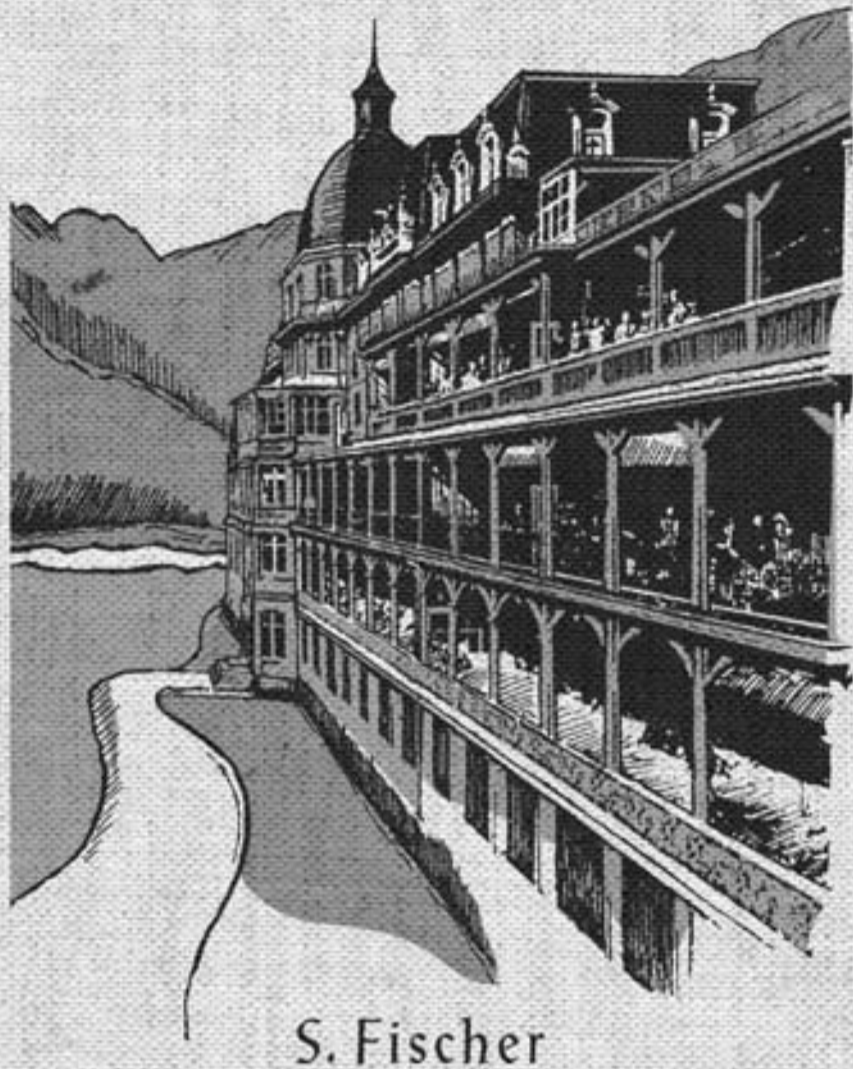


Foto: akg-images

In seinem Buch *Der Zauberberg*, 1924 erstmals erschienen, machte Thomas Mann in verschiedenen Textpassagen

klar, dass er republikanisch dachte und fest auf Seiten der Weimarer Republik stand.

zu leisten. In Frankreich konnte Thomas Mann an der Sorbonne von Henri Lichtenberger erfahren, dass man in ihm einen Repräsentanten des zeitgenössischen Deutschlands erkannt habe, der das alte und das neue Deutschland in harmonischer Synthese verkörpere. Die Republik schien einen glaubwürdigen Vertreter zu besitzen. Der deutsche Botschafter meldete zufrieden nach Berlin, Thomas Mann habe mit einem „eindrucksvollen Vortrag“ ein Bild des „gegenwärtigen geistigen Deutschland“ geboten, „mit einem Bekenntnis zur Demokratie, aber voller stolzer Wahrung der deutschen Eigenart und des deutschen Rechts.“

Ein besonderes Augenmerk Thomas Manns galt naturgemäß der Literatur. Hier sah er angesichts der geistigen Zustände in Deutschland einen Bedarf an Aufklärungsarbeit sowie ein geeignetes Bildungsmittel. Er engagierte sich als Mitglied der *Sektion für Dichtkunst der Preußischen Akademie der Künste*, plädierte für mehr Geist und Kritik als unverzichtbare Bestandteile, um die Kultur vor einem Abgleiten in die Unvernunft zu bewahren, und beteiligte sich als Mitherausgeber der Buch-Reihe *Romane der Welt*, deren Ziel es war, jede Woche einen preiswerten Roman von bekannten oder weniger bekannten Schriftstellern

aus dem Ausland zu präsentieren, um den kosmopolitischen Geist in Deutschland zu stärken.

Wenn man das Wirken Thomas Manns betrachtet, wird man auch sein eigenes Werk in Betracht ziehen müssen. Die Weimarer Verhältnisse sind nicht spurlos hieran vorbeigegangen. Gerade der 1924 veröffentlichte *Zauberberg* ist ein Roman, der zutiefst mit Manns republikanischem Bekenntnis verbunden ist. Er führt dem Leser einen Bildungsprozess vor Augen, bei dem die bürgerliche Haltung der Mitte, das heißt die Humanität, als positive Lebensform vorgestellt wird. Der Protagonist Hans Castorp gelangt nicht nur zur Einsicht, dass die Gegensätze im menschlichen Leben beherrschbar sind, weil sie überhaupt erst durch den Menschen entstehen und er, der sich als „Herr der Gegensätze“ zu erweisen vermag, somit „vornehmer“ ist als sie. Vor allen Dingen entdeckt der junge Ingenieur aus Hamburg damit verbunden die Liebe als jene große Macht, die stärker ist als der Tod. Nur sie könne „Güte und Menschenliebe“ geben.

Diese Einsicht bleibt bei Castorp allerdings nur ein Gedanke. Der Bildungsprozess des Protagonisten ist nicht abgeschlossen. Indem der Roman schließlich mit dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs

endet und Castorp „ins Flachland der Heimsuchung“ stürzt, bleibt das formulierte „Traumgedicht vom Menschen“ nur eine Ahnung vom Neuen. Den Lesern präsentierte Thomas Mann damit aber den Weltkrieg als Epochenwechsel. 1914 habe ein anderer Abschnitt in der Geschichte begonnen, der zu etwas Neuem führen solle. Wie dieses Neue aussieht, beantwortet der Roman nicht. Es ist jene Frage, die Thomas Mann sich selbst und den Bürgern der Republik stellte. „Wird auch aus diesem Weltfest des Todes“, fragt der letzte Satz des Romans, „einmal die Liebe steigen?“ Thomas Mann hatte mit seinem „dritten Reich der Humanität“ eine weitere zu verfolgende Antwort gefunden. Die Republik vermag dem Traum vom Menschen zur Wirklichkeit zu verhelfen. Man musste ihn aber erst einmal bekommen und auch annehmen. Thomas Mann betrachtete es als seine Aufgabe, hierzu beizutragen.

Nicht zuletzt im Nationalsozialismus sah er schließlich die konkrete politische Gefahr, die er entschieden bekämpfte. 1925 veröffentlichte er seinen Vortrag *Goethe und Tolstoi* als überarbeitete Essay-Fassung und ging darin ausführlich auf den Faschismus in Europa ein. Hierin sah er einen antiliberalen Rückschlag,

der sich politisch äußere „in der überdrußvollen Abkehr von Demokratie und Parlamentarismus, in einer mit finsternen Brauen vollzogenen Wendung zur Diktatur und zum Terror. Der Faschismus Italiens ist das genaue Gegenstück zum russischen Bolschewismus, und seine antikistische Geste und Mummerei kann nicht über die Humanitätsfeindlichkeit seines Wesens hinwegtäuschen.“

Entsprechend sorgenvoll blickte Thomas Mann auch zunehmend auf den Nationalsozialismus. Als die NSDAP bei den Reichstagswahlen 1930 einen großen Wahlsieg einfuhr und schlagartig zur zweitstärksten Kraft avancierte, entschloss sich Thomas Mann erneut dazu, eine Rede in Berlin zu halten. Wieder einmal sah er sich zum entschiedenen gesellschaftlichen Einspruch verpflichtet und betonte, deutlich wie seit dem Krieg nicht mehr, dass man als Künstler angesichts der gesellschaftlichen Entwicklung kaum noch frei und unbefangen sein könne, das künstlerische Schaffen einem zur „seelischen Unmöglichkeit wird.“ Im Nationalsozialismus sah Thomas Mann die akut drohende Verneinung der Kultur und der Humanität. Der erhoffte Kulturstaat drohte in weite Ferne zu rücken. Angesichts des Wahlergebnisses hielt er dem Bürgertum vor, „die Berührung mit dem lebendigen Geist, die Sympathie mit seinen Lebensforderungen verloren und verlernt zu haben.“ Aus diesem Grund stellte sich Thomas Mann an die Seite der SPD. Seit Beginn der Republik habe sich die „sozialistische Klasse“ in der Praxis als geistfreundlich erwiesen – „und das ist, wie heute alles liegt, das Entscheidende“. Der politische Platz des Bürgertums sei deshalb heute „an der Seite der Sozialdemokratie“.

In den nachfolgenden Jahren war Thomas Mann weiterhin in Sorge, die Republik könne ihren Kredit verspielen, sofern sich nicht etwas verändere. Im Januar 1933 beabsichtigte er, erneut eine Rede zu halten. Krankheitsbedingt musste sie jedoch verschoben werden. Nach der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler war es der Sozialdemokrat Adolf Grimme, der Thomas Manns Rede auf dem Kongress *Das freie Wort* vorlas. Denn die zuvor begonnene Vortragsreise, zu der der Schriftsteller am 11. Februar aufgebrochen war, wurde zu jenem ungeplanten Auszug aus einem Land, das sich schrittweise von der Republik verabschiedete.

IV.

Das Engagement Thomas Manns verdeutlicht, dass sich der Schriftsteller seit seiner Republik-Rede 1922 als überzeugter Fürsprecher und Verteidiger dieser jungen Demokratie zeigte. Trotz zunehmender, mitunter heftiger Anfeindungen und Ausgrenzungen ließ er sich nicht hiervon abhalten. Auch wenn sein öffentliches Bekenntnis nach der Ermordung Rathenaus vielen als Wende erschien und diese Ansicht bis heute weite Verbreitung besitzt, verstellte diese Sichtweise den Blick auf den viel komplizierteren Weg, den Thomas Mann gegangen war. Seine Republik-Rede war nicht grundlos auch ein Einspruch gegen seine eigene Rezeption. Denn er selbst stand bereits von Anfang an der Republik mit einer gewissen Unbefangenheit und Aufgeschlossenheit gegenüber. Auch wenn sein Weg zur Weimarer Demokratie ein sehr eigener war, hat er sie schließlich auf seine Weise akzeptiert. Die deutsche Republik war für ihn zum alternativlosen lebensfreundlichen Modell geworden, das einen Weg in eine bessere Zukunft versprach. Hieran aktiv Anteil zu nehmen, war Thomas Mann als Bürger und Künstler zur gewünschten Selbstverständlichkeit und zunehmenden Notwendigkeit geworden. □

Bertolt Brechts „Weg“ in die Weimarer Republik: Von Baal bis zur Dreigroschenoper

Jürgen Hillesheim

Die *Dreigroschenoper* von Bertolt Brecht und Kurt Weill wurde am 31. August 1928 in Berlin am Theater am Schiffbauerdamm uraufgeführt und schnell zum größten Bühnenerfolg der Weimarer Republik. Doch nicht nur das: Dieser Erfolg war gleichbedeutend mit Brechts nationalem und internationalem Durchbruch als Schriftsteller, das „Stück mit Musik in einem Vorspiel und acht Bildern“, wie es im Untertitel heißt, eroberte rasch die Bühnen der Welt, nicht zuletzt den Broadway, es wurde mehrfach verfilmt und ist bis heute eines der meistgespielten Werke Brechts. Eine der frühesten Dissertationen zu seinem Werk überhaupt hat die *Dreigroschenoper* zum Thema. Auch finanziell war sie ein großer Erfolg, nicht nur aufgrund der vielen Aufführungen. Brecht vermarktete sein Werk konsequent. Um nur ein Beispiel zu nennen: Kurz nach dem ersten großen Erfolg erschienen die „Songs der *Dreigroschenoper*“, also quasi die musikalischen Einschübe des Werks, die durch Weills zündende Musik so bekannt wurden, separat, extrahiert aus dem Werk, und rasch wurden höchste Auflagenzahlen erreicht.

Es ist klar, dass es sich bei der *Dreigroschenoper* um einen ironisch-satirischen Blick auf die Gesellschaft und die traditionelle Form der Oper handelt. Doch um welche Gesellschaft geht es? Es gibt einen losen historischen Hintergrund, nämlich das Treiben einer Verbrecherbande in London im frühen 18. Jahrhundert, das John Gay zum Anlass nahm, seine *Beggars Opera* zu schreiben. Dieses Werk wiederum übersetzte Brechts Geliebte und Mitarbeiterin Elisabeth Hauptmann für ihn; der Autor entfernte sich während der Arbeit jedoch immer weiter von dieser Vorlage und griff, gemäß seiner früh ausgeprägten Ästhetik der Materialverwertung, auf verschiedenste Quellen zurück, von Villon bis Kipling und anderen, was ihm den Vorwurf des Plagiats einbrachte. Die Gesellschaft, um die es geht, wird dadurch letztlich immer unkonkreter, abstrakter. Sie ist ein Artefakt, zusammengesetzt, amalgamiert aus verschiedensten Einzelteilen und ist damit Parabel, Spiegelbild der Moderne, der Zeit Brechts, der Gesellschaft mithin, die in der Großstadt als vermeintlichen Höhepunkt der Zivilisation ihren markantesten Ausdruck fand. Letztlich dann doch wieder konkret: Es geht eher um das Berlin der zwanziger Jahre, als dessen „treffendster Ausdruck“ die *Dreigroschenoper* bezeichnet wurde, als um das London des frühen 18. Jahrhunderts. Es geht um die kalte, sich immer rasanter beschleunigende Großstadt und um die Gesetze und Mechanismen, die sie und ihre Bewohner beherrschen. Und: um die Bedingungen, in ihr nicht nur überleben, sondern sogar „hinaufkommen“ zu können.

I.

Damit sind wir bei Brecht selbst, der Autorenpersönlichkeit, angelangt. Denn die Gesellschaft, die er in der *Dreigroschenoper* – je nach Sichtweise – karikiert, parodiert, satirisch überzeichnet, ist keine andere als diejenige, in die er



Prof. Dr. Jürgen Hillesheim, Leiter der Bertolt-Brecht-Forschungsstätte der Staats- und Stadtbibliothek Augsburg

selbst Eingang finden wollte – so provozierend dies auch zunächst klingen mag. So also ist Die *Dreigroschenoper* – und diese Betrachtungsweise ist durchaus neu – neben vielem Anderen auch als Brechts „Meisterstück“ zu betrachten, mit dem er sich selbst in eine Sphäre katapultierte, die er dann seiner schneidenden Analyse aussetzte. Natürlich ist und bleibt es grundsätzlich so, dass man bei der Deutung von Literatur niemals Autobiografisches überakzentuieren sollte; sowie das lyrische Ich – das ist eine Binsenweisheit – niemals mit dem Autor gleichzusetzen ist. Bei Brechts geradezu strategischer Erschließung des Molochs der Großstadt und deren Künstlerszene für sich selbst, seinem Sich-Platzverschaffen für die eigene Ambition und Karriere in einem Bereich, der partiell in der Gesellschaft, wie er sie in der *Dreigroschenoper* vorführt, wiederzuerkennen ist, drängen sich markante Entsprechungen geradezu auf. Sie zu ignorieren wäre genauso falsch und fahrlässig, wie das Werk komplett autobiografisch zu lesen.

Schauen wir also auf den jungen Brecht, dem Augsburg für seine künstlerischen Ambitionen schnell zu klein geworden war. Strikt suchte er – über den Umweg München – den Weg nach Berlin. Schon frühzeitig hatte er von Augsburg bzw. München aus zwei mehrwöchige Reisen nach Berlin gemacht, um dort die Kunstszene zu „sondieren“ und Zugang zu ihr zu gewinnen, was ihm rasch gelang. Brecht war mit seinem ungeheuren künstlerischen Potenzial und der Attitüde der Antibürgerlichkeit bald ein angesehener Autor, seine Dramen *Trommeln in der Nacht* und *Baal* wurden in verschiedenen Städten aufgeführt, erste Gedichte der *Hauspostille* veröffentlicht. 1922 zeichnete man ihn – das war der erste große Erfolg – mit dem Kleist-Preis aus.

Es ging bergauf mit Brecht. Dies allerdings ist nur die Außenansicht, der Erfolg ist in wesentlichen Bereichen nicht nur auf das künstlerische Potenzial

Brechts, sondern auf sein zielorientiertes taktisches Verhalten in der frühen Zeit der Weimarer Republik zurückzuführen. „Man muß versuchen, sich einzurichten in Deutschland!“ – dies ist ein lange zu wenig wahrgenommenes Lebensmotto, das Brecht bereits im Juli 1920 in seinen Tagebuchaufzeichnungen formulierte. Doch was heißt überhaupt „sich einrichten“? Auch hier erteilen die Tagebücher aus den frühen Zwanzigern bereitwilligst Auskunft und zwar gleich mehrfach recht eindeutig. Brecht kommt am 3. September 1920, also nicht lange nach Formulierung seiner Maxime, zu der Erkenntnis: „Aber das Gesundeste ist doch einfach: Lavieren.“ Er konkretisiert dies an gleicher Stelle:

„In mir wächst ein Gefühlchen gegen die Zweiteilung (stark-schwach; groß-klein; glücklich-unglücklich; ideal-nicht-ideal) [...] Der Kostenpunkt muß diskutiert werden. Um glücklich zu sein, gut zu operieren, faul sein zu können, hinter sich zu stehen, braucht's nur eines: Intensität. [...] Amor fati. Alles mit ganzer Seele und ganzem Leibe tun! Was, das ist gleichgültig.“

Machen wir gleich die Gegenprobe. Wie steht's mit denen, die nicht „lavieren“? Das weiß Brecht nur wenige Tage später aufs Papier zu bringen:

„Diese Leute haben auch meistens eine bewundernswert gerade Haltung, es sind keine biegsamen Leute, es sind Charaktere, Entweder-Oder-Menschen, sie schlüpfen nicht, kuschen nicht, lavieren nicht. Sie treiben alles zum Äußersten, sie haben Haltung aus Angst vor ihren gläsernen Herzen. Kurz: es sind arme Leute.“

Andere eindeutige Aussagen flankieren dies in einer Deutlichkeit, die nichts zu wünschen übrig lässt. Gleich das erste überlieferte biografische Notat Brechts aus den zwanziger Jahren scheint das nun anbrechende Jahrzehnt unter ein eindeutiges Motto zu stellen: „Ich gehöre nicht zu den nützlichen Gliedern der menschlichen Gesellschaft, die [...] Wollust haben, wenn sie Reibung verursachen. Aber Verstand haben sie keinen.“ Mit „Maxime“ betitelt Brecht den Satz: „Sich in schwierigen Situationen sämtliche Möglichkeiten aufschreiben und dann durchdenken“. Und weiter: „Ich vergesse meine Anschauungen immer wieder, kann mich nicht entschließen, sie auswendig zu lernen.“ Bald darauf – wir sind immer noch im Jahr 1920, im September – notiert Brecht: „Und dieses Gemurkse mit Ideen und Idealen [...] Und ob man in der ersten Etage oder im Souterrain ein Kerl ist, das ist gleich. Wurst ist das.“ Dem entspricht ein Notat aus demselben Monat: „Vielleicht lerne ich auch, wie man sich von besseren Leuten am Arsch lecken lässt“.

Doch Brecht kann, wie er wenige Tage später unter Beweis stellt, auch anders, vornehmer nämlich, geprägt offensichtlich von der Taoistischen Philosophie: „Ein chinesischer Satz: Wenn die Sandkörner gegen die Menschen sind, müssen die Menschen weggehen“. Tao hatte Brecht zu dieser Zeit schon seit längerem gelesen, und jene „eigentümlich konsequente Weise des Kampfes“, die Lehre vom Schwachen und Kleinen, das mit der Zeit über das Starke und Große durch Anpassung und Beharrlichkeit siegt, bot der eigenen Maxime philosophische Folie und Legitimation und damit auch das Kleid der „Weisheit“. 1938 sollte Brecht im Habitus des Lehrers mit dem Gedicht *Legende von der Entstehung des Buches Taoteking auf dem Weg des Laotse in die Emigration* seiner Tao-Rezeption ein bemerkenswertes literarisches Denkmal setzen.

Doch bleiben wir im September 1920: „Ein Mann mit einer Theorie ist verloren. Er muß mehrere haben, vier, viele! Er muß sie sich in die Taschen stopfen

wie Zeitungen, immer die neuesten, es lebt sich gut zwischen ihnen, man haust angenehm zwischen den Theorien. Man muß wissen, daß es viele Theorien gibt, hochzukommen, auch der Baum hat mehrere, aber er befolgt nur eine von ihnen, eine Zeitlang“.

II.

Damit sind wir nahe bei einem bekannten Gedicht Brechts. Es sei wiederholt: Dass Dichtung zunächst einmal streng von ihrem Autor und dessen Leben zu unterscheiden ist, muss als Grundregel gelten. Das kann aber nicht bedeuten, dass offensichtliche Entsprechungen ignoriert werden müssen, und wenn Brecht einige Jahre nach seinen Maximen, die er im Jahre 1920 in seinen Tagebüchern festhielt, ein Gedicht schrieb, das genau diese in Lyrik fasst und dies darüber hinaus noch an einem Baum exemplifiziert wird, muss ein genauere Blick und die These gestattet sein, dass der junge Dichter auch in Form von Literatur sein Lebensmotto fixiert. Bereits vor den Reflexionen im Tagebuch, in der *Baal*-Fassung von 1919, ist zu lesen: „Ich erschrecke, wenn ich einen Baum sehe, der sich durch einen engen Hof qualvoll durch fünf dunkle Jahre in eine karge Helle hinaufarbeitete“. Drei Jahre später, 1922, schrieb Brecht das Gedicht *Morgendliche Rede an den Baum Green*. So zeigt sich, dass die hier präsentierten Zusammenhänge nicht auf eine Phase des Experimentierens mit der Suche nach einer eigenen Position zurückzuführen sind. Experimentiert hat Brecht immer, dies ist eines der Grundprinzipien seines Werks; manches jedoch, so wird offenkundig, hat auch den Charakter fortwährender Einsicht, den von Lebensweisheiten in eigener Sache, mit fernöstlicher Philosophie verziert, erprobt und bewährt in der Realität und somit für Wert erachtet, ihre Gültigkeit zu behalten.

1. Ich habe Ihnen heute nacht bitter unrecht getan; Ich konnte nicht schlafen, weil der Wind so laut war. Als ich hinaus sah, bemerkte ich, daß Sie schwankten Wie ein besoffener Affe. Ich schämte mich für Sie, Green.
2. Ich bekenne einfach, daß ich mich geirrt habe: Sie haben den bittersten Kampf Ihres Lebens gekämpft. Es interessierten sich die Geier für Sie. Sie wissen jetzt, was Sie wert sind, Green.
3. Heute glänzt die gelbe Sonne in Ihren nackten Ästen Aber Sie schütteln noch immer Zähnen ab, Green? Sie leben ziemlich allein, Green? Ja, wir sind nicht für die Masse ...
4. Ich konnte gut schlafen, nachdem ich Sie gesehen habe. Aber Sie sind wohl müd heute? Entschuldigen Sie mein Geschwätz! Es war wohl keine Kleinigkeit, so hoch heraufzukommen zwischen den Häusern So hoch herauf, Green, daß der Sturm so auf Ihnen kann, wie heute nacht?

Ein Baum, dem der Name „Green“ verliehen wird, hat also im Hinterhof, im Asphalt Wurzeln geschlagen, mitten unter städtischen Wohnhäusern, das heißt in einer Umgebung, die ihm fremd, nicht „artgemäß“ ist und lichtarm oben drein. Doch allmählich, „ziemlich allein“ und von den meisten nicht zur



Foto: akg-images

Anlässlich der Bekanntgabe, dass ihm der Stalin-Friedenspreis zugesprochen wird, hält Bertolt Brecht eine Ansprache. Trotz dieser Auszeichnung bleiben seine politischen Intentionen bis heute umstritten.

Kenntnis genommen, hat der Baum sich breit gemacht oder besser: er hat eine ungeahnte Höhe gewonnen. Anders ausgedrückt: er hat sich „eingrichtet“. Seinen dramatischen Kampf über die Jahre führt Brecht nicht vor. Er wird verdichtet in einem Sturm der letzten Nacht und der Zwiesprache, den ein „Städtebewohner“ unmittelbar danach mit dem Baum führt. Er ist nämlich so hoch gewachsen, dass er sich in Gefahr begab: Oberhalb der Häuserdächer dem Sturm schutzlos ausgeliefert, wurde er nachts fast umgeworfen. Dann wäre er dem Moloch der Großstadt buchstäblich zum Opfer gefallen: er wäre „gefressen“, in seinem Hinterhof zu Brennholz gemacht worden, das in den kargen Wohnungen, die ihn umgeben, nur allzu willkommen gewesen wäre. Denn es ist „kalt“ in der Großstadt. Diesen

seinen „bittersten Kampf“ hat der Baum zwar gewonnen, dabei aber Substanz verloren. Er wurde entlaubt, „nackt“ sind seine „Äste“: sein Name stimmt nicht mehr. Doch er weiß nun, was er vermag, was er wert ist. Dies vermittelt er auch seinem Gesprächspartner, der ihn zunächst nicht in seiner Nähe haben wollte, ihn nun aber sogar mit „Sie“ anspricht.

Baum Green trotz der „Asphaltstadt“ durch Flexibilität. Seine Fähigkeiten und Bedürfnisse passt er den kargen Bedingungen des Hinterhofs an. Er nimmt zunächst einmal den Platz ein, der vorhanden ist; anstatt üppiges und ausladendes Astwerk zu bilden, wächst er in die Höhe. Den Kampf mit dem Sturm gewann er aufgrund der Biegsamkeit seiner Äste. Zwar hat Green sein Laub verloren, und er ist müde.

Doch er wird wieder ausschlagen, seinem Namen wieder gerecht und stärker als zuvor werden. Wie zwei andere zweckorientierte Protagonisten aus Brechts Frühwerk, Kragler aus *Trommeln in der Nacht* und Garga aus *Im Dickicht der Städte*, orientiert sich Green am Faktischen; er reagiert darauf und obsiegt.

Ein „Städtebewohner“ also – die Ich-Instanz – beobachtet in Brechts Gedicht über einen längeren Zeitraum einen anderen – den Baum Green –, der im Hinterhof sein Leben fristet. Er verleiht ihm sogar einen Eigennamen, bringt mit ihm die eigenen Erfahrungen in der Großstadt in Verbindung und vertieft sie poetisch.

Als ein solcher „Städtebewohner“ ist der Sprecher eindeutig auszumachen, und dies führt zu einer Gedichtsam-

lung Brechts, die das Leben in der Großstadt unter den neuen gesellschaftlichen Bedingungen der Weimarer Republik reflektiert. „Großstadt-Lyrik“ war bereits seit der Jahrhundertwende, verstärkt in der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg, ein festes Genre. Auswirkungen der Industrialisierung, Vertechnisie-

Negativ konnotiert war die Großstadt indessen schon lange nicht mehr. Auch dafür steht das Lesebuch der Städtebewohner.

rung und Vereinsamung des Individuums, Massenverelendung, aber auch Sittenverfall und ausschweifende Sexualität waren die zentralen Themen. Aus dem *Lesebuch für Städtebewohner* heißt Brechts Sammlung von Großstadt-Lyrik, in der er zu einer sehr eigenen Reflexionsstufe und Sichtweise gelangt. Die Gedichte sind 1926 und 1927 entstanden. Für Brecht ist die Großstadt beinahe ein Synonym für die Gesellschaft. Aggressiv und destruktiv ist die neue Umwelt, die „Städtebewohner“ haben hier ihre Erfahrungen zu machen und ihr Verhalten zu ändern. Negativ konnotiert war die Großstadt indessen schon lange nicht mehr. Auch dafür steht das *Lesebuch der Städtebewohner*. Hier nämlich lernt man über deren Charakter und Verhalten, aber auch über den Baum Green und sein menschliches Alter ego: Gleich zu Beginn wird der neue „Städtebewohner“ in der Kunst der Empathielosigkeit unterwiesen:

Trenne dich von deinen Kameraden
auf dem Bahnhof
Gehe am Morgen in die Stadt mit
zugeknöpfter Jacke
Suche dir Quartier und wenn dein
Kamerad anklopft:
Öffne, o öffne die Tür nicht
Sondern
Verwisch die Spuren!

Überflüssig ist man in der neuen Gesellschaft, ein „fünftes Rad am Wagen“, das aber, werden die Lehren des *Lesebuchs* befolgt, das Potenzial in sich trägt, den Platz eines der anderen vier zu übernehmen, dieses wiederum überflüssig zu machen. Dazu bedarf es an Selbsterkenntnis und, mit Nietzsche zu sprechen, einer „Umwertung aller Werte“ in eigener Sache. Was in bürgerlichem Verständnis verabscheuungswürdig, „Schmutz“, „Dreck“ ist, wird zur Tugend, zum Baumaterial einer Zukunft in der Stadt, ja, sogar der Stadt selbst, die nicht sicher, aber dem tragfähig ist, der ihre Regeln beherrscht:

Ich bin ein Dreck; aber es müssen
Alle Dinge mir zum besten dienen,
ich
Komme herauf, ich bin
Unvermeidlich, das Geschlecht von
morgen
Bald schon kein Dreck mehr,
sondern
Der harte Mörtel, aus dem
Die Städte gebaut sind.

Brechts biografische Notate, sein Gedicht über den Baum Green und die Anweisungen, die das *Lesebuch für Städtebewohner* bereit hält, lesen sich bereits wie eine Analyse der Gesellschaft, wie der Autor sie uns in der *Dreigroschenoper* vorführen sollte. Bevor das im Detail gezeigt wird, sei nochmals ein Blick auf Brecht selbst, auf den des Jahres 1927, geworfen. Wie war seine Befindlichkeit, wie weit war er gekommen auf seinem Weg hinauf? Seit

1922, mit Erhalt des Kleist-Preises für sein Drama *Trommeln in der Nacht*, in Deutschland als Schriftsteller der jüngeren Generation etabliert, stand er nun unmittelbar vor seinem endgültigen, auch internationalen Durchbruch. Die Zusammenarbeit mit Kurt Weill erwies sich als äußerst fruchtbar und zeigte erste große Ergebnisse, die Premiere der Oper *Aufstieg und Fall der Stadt Mahagonny* stand unmittelbar bevor. Nach Jahren langen zähen Verhandeln und Taktierens erschien die *Hauspostille*, bis heute wohl die herausragende Sammlung Brechtscher Lyrik. Mit diesen Erfolgen ging einher Brechts Selbstvermarktung und -darstellung, zu der er schon immer geneigt hatte, die aber nun eine völlig neue Dimension erreichen sollte.

Aus Brecht war also nun endgültig ein „Städtebewohner“ geworden, und einem anderen, Mackie Messer, dem Protagonisten der *Dreigroschenoper*, gilt jetzt zunächst unser Augenmerk. So wie die *Dreigroschenoper* das bekannteste Werk Brechts ist, ist aus diesem die *Moritat von Mackie Messer*, die dem Vorspiel der Oper entspricht, das wohl bekannteste Stück. Diese Moritat ist gleichzeitig eine sehr spezielle Art von Vorspiel, aber auch die Komprimierung des idealen Charakters eines „Städtebewohners“ in neun Strophen, die markante Züge Mackie Messers in immer neuen Varianten entfalten. Kein Zweifel, die Moritat muss am Anfang stehen, als provokante Einführung, die den bürgerlichen Zuschauer in Erstaunen versetzen möchte; aber inhaltlich könnte sie die *Dreigroschenoper* auch ebenso gut abschließen, als eine Art Resumee fungieren.

Die neun Strophen der Moritat sind von einer Bipolarität, einer Dichotomie geprägt, die in den ersten beiden bekanntesten grundgelegt ist, konsequent durchgehalten und durch die sich wiederholende, einprägsame Musik noch akzentuiert wird.

Und der Haifisch, der hat Zähne
Und die trägt er im Gesicht
Und Macheath, der hat ein Messer
Doch das Messer sieht man nicht.

Und es sind des Haifischs Flossen
Rot, wenn dieser Blut vergießt
Mackie Messer trägt'n Handschuh
Drauf man keine Untat liest.

Gegenübergestellt werden der traditionelle Übeltäter bzw. Verbrecher und der neue, zeitgemäße, an die Bedingungen der Moderne angepasste. Der obsoletere Verbrecher ist, in bürgerlichem Verständnis, schlimm, aber berechenbar; er ist in gewisser Weise ehrlich. Offen trägt er seine Waffen voraus, man weiß, was man von ihm erwarten bzw. befürchten muss, wenn man sein Opfer wird. Der

Selbst wenn man ihn Mackie Messer nennen mag, so sind die Leichen, die seinen Weg säumen, nicht an Stichverletzungen gestorben.

Haifisch, das Raubtier, hat Zähne, erkennbar für jedermann, da es sie „im Gesicht“ trägt, dort also, wo der erste Blick eines jeden landet, der ihm begegnet. Die Assoziation mit dem Raubtier bzw. Raubtiergewissen, wie Friedrich Nietzsches es beschrieben hat, ist keineswegs zufällig, vergegenwärtigt man sich Brechts intensive Nietzsche-Lektüre. Doch Brecht geht über Nietzsche hinaus: Dessen Verständnis von Raubtiergewissen ist, dass das Tier, die Bestie nun einmal ein Lamm reißen muss, weil



Foto: akg-images

Die Dreigroschenoper mit der Musik von Kurt Weill ist Brechts bekanntestes Werk. Entstanden 1928 wurde es noch 1931 verfilmt. Ernst Busch mimte dabei den Moritatensänger.

es seiner Natur entspricht, es handelt „jenseits von Gut und Böse“, wie auch der traditionelle Verbrecher, so die Analogie, gemäß seiner Verbrechernatur.

Brecht hatte eine solche amoralische Figur bereits in seinem Frühwerk, mit Baal, gestaltet, aber sie war jetzt nicht mehr zeitgemäß. Der moderne Städtebewohner, der sich vom Verbrecher nicht unbedingt unterscheiden muss, handelt in diesem neuen Haifischbecken der Metropole filigraner, indirekter, biegsamer. Zwar wird Macheath, so sein richtiger Name, Mackie Messer genannt oder gerufen, und alle Spitznamen haben ja ihren guten Grund, aber seine Waffe kann man nicht sehen. Entweder also er hat sie versteckt, er trägt sie im Gewande, oder aber, was wahrscheinlicher ist, auch seine Waffe ist modern, unsichtbar, weil er eben kein traditioneller Messerstecher mehr, wie Giuseppe Verdi noch einen in seiner Oper *Rigoletto* vorführt, ist, sondern mit Geldbewegungen, finanziellen Transaktionen Unheil anrichtet. So ist der Haifisch, wenn er seiner Bestimmung gefolgt ist, blutverschmiert, Mackie Messer nicht, weil er das antizipierend verhindert: er trägt Handschuhe, wie ein feiner Mann, und nicht einmal auf ihnen ist etwas zu sehen, weil seine Waffe eben kein Messer mehr ist, selbst wenn Jenny Towler, wie es heißt, eines „in der Brust“ hat. Er vergießt kein Blut, sondern tötet anders. Selbst wenn man ihn Mackie Messer nennen mag, so sind die Leichen, die seinen Weg säumen, nicht an Stichverletzungen gestorben. Man sieht die Taten nicht, nur die Ergebnisse, Tote, und Macheath hat deren Geld.

Biegsam, flexibel wie Green, der Baum, hat sich Mackie Messer in der Asphaltstadt Platz verschaffen, er ist emporgestiegen, und ebenso biegsam

ist er, wenn es darum geht, zu seinem Erfolg zu kommen. Es ist mit Macheath, wie Brecht im *Lesebuch für Städtebewohner* in aller Schärfe formuliert: Der hochgekommene „Dreck“ ist nun kein „Dreck“ mehr, sondern eine Stütze der Gesellschaft, wie spätestens das Ende der *Dreigroschenoper* und Macheaths Streben in die Bürgerlichkeit außer Zweifel stellen. Er ist nichts weniger als ein Siegertyp: passend in diese Welt, wird er ohne ersichtlichen Grund von der Königin begnadigt und beschenkt, was heißen dürfte, mit Mitteln ausgestattet, die sein zukünftiges Geschäft, wohl im Bankwesen, florieren lassen werden, obwohl er eigentlich gar nicht mehr arbeiten müsste. In der Tat: er ist eine Stütze dieser Gesellschaft. Nicht ohne Grund wird er auch in den Adelsstand erhoben.

III.

Doch zurück vom Ende der *Dreigroschenoper* zur Moritat: Wie Baum Green oder das Wasser, das mit der Zeit allmählich den Stein schleift, beherrscht Macheath die Regeln des indirekten, aber höchst erfolversprechenden Kampfs. Deshalb kann man ihn auch nicht stellen, für seine Taten bestrafen, weil er schon verschwunden ist, und man, laut der Moritat ja nur vermuten kann, dass Macheath der Täter ist. Nirgendwo wird geschildert, das gehört zu dieser Antinomie, dass er eine Untat begeht. Sie ist stets schon geschehen und Mackie Messer bestenfalls noch unaufgeregt an der Peripherie zu sehen. Dass er ins Gefängnis kommt, ist gleichfalls nicht polizeilicher Ermittlungstätigkeit – zur Polizei hat er ja ein äußerst einvernehmliches Verhältnis – zu verdanken, sondern dem Verrat durch Prosti-

tuierte, sodass die Polizei gar nicht anders kann als ihn, nach dem man niemals ernsthaft gefahndet hatte, festzusetzen. Mackie Messer, das ist die Pointe der letzten Strophe, ist so wenig zu greifen und trotzdem präsent, dass er sogar eine „minderjährige Witwe“, was immer dieses Bild bedeuten mag, sexuell missbrauchen kann, ohne dass sie es bemerkt. Mozarts Don Giovanni aus dessen gleichnamiger Oper, obwohl gelegentlich mit Macheath verglichen, ist nichts dagegen. Er vergewaltigt Donna Anna zu Beginn und setzt sich mit ihr hinterher so lautstark auseinander, dass ihr Vater auf den Plan gerufen wird, den Don Giovanni, von ihm gestellt, nach kurzem Zögern äußerst nachdrücklich umbringt. Und auch dieser letzte Fall der Moritat ist symptomatisch: Eigentlich weiß man ja gar nicht, dass Macheath diese Tat begangen hat, das Mädchen weiß von nichts, es war ihm offensichtlich nicht unangenehm, bedeutet ihm allerdings auch keinen großen Lustgewinn, sonst wäre es wohl aufgewacht. Nur die auktoriale Instanz, die alles weiß und überblickt, flüstert dem Leser oder Zuschauer ein, dass Mackie Messer das war.

Was also ist das für eine Gesellschaft, in der solches geschehen und über das in der Moritat noch augenzwinkernd berichtet werden kann? Welche Voraussetzungen müssen dafür vorliegen? Das erfährt man umgehend. Denn gleich nach dieser Einführung erhält man Einblick in das Geschäftsgebaren Jonathan Peachums, der Bettlerausstattungen verleiht, um hinterher die Bettler, die für ihn arbeiten, abzukassieren. Im Morgenchoral des Peachum, eine Kontraktur auf den traditionellen Choral, teilt er seine Lebensmaxime mit:

Wach auf, du verrotteter Christ!
Mach dich an dein sündiges Leben
Zeig, was für ein Schurke du bist
Der Herr wird es dir dann schon
geben.

Verkauf deinen Bruder, du Schuft!
Verschacher dein Ehefrau, du Wicht!
Der Herrgott, für dich ist er Luft?
Er zeigt's dir beim jüngsten Gericht!

Es handelt sich in der Tat um einen auf den Kopf gestellten Choral, umgekehrt in solcher Radikalität, dass die Existenz Gottes nicht einmal mehr geleugnet wird. Ihn mag es tatsächlich geben, zu sündhaftem Leben wird aufgefordert, selbst wenn nach dem Tod die Zeche dafür bezahlt werden müsste. Basis dieses Aufrufs zur Sünde ist die Empathielosigkeit, die es ermöglicht, Freund und Frau zu verraten, gewinnbringend „an den Mann zu bringen“ und auch dazu führt, vor metaphysischer Bestrafung keine Furcht zu haben.

Doch Peachums Geschäft gerät ins Stocken. Es hat sich etwas verändert. Sein Geschäftsgebaren war, das Mitleid der Menschen zu erregen, dass sie den von ihm angestellten Bettlern etwas geben, was er ihnen größtenteils wieder nimmt. Das funktioniert nun nicht mehr, weil immer mehr Menschen zu „modernen Städtebewohnern“ geworden sind. „Denn der Mensch“, so von Peachum in der Manier Epischen Theaters zum Publikum gesprochen, „hat die furchtbare Fähigkeit, sich gleichsam nach eigenem Belieben gefühllos zu machen.“ Und dies gelingt ihm immer häufiger. Das heißt, die Städtebewohner

*Sein Geschäftsgebaren war,
das Mitleid der Menschen
zu erregen, dass sie den von
ihm angestellten Bettlern
etwas geben, was er ihnen
größtenteils wieder nimmt.*

werden Peachum in dessen Gewissenlosigkeit immer gleicher, sodass sie nicht mehr bereit sind, den Bettlern, die von Peachum abkassiert werden, etwas zu spenden. Er ist den Meisten also nicht mehr voraus und muss deshalb umso genauer darauf achten, dass er selbst nur absolut Empathielose einstellt, das ist das wichtigste Kriterium bei seinen, wenn man so will, Einstellungsgesprächen. Wer dieses nicht erfüllt, kann der Firma eben nicht beitreten: „Er hat Mitleid! Sie werden in einem Menschenleben kein Bettler. So was taugt höchstens zum Passanten.“ Aber wie gesagt: auch diese werden, als „Städtebewohner“, immer skrupelloser, sodass Peachums Geschäftsmodell ernsthaft in Gefahr ist.

Daher ist es nur folgerichtig, dass Peachums Tochter Polly nicht heiraten soll. „Meine Tochter soll für mich das sein, was das Brot für den Hungrigen, [...] das steht sogar irgendwo in der Bibel.“ Ernähren also soll sie den kriminellen Vater, der mit seinem Unternehmen allmählich aus der Zeit gefallen scheint; aus einer Zeit, in der es die gewohnten Beziehungen zwischen Menschen, die auf persönlicher Nähe und Sympathie basieren, nicht mehr gibt. Mit einer Ausnahme: Denn die unter den Normen des Gesetzes und der bürgerlichen Moral sich geradezu abschließende Beziehung zwischen Macheath und Polizeichef Tigerbrown ist ins Freundschaftliche gekehrt, die also zwischen Verbrecher und demjenigen, der der Behörde, die diesen zu verfolgen hat, vorsteht. Umgedreht, perver-

tiert scheint alles, was dem traditionellen Zuschauer Identifikationsfläche bieten könnte. Dementsprechend und umgekehrt betrachtet Peachum alleine die Tatsache, dass seine Tochter geheiratet hat, explizit als „unmoralisch“. Die traditionellen Wertemuster sind in der *Dreigroschenoper* auf den Kopf gestellt und zwar in großer Konsequenz. Die Realität ist nun einmal so. Sie erfordert es, wie im ersten „Dreigroschenfinale“ deutlich wird:

Die Welt ist arm, der Mensch ist
schlecht.
Wir wären gut – anstatt so roh
Doch die Verhältnisse, sie sind
nicht so.

Hier wird nichts mitgeteilt, erzählt, sondern ein sozialer Zustand benannt. Als Gegenentwurf zu dieser Gesellschaft bleibt nur eine Utopie, die poetisch zwar äußerst reizvoll ist, aber von vornherein als nicht verwirklicht, oder wie es im Text heißt, „ultragig“ erscheint. Dies zu verdeutlichen erreicht Brecht, indem er das berühmte Lied der Seeräuber-Jenny in der frühesten Fassung gerade nicht von jenem Dienstmädchen, sondern von der „gnädigen Frau“ Polly singen lässt. Eine solche, im Establishment dieser Art von Gesellschaft angekommen, ist sie ohne Zweifel, gleich ob als Tochter Peachums, dessen Geschäft ja kürzlich noch florierte oder als Frau Macheaths, dem die Zukunft sowieso zu Füßen liegt. Ihre Zuhörer und sie selbst wissen sehr wohl, dass das, was sie die Seeräuber-Jenny singen lässt, die Wunschvorstellung einer sozial Deklassierten ist, die sie braucht, um weiter dahinvegetieren zu können, aber dass der Seeräuber niemals kommen wird, um sie zu befreien und sich an denen zu rächen, die sie ausbeuteten.

Und das Schiff mit acht Segeln
Und mit fünfzig Kanonen
Wird entschwinden mit mir.

Das ist Romantik, die ein wenig an Richard Wagners *Fliegenden Holländer* erinnert, aber keinerlei Realitätsgehalt hat. Eine Feststellung, die Macheath wichtig ist: „Das ist doch nicht nett, du Idiot! Das ist doch Kunst und nicht nett. Das hast du großartig gemacht, Polly.“ Es handelt sich um eine Kunst, die jegliches subversives Potenzial entbehrt und die Gesellschaft, die sie anrührt, eher unterhaltend stabilisiert als sie infrage zu stellen.

Tatsächlich infrage gestellt werden sollte diese Gesellschaft, die, wie gesagt, am ehesten die des Berlins der Weimarer Republik ist, nur wenige Jahre nach ihrer Uraufführung von noch größeren Verbrechern als die in der *Dreigroschenoper* beschrieben. Diese sind nicht von außen über Deutschland und Berlin hergefallen, sondern auf dessen Nährboden gewachsen. Warnt die *Dreigroschenoper* mit ihrer satirischen Tendenz etwa vor dem emporkommenden NS-Barbarismus? Ruft sie gar auf „zu politischer, zielvoller Tat“, wie von Beginn der wissenschaftlichen Beschäftigung mit dem Werk immer wieder behauptet wird? Das ist nirgends intendiert, und dies zu unterstellen, heißt, die *Dreigroschenoper* als Projektionsfläche für eine Art von Gesellschaftskritik zu benutzen, die Brecht in dieser Zeit schlicht fern lag. Zu sehr stand das eigene Interesse emporzukommen, ans Licht zu gelangen im „Dickicht“ der Weimarer Republik im Vordergrund, und wenn er die gesellschaftliche Doppelmoral in kaum zu überbietender, virtuoser, unterhaltsamer Eindringlichkeit nicht nur vorführt, sondern sie geradezu zelebriert, dann ist es nicht zuletzt auch seine eigene. □

Landschaft gegen Metropole. Der Streit um Alfred Döblins Roman *Berlin Alexanderplatz*

Helmuth Kiesel

Die Zeit der Weimarer Republik brachte eine Literatur von großer Buntheit, Kühnheit, thematischer Vielfalt und formaler Differenziertheit hervor. Charakteristisch für sie ist aber nicht nur die Fülle und Unterschiedlichkeit, sondern auch eine Reihe von stark ausgeprägten Antagonismen, etwa in der Frage nach dem Verhältnis von Literatur und Politik, Nation, sozialen Verhältnissen, Krieg und Frieden, ebenso in der Frage nach dem zeitgenössischen Literaturbegriff, die sich um die Unterscheidung von emphatischer Dichtung und gebrauchtorientierter Schriftstellerei drehte und in der 1926 einberufenen Berliner „Dichterkademie“ über Jahre hinweg verhandelt wurde. Zu diesen Antagonismen gehört auch der von Provinz oder Landschaft und Metropole, ein Gegensatz, der in einigen profilierten Köpfen der damaligen literarischen Szene beredete Repräsentanten fand.

Die Weimarer Republik lag gleichsam noch in den Geburtswehen, als ein kultureller Richtungsstreit ausgerufen wurde, der das kulturelle Klima der nächsten Dekade mitbestimmte. Am 10. Januar 1919 erschien im „Schwäbischen Merkur“, einer angesehenen Stuttgarter Tageszeitung, ein Artikel von Ludwig Finckh, einem in Gaienhofen am Bodensee lebenden und damals angesehenen Verfasser heimatverbundener Romane. Unter der Überschrift *Der Geist von Berlin* skizzierte Finckh die (post)revolutionären Berliner Machtkämpfe zwischen radikalsozialistischen Aufständischen und der sozialdemokratisch geführten Regierung, die in diesen Tagen ihren Höhepunkt erreichten, und verlangte eine Abwendung des „Reichs“ von Berlin, das als Hauptstadt der Revolution nicht mehr das Recht habe, die „Reichshauptstadt“ darzustellen und Deutschland zu repräsentieren. Der letzte Satz des Artikels lautet: „Dem Geist von Berlin muß ein anderer entgegengestellt werden, der Geist von Deutschland!“ Was damit gemeint war, blieb unbestimmt, aber man konnte aus dem Artikel herauslesen, dass es der Geist der ‚Provinz‘ war, der Geist der deutschen Landschaften mit ihren alten kleinen Städten. Damit begann die Mobilisierung der ‚Provinz‘ oder ‚Landschaft‘ gegen die großstädtische Metropole, ein Vorgang, der gerade auch auf dem literarischen Feld zu vielerlei Zerwürfnissen und zunehmend sich verhärtenden Frontbildungen führte. Ähnliches war auch in Österreich zu beobachten, wo sich die agrarisch dominierten Länder der stark geschrumpften Republik gegen die „wasserköpfige“ Hauptstadt des einstigen Großreichs stellten. Hier wie dort wäre der Gegensatz zwischen Metropole und Provinz nicht so rasch und so deutlich aufgetreten, wenn er nicht auch die Fortführung und Verschärfung einer älteren Stadt-Land-Debatte gewesen wäre.

I. Die soziologische Kontroverse um die Großstadt

Zwischen 1871 und 1910 stieg die Zahl der deutschen Großstädte (mit mehr als 100.000 Einwohnern) von acht auf achtundvierzig. Dieser Vorgang, der auf die Industrialisierung zurückzu-



Prof. Dr. Helmuth Kiesel, Professor für Neuere deutsche Literatur an der Universität Heidelberg

führen ist, wurde von einem anhaltenden Diskurs über die soziale und kulturelle Bedeutung der Großstädte begleitet. Er artikulierte sich in soziologischen, volkskundlichen und gesellschaftspolitischen Schriften aller Art, ebenso in allen Gattungen der schönen Literatur, und gestaltete sich vorwiegend großstadtkritisch. Grundlegend und langfristig wirkungsvoll waren die zwischen 1848 und 1894 erschienenen Schriften des Kulturwissenschaftlers, Publizisten und Sozialpolitikers Heinrich Wilhelm (von) Riehl. Für ihn waren die „monströsen“ Großstädte Quellen und Symbole der modernen sozialen Übel: der ungesunden sozialen Dynamik und des unorganischen Lebens, der nivellierenden und uniformierenden Vermassung, des Verlusts von deutscher Originalität und Individualität, der Herabwürdigung der Kunst zur „Magd der Luxusindustrie“, der negativen biologischen Auslese und progressiven Dekadenz. Die weitere Großstadtkritik – über Heinrich Sohnrey, Julius Langbehn und Friedrich Lienhard bis Oswald Spengler – basierte auf Riehls Kritik, variierte und akzentuierte sie. Ihre Trägerschaft beschränkte sich keineswegs auf großstadtfreundliche Ideologen und großstadtfreundliche Bevölkerungsgruppen; auch im städtischen Bürgertum waren Aversionen gegen die Großstadt zu beobachten, ebenso in der städtisch-bürgerlichen Jugendbewegung. Die Motive lagen zum einen in den massiven sozialen Verunsicherungen und Problemen, die sich aus dem Prozess der Industrialisierung und Urbanisierung ergaben, zum anderen aber auch im Fortwirken romantisch-biedermeierlicher Vorstellungen von einem behaglichen Leben in einem überschaubaren kleinstädtisch-ländlichen Raum.

Es gab freilich auch Gegenstimmen. Die bedeutendste moderne- und emanzipationsgeschichtliche Würdigung der Großstadt hat der Berliner Philosoph Georg Simmel 1903 mit seinem Essay *Die Großstadt und das Geistesleben* vorgelegt. Für Simmel bildete die Großstadt

den Rahmen der vorläufig letzten Stufe der Befreiung des Individuums von den historischen Bindungen der Religion, der Moral und der politischen Einstellungen, die im kleinstädtischen Bereich einer dauernden sozialen Kontrolle unterlagen. Zwar konstatiert Simmel, dass die Freiheit in der Großstadt auch zu Anonymität und Reserviertheit zwischen den Individuen führe, doch er formuliert dies nicht als Klage, sondern als nüchterne und zugleich affirmative Beschreibung von Gegebenheiten, die unwiderrufbar sind und zudem ihre Vorteile haben; ja, gelegentlich wird der Ton fast rühmend, etwa wenn von dem „vielgliedrigen Organismus“ die Rede ist, zu dem sich die unzähligen Beziehungen und Betätigungen der Großstädter aufgrund ihrer „Pünktlichkeit, Berechenbarkeit und Exaktheit“ zusammenschließen. Aber es sollte nicht übersehen werden, dass dieser affirmativen Charakterisierung des großstädtischen Lebens fast alle Momente eingeschrieben sind, die von den Kritikern der Großstadt gegen diese vorgebracht wurden: „Geldwirtschaft“, „Intellektualität“, „Anonymität“, „Reserviertheit“, Verlust „gefühlsmäßiger Beziehungen“, „rücksichtslose Härte“, „Berechenbarkeit“, „Ausschluss jener irrationalen, instinktiven und souveränen Wesenszüge und Impulse“, die Menschen zu unverwechselbaren Persönlichkeiten werden lassen.

Simmels Großstadt-Essay fand in einem publizistischen Werk ein breit aufgefächertes und materialreiches journalistisches Pendant. Von 1904 bis 1908 erschienen die *Großstadt-Dokumente* des Journalisten Hans Ostwald und seiner Mitarbeiter: einundfünfzig Bände mit rund 5.000 Seiten, die sich vorzugsweise mit Berlin, aber auch mit anderen Großstädten befassten. 1924 legte Ostwald noch eine voluminöse *Kultur- und Sittengeschichte Berlins* vor, die aber ausschließlich vom früheren Berlin handelt und nur einleitend einmal die gegenwärtige „Lichtstadt“ rühmt, die, so hoffte Ostwald, auch „Freunde draußen im Reich“ gewinnen und als „Lichtbringerin geliebt werden“ möge. Die neuere Entwicklung reflektierte dann der renommierte Kulturhistoriker und Publizist Max Osborn in einem repräsentativ aufgemachten Text-Bild-Band, der vom Verein Berliner Kaufleute und Industrieller in Auftrag gegeben worden war und 1929 unter dem Titel *Berlin 1870-1929. Der Aufstieg zur Weltstadt* erschien und einen einzigen Erfolgsbericht darstellt. Der Text handelt von Firmengründungen und -erweiterungen, technischen Innovationen und organisatorischen Leistungen. Die Bilder zeigen erfolgreiche Unternehmer und moderne Fabrikanlagen. Bilder von Werkstätten, in denen harte körperliche Arbeit zu leisten war, oder von dunklen und überfüllten Arbeiterwohnungen, finden sich in diesem Band nicht.

II. Literarische Positionen

Weder Simmels emanzipationsgeschichtliche Würdigung der Großstadt noch die zeitgenössischen publizistischen Rühmungen der Metropole Berlin verfangen bei den Gegnern. Sie hielten sich weiterhin an die Devise „Los von Berlin“, die der Wortführer der Heimatkunstabewegung, Friedrich Lienhard, bereits 1900 in seiner „Kampfschrift“ *Die Vorherrschaft Berlins* ausgegeben hatte. Diese Devise wurde in den zwanziger Jahren erneuert und verschärft; am Ende von Adolf Bartels' „Wegweiser“ *Der völkische Gedanke* lautete sie 1923 „Los von dem verjudeten Berlin!“. Zeitromane wie Hans Heycks *Außenreiter* (1928) und *Strudel* (1930) führten vor Augen, dass ein besonnenes künstlerisches Leben nur auf dem Land möglich sei. Und unter dem

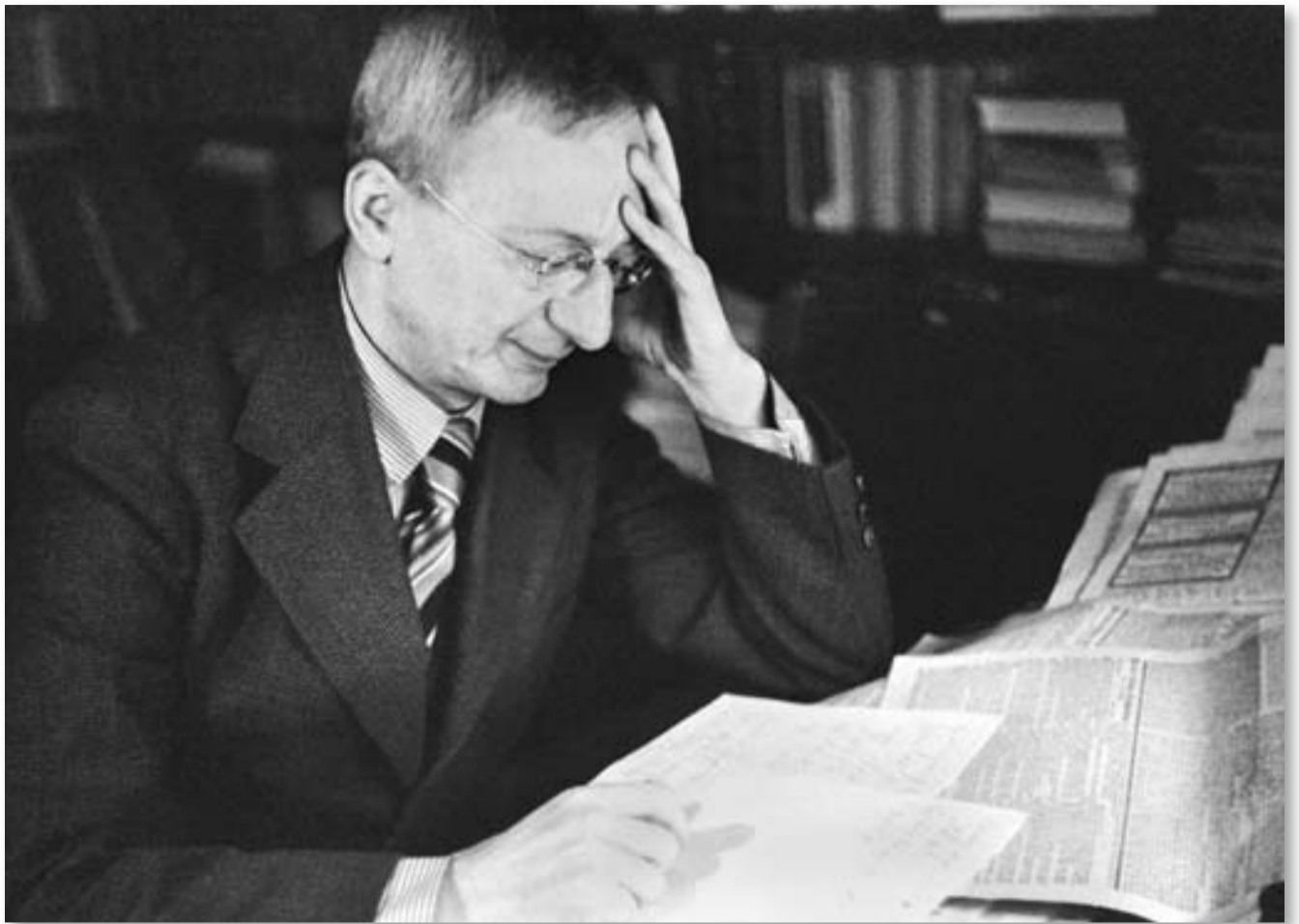


Foto: akg-images

Alfred Döblin im Exil in Frankreich 1938 – neun Jahre nach seinem Sensationsroman Berlin Alexanderplatz, der auch ein kommerzieller Erfolg war.

Eindruck der schleswig-holsteinischen ‚Landvolkbewegung‘ von 1929, die auch ein Protest einer agrarischen Provinz gegen die Berliner Wirtschafts- und Finanzpolitik war, schrieb Wilhelm Stapel, der Herausgeber der Zeitschrift *Deutsches Volkstum*, am Ende eines Artikels, der im Januar 1930 unter dem Titel *Der Geistige und sein Volk. Eine Parole* erschien: „Der Geist des deutschen Volkes erhebt sich gegen den Geist von Berlin. Die Forderung des Tages lautet: *Aufstand der Landschaft gegen Berlin*.“ Ein Jahr später vertrat Stapel mit einem Vortrag unter dem Titel *Die Situation der Deutschen Dichtung der Gegenwart* die These, vollgültige und zukunftsweisende, „echte“ und „vitale“ Literatur könne nur in der „Landschaft“ entste-

So wenig, wie man auf Seiten konservativer und nationalistischer Autoren nur Großstadtfeindlichkeit vermuten sollte, so wenig darf man auf Seiten anderer Autoren nur reine Großstadtbegeisterung erwarten.

hen. Dort, in der Provinz, werde jene „erlesene“ Literatur geschrieben, welche die „echten und großen Werte“ vermittele, während die Großstadt nur den deprimierenden Naturalismus und die nachfolgenden Formen jener „defaitistischen“ Literatur hervorgebracht habe, die aufgrund ihrer entmutigenden Wirkung eine Gefahr für den Bestand eines Volkes darstelle.

Die Großstadt- und speziell Berlinfeindlichkeit der von Stapel repräsentierten ‚völkischen‘ Autoren darf in-

dessen nicht allen konservativen oder ‚rechten‘ oder nationalistischen Autoren unterstellt werden. Die ‚Lager‘ waren nicht monolithisch. Für manche Autoren des ‚Neuen Nationalismus‘ oder jener Denkhaltung, die man mit dem Namen der ‚Konservativen Revolution‘ bedacht hat, war die Großstadt nicht ein Ort, den es zu meiden, sondern zu gewinnen galt. Der Wortführer des ‚Neuen Nationalismus‘, Ernst Jünger, hatte bereits 1926 eine ganz andere Position vertreten, und dies ausgerechnet in Stapels ‚Deutschem Volkstum‘. Unter der Überschrift *Großstadt und Land* skizzierte Jünger die Entwicklung der modernen Stadtfeindlichkeit, die sich nun als Gegensatz von „Großstadt und Land“ zeigte, um sie als gegenwarts- und zukunftsfeindlichen Glauben an einen untergehenden Bestand abzutun. Anstatt vom Land zu träumen, gelte es, im Interesse eines nationalen Aufschwungs in „diese Zeit, die ihre verborgenen Schönheiten besitzt“ und „in die Kräfte der Großstadt“ einzudringen, „in die Kräfte unserer Zeit, die Maschine, die Masse, den Arbeiter“. Ein Ansatz zur dichterischen Realisierung eines entsprechenden Stadtbildes findet sich in Jüngers *Abenteuerlichem Herzen* von 1929, speziell in einer gegen Ende stehenden Passage über einen nächtlichen Spaziergang durch ein östliches, industriell geprägtes Viertel Berlins: Ein Kellerfenster, aus dem ein „warmer, ölgiger Dunst“ strömt, gewährt Einblick in einen Maschinenraum, in dem „ohne jede menschliche Wartung ein ungeheures Schwungrad um die Achse“ pfeift und „das Ohr durch den prachtvollen Gang einer sicheren, gesteuerten Energie fasziniert“. Hier sieht der Beobachter die Wegbereiterin der Zukunft am Werk; hier begrüßt er die „Zerstörerin der Idylle, der Landschaften alten Stils, der

Gemütlichkeit und der historischen Biedermeierei“.

So wenig, wie man auf Seiten konservativer und nationalistischer Autoren nur Großstadtfeindlichkeit vermuten sollte, so wenig darf man auf Seiten anderer Autoren nur reine Großstadtbegeisterung erwarten. Brechts Großstadtdenke, die teils in die *Hauspostille* (1927), teils in das *Lesebuch für Städtebewohner* (1930) eingingen, zeigen, dass die Großstadt selbstverständlich auch von Autoren, welche die Großstadt als Lebensraum bejahten und links standen, kritisch gesehen, als unwirtlich und feindselig empfunden wurde. Dasselbe ergibt sich aus der 1931 erschienenen Gedichtsammlung *Um uns die Stadt. Eine Anthologie neuer Großstadtdichtung*; ihr „vorherrschende[s] Thema“ ist, wie gleich im Vorwort gesagt wird, „soziale Not“, und Gedichte mit kritischer Tendenz und negativem Klang überwiegen.

Vollends verrückt und abstoßend erscheint die Metropole in den Bildern von George Grosz, Otto Dix und Max Beckmann. Aber im Unterschied zu den ‚völkischen‘ gibt es hier keine Flucht in die Provinz und keine Verherrlichung der Landschaft, sondern nur den Versuch, sich der Großstadt zu stellen und ihr künstlerisch gerecht zu werden. Brecht hatte sich dies zur Aufgabe gemacht und am 4. September 1921 in seinem Tagebuch festgehalten: „Als ich mir überlegte, was Kipling für die Nation machte, die die Welt ‚zivilisiert‘, kam ich zu der epochalen Entdeckung, daß eigentlich noch kein Mensch die große Stadt als Dschungel beschrieben hat. Wo sind ihre Helden, ihre Kolonisatoren, ihre Opfer? Die Feindseligkeit der großen Stadt, ihre bössartige, steinerne Konsistenz, ihre babylonische Sprachverwirrung, kurz: ihre Poesie ist noch nicht geschaffen.“



Foto: akg-images

Heinrich George spielte in der Verfilmung von Döblins *Berlin Alexanderplatz* im Jahr 1931 die Rolle des Franz Bieberkopf. Hier ist er in einer Filmszene mit Maria Bard zu sehen.

III. Der Streit in der ‚Dichterrakademie‘

In Deutschland wurde, um die Literatur als nationale Angelegenheit zu würdigen und zu stärken, 1925/26 eine ‚Dichterrakademie‘ ins Leben gerufen. Sie war Teil der 1696 gegründeten ‚Preußischen Akademie der Künste zu Berlin‘ und firmierte offiziell als deren ‚Sektion für Dichtkunst‘. Federführend bei der Gründung waren der Preußische Kultusminister und der Präsident der Akademie. Mit der ungewöhnlichen Bezeichnung ‚Sektion für Dichtkunst‘, über die lange verhandelt worden war, sollte der Charakter der neuen Sektion verdeutlicht und die Zugehörigkeit zu einer Akademie für Künste legitimiert werden: ‚Dichtung‘ sollte in der Akademie repräsentiert und verhandelt werden, nicht ‚Literatur‘; ‚Kunst‘ war gefordert, nicht ‚Literarität‘ oder ‚Schriftstellerei‘. Diese Festlegung auf ‚Dichtkunst‘ führte aber alsbald zu einem Richtungsstreit, der die ‚Dichterrakademie‘ nicht nur schwer belastete, sondern am Ende spaltete, und der insgesamt Ausdruck der tiefen kulturellen Spaltungen Deutschlands in zwei große Richtungen oder Lager ist. Drei Komplexe, die mit den Gegensatzpaaren ‚Dichtung oder Literatur‘, ‚Landschaft oder Großstadt‘ und ‚Deutschtum‘ oder ‚Judentum‘ benannt werden können, überlagern sich in diesem jahrelang sich hinziehenden Streit, der von Inge Jens (1971 bzw. 1994) und Werner Mittenzwei (1992) genau rekonstruiert und dargestellt wurde.

In einer ersten Phase drehte sich die Debatte um die Frage, ob die ‚Sektion für Dichtkunst‘ wirklich eine Sektion für Dichtung und Dichter sein und bleiben oder nicht doch eine Sektion für Literatur und Schriftsteller werden sollte.

Das ging auf eine alte, seit der Aufklärungszeit immer wieder geführte Debatte zurück, die Thomas Mann im Juli 1924 in einem Artikel *Zum sechzigsten Geburtstag Ricarda Huchs* als überholt erklärte, damit aber gerade das Gegenteil bewirkte. Mann wandte sich in diesem Artikel – gewissermaßen im Namen der ‚Romanschriftsteller‘ – gegen „die heillose Abgeschmacktheit der Antithese von Dichtertum und Schriftstellertum“ sowie „das tote Gewächs vom deutschen Dichter und vom unvölkischen Schriftsteller“. Das wollten freilich nicht alle Schriftsteller- oder Dichterkollegen akzeptieren, und der mit Thomas Mann befreundete Josef Ponten publizierte im Herbst 1924 in der ‚Deutschen Rundschau‘ einen *Offenen Brief an Thomas Mann*, in dem er den – präbendierten – Unterschied zwischen dem „Schriftstellerischen“ und dem „Dichterischen“ durch eine lange Reihe von Antinomien profilierte. Diese werden in einundzwanzig kleinen Abschnitten stichwortartig benannt und zum Teil knapp erläutert. Schriftstellerisch hieß für Ponten: Form, Klarheit, Freiheit, Individualität, Geschmack, Belesenheit, Belehrung; Dichtung hingegen: Inhalt, Substanz, Dunkles und Verborgenes, Zwang, Not und Qual, Wunder und Offenbarung.

Mit diesen Vorstellungen, die er auch andernorts vertrat, wurde Ponten, der 1926 in die Akademie gewählt wurde, mehr oder minder willig zum „Stichwortgeber“ (Mittenzwei) für eine als ‚nationalkonservativ‘ zu bezeichnende Gruppe von Autoren, die in die Akademie drängten und in Erwin Guido Kolbenheyer, der Mitglied der Akademie war und dank seiner großen *Paracelsus-Trilogie* (1917–26) in hohem Ansehen stand, ihren Protektor und Wortführer fanden. Bei der Vorbereitung einer wei-

teren Zuwahl neuer Mitglieder trat Kolbenheyer, unterstützt von Ponten, dafür ein, die „spezifisch deutsch“ empfundene Kunst, die angeblich in der „Landschaft“ ihren Ursprung und Sitz hatte, in der Akademie zu stärken und schlug unter anderem Hans Grimm und Hans Friedrich Blunck für die Aufnahme vor. Er scheiterte damit, und statt dessen wurde im Herbst 1928 auf Vorschlag Georg Kaisers neben anderen Alfred Döblin in die Akademie gewählt, der in der weiter sich hinziehenden und sich verschärfenden Debatte zum Hauptkontrahenten Kolbenheyers und der anderen Herren „des total platten Landes“ wurde.

IV. Alfred Döblins Berlin-Begeisterung

Dass Döblin diese Rolle – oder Aufgabe – annahm, lag sozusagen in der Natur der Sache. Döblin, 1878 in Stettin geboren und 1888 nach Berlin übersiedelt, war ein emphatischer Berliner und rühmte die Metropole immer wieder als Ort freier Lebens und Quelle künstlerischer Inspirationen. Als die ‚Vossische Zeitung‘ im April 1922 Künstlern die Frage stellte, ob Berlin das künstlerische Schaffen wirklich beeinträchtigt oder hemme, antwortete Döblin mit einer langen und geradezu bewegendem Lobrede auf die inspirierende Kraft der facettenreichen und aufgewühlten Metropole mit ihrem bunten ‚Völkergemisch‘, ihrem modernen Verkehr, ihren Zeitungen und ihren politischen Demonstrationen:

„Ich schwinde nicht: diese Erregung der Straßen, Läden, Wagen ist die Hitze, die ich in mich schlagen lassen muß, wenn ich arbeite, das heißt: eigentlich immer. Das ist das Benzin, mit dem mein Motor läuft.“

Und nun Berlin. Das Chaos von Städten. Im Begriff, ein London von Internationalität zu werden; Völkergemisch erst, jetzt ein Völkergemisch. Vierunddreißig Jahre laufe ich hier herum, immer neugierig, beobachtend, wie sich das bewegt und wie es sich ruckartig entwickelte. Das zuckte durch alle, man konnte nicht still dabei bleiben, man mußte daran teilnehmen. [...] Berlin ist wundervoll. Die Pferdebahnen gingen ein, über die Straßen wurden elektrische Drähte gezogen, die Stadt lag unter einem schwingenden, geladenen Netz. Dann bohrte man sich in die Erde ein; am Spittelmarkt versoff eine Grube; unter die Spree ging man durch bei Treptow, der Alexanderplatz veränderte sich, der Wittenbergplatz wurde anders: das wuchs, wuchs! [...] Und das rebelliert, konspiziert, brütet rechts, brütet links, demonstriert, Mieter, Hausbesitzer, Juden, Antisemiten, Arme, Proletarier, Klassenkämpfer, Schieber, abgerissene Intellektuelle, kleine Mädchen, Demimonde, Oberlehrer, Elternbeiräte, Gewerkschaften, zweitausend Organisationen, zehntausend Zeitungen, zwanzigtausend Berichte, fünf Wahrheiten. Es glänzt und spritzt. Ich müßte ein Lügner sein, wenn ich verhehlte: öfter möchte ich auskneifen, das Geld fehlt; aber ebenso oft würde ich zurückkehren, Simson, der nach seinen Haaren verlangt.“

In der Akademie konnte Döblin sich gegen die von Kolbenheyer und Ponten ausgehenden Bestrebungen durchsetzen; die Stärkung der „Landschaft“ wurde verhindert, und zugleich wurde die Diskussion darüber eröffnet, ob die ‚Sektion für Dichtkunst‘ nicht doch in ‚Sektion für Literatur‘ umbenannt und etwa durch Essayisten erweitert werden sollte. Dies und organisatorische Streitigkeiten führten dazu, dass Kolbenheyer und einige andere Anfang 1931 aus der Akademie austraten und versuchten, einen ‚nationalkonservativen‘ Dichterkreis zu etablieren. Die Kontroverse wurde aber in der Publizistik intensiv weitergeführt und verschränkte sich mit der Debatte über Alfred Döblins sensationellen Großstadroman *Berlin Alexanderplatz*.

V. Der Streit um Berlin Alexanderplatz

Bevor *Berlin Alexanderplatz* 1929 als Buch ausgeliefert wurde, gab es – vom 8. September bis zum 11. Oktober 1929 – einen stark gekürzten Vorabdruck in der bürgerlichen ‚Frankfurter Zeitung‘. Die Leserschaft reagierte intensiv und gespalten. Viele Leser begrüßten den Vorabdruck dieses Romans, der einen neuen Blick in ein bisher nicht dargestelltes Milieu eröffnete; andere aber verwarnten sich dagegen, „durch diesen Dreck zu waten“ und „in die niedrigs-

Die Leserschaft reagierte intensiv und gespalten.

ten Niederungen der menschlichen Gesellschaft zu steigen“. Der Herausgeber der Zeitschrift ‚Deutsches Volkstum‘, Wilhelm Stapel, wertete diesen Vorgang in dem schon erwähnten Artikel *Der Geistige und sein Volk als Symptom einer neuen Situation*:

„Ein neuer Großangriff auf die deutsche Landschaft beginnt eben jetzt: der ‚Berliner Roman‘. Zwar hat die Frankfurter Zeitung mit Döblins ‚Alexanderplatz‘ eine blutige Niederlage erlitten, aber mit Aufdringlichkeit und ‚geistiger Überlegenheit‘ wird man schließlich zum Ziel gelangen. Die republikanisierenden Geistigen arbeiten nach dem Schema Frankreich. Berlin will und



Foto: akg-images

Eine typische Straßenszene am Berliner Alexanderplatz in den 20er Jahren des 20. Jahrhunderts. Im Hintergrund ist der Bahnhof Alexanderplatz zu sehen.

muß für Deutschland werden, was Paris für Frankreich ist. Darum ist die Glorifizierung und Mystisierung [!] der Berliner Atmosphäre vom Alexanderplatz bis zum Kurfürstendamm [...] ein Unternehmen von kulturgeschichtlicher Bedeutung. „Kulturwende“: Deutschland wird Berlin hörig. Das Deutschtum wird zum Berlinertum. Wir gehen einer kesen Zukunft entgegen.“

Mit dem Erscheinen von *Berlin Alexanderplatz* stellte sich nicht nur für Stapel, sondern für die deutsche Literaturkritik überhaupt die Frage, ob der Großstadt- und speziell auch der Berlinroman eine eigene und ästhetisch überzeugende Form gefunden habe. Bislang schien dies noch nicht der Fall zu sein. 1924 hatte der Literaturhistoriker Philipp Witkop in seiner Abhandlung *Deutsche Dichtung der Gegenwart* die These vertreten, der deutsche Großstadtroman habe seit seinen Anfängen mit Max Kretzers Berlin-Romanen und Michael Georg Conrads Münchener Romanen keine neuere und angemessenere Form gefunden. Erst das Erscheinen von *Berlin Alexanderplatz* veränderte das Bild. Ein guter Teil der Kritiker sah in ihm eine gelungene oder zumindest bedenkenswerte neue Realisation des Großstadt- und Berlinromans. Julius Bab schrieb im Mai 1929 in der Zeitschrift *Der Morgen*:

„[Berlin] wird dargestellt, nicht beschrieben! Es spricht uns an, es ergreift uns, reißt uns mit, so wie es auf hundertfältige Weise in die Nerven der Passanten, in den Kopf des Aufmerkenden, in die Seele des Mitlebenden eindringt: da schreit die Straße mit Ausrufem,

Straßenbahnklingeln, Gesprächsfetzen, mit Bruchstücken der Litfaßsäule und mit Lichtreklamen auf uns ein. [...] Da ist die ingrimmige, ironische Sachlichkeit, die – oft genug verkannt – bei diesem Menschenschlag aus einer scheu gehüteten Ehrfurcht vor der Wirklichkeit des Lebens kommt.“

In der *Literarischen Welt* rühmte Axel Eggebrecht die neuartige Sachgerechtigkeit der Darstellung: „Im einzelnen bedient sich Döblin häufig der Assoziation. [...] Nie ward sie souveräner behandelt, nie verfiel ihr einer weniger. [...] Das Leben eines Stadtbewohners gliedert sich ja vorzüglich nach Assoziationen. Das wirbelnde Bild einer Riesenstadt ist wahrscheinlich überhaupt nur auf diese Art für den Einzelnen dauernd erträglich und aufnehmbar. [...] An manchen Stellen bilden sich so grandiose Kompositionen, zu deren Entstehen einige Jahrzehnte unterschiedlicher literarischer Schulen mitgewirkt haben [...]. Der Beflissene mag Meister Oelze [naturalistisches Drama von Johannes Schlaf], mag Dada, Expressionismus, Reportage und Sachlichkeit feststellen. Döblin benutzt jeglichen Stil [...]. Zeitungsfetzen, Briefe, Reden, Träume, Bibelzitate wirken mit im großen Simultan-Epos der Weltstadt.“

Döblins Berlin ist aber nicht nur das reale Berlin; es steht in einer Reihe mit den historischen Metropolen Rom, Karthago, Ninive und nicht zuletzt auch Babylon. Auf Babylon und seine gewalttätigen Bewohner, die Kaldäer, wird am Ende des zweiten Kapitels des ersten Buchs verwiesen, und im vierten Kapitel des sechsten Buchs wird die „Hure

Babylon“ durch ein einmontiertes (und abgewandeltes) Zitat aus der *Geheimen Offenbarung* (17,1-6) zum Sinnbild des bösen Treibens um und mit dem Helden Franz Biberkopf erhoben. Allerdings wird die Stadt von Döblin nicht darauf festgelegt, die verführerische Mitspielerin und zugleich mörderische Gegenspielerin des Helden zu sein. Was sie ihm ist, hängt wesentlich von ihm ab, und nach seiner Neugeburt als Franz Karl Biberkopf erscheint sie ihm als ein eher vertraulicher Lebensraum.

Der Held von *Berlin Alexanderplatz* wird vom Erzähler, der ihn mit großer Ironie, zugleich aber mit noch größerer Empathie behandelt, in der Vorrede als „ehemaliger Zement- und Transportarbeiter“ vorgestellt, später auch als „Möbeltransportör“ und „Mitglied eines Athletenklubs“. Er ist „stark wie eine Kobraschlange“ und von einfachem Gemüt und Verstand, zugleich aber mit den Pathologien der Moderne behaftet: Seine Sozialisierung ist in die Zeit des aggressiven Militarismus gefallen, und Kriegslieder bestimmen nach wie vor seinen Habitus. Der Krieg hat ihn traumatisiert zurückgelassen und nach dem Scheitern der anschließenden Revolution, an der er sich beteiligt hat, fühlt er sich verraten und rückt auch von den Kommunisten wieder ab. Weitere Jahre seiner Geschichte vor dem Einsetzen der Handlung bleiben im Dunkeln: erkennbar wird jedoch, dass er in dieser Zeit arbeitslos war und im Milieu der Ganoven und Zuhälter lebte, bis er seine „Partnerin“ Ida, die zu einem „neu aufgetauchten Breslauer“ tendierte, erschlug und dafür vier Jahre ins Gefäng-

nis musste. Die Entlassung, mit der die „Geschichte vom Franz Biberkopf“ beginnt, fällt in den Spätsommer 1927, und das Geschehen erstreckt sich über etwa anderthalb Jahre; der Roman spiegelt also die gesellschaftliche Situation vor dem Beginn der Weltwirtschaftskrise und vor der Mobilmachung der politischen Extreme, mit deren Aufkommen

Döblins Berlin ist aber nicht nur das reale Berlin; es steht in einer Reihe mit den historischen Metropolen Rom, Karthago, Ninive und nicht zuletzt auch Babylon.

der Roman schließt. Der Held, aus dem Gefängnis entlassen, unternimmt drei Versuche, in Berlin auf anständige Weise wieder Fuß zu fassen oder Berlin zu „erobern“, wie es seinem militaristischen Denken entsprechend heißt. Dreimal scheitert er, aber nicht nur an äußeren Umständen, sondern auch an seinem impulsiven Naturell und seinem Mangel an Selbstkontrolle, an seiner Selbstgerechtigkeit und Überheblichkeit, an seiner Unfähigkeit und Unwilligkeit, die eigene Situation richtig einzuschätzen. Seinen Schwur, „anständig“ zu bleiben, kann er nicht halten; er verfällt, von einem Freund betrogen, dem Alkohol, wird Zuhälter und Einbrecher, wird von seinesgleichen zum Krüppel gemacht und seiner engelhaften Helferin Mieke

beraubt, erleidet mithin drei harte Schläge, deren letzter ihn niederwirft und in Wahnvorstellungen versetzt, aus denen er gebrochen, aber einsichtiger als zuvor wieder auftaucht. Er wird auf brutale Weise „zurechtgebogen“, wie der Erzähler im Vorwort sagt, um am Ende etwas bedächtiger auf das städtische Treiben und distanziert auf die konfrontativen Aufmärsche der Kommunisten und der Nationalsozialisten zu blicken. Wie sich Biberkopf ihnen gegenüber verhalten wird, bleibt völlig offen; vorerst nimmt er eine abwartende Haltung ein und unterstellt sich der Devise „Wach sein“. Grob entspricht dies dem, was Döblin 1930 unter dem Titel *Wissen und Verändern* allgemein empfahl: dass dem weiteren politischen Handeln eine gründliche Besinnung vorausgehen müsse.

Die Gegner der Metropole und der Metropolenliteratur fanden sich durch *Berlin Alexanderplatz* selbstverständlich nicht widerlegt, sondern in allen ihren Ressentiments bestätigt. Wilhelm Stapel, der Herausgeber der Monatschrift *Deutsches Volkstum*, hielt in seinem schon erwähnten Parolen-Artikel *Der Geistige und sein Volk* an seiner Ablehnung fest und brachte sie mit Formulierungen zum Ausdruck, die sowohl auch auf eine Lektüre von *Berlin Alexanderplatz* als auch auf bewundernden Rezensionen von Bab, Eggebrecht und anderen zurückzuführen sind:

„Alle diese verschlissenen Ironien, alle diese neuen Sachlichkeiten, alle diese Reportagen – dieser aufgeregte *Cri de Berlin* ist ja nichts als die Unfähigkeit, die Probleme unserer Zeit geistig zu bezwingen. Man sehe sich die Erzeugnisse dieser Geistigen an: ihre Logik ist ohne Spannweite, ihr Seelisches ist dürftig (darum macht man aus der Not die Tugend der Sachlichkeit), ihre Gestaltungskraft ist ohnmächtig; die Komposition fällt bröckelnd auseinander. Eindruck wird an Eindruck gereiht, Nervenreiz an Nervenreiz. Keine Größe, keine Tiefe, keine Gewalt des Geistes. Nur Wendigkeit, Unstete, Nervenhaftigkeit: Gehirnrümpfer.“

Daran ist manches deskriptiv tendenziell zutreffend. Von einem „Zerbröckeln“ der strengen Komposition kann man durchaus reden; Döblin selbst hat dergleichen in seinen poetologischen Essays verlangt. Auch dass „Eindruck an Eindruck“ gereiht wird, „Nervenhaftigkeit“ dominiert und am Helden statt eines konsistenten Bewusstseins „Gehirnrümpfer“ zu beobachten sind, ist nicht falsch. Nur war Stapel nicht willens und nicht fähig, zu erkennen und anzuerkennen, dass – zum einen – diese auf den ersten Anblick chaotisch wirkende Darstellungsweise dem turbulenten, unüberschaubaren und in seiner simultanen Vielfalt verstörenden Treiben der modernen Großstadt mehr entsprach als jede andere; und dass – zum zweiten – das Chaos durch eine Vielzahl von Leitmotiven und Exempelgeschichten auf zugrunde liegende Lebensmuster oder, wie Döblin sagt, „Elementarsituationen“ und Sinnerfahrungen oder Sinnangebote durchsichtig gemacht wird. Das Denken der „Landschaft“ hat sowohl vor der soziologischen und psychologischen Komplexität der Großstadt als auch vor der ästhetischen Komplexität des bedeutendsten deutschen Großstadttromans versagt. Die Chance, durch Anerkennung der dichterischen Leistung des dezidierten Großstadtautors Döblin Versöhnung zwischen „Landschaft“ und Metropole herbeizuführen, wurde vertan. Der Antagonismus „Landschaft vs. Metropole“ blieb bestehen und belastete das kulturelle Klima in Deutschland weiterhin. □

Historische Tage 2019

Die Bundesrepublik Deutschland

Wegmarken und Trends 1949 bis 1989

Unsere Historischen Tage 2019 befinden sich bereits in Planung und haben diesmal die Bundesrepublik Deutschland zum Gegenstand. Genauer: Am Beispiel ausgewählter Themenfelder sollen einschlägige Ereignisse und augenfällige Entwicklungen in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschlands von 1949 bis 1989 aufgezeigt und diskutiert werden. „Die Bundesrepublik Deutschland – Wegmarken und Trends“ lautet der Titel unserer Veranstaltung,

die vom 6. (Aschermittwoch) bis zum 9. März 2019 in der Katholischen Akademie Bayern stattfinden wird. Vorgesehen sind 13 Beiträge von ausgewiesenen Experten, deren thematische Vielfalt unter anderem zwischen Währungsreform und Fußballwunder, Mauerbau und Rüstungskrise sowie Grundgesetz und NATO-Bündnis oszilliert. Wer also den Versuch wagen möchte, eine Geschichte zu verstehen, die mit der Etablierung eines stabilen demokratischen Systems beginnt

und alsbald herausgefordert wurde von Wachstumsgrenzen, Umweltbelastung, Arbeitslosigkeit und linkem Terrorismus, ist in den ersten Tagen der Fastenzeit herzlich willkommen. Die Anmeldung zu den Historischen Tagen 2019, die wieder von Prof. Dr. Hans-Michael Körner, Professor em. am Historischen Seminar der LMU München, geleitet werden, ist ab Januar möglich.

Erfolge im und rund um den Sport waren für die Bundesrepublik Deutschland entscheidende Ereignisse der inneren Konsolidierung: der Gewinn der Fußball-WM als krasser Außenseiter gegen Ungarn (Sepp Herberger und Fritz Walter auf den Schultern von Spielern und Anhängern nach dem Finalsieg im Berner Wankstadion) ...



Foto: akg-images



Foto: akg-images

... sowie 1966 die Entscheidung des IOC, die Olympischen Sommerspiele 1972 nach München zu vergeben. Unser Bild zeigt die Delegation um den damaligen Oberbürgermeister Hans-Jochen Vogel bei der triumphalen Rückkehr vom IOC-Kongress in Rom.